

Herausgegeben von
MARTIN EHRENHAUSER

Europas
Demokratien
in Gefahr?

Projektleiter:
Robert Sabitzer

Mitarbeit:
Alexander Sander

Kontakt:
www.ehrenhauser.at

ISBN 978-3-9502853-1-4

© Mag. Martin Ehrenhauser, MBA,
fraktionsfreies Mitglied des Europäischen Parlaments,
Brüssel 2010.

Die hierin vertretenen Auffassungen sind die der unabhängigen Autoren und geben nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments und des Herausgebers wieder.

Das Inhaltsverzeichnis

Martin Ehrenhauser	
Das Vorwort	5
Veronika Gruber	
Wenn Meerjungfrauen böse werden	7
Die Welt der Lobbyisten, deren Einfluss auf die Politik und wie man sie zähmen könnte.	
Thomas Trappl	
Leidet die EU an einem Demokratiedefizit?	27
Auf den Spuren der europäischen Demokratie. Warum die EU als undemokratisch gilt und wieso die Politik darauf reagieren sollte.	
Stefan Brocza	
Neue Machtbegrenzung für die Bürokratie.....	47
Werden die Gesetze noch von den Politikern gemacht oder bestimmen Bürokraten die Regeln für Europa?	
Günther Hoppenberger	
Die vierte Eigenschaft des Geldes	61
Ein einfacher, bewusstseinsbildender Streifzug zum Erkennen der Absurdität unseres Geldschöpfungssystems.	
Paula Watzl	
Sie nehmen unser Geld und schweigen	85
Über die Probleme der österreichischen Parteienfinanzierung, das Monopol der Großparteien, Spendenwäsche, Verschwiegenheit gegenüber den Bürgern und ein politikverdrossenes Land.	
Markus Fritzer und Johannes Webhofer	
Ziegelsteinpolitik	103
Das Internet als Fundament für mehr Demokratie?	
Thomas Palfinger	
Reiseführer durch das Land der Medien	123
Bekommen wir von den Medien manipulierte Informationen vorgesetzt? Und: Warum gewisse Medien künstlich auf Kosten der Steuerzahler am Leben erhalten werden.	
Raffael Fischer	
Die Vermessung der Demokratie – ein Befund.....	143
Wie demokratisch ist die Welt? Wer uns sagt wie demokratisch wir sind und warum Demokratie alleine nicht glücklich macht.	

Klaus Hofmann	
Internet – Mehr Chancen für direkte Demokratie?	165
Die Geschichte der Kommunikation und warum die starken Löwen die hungrigen Wölfe beherrschen und nicht umgekehrt.	
Christine Kaar	
Demokratie: Sieger im Wettbewerb der Herrschaftsformen?	183
Erleben Sie die Demokratisierung Europas, die Gründe für den Rückzug von der politischen Mitgestaltung und warum wir politisch wieder aktiv werden sollten.	
Michael Lipinski-Harenberg	
Medienmonopole – Die Macht der Meinungsmaschine	203
Ein Blick hinter die Medienkulisse und die Demaskierung der Strippenzieher.	
Christoph Rene Gusel	
Demokratiemessung und ihre Hürden	217
Ein Zwiegespräch: ist Demokratiequalität vergleich- und messbar?	
Lisa Carina Moser	
Elite. Macht. Wandel.	235
Wer sich warum zur Elite eines Landes zählen darf und warum sich die Parteien dringend verändern müssen.	
Jakob Schmid	
Medienmonopolisierung – Eine Gefahr für die Demokratie?.....	257
Die gefährliche Verflechtung zwischen Medien und Politik am Beispiel Italien.	
Armin Hübner	
„I want you for Lobbying“	279
Warum ohne Lobbyisten politisch nichts mehr geht. Die ungleichen Bedingungen der Lobbyisten und wie ein Ausgleich möglich wäre.	
Alexander Sander	
Parteienfinanzierung à la Europa	299
Warum die EU durch ungerechte Finanzierung von Parteien und Parteistiftungen an der Zielvorgabe „mehr Demokratie“ vorbeischrämmt.	
Das Abkürzungsverzeichnis	313
Das Autorenverzeichnis	315

Das Vorwort

Die Demokratien in Europa stehen nicht vor dem Abgrund, sie sind jedoch in ernster Gefahr. Erstens, weil die Selbstverständlichkeit von Demokratie als Staatsform in Westeuropa - eines der größten Erfolge der letzten Jahrzehnte - weiter wächst und damit die Sorge über die dramatische Endlichkeit von politischen Systemen tendenziell abnimmt. Gegenwärtige Demokratiebedrohungen werden dabei zunehmend übersehen, unterschätzt oder leichtfertig ignoriert.

Zweitens, weil die europäischen Demokratien ziellos und schleichend ihre Kompetenzen an die Europäische Union verlieren. An ein undurchsichtiges politisches Gebilde, das über den Köpfen der Bürger hinweg zustande gekommen ist und bis heute mit eklatanten demokratischen Defiziten Macht ausübt. Doch abgekoppelt von der Meinungs- und Willensbildung der Bürger wird auch der Erfolg als Friedensprojekt endlich sein.

Drittens, weil innerhalb der europäischen Demokratien politische Verfahren wie Wahlen zunehmend zu bunten PR-Spektakel verkommen, in dessen Schatten eine einheitliche Elite egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht zugunsten einflussreicher Großindustrie-Lobbyisten verkauft.

Es ist daher von zunehmender Bedeutung, Bürger auf die Dringlichkeit einer liebevollen Pflege der evolutionären Demokratieentwicklung aufmerksam zu machen. Man muss ihnen die Möglichkeit geben, sich mit den Bedrohungen der Demokratie kritisch auseinanderzusetzen und Lösungsvorschläge zu skizzieren. Dafür wurde dieses Buchprojekt gegründet.

Das Interesse der Bürger daran war enorm, die Teilnehmerzahl musste begrenzt werden. Aus einer Liste von zehn Demokratiefragen entstanden 16 spannende Antworten von 17 unabhängigen Bürgern. Jeder Beitrag entstand frei aus den Köpfen der Autoren. Und als Kontrast zur zunehmenden ungläubwürdigen Politikinszenierung, wurde jeder Beitrag samt seinen Macken und Fehlern

übernommen. Jeder Text ist somit pur und authentisch. Die überwiegend jungen Autoren aus unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft haben durch die Veröffentlichung Mut zur Eigenverantwortung bewiesen. Eine Eigenschaft die wir dringend benötigen, um die Evolution der Demokratie aus der Gefahrenzone zu lenken.

Mag. Martin Ehrenhauser, MBA
Unabhängiges Mitglied des Europäischen Parlaments

Wenn Meerjungfrauen böse werden

Von Veronika Gruber

In Brüssel bemühen sich jeden Tag tausende Lobbyisten um die Aufmerksamkeit von EU-Beamten und Kommission. Der Gebrauch von unlauteren Methoden zur Durchsetzung der eigenen Interessen ist dabei keine Seltenheit. Verschleierte Auftraggeber, unveröffentlichte Budgetzahlen und manipulierte Studien trüben den Blick parlamentarischer Entscheidungsträger und lassen sie häufig nur erahnen, wer wessen Interessen vertritt. Zudem sind Parlamentarier durch personellen Mangel, Zeitdruck und Unmengen an Datenmaterial zusehends überfordert. Eine ausgewogene Interessensanhörung ist kaum möglich, denn die verfügbaren finanziellen Ressourcen für Lobbyarbeit klaffen häufig weit auseinander und sorgen für ein gravierendes Ungleichgewicht zwischen den Interessensvertretern. Umso erbitterter müssen Umweltschutzorganisationen, Großkonzerne und kleinere Firmen, die alternative Lösungen anbieten, um Gehör kämpfen.

Um den Dschungel des Lobbyalltags auf EU-Ebene zu lichten, wurde das freiwillige Lobbyistenregister eingeführt. Weiterhin wurde durch verschiedene Organisationen die Vergabe von Negativpreisen an Lobbyisten ins Leben gerufen. In die Ehre einer Nominierung für einen Negativpreis kamen bereits Riesen wie Monsanto und der Dachverband der chemischen Industrie, CEFIC. Die Wirkung dieser Maßnahmen hält sich jedoch in Grenzen.

Es ginge aber auch anders.

Es bräuchte klare Regeln, um die geballte Kraft der Lobbys, wie sie etwa bei der Einführung der Chemikalienrichtlinie REACH spürbar war, in die richtigen Bahnen zu lenken. Abgeordnete sollten dazu verpflichtet werden, ihre Gespräche mit Lobbyisten zu dokumentieren, ausgewogene Interessensanhörung zu garantieren und ausschließlich registrierte Interessensvertreter zu empfangen. Bei Nichteinhalten der eingeführten Regeln müsste es Sanktionen wie angepasste Geldstrafen und Zugangsbeschränkungen geben,

die Lobbyisten und abtrünnige Abgeordnete auch wirklich treffen. Die Kommission ist gefordert, ihre Trägheit abzuschütteln und endlich verpflichtende Regelungen zur Steigerung der Transparenz und des Gleichgewichts einzuführen.

Von behäbigen Riesen und schillernden Lobbyisten

„Einst lebte in einem fernen Land hinter einer großen intransparenten Mauer ein mächtiger Riese namens EU. Seinen prächtigen Palast teilte er mit einer scheuen Spezies namens MEPs, die sich laut ihren Tagebuchaufzeichnungen häufig im Salon des Parlaments aufhielten. MEPs waren äußerst geschäftige Wesen und verschanzten sich gerne hinter gepolsterten Türen. Den behäbigen Riesen quälten jeden Tag zahlreiche Entscheidungen und so suchte er häufig in seinem bunten, verwunschenen Garten nach Inspiration. Der Garten wurde von seltsamen, aber äußerst kontaktfreudigen Lebewesen bewohnt. Diese waren in feine Anzüge gehüllt und trugen lederne, prall gefüllte Aktentaschen mit sich. Auf den ersten Blick wirkten sie alle gleich, doch kam man ihnen näher, zeigten sich auffallende Unterschiede. Manche von ihnen lockten mit finanziellen Früchten, andere versuchten ihr eigentliches Wesen unter schillernden Farben zu verbergen, und wieder andere bemühten sich, durch ungewöhnliches Verhalten, wie etwa das Ketten an Bäume, auf sich aufmerksam zu machen. Wie von einer geheimnisvollen Macht angezogen, drängten sich die meisten von ihnen vor den Fenstern des Salons der Kommission und des Parlaments. Die verwunschenen Wesen schlugen rastlos ihre Räder, plusterten ihr Gefieder und schnatterten um die Wette, denn jeder dieser fremdartigen Gartenbewohner wollte dem Riesen seine Wünsche vortragen.“

Nur ein Märchen? Zufällige Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind durchaus beabsichtigt: Geschätzte 15.000 Menschen sind in der EU als Lobbyisten tätig. Diese seltsamen Lebewesen waren es, denen ich in den letzten Monaten auf die Spur kommen wollte.

Ich wollte wissen, was uns diese Lobbyisten mitteilen möchten und warum sie so erbittert um die Aufmerksamkeit der Europäischen Institutionen kämpfen. Und meine vielleicht noch wichtigere Frage war: Warum sollten ihnen die Entscheidungsträger der Europäischen Institutionen überhaupt zuhören?

Jeder Lobbyist hat das Ziel, bevorstehende politische Beschlüsse nach seinen eigenen Interessen beziehungsweise den Interessen seines Unternehmens zu beeinflussen. Um dies zu erreichen, müssen Kommission oder Abgeordnete des Parlaments von der Sinnhaftigkeit der vorgebrachten Ideen überzeugt werden. Allerdings könnten die besagten Interessen unterschiedlicher nicht sein. Umweltlobbyisten vertreten vehement die Interessen der Allgemeinheit, mächtige Industrielobbys repräsentieren die Ziele der Privatwirtschaft, Gewerkschaften kämpfen für die Rechte von Arbeitnehmern, und kleinere Firmen versuchen neben den Riesen der Branche (vergebens), nicht unterzugehen.

Das Gold der Lobbyisten: Wissen ist Macht

Warum hören europäische Institutionen auf Lobbyisten und entscheiden nicht einfach selbst, was am besten für alle ist? Lobbyisten verfügen über ein sehr begehrtes Gut, nämlich fundiertes spezielles Fachwissen. Dieses wird angesichts der ständig wachsenden Komplexität politischer Themen von Politikern gerne in Anspruch genommen.

Die Möglichkeiten der Lobbyisten, ihre Interessen in schönes Gefieder zu packen, sind dabei aber sehr unterschiedlich. Der sozialdemokratische Abgeordnete Martin Schulz ist sich der Tatsache bewusst, dass nur selten Chancengleichheit bei den Einflussmöglichkeiten der Lobbyisten herrscht und Effizienz, Geschick, personeller Aufwand sowie finanzielle Mittel häufig weit auseinander klaffen. Zudem können manche Informationen leichter vermittelt werden als andere hochkomplexe Anliegen. Jeder Abgeordnete hat die Aufgabe, nach der Konsultationsphase die verschiedenen In-

teressen abzuwägen und gemäß seiner eigenen politischen Überzeugung sowie dem Wählerauftrag eine „richtige“ Entscheidung zu treffen. Dabei ist es nicht ratsam, gewisse Interessensgruppen von vornherein nicht zu empfangen und aufgrund vorgefertigter Meinungen zu urteilen.¹ Denn interessanterweise vertreten gerade kleinere Verbände oder Einzelpersonen öfter die Interessen der Allgemeinheit als große Unternehmen.²

Was Sie immer schon über Chemie wissen wollten: Reach erblickt das Licht der Welt

Die Effizienz der Lobbypower wurde besonders deutlich, als die heiß umkämpfte Chemikalienrichtlinie REACH eingeführt wurde. Die etwas umständliche Bezeichnung steht für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien.³ Die neue EU-Verordnung sollte erstmals Informationen über die vermarkteten Chemikalien sammeln und über ihr Gefahrenpotential aufklären. Die schädlichsten Stoffe unterliegen außerdem künftig einer Zulassung. Das Hauptziel dabei ist die Sicherstellung des Schutzes der menschlichen Gesundheit und unserer Umwelt vor dem Einfluss gefährlicher Chemikalien, die Förderung alternativer Testmethoden, der freie Verkehr chemischer Stoffe im Binnenmarkt, sowie die Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation der europäischen Chemischen Industrie.⁴

Der erste Textentwurf wurde von der Europäischen Kommission am 7. Mai 2003 veröffentlicht und zu einer achtwöchigen öffentlichen Beratung ins Internet gestellt. In diesem Zeitraum hatten Interessensvertreter die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge zur Funktionsfähigkeit der neuen Regelungen einzubringen. Doch dies war leichter gesagt als getan. Nicht nur die Lobbys quälten sich mit dem 1200 Seiten starken Text, sondern auch viele Abgeordnete sahen sich plötzlich mit der Herausforderung konfrontiert, hochtechnisch verfasste Anhänge über diverse Testmethoden und chemische Substanzen zu interpretieren.⁵

Franco Bisegna, Pressesprecher des Dachverbands der chemischen Industrie (CEFIC) erklärte sich zu meiner Freude dazu bereit, mir seine Erfahrungen bei der Einführung des Chemikaliengesetzes am Telefon zu schildern. Auf dieses Interview war ich sehr gespannt, wollte ich doch unbedingt die Position der Lobbyisten der Chemieindustrie näher verstehen. Der hochprofessionelle Pressesprecher erklärte mir, dass selbst Chemiker und Toxikologen Schwierigkeiten damit hatten, den gesamten technischen Textanhang zu begreifen. Wenn schon Experten Monate benötigen, um alle Auflagen zu verstehen, wie sollen erst fachunkundige Abgeordnete daraus Schlüsse ziehen können, fragt sich Bisegna⁶ Die nötige Fachkompetenz, darin sind sich Umweltlobby und Chemielobby einig, hat damals schlichtweg gefehlt!

Die Reform des europäischen Chemikalienrechts stieß auf erhebliche Medienresonanz und warf zahlreiche Detailfragen zu den Konsequenzen der Gesetzgebung auf. Die verschiedenen Interessensvertretungen der Chemieindustrie und der Zivilgesellschaft überforderten eingangs das Parlament, wie der christdemokratische EU Abgeordnete Karl-Heinz Florenz zugibt. Der Ausschussvorsitzende hatte außerdem den Eindruck, viele der Abgeordneten und ihre persönlichen Referenten wären nur begrenzt in der Lage gewesen, sich der REACH Gesetzgebung mit der notwendigen Aufmerksamkeit zu widmen. Aus diesem Grund blieben einigen die Dimensionen der Gesetzgebung eher verborgen und bedeutende technische Fragestellungen wurden nicht genügend diskutiert. Als anschauliches Beispiel nennt Karl-Heinz Florenz die Klärung der Frage, welches Testverfahren für welche Substanzen das passende wäre. Diese Frage wurde trotz ihrer Bedeutung für die Ziele von REACH nur auf Expertenebene und in außerparlamentarischen Seminaren behandelt.⁷ Aufgrund struktureller Mängel wurden viele Argumente der Lobbyisten zumindest zu Beginn der Debatte teils unreflektiert übernommen. Die Parlamentarier dienten mehr als Sprachrohr unterschiedlicher Interessensvertreter, weniger als Vertreter eines gesamtgesellschaftlichen Zieles.

Krieg der Lobbyisten

Zurück zu unseren Lobbyisten: Den Kernpunkt des Lobbyings bildete die Frage der Ermittlung und Offenlegung von Informationen, um bisher unbekannte langfristige Auswirkungen von chemischen Substanzen auf Umwelt und menschliche Gesundheit besser einschätzen zu können.⁸ Hersteller und Zivilgesellschaften vertraten hier extrem unterschiedliche Standpunkte. Würde der darauf folgende „Krieg der Lobbyisten“ verfilmt, so würde der Film vermutlich keine Altersfreigabe unter 18 Jahren bekommen.

Einen besonderen Streitpunkt bildeten die Art und das Ausmaß der durchzuführenden Testreihen. Die Industrie befürchtete, die Kosten wären im Verhältnis zum möglichen Nutzen einfach zu hoch und bange zugleich um den Verlust ihrer Geschäftsgeheimnisse. Dem gegenüber stand die Forderung der NGO's, alle Informationen offen zulegen, um dem eigentlichen Ziel der Substitution von Chemikalien einen Schritt näher zu kommen. Die chemische Industrie hegte natürlich eine klare Ablehnung gegenüber diesem Reformversuch und betonte die negativen Auswirkungen auf den Chemiestandort Deutschland und Europa aufgrund daraus entstehender erheblicher Mehrkosten und damit notwendigen Arbeitsplatzkürzungen. Außerdem wurde ein Wettbewerbsnachteil auf den globalisierten Märkten befürchtet. Die Industrie ließ sich laut Florenz viel Zeit, um kompromissorientierte Lösungen zu entwickeln.⁹

Von kleinen und großen Honigtöpfen

Der Wettbewerb zwischen Lobbyisten der Chemieindustrie und Interessenvertretern des Umweltschutzes spülte altbekannte Probleme wieder an die Oberfläche. Die ungleiche Verteilung von finanziellen, rechtlichen und personellen Ressourcen zwischen den Lobbyisten sorgt sowohl auf Seiten der Umweltschutzorganisationen als auch auf Seiten der Industrie für hochrote Köpfe. Jorgo Riss, Direktor des *Greenpeace* Büros in Brüssel, argumentiert, dass die Umwelt im Gegensatz zu chemischen Flammenschutzmit-

teln, Atomstrom, PVC-Kunststoff oder gentechnisch veränderten Pflanzen, keine Lobby hat. Umweltschutzorganisationen sind keine Unternehmen und erwirtschaften daher auch keine Gewinne. Sie können folglich der industriellen Lobbyarbeit nicht mit gleichen Mitteln entgegentreten.¹⁰ Riss erklärte mir die ungleichen Verhältnisse anhand eines Beispiels: Sucht die Kommission aus, wen sie zu einem bestimmten Thema anhört, dann stehen in etwa zehn bis fünfzehn Industrielobbyisten einem einzigen Umweltlobbyisten gegenüber. Wenn jedoch die Kommission die Lobbyisten nicht aussucht, so sind die Unterschiede noch viel gravierender. Im Umweltausschuss des EU-Parlaments sitzen geschätzte 60 Industrielobbyisten pro Umweltlobbyist. Demzufolge können die großen Industrielobbys mit ganz anderen Mitteln ins Feld ziehen, aufwändige Studien durchführen, umfangreiche Kommunikationsarbeit leisten und pompöse Empfänge für Politiker organisieren.¹¹

Um die extremen finanziellen Unterschiede zu verdeutlichen, verweist der Greenpeace Direktor auf ein schlagkräftiges Beispiel. *Syngenta-Agro*, Vertreiber von Pflanzenschutzmitteln, organisierte eine eintägige Lobby-Veranstaltung in Brüssel für circa 1,4 Millionen Euro. Im Vergleich dazu belief sich das gesamte Lobbybudget für EU-Arbeit von *Greenpeace* im Jahr 2008 auf 750.000 Euro. Doch wendet Riss ein, sie hätten es als Umweltschutzorganisation gar nicht so schlecht, da sie immerhin ein Büro in Brüssel vor Ort hätten. Kleinere NGOs sind in Brüssel hingegen gar nicht erst vertreten.

In der Welt der Chemieindustrie sieht es etwas anders aus. Alles kein Problem.

Als ich die Chemieindustrie mit der Problematik der finanziellen und personellen Ungleichheiten konfrontierte, bekam ich eine überraschende Antwort. Pressesprecher der CEFIC, Franco Bisegna ist der Meinung, Lobbying habe nicht viel mit Geld zu tun, sondern vielmehr mit guten Ideen. Um seine Ansicht zu untermauern, erzählt er mir von der Aufsehen erregenden Kampagne „DE-

tox“, welche vom WWF im Zeitraum zwischen 2003 und 2004 durchgeführt wurde. Dabei wurden 40 Europaabgeordneten, Ministern und Kommissaren, Blutproben öffentlichkeitswirksam auf der Straße abgenommen, um sie anschließend auf Vorkommen und Konzentration von gefährlichen Chemikalien zu untersuchen. Tatsächlich wurden in jeder einzelnen Probe gefährliche Chemikalien entdeckt, wobei sich im Schnitt zwischen 30 und 40 verschiedene künstliche Chemikalien im Blut befanden.¹² Derartige Substanzen können nicht nur die Gesundheit drastisch gefährden und Krankheiten provozieren, sondern auch über die Muttermilch an Babys weitergegeben werden.¹³ Obwohl die tatsächliche Bedeutung solcher Testergebnisse sehr umstritten ist, erregen Aktionen dieser Art große Aufmerksamkeit. Mit einfachen Mitteln kann so praktisch gezeigt werden, welche Chemikalien wir bereits im Körper tragen. Die Botschaft ist eindeutig und kommt schnell an, bemerkt der Pressesprecher nicht ohne Neid.

Er liefert noch ein weiteres Argument, warum finanzielle Ungleichheiten keine Rolle spielen. Viele NGOs erhalten von der EU Subventionen, um sich Lobbyarbeit leisten zu können. Diese finanziellen Förderungen würden aus Steuergeldern finanziert, bemerkt Herr Bisegna spitz. Dennoch sei er aber dafür, dass alle Interessen gehört werden können und unterstützt demnach auch die Vergabe finanzieller Hilfeleistungen, denn tatsächlich könnten viele dieser Interessensorganisationen ohne diese Unterstützung gar nicht überleben.

So entspannt sieht das jedoch nicht jeder in der Industrie. Herr Esa Härmälä, Generaldirektor der europäischen Düngemittelherstellervereinigung empfindet die finanzielle Unterstützung, welche die Kommission besonders NGO's zukommen lässt, als großes Problem.¹⁴ Er bezieht sich auf die kürzlich erschienene Studie des Think-Tank *International Policy Network*. Diese besagt, die EU würde die meisten der mächtigsten NGOs in Brüssel subventionieren. Die kleineren NGOs erhalten dabei wenig bis keine Unterstützung von der Kommission.

Besonderes Augenmerk legt die Studie auf die Bezüge der Green 10, einem Zusammenschluss aus zehn NGO's. Die Analyse macht deutlich, dass neun der zehn Mitglieder Förderungen von der Kommission erhalten. Bei acht Mitgliedern machen die Förderungen ein Drittel oder mehr ihres Einkommens aus. Nach EU-Richtlinie kann eine NGO bis zu 70 Prozent ihres Einkommens von der EU empfangen und muss nur 30 Prozent aus alternativen Quellen erwirtschaften. Zudem sind die Zuschüsse in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Viele NGO's kämpfen damit, ihre Abhängigkeit von Kommissionsspenden zu reduzieren. Doch der Trend geht in die Gegenrichtung. Tatsächlich sind heute drei der Mitglieder stärker auf EU Gelder angewiesen als im Jahr 2005.¹⁵

Für Herrn Härmälä ergibt sich daraus ein Interessenskonflikt. NGO's bekommen Subventionen von der EU, um Lobbyisten zu engagieren, welche wiederum die EU vertreten. Seiner Ansicht nach macht dies die NGO's zu einem Teil der EU Maschinerie und vermischt die Rollen der Entscheidungsträger gegenüber der Zivilbevölkerung.

Licht ins Dunkel? Wer fürchtet sich vor dem Lobbyistenregister?

Eine Reaktion auf die komplizierte langjährige Entwicklung der Richtlinie REACH war die Gründung von *ALTER-EU*, die Allianz für Lobbying Transparenz und ethische Regulierung, im Jahr 2005.¹⁶ Diese Europäische Transparenz Initiative wurde ins Leben gerufen, um den Weg der Entscheidungsfindung für Bürger transparenter zu gestalten und die bereitgestellten Gelder für Lobbying offen zu legen. Es wurde eine Diskussion gestartet, wie der „Wilde Westen“ der Lobbytransparenz beendet werden könnte. Im Frühling 2008 wurde auf Drängen von *ALTER-EU* das Register der Interessenvertreter von der Europäischen Kommission eingeführt. Lobbyisten sind dazu angehalten, sich in dieses Register einzutragen und ihr Budget für Interessensvertretung bekannt zugeben.

Mit einer Eintragung erklären sich Interessensvertreter gleichzeitig dazu bereit, einen Verhaltenskodex zu befolgen.¹⁷

Diese Maßnahme ist zwar ein richtiger Schritt Richtung höhere Transparenz bei Lobbyaktivitäten, doch basiert die Eintragung auf Freiwilligkeit. Kein Lobbyist kann dazu gezwungen werden, seine Daten bekannt zu geben. Jorgo Riss kämpft schon lange dafür, das Lobbyistenregister verbindlich einzuführen und sehnt sich nach klaren Grundprinzipien, wie sie etwa in den USA bestehen. Jeder, der als Lobbyist in den Raum tritt und auf Gesetze Einfluss nimmt, die daraufhin für 500 Millionen Menschen verbindlich sind, sollte klar offen legen, wer ihn bezahlt, auf wen oder was er Einfluss nimmt und wie viel Geld dabei im Spiel ist, erklärt der grüne Direktor. Wenn diese Mindestinformation nicht vorhanden ist, dann können sich EU-Bürger nie ein Bild davon machen, was in Brüssel passiert und viele unkritische Beamte werden auch nicht dazu er sucht, ihr Verhalten zu ändern.

Bisweilen argumentierte die Kommission, es wäre rechtlich zu schwierig, das Lobbyistenregister verpflichtend einzuführen. Die EU sei schließlich kein Land wie die USA und damit seien Lobbyisten in unterschiedlichen Mitgliedsländern etabliert. Darauf folgte der Vorschlag von *ALTER-EU*, sogenannte „staff regulations“ festzulegen. Die Idee dahinter war, dass sich Kommissionsbeamte nur mit Lobbyisten unterhalten dürfen, die auch registriert sind. Im Lobbyistenregister sollten zusätzlich zu den Namen der Firmen und Lobbyverbände auch die Interessensvertreter genannt werden, die für sie arbeiten. Die Lobbyisten würden je eine persönliche Nummer erhalten, welche vom Beamten erst eingeloggt werden muss, wenn er einen Lobbyisten empfängt. Dies wäre ein großer Anreiz, sich einzutragen und es würde eine genaue Übersicht darüber geben, wie oft sich wer mit wem getroffen hat. Doch auch diesen Vorschlag schlug die Kommission in den Wind. Jorgo Riss zweifelt deshalb stark an den Ambitionen der EU, mehr Transparenz in die Welt der Lobbyisten zu bringen.¹⁸

Fehler passieren eben überall?

Während meiner Recherchen befragte ich sowohl Lobbyisten großer Chemieunternehmen wie auch Abgeordnete und Vertreter von NGO's, ob sie die Einführung des Lobbyistenregisters für eine positive Initiative hielten. Es wurde mir einstimmig mit „Ja“ geantwortet. Scheinbar steht also einer Offenlegung von Daten niemand im Wege. Doch der Schein trügt. Immer wieder wurden falsche Angaben ins Register eingespeist und viele Unternehmen hielten es bisher nicht für nötig, sich einzutragen. Der Verband der Chemieindustrie CEFIC wurde zwei Monate aus dem Register verbannt, da er seine Lobbyausgaben mit lediglich 50.000 Euro eingestuft hatte. Eine offensichtlich viel zu geringe Summe. Fehler passieren eben überall? CEFIC argumentierte damals, es wäre aufgrund der ausgesprochen komplexen Struktur des Verbandes sehr schwierig, die Kosten für Lobbying zu evaluieren.¹⁹ Ein Vorwand, der auch von Unternehmen wie der *Association of Danish Process Industries* oder *fertilizers europe* gerne benutzt wird.

Zukunft Global? Ein Blick auf Monsanto oder wie man die Welt erobert

Ein besonders mächtiges und schillerndes Lebewesen ist *Monsanto*. Die größte Saatgutfirma der Welt schafft es durch den Vertrieb ihrer genetisch modifizierten Kulturen und aggressives Lobbying regelmäßig in die Presse. Allein die Nennung ihres Firmennamens lässt Umweltschützer vor Wut erzittern und die nächste Protestaktion planen. Auf den ersten Blick scheint diese Reaktion unverständlich, wirbt doch *Monsanto* damit, durch den Anbau von GV-Kulturen das Welthungerproblem lösen zu können und zum Klimaschutz beizutragen.²⁰

RoundupReady-Soja beispielsweise gilt als eine dieser klimafreundlichen Kulturen. Diese Sojabohne enthält ein eingebauten Bakteriengen, welches die Pflanze resistent gegen das Unkrautvernichtungsmittel Roundup macht. Dieses ebenfalls von

Monsanto hergestellte Mittel vernichtet alles Unkraut, ohne dabei die Sojabohne anzugreifen. Das klingt nach einem Geniestreich, verspricht es doch Farmern einen geringeren Aufwand und höhere Erträge. Doch so manches Detail trübt das Bild. Die Folgewirkungen von Roundup sind sehr umstritten. So musste *Monsanto* die Beschreibung biologisch abbaubar von der Flasche des Unkrautvernichtungsmittels wieder löschen, da nach 28 Tagen nach der Verwendung nur ein Abbau von 2 Prozent des Vernichtungsmittels gemessen werden konnte.

Bei der Aussaat von genetisch verändertem Saatgut kommt es ebenfalls zu den verschiedensten Problemen. In Mexiko etwa wurden auf GV-freien Maisfeldern immer wieder genetisch veränderte Maispflanzen entdeckt. Es wird vermutet, dass die genetisch veränderten Samen nicht durch Zufall in die Felder gelangt sind. Die mexikanischen Farmer reißen die Pflanzen aus, um ihre Verbreitung zu stoppen, doch es scheint ein Kampf gegen Windmühlen. Ist einmal das Feld zum Großteil durch genetisch veränderten Mais verunreinigt, haben die Farmer keine andere Alternative, als auf GV-Saat umzusteigen.²¹

Monsanto sieht den Vorgang der Kreuzung als ein natürliches Phänomen, gegen das nicht viel zu machen sei und fordert für GV-Soja als Zeichen der Klimafreundlichkeit sogar CO₂-Zertifikate und Subventionen für saubere Entwicklungsmechanismen (CDM). Unermüdlich kämpft *Monsanto* dafür, GV-Soja als „verantwortungsbewusst“ kennzeichnen zu lassen, womit es künftig als „umweltfreundliche“ Quelle von Agrosprit betrachtet werden könnte.²²

Der Saatguthersteller hinterlässt auf der ganzen der Welt seine Spuren. In Indien führte der Großkonzern unter anderem die als besonders schädlingsresistent geltende genveränderte Baumwollsaat namens „*Bacillus-thuringiensis-Cotton*“ ein und arbeitete mit Mahyco den größten Saatguthersteller Indiens zusammen. Durch diesen Schachzug gelang es *Monsanto*, die Kontrolle über den gesamten Vertrieb von Baumwollsaat in Indien zu erlangen. Angelockt von der Aussicht auf höhere Erträge und Schädlingsresis-

tenz, aber auch aus Mangel an Alternativen, kauften viele Bauern die viel teurere GV-Baumwollsaat auf Kredit. Dann geschah das Unmögliche. Schädlinge befielen die GV-Pflanzen. Um der Lage wieder Herr zu werden, mussten Farmer Pestizide von *Monsanto* kaufen. Zudem teilte der Konzern den Bauern mit, die Pflanzen bräuchten zweimal so viel Wasser wie herkömmliche Baumwollpflanzen. Der Regen blieb aus und damit die sehnlich erwarteten Erträge. Viele hochverschuldete Bauern verloren ihr Land oder schlitterten in eine finanzielle Krise. Wenn früher eine Ernte ausblieb, konnten die Farmer einige Samen aufbewahren und diese im nächsten Jahr wieder anbauen. Da dies bei GV-Saat nicht möglich, beziehungsweise laut Vertrag verboten ist, muss im folgenden Jahr neues Saatgut gekauft werden. Auf diese Weise bindet *Monsanto* die Bauern und Farmer an seine Produkte. Viele Bauern sahen sich nach der Missernte mit einem riesigen Schuldenberg konfrontiert, den sie nicht mehr begleichen konnten. Tausende begingen Selbstmord.²³

Monsanto bestreitet jeden Zusammenhang seiner Produkte mit den Massenselbstmorden in Indien. Offiziell gibt es tatsächlich keinen statistischen Beweis dafür.

Getürkte Studien, enge Beziehungen zu Entscheidungsträgern in Regierungen und Aufsichtsbehörden, sowie die Versprechung von gesünderen klimafreundlichen Nahrungsmitteln, ermöglichen *Monsanto*, seinen Siegeszug fortzusetzen. Ungewisse gesundheitliche Schäden auf Mensch, Tier und Pflanzen werden kontinuierlich ignoriert und schön geredet. Es ist besondere Vorsicht geboten, denn dieser Gigant könnte es auf die Weltherrschaft über den Anbau von Nahrungsmitteln abgesehen haben.

Die Meerjungfrauen und dunkle Gestalten im Nebel

Einige Initiativen versuchen auf ihre Weise, Lobbyistern eine Lektion zu erteilen. Die Vergabe von Negativpreisen wurde eingeführt, um Interessensvertreter vom künftigen Gebrauch mani-

pulativer, irreführender oder anderer anstößiger Lobbytaktiken abzuhalten.²⁴

Der *Worst Lobby Award* ist einer dieser Auszeichnungen und wird organisiert von NGOs, wie der *Corporate Europe Observatory*, *Friends of the Earth Europe*, *LobbyControl* und *Spinwatch*. Das Internetpublikum darf aus einer Liste nominierter Lobbyisten den Schlimmsten wählen und ist damit direkt am Entscheidungsprozess beteiligt.

In die Ehre einer Nominierung kam auch schon CEFIC, da der Verband erfolgreich Lobbyarbeit für Emissionszertifikate betrieben und die EU und die internationale Klima-Politik damit geschwächt hat.²⁵ Der Pressesprecher der CEFIC bemerkte dazu zynisch, er habe bereits von dem Preis gehört und wüsste von der Nominierung, allerdings sei es doch interessant, dass sie noch nie gewonnen hätten.²⁶

Eine ähnliche Kürung ist die Vergabe des dänischen *Angry Mermaid Awards*, der es besonders auf Klimasünder abgesehen hat. Auf der Homepage des Preises zeigt ein kurzes Video, wie es zu der ungewöhnlichen Namensgebung kam. Man stelle sich vor, eine Meerjungfrau gleitet durch das glitzernde Meereswasser. Im Vorbeischwimmen rettet sie einen Eisbären vor dem Ertrinken, indem sie ihm einen Eisberg unter die Pfoten zaubert, bewahrt ein Dorf vor einer Flutwelle und begründet eine Bohrinself. Wie sie sich umschaut, bemerkt sie, wie weit die Zerstörung der Natur trotz ihrer Hilfe schon fortgeschritten ist. Plötzlich tauchen aus dem aufkommenden Nebel Boote auf, geführt von finster dreinblickenden Gestalten in schwarzen Mänteln. Anfangs versuchen sie die Meerjungfrau zu bestechen, damit sie ihre Bohrinself in Ruhe lässt, doch als sie nicht einwilligt, fesseln sie die Nixe und beuten die Umwelt nach ihrem Belieben aus. Und was geschieht mit der Meerjungfrau? Sie bleibt wütend und machtlos auf einem Felsen zurück.

Der *Angry Mermaid Award* ist nach Kopenhagens Symbolfigur benannt und wurde gegründet, um Unternehmenslobbyisten und Firmen zu küren, die die größten Anstrengungen unternommen

haben, Klimagespräche und andere Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels mittels Propagierung falscher Lösungen zu sabotieren.²⁷

Im Jahr 2009 gewann *Monsanto* den Award, da der Konzern, wie oben dargestellt, genmanipuliertes Saatgut auf aggressive Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik propagierte. Saatgut von Monsanto wird jedoch schwerpunktmäßig zur Herstellung von Bio-Treibstoff verwendet.²⁸

Im Gespräch mit einigen Lobbyisten der Chemieindustrie musste ich leider feststellen, dass viele Interessensvertreter die abschreckende Wirkung derartiger Nominierungen stark bezweifelten.

Des Rätsels Lösung

Soll lobbyistisches Fehlverhalten künftig eingedämmt werden, so müssen effektivere Handlungen gesetzt werden. Dabei führt kein Weg an Sanktionen vorbei. Wovor fürchten sich aber große Haie? Die Einführung von Geldstrafen wäre eine Möglichkeit, doch bliebe diese Maßnahme leider wirkungslos. Konzerne, die jedes Jahr Milliardenumsätze erwirtschaften, schmerzt eine Geldstrafe von einigen tausend Euro oder sogar Millionen kaum. Derartige Strafen hätten demnach nur bei kleineren Firmen Wirkung. Die zweite Möglichkeit wäre, Geldstrafen an den Umsatz der straffällig gewordenen Unternehmen anzupassen. Eine Geldbuße von zehn Prozent des Jahresumsatzes käme dem Ziel einer wirklich abschreckenden Strafe schon näher. Dieses Risiko würde so schnell kein seltsames Lebewesen eingehen.

Die Implementierung des auf Freiwilligkeit beruhenden Lobbyistenregisters war bereits ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Transparenz, lässt aber auch genügend Spielraum für Verbesserungen. Eine verpflichtende namentliche Auflistung aller Interessensvertreter, die auch das verfügbare Budget offen legt, könnte die Transparenz in der EU noch entscheidend erhöhen. In einem weiteren Schritt sollten EU-Mitarbeiter dazu verpflichtet werden,

sich ausschließlich mit registrierten Lobbyisten zu beraten. Diese Maßnahme würde den Anreiz für Interessensvertreter, sich einzutragen, drastisch erhöhen.

Ein Problemfeld, das sehr häufig während meiner Interviews angesprochen wurde, ist die Präsenz von großen Consultingfirmen und PR-Agenturen, die im Namen Dritter intervenieren. Ihre Firmennamen sagen meistens nicht viel aus, und es ist unklar, für welche Interessen sie eintreten. Derartige Unternehmen vertreten ihre Interessen auf eine Weise, die es erlaubt, die Identität ihres eigentlichen Auftraggebers und dessen wirtschaftliche Interessen zu verschleiern. Durch dieses Täuschungsmanöver bleibt unklar, wem die Kommission ihr Gehör schenkt.

Eine Möglichkeit, für mehr Chancengleichheit zwischen Interessensvertretern zu sorgen, ist Subvention und regelmäßige Anhörung von kleineren Firmen, die alternative umweltfreundlichere Lösungen anbieten. Jorgo Riss machte mich auf die schwierige Situation dieser Unternehmen aufmerksam. Bekämen Firmen, die in gesunde saubere Innovationen investieren möchten, die Möglichkeit, ihre Interessen stärker in Brüssel zu vertreten, hätte das positive Auswirkungen auf den Entscheidungsprozess. Die Argumente würden nicht immer nur von Umweltschutzorganisationen vorgetragen, sondern auch aus Sicht von Unternehmen, welche Zukunftsmärkte erwirtschaften wollen. Große Unternehmen planen die Einführung von Innovationen gerne selbst und lassen sich diese nur ungern von Politikern diktieren. Aus diesem Grund stehen Umweltschutzorganisationen und große Unternehmen beinahe nie auf der gleichen Seite. Saubere Innovationen verschwinden auf Druck der mächtigen Konzerne in den Schubladen der Kommission.²⁹ Hier muss die Kommission stärker in die Pflicht genommen werden, für ausgewogene Interessensanhörung zu sorgen und sich öfter mutig gegen die Big Player zu stellen. Es ist Aufgabe der Kommission, festzulegen, dass jedes Gespräch mit einem Lobbyisten schriftlich vermerkt und dass zu jedem Thema auch eine Gegenmeinung eingeholt werden muss. Auf diese Weise wäre zu-

mindest garantiert, dass alle Meinungen angehört würden.

Selbst die Vierte Gewalt muss ihren Beitrag zu mehr Gerechtigkeit erhöhen. Medien sind zwar in Brüssel präsent, jedoch nützen sie kaum ihre Chance, für genügend Öffentlichkeit und Transparenz zu sorgen oder auf schlechte Politik korrigierend einzuwirken. Die Presse scheitert an der Herausforderung, ihren Lesern das politische Geschehen in der EU verständlich zu übermitteln. Die Möglichkeit der Mitgestaltung am Gemeinschaftsprojekt wird zu wenig genützt, Orientierungsangebote für Bürger nicht initiiert. Viele der publizierten Artikel über die EU sind sich sehr ähnlich und verschaffen den Bürgern keinen richtigen Überblick. Hilfreiche Orientierungspunkte bieten nur wenige Artikel, während der Großteil den herrschenden Tenor bestätigt.³⁰ Kritische Berichterstattung über Interessenskonflikte oder Lobbyisünder hingegen setzen die Kommission unter Druck, Initiativen zur Transparenzsteigerung zu beschleunigen. Erfährt die Öffentlichkeit von trügerischen Lobbytaktiken und verwässerten EU-Beschlüssen, wirft dies kein gutes Licht auf die Kommission und sie ist gezwungen, zu handeln. Hier ist jeder Bürger gefragt, seinen Beitrag zu leisten, Entscheidungen auf EU-Ebene zu hinterfragen und mehr Transparenz zu fordern.

Solange seltsame Lebewesen bei unangemessenem Verhalten nicht in Käfige gesperrt werden, solange wird sich die nur schwer zu durchschauende Situation nicht verbessern. Jetzt ist der Mut des mächtigen Riesen gefragt, endlich Schranken zu setzen. Denn niemand mag böse Meerjungfrauen.

Quellenverzeichnis

- 1 Schulz, Martin: Ziel und Quelle- Politikberatung und das Europäische Parlament; S. 23; in: Dagger, Steffen/Kambeck, Michael: Politikberatung und Lobbying in Brüssel; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.
- 2 Ebd.; S. 24.
- 3 Redaktion 2010: Österreichischer REACH-Helpdesk; <http://www.reachhelpdesk.at> (Zugriff: 17.04. 2010); 2010.
- 4 Europäische Kommission: REACH- Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe; http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/chemicals/reach/index_de.htm; (Zugriff: 18.04. 2010); 2010.
- 5 Warhurst, Michael: REACH erblickt das Licht der Welt; WWF; <http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf-alt/umweltgifte/REACH-explained.pdf>; (18.04. 2010); 2004.
- 6 Bisegna, Franco im Gespräch mit Gruber, Veronika; Gespräch geführt am: 09.04.2010.
- 7 Florenz, Karl-Heinz Florenz: Politikberatung in Europa am Beispiel der Chemikalienpolitik REACH; S. 51; in: Dagger, Steffen/Kambeck, Michael: Politikberatung und Lobbying in Brüssel; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.
- 8 Ebd. S. 52.
- 9 Ebd. S. 53.
- 10 Riss, Jorgo: Alle reden über Lobbyismus - wer tut was dagegen? Probleme der EU-Lobbykratie, aus der Sicht einer Umweltschutzorganisation; S. 128; in: Dagger, Steffen/Kambeck, Michael: Politikberatung und Lobbying in Brüssel; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden; 2007.
- 11 Riss, Jorgo im Gespräch mit Gruber, Veronika; Gespräch geführt am: 26.03.2010.
- 12 EurActiv: Human-Biomonitoring in der Gesundheits- und Umweltpolitik, 04; <http://www.euractiv.com/de/klima-umwelt/human-biomonitoring-gesundheits-umweltpolitik/article-136408>; (20.04.2010); 2005.
- 13 Europäische Kommission: Presseaussendung der Kommission: Presence of persistent chemicals in the human body results of Commissioner Wallstrom s blood test; <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/03/219&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>; (Zugriff: 13.04. 2010); 2003.
- 14 Härmälä, Esa im Gespräch mit Gruber, Veronika; Gespräch geführt am: 12.04.2010.
- 15 Boin, Caroline/Marchesetti, Andrea: Friends of the EU; <http://www.policynetwork.net/accountability/publication/friends-eu>; (Zugriff: 22.04.2010); 2010.
- 16 ALTER-EU: About ALTER-EU; <http://www.alter-eu.org/about>; (22.04.2010); 2010.
- 17 Europäische Kommission: Register der Interessensvertreter; <https://webgate.ec.europa.eu/transparency/regrin/welcome.do>; (Zugriff: 02. Mai 2010); 2010.
- 18 Riss, Jorgo im Gespräch mit Gruber, Veronika; Gespräch geführt am: 26.03.2010.
- 19 Bonse, Eric: Brüssel legt sich mit Lobbyisten; <http://www.handelsblatt.com/politik/international/bruessel-legt-sich-mit-lobbyisten-an;2439326>; (01.05.2010); 2009.
- 20 Monsanto: Monsanto, <http://www.monsanto.com/default.asp>; (Zugriff 23.06.2010); 2010.
- 21 Robin, Marie-Monique: Mit Gift und Genen. Dokumentarfilm; ARTE F; 2007; <http://video.google.com/videoplay?docid=-7781121501979693623#>; (Zugriff: 03.05.2010); 2007.

- 22 Angry Mermaid Award: Monsanto and the Round Table on Responsible Soy (RTRS); <http://www.angrymermaid.org/de/monsanto/>; (Zugriff: 17.06.2010); 2009.
- 23 Mail Online: The GM genocide: Thousands of Indian farmers are committing suicide after using genetically modified crops; <http://www.dailymail.co.uk/news/world-news/article-1082559/The-GM-genocide-Thousands-Indian-farmers-committing-suicide-using-genetically-modified-crops.html>; (Zugriff: 16.06.2010); 2008.
- 24 Worst EU Lobbying awards: Die worst EU Lobbying Awards 2008; <http://www.worstlobby.eu/2008/about/>; (Zugriff: 23.05.2010); 2008.
- 25 Angry Mermaid Award: European Chemical Industry Council; <http://www.angrymermaid.org/de/cefic/>; (02.06.2010); 2009.
- 26 Bisegna, Franco im Gespräch mit Gruber, Veronika; Gespräch geführt am: 09.04.2010.
- 27 Angry Mermaid Award: Gib deine Stimme ab zum Wütenden-Meerjungfrauen-Preis; <http://www.angrymermaid.org/de/>; (Zugriff: 02.06.2010); 2009.
- 28 LobbyControl: Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau; <http://www.lobbycontrol.de/blog/index.php/2009/12/monsanto-gewinnt-den-preis-der-wutenden-meerjungfrau/>; (Zugriff: 16.06.2010) 2009.
- 29 Riss, Jorgo im Gespräch mit Gruber, Veronika; Gespräch geführt am: 26.03.2010.
- 30 Hajo, Friedrich: Nicht wirklich vorwärts kommend, strampeln wir schneller - ein kritischer Blick eines freien Journalisten auf EU-Politikberatung und Öffentlichkeit.; S. 225; in: Dagger, Steffen/Kambeck, Michael: Politikberatung und Lobbying in Brüssel; VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.

Leidet die EU an einem Demokratiedefizit?

Von Thomas Trapp

Der Begriff „Demokratie“ wird immer seltener in einem Atemzug mit der Europäischen Union genannt oder mit ihr in Zusammenhang gebracht. Die Unzufriedenheit der BürgerInnen steigt stetig, die Medien schüren den negativen Trend und äußern vermehrte Kritik an europäischen Beschlüssen. Gleichzeitig stellen sie zusammen mit EU Skeptikern die Sinnhaftigkeit der Union in Frage. Die EU hat ihrerseits Probleme grundlegende Standards zu erfüllen, kann der negativen Dynamik also oftmals wenig entgegenzusetzen. Beispielsweise die Möglichkeit der BürgerInnen an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, also die Möglichkeit der Partizipation, ist immer noch eingeschränkt und die Fragen, wessen Interessen auf höchster Ebene vertreten werden, wer repräsentiert wird und wer von den erarbeiteten Beschlüssen überhaupt profitiert, stehen oftmals zur Diskussion.

Um festzustellen, ob die EU demokratiepolitisch tatsächlich Defizite aufweist, oder ob es andere Gründe für die dargestellten Problematiken gibt, ist es notwendig sich einerseits die „Demokratie“ genauer anzusehen und zu untersuchen, wie diese im Idealfall aussehen soll. In einem zweiten Schritt ist dann der Vergleich zu der tatsächlichen Umsetzung anzustellen. Darüber hinaus müssen die Europäische Union und ihre Akteure unter die Lupe genommen und ihre jeweiligen Interessen und Ziele untersucht werden. Der zentrale Fokus liegt hierbei auf den unterschiedlichen konkurrierenden Strategien, wie sie seit der Grundsteinlegung der Europäischen Union vor über 50 Jahren verfolgt wurden. Wie prägten diese das Konstrukt Europäische Union? Essentiell für den Fortschritt des Systems und deshalb besonders hervorzuheben sind hier neben der Staatsstrategie und der Kapitalstrategie, vor allem die technologischen Strategien.

Mit den Strategien werden auch die daraus entstehenden Deformationen (nationalistisch, ökonomisch und bürokratisch) ersicht-

lich und sollen anhand von Beispielen veranschaulicht werden. So ist seit Jahrzehnten zu beobachten, dass wirtschaftlicher Erfolg gegenüber sozialer Gerechtigkeit dominiert, nationalstaatliche Partikularinteressen gegenüber gesamteuropäischer Kooperation vorherrschen und bürokratische Apparate durch ihre stetige Kompetenzausweitung bürgerliche Rechte und den gesamteuropäischen Demokratiedanken immer weiter einschränken.

Als Abschluss des Artikels werden Reformansätze dargelegt, die sich mit der Frage beschäftigen, wie man dieser negativen Dynamik entgegenwirken kann. Stellt die derzeitige Situation vielleicht sogar eine Gefahr für die europäischen Demokratien dar? Die Spannweite der Defizite reicht dabei von der ausbleibenden Etablierung einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit, bis hin zu den Legitimationsproblemen der EU-Organe. Im Zusammenhang mit dem Demokratiedanken ist die Tatsache unbestritten, dass sich eine legitimierte Europäische Union auf ihre Basis, die Zivilgesellschaft, besinnen und die Europapolitik vergesellschaftet werden muss. Die europäischen Bürger und Bürgerinnen müssen im Zuge dessen von ihrer passiven Rolle befreit und wieder zum vordergründigen Bezugspunkt der EU-Politik gemacht werden.

Demokratie in der EU? - Von Wegen!

Um den demokratischen Gedanken in der EU, beziehungsweise dessen Umsetzung, überhaupt untersuchen zu können, besteht zunächst die Notwendigkeit sich mit den Fragen zu beschäftigen: Was ist Demokratie überhaupt? Was sollte sie im Idealfall beinhalten?

Begriffsgeschichtlich bis in die frühe Antike zurückgehend, beschreibt die Demokratie den Zustand der Volkssouveränität und der Herrschaft des Volkes, des Demos. Die Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft übertragen ihre Selbstbestimmungsrechte auf gewählte Vertreter, die die Aufgabe erhalten die gesamtgesellschaftlichen Interessen politisch zu vertreten und in weiterer Folge

umzusetzen. Der Wille des Staatsvolkes, also der Bürger, ist dabei das zentrale Element, welcher bei allen Entscheidungen der Volksvertreter beachtet werden muss. War dieses Herrschaftssystem auf nationalstaatlicher Ebene zumeist gut umsetzbar, erweist sich die effektive Vertretung auf gesamteuropäischer Ebene zunehmend als problematisch.

Die Bürgerferne, die dem politischen Konstrukt „Europäische Union“ vermehrt vorgeworfen wird, bezieht sich allerdings nicht nur auf die Interessen, die an oberster Stelle vertreten werden, sondern auch auf die Möglichkeit direkten Einfluss auf Prozesse zu nehmen. Die EU, wie sie heute besteht, ist für viele Menschen, die als BürgerInnen in dieses System eingebunden sind, ein sehr intransparentes und unklares Institutionengewirr. Die Mitglieder der einzelnen Gesellschaften haben zumeist wenig eindeutige Informationen über die Abläufe, langwierigen Entscheidungsprozesse oder die Tragweite und Konsequenzen von Beschlüssen. Stattdessen sind die medial ausgeschlachteten negativen Aspekte, wie das Demokratiedefizit, die fehlende europäische Identität, die Bürokratisierung und die Wirtschaftsorientierung in der Bevölkerung bekannt.

Um Prozesse und Entscheidungen auf europäischer Ebene verstehen zu können, bedarf es einer Auseinandersetzung mit den Anfängen der Europäischen Union und den Hintergründen ihrer Entstehung. Der Weg bis zur Etablierung eines gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Handlungsraumes, erbaut aus den ehemals verfeindeten und kriegsgebeutelten Gesellschaften Europas, war sehr steinig und konfliktreich. Nach Jahren des Krieges und der Feindschaft sollten Voraussetzungen für einen anhaltenden Frieden auf dem Kontinent geschaffen werden. Die Lösung wurde im Zusammenschluss der Nationalstaaten und der Ausweitung der gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Arbeit verortet. 1952 legten Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland in Form der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ den Grundstein für die Europäische Union.

Die Politiken die während der Entstehung der Union verfolgt wurden und diese beeinflussten, waren stets das Produkt von untereinander in Konkurrenz stehenden Absichten der einzelnen Staaten. Vielerorts wird die Meinung vertreten, dass die EU durch die „Dynamik der Nebenfolgen“⁴¹ entstanden ist, also durch nicht beabsichtigte Eigenbewegungen im Entwicklungsprozess. Das derzeitige Erscheinungsbild der EU gilt als Ergebnis der „reflexiven Modernisierung“⁴¹ der europäischen Gesellschaften auf die durchwanderte Entwicklungsperiode.

Im Zusammenhang mit Macht- und Konkurrenzspielen auf höchster politischer Ebene wurde der Begriff des „Meta-Machtspiels“⁴¹ konstruiert. Er benennt den Wettkampf unter den Nationalstaaten seit der Gründung der Union und den Abtretungen nationaler Kompetenzen an eine überstaatliche Instanz. Die Konflikt- und Konkurrenzpunkte innerhalb der EU waren und sind vielfältig und ziehen sich von dem institutionellen Aufbau, in dem es um Themen wie Mitentscheidungsverfahren, Effizienzsteigerung oder Autoritätenvergabe geht, über ideologisch-kulturelle Differenzen, welche die Frage nach der europäischen Zukunft beinhalten, bis hin zu einer dritten Konfliktform des Machtspiels, welche grundlegende Verteilungskonflikte thematisiert.

Das Durchsetzen von Interessen bildet offensichtlich einen zentralen Bestandteil der EU-Politik. Jedoch muss untersucht werden, wer überhaupt – wenn denn nicht das Volk – die Entscheidungsträger innerhalb der Union sind und welche Strategien ihnen zur Verfügung stehen, um die Würfel des Machtspiels positiv für sich zu beeinflussen.

Die Big Player im Machtspiel der EU

Vermehrt wird in der Bevölkerung die Frage aufgeworfen, wessen Interessen in Brüssel und an anderen Standorten der Union eigentlich vertreten werden. Da innerhalb der europäischen Demokratie offenbar nicht das Volk der entscheidende Akteur im Entschei-

dungsprozess ist, stellt sich die Frage, wer stattdessen als Player der Europapolitik seine Interessen vertritt, Strategien verfolgt und versucht seine eigene Position aufzuwerten. Zentral ist die Rolle der einzelnen Mitgliedsstaaten, die in das gesamteuropäische System eingebunden sind. Des Weiteren sind die Wirtschaft und die überstaatlichen Institutionen als EU-Player zu nennen, auf welche an anderer Stelle genauer eingegangen wird.

Zunächst ist die Rolle der einzelnen Nationalstaaten interessant, welche zunehmend unter dem Verdacht stehen sich auf die eigenen Vorteile zu konzentrieren, anstatt auf positive Veränderungen für die Bevölkerung oder das Gesamtprojekt Europa abzielen. Die Staaten haben eine zentrale Stellung inne und besitzen einen weitläufigen Handlungsspielraum. Dennoch fielen ihre Leistungen in den letzten Jahren zunehmend in die Missgunst der Bevölkerungen. Laut Definition ist ein „Staat“ grundsätzlich gekennzeichnet durch sein verwaltetes Territorium, sein Staatsvolk und eine politische Sphäre zur Herstellung von allgemein gültigen Entscheidungen. Insbesondere der Europäisierungsprozess bedeutet eine einschneidende Veränderung für die Rolle des Staates. Souveränität, Autonomie aber auch die nationale Identität werden (partiell) eingeengt. Es ergeben sich aber durchaus auch neue Handlungsspielräume für die einzelnen Staaten. In ihrem Buch „Das kosmopolitische Europa“ (2007) beschäftigen sich Ulrich Beck und Edgar Grande mit diesen staatlichen Handlungsräumen und unterscheiden vier Hauptstrategien der Staaten, die sich in der Europapolitik finden lassen.

Die erste Form, der nationalistische Egoismus, bezeichnet, wie der Name schon in sich birgt, eine Vorgehensweise, die sich von Kooperation unter den einzelnen Nationalstaaten abwendet. Im Vordergrund steht die Durchsetzung der eigenen wirtschaftlichen oder politischen Partikularinteressen, mit dem Ziel, den eigenen Vorteil auszuweiten. Zusammenarbeit wird im Rahmen dieser Strategie zu einem Kampf um Zugeständnisse der Gegenseite, anstatt auf wirklichem Konsens zu beruhen. In der EU wird die Stra-

ategie des nationalistischen Egoismus in vielfältiger Weise sichtbar. Aufgrund der Tatsache, dass auf europäischer Ebene viele Entscheidungen nur durch einen Konsens, also durch Einstimmigkeit gefällt werden können, bietet sich für die einzelnen Staaten die Chance, mittels eines Vetos, nationale Interessen gegenüber den anderen Mitgliedstaaten zu erpressen. So konnte beispielsweise in den 1980er Jahren die britische Regierung eine Verminderung der Zahlungen für den EU-Haushalt durch eine Veto-Drohung durchsetzen, wodurch sich einige Vorteile für Großbritannien und seine nationale Wirtschaft ergaben.¹

Bei der zweiten Strategie, dem intergouvernementalen Minimalismus handelt es sich um eine Staatsstrategie, bei der Kooperation mit den Mitgliedstaaten zwar als wirtschaftliche Notwendigkeit anerkannt wird, Kernkompetenzen jedoch in den einzelnen Staaten verbleiben. Ein Beispiel für die Vertretung dieser Strategie findet sich in der näheren Vergangenheit. So wies etwa die ehemalige Premierministerin von Großbritannien, Margaret Thatcher, in ihrer Brügge Rede 1988 darauf hin, dass sie die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft in der „aktive[n] Zusammenarbeit zwischen unabhängigen, souveränen Staaten“ sieht². Ihre Kritik richtete sich gegen den voranschreitenden Integrationsprozess in Europa, in welchem sie Einbußen nationaler Kompetenzen verortete. Stattdessen wollte sie mehr Eigenständigkeit der einzelnen Nationalstaaten bewahren.

In ein ähnliches Rohr bläst der kosmopolitische Realismus. Diese Staatsstrategie basiert auf einer abgeschwächten Vorstellung des klassischen Realismus. Die Denkweise des klassischen Realismus beruht auf der Annahme, dass innerhalb des internationalen Systems globale Anarchie herrscht und der Machtgewinn die einzige Möglichkeit ist, die eigene Position innerhalb dieses Systems zu erhalten oder zu verbessern. So hob schon der Sozialwissenschaftler Max Weber hervor: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“³ Da in der

Europäischen Union nicht Konkurrenz sondern Zusammenarbeit im Vordergrund steht, macht der bloße Machtkampf hier wenig Sinn. Deshalb wird der klassische Realismus um das Moment der Rücksichtnahme gegenüber anderen Mitgliedsstaaten ergänzt, um eine effektive Kooperation überhaupt erst zu ermöglichen. Die Methoden des kosmopolitischen Realismus werden in der europäischen Zusammenarbeit schon zu Zeiten der EGKS, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sowie im frühen Integrationsprozess deutlich. Das Ergebnis soll eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten ergeben. Beispiele für seine Umsetzung lassen sich aber auch in der heutigen Zeit entdecken. Etwa in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion oder im großen EU-Binnenmarkt, können realistisch motivierte Bestrebungen der Nationalstaaten gefunden werden. Viele fließen in Folge in die Verhandlungen der EU ein, formen Beschlüsse und tragen das System weiter.

Die vierte Strategie, der kosmopolitische Idealismus, wendet sich von nationalstaatlichem Egoismus ab und setzt zur Erreichung höherer Ziele gänzlich auf die Stärkung der Gemeinschaft. Kann man zwar in der Geschichte der Union einige idealistische Motive erkennen, die zu Veränderungen und Neuformulierungen führten, wird die Umsetzung auf internationaler Ebene als wenig realistisch eingeschätzt.

Nach dieser knappen Darstellung der Strategien, welche den Nationalstaaten der EU als Handlungsrahmen zur Verfügung stehen, wenden wir uns den negativen Aspekten zu, welche durch sie erzeugt werden. Wie wir tagtäglich via Medien oder anderen Quellen erfahren, lassen sich derzeit vermehrt national ausgerichtete Staatsstrategien ausmachen, die das Politiksystem Europäische Union dominieren. Um von diesem Wissen ausgehend auf mögliche Defizite der EU schließen zu können, muss untersucht werden, was diese nationalstaatlich ausgerichtete Politik nun konkret für die EU bedeutet. Der erkennbare Nationalismus und die Vertretung nationaler Interessen bringen eine so genannte nationalistische Deformation hervor, die auch als „Responsivitätsdefizit“ bezeichnet

wird. Während nationale Diskurse dominieren und in den Debatten der EU Anklang finden, haben die Bürger und Bürgerinnen keinen oder nur einen geringen Einfluss auf die politischen Verhandlungen und Themenstellungen, wodurch das Bild einer bürgerfernen Elite in Brüssel erzeugt wird.

Beispiele für nationalistische Vorgehen und die Durchsetzung materieller Vorteile der einzelnen Mitgliedsstaaten lassen sich in der EU-Politik einige finden. Streitthemen findet man etwa bei Staatsabgaben für den Haushalt der EU, bei der Einrichtung neuer Institutionen und ihrer Kompetenzen, bei Reformen des Binnenmarktes oder bei der Beschlussfassung von Förderprogrammen. Ebenfalls wird bei der Etablierung neuer Instanzen um Einfluss und Posten gestritten. Der Versuch der Staaten, ihre jeweilige Position zu stärken und nationale Vorteile auszubauen, kann am Beispiel der Europäischen Kommission, dem höchsten Exekutivgremium der Union, besser illustriert werden.

Vor der Nominierung einer neuen Kommission durch das EU-Parlament pocht jeder Mitgliedsstaat auf die Ernennung eines persönlichen Wunschkandidaten für einen Kommissarposten und auf eine Bevorzugung bei der Ressortvergabe. Die einzelnen Staaten versuchen dabei, den eigenen Kandidaten in die beste Position zu befördern, anderen den Rang abzulaufen und diese schlussendlich auszustechen. Der Grund: die nationalen Regierungen erhoffen sich durch den „eigenen“ Kommissar einen Vorteil in der EU-Politik. Wirft man jedoch einen Blick auf das europäische Regelwerk so sieht man, dass diese Vorgehensweise völlig irrelevant ist, denn „[d]ie Mitglieder der Kommission üben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit aus und dürfen Weisungen der Regierungen weder erbeten noch empfangen“⁴ Das bedeutet, dass die Vertretung oder Bevorzugung nationaler Interessen durch einen Kommissar, sowohl dem rechtlichen Rahmen, als auch dem europäischen Zukunftsgedanken widersprechen.

Genau dieses Verhalten, ihre eigenen Interessen in den Vordergrund zu stellen und öffentlich um Vorzug zu buhlen, ist der perfek-

te Nährboden für EU-Kritiker. Schnell entsteht der Vorwurf der Ineffizienz des Gremiums, fehlender demokratischer Legitimation, der Nichtablehnung nationalen Proporz und der Postenschacherei. Das vermittelte Bild lässt in der Bevölkerung eine verzerrte Wahrnehmung der Union, sowie deren Gremien entstehen. Es scheint, als würden Topjobs metaphorisch gesprochen wie heiße Semmeln herumgereicht und ständig Streitereien um Macht ausgetragen. Vermehrter Einfluss ist das erklärte Ziel. Der Bevölkerung fehlt dabei jegliches Mitspracherecht. So gilt als Kontrollinstanz der Kommission bisher das Ausschusssystem der Union, die Komitologie. Diese soll bei der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen nationale und gesellschaftliche Interessen erörtern und „je nach Empfindlichkeit des betreffenden Sektors die Exekutivarbeit der Kommission entweder beratend, mit verwaltend oder regelnd begleiten“⁴ Über den wirklichen Handlungsrahmen der Komitologie lässt diese Beschreibung natürlich einigen Spielraum für Interpretation. Hinzu kommt, dass die Sitze durch die nationalen Regierungen besetzt sind und der Schirmherr der Komitologiearbeit, der Rat der EU ist. Das Volk bleibt ungehört, hat also keine Möglichkeit, etwa durch Wahlen oder durch direkte Vertreter in den Ausschüssen, Dinge zu beeinflussen. Die Metapher, die Kommission als „von den Mitgliedstaaten deformierter und gefesselter, bürokratischer Riese“¹ zu bezeichnen, klingt treffend. Was allerdings in einem politischen System fehlt, welches von sich behauptet ein demokratisches zu sein, ist die Stimme des Volkes – quasi das „Volk als Wächter“.

Nach der Rolle der Mitgliedsstaaten, den vier Staatsstrategien und den daraus resultierenden Deformationen der EU, wenden wir uns nun dem zweiten großen Player im Spiel der EU zu: der Wirtschaft.

Volle Taschen - Wirtschaft und Unternehmen

In der Bevölkerung wird oftmals die Meinung vertreten, dass die EU nur auf wirtschaftliche Belange Rücksicht nimmt und sich gleichzeitig mehr und mehr von den BürgerInnen entfernt. Refor-

men würden nur zu Gunsten der Wirtschaft und zur Ausweitung von Profiten durchgeführt. Die einzelnen Bürger und Bürgerinnen fühlen sich währenddessen unzureichend repräsentiert und sehen ihre Belange in der EU auf einer zweitrangigen Position. Geschichtlich betrachtet fußt aber die gesamte Europäische Union, neben der Friedensfunktion, auf wirtschaftlichen Interessen und war seit ihrer Gründung ein bedeutender Wirtschaftsraum. Dabei lassen sich, wie im Zusammenhang mit den Nationalstaaten, unterschiedliche Strategien ausmachen, die in ihren negativen Konsequenzen für die kritische Sichtweise seitens der Bevölkerung verantwortlich sind. In diesem Artikel werden zwei Strategien vorgestellt und verglichen, um die jeweiligen Konsequenzen anschließend erkennbar zu machen. Die Wirtschaft verfolgt in ihren Handlungen die Absicht, ihre kapitalistischen Möglichkeiten und den Profit zu maximieren. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach den Vorteilen für den Einzelbürger, sowie nach dem Stellenwert der Demokratie.

Zunächst betrachten wir die Strategie des nationalen Protektionismus. Hinter dieser Strategie, die darauf abzielt die nationalen Märkte, Unternehmen und Industrien vor äußeren Einflüssen zu schützen, ist offensichtlich keine proeuropäische Gesinnung zu erkennen. Die Staaten, als Dreh- und Angelpunkte der Wirtschaft, zentrieren dabei alle Macht- und Kontrollkompetenzen auf sich und versuchen durch die Festsetzung von Zöllen, Subventionen und Importquoten das eigene Wirtschaftssystem zu stabilisieren und gezielt zu fördern. In Europa setzte sich diese Wirtschaftsstrategie verstärkt nach dem Zweiten Weltkrieg durch. Verwüstete Industrien und die vorangegangenen Kriegshandlungen machten ein staatszentriertes Politikvorgehen unumgänglich und verhinderten zunächst eine wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die voranschreitende Globalisierung und der steigende Wettbewerb verlangten jedoch sehr bald eine Abkehr von diesem System. Innerhalb der EU wurden protektionistische Maßnahmen seither minimiert, der europäische Binnenmarkt und seine einzelnen Industriezweige aber

dennoch vor äußerer Konkurrenz und Schwankungen abgesichert.

Als Beispiel lässt sich die Agrarpolitik der EU anführen. Enorme Geldsummen, circa. 50 Prozent des gesamten Haushalts (59,5 Milliarden. Euro), werden dafür aufgewendet die Entwicklung der Landwirtschaft zu fördern. Intern ist der Markt strikt geregelt, nach außen gibt es genaue Regelungen für den Export der Waren. Die Möglichkeit der Partizipation der einzelnen Landwirte in ihrem Wirtschaftssektor ist dennoch eingeschränkt. Insbesondere bei Preisfragen, und somit der Existenzsicherung der landwirtschaftlichen Betriebe, ist die Mitsprache minimal. Es entstehen Vorgaben, die zwar, an wirtschaftlichen Maßstäben gemessen, vertretbar wären, aus humaner Sicht jedoch bedenklich sind. Nicht umsonst gehen Landwirte auf die Straße, um gerechtere Zahlungen und Unterstützungen zu fordern.

Neben dem Protektionismus ist eine weitere Wirtschaftsstrategie zu nennen: der Neoliberalismus. Diese Strategie stellt sich per Definition gegen ein aktives Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten. So lautet die neoliberale Weltformel: Überlasst alles den Marktkräften und haltet euch an den Kapitalismus, wenn ihr in der besten aller Welten leben wollt.⁵ Der Staat hat lediglich die Aufgabe mittels einer gezielten Ordnungspolitik und einer Angleichung der allgemeinen Standards den freien Marktwettbewerb zu ermöglichen und zu fördern. Monopolstellungen einzelner Unternehmen und ruinöse Konkurrenz sollen mit Hilfe der staatlichen Ordnung verhindert werden. Auch das Auftreten so genannter negativer Externalitäten, also die Schuldenübertragung einzelner Marktteilnehmer auf die Allgemeinheit, soll vermieden werden.⁶ Innerhalb der EU verfolgt der Neoliberalismus das Ziel der vollständigen Entgrenzung der Wirtschaft und der umfassenden Standardangleichungen in den Mitgliedsstaaten.

In der Europäischen Union ist die Strategie des europäischen Neoliberalismus vorherrschend. Es wurde ein Binnenmarkt geschaffen, der durch einheitliche Standards und wenig Regulation gekennzeichnet ist. Mithilfe dieses Konzeptes sollte eine Europä-

isierung der Märkte erreicht und gleichzeitig eine Steigerung des Absatzes europäischer Produkte am Weltmarkt angeregt werden. Schon in den späten 1970er Jahren kam es zur voranschreitenden Vormachtstellung der Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. Als Reaktion darauf kam die Kommission in Verhandlungen zu dem Schluss, dass nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs 1945, durch ausbleibende Reformen in der Wirtschaftspolitik, der Anschluss an diese führenden Wirtschaftsmächte aus der Hand gegeben wurde. Die protektionistischen Maßnahmen der einzelnen Nationalstaaten in der Nachkriegszeit förderten den Aufschwung nur begrenzt. Vielmehr hatten sie schwerwiegende Auswirkungen auf den Produktionssektor im internationalen Wettbewerb. Der Neoliberalismus galt als Antwort auf diese Tendenzen und sollte die negativen Entwicklungen umkehren.¹

Wenden wir uns nun den durch sie entstehenden Deformationen zu. Im Bezug auf den Protektionismus wurden bereits der hohe Grad an Standardisierung, die mangelnde Möglichkeit der Partizipation einzelner BürgerInnen, sowie die einzige Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Profite, anstatt sozialer Aspekte genannt. In Bezug auf den Neoliberalismus finden wir einzelne dieser Kritikpunkte ebenfalls wieder. Da diese Strategie jedoch in der EU vorherrschend praktiziert wird, ist es notwendig die spezifischen Deformationen genauer zu untersuchen. In den Bereichen, in denen die neoliberalen Ansätze in die Praxis umgesetzt werden, wird eine „negative Integration“ deutlich. Dies bedeutet die tendenzielle Deregulierung und die Reduktion von Marktbarrieren. Kritisch ist vor allem die Tatsache zu sehen, dass es niemanden gibt, der den ungehemmten Wettbewerbsdynamiken entgegenwirken könnte. Es wird ein Bild deutlich, wonach alle Lebensbereiche dem Marktmechanismen unterworfen werden. Alles wird in Waren gewandelt, sei es nun die Natur, der Mensch oder gar die Moral.⁵ Die Politik hat es bisher nicht geschafft, sich ein Repertoire an Instrumentarien und Regulierungsmaßnahmen zurecht zu legen. Die Mitgliedstaaten geben zwar immer mehr Kontrollkompetenzen an die Institutio-

nen der Gemeinschaft ab, gleichwertige Handlungskompetenzen in benötigtem Umfang, sind jedoch in der EU nicht vorhanden. Die Wirtschaft streift stetig Profitsteigerungen ein. Dies zeitweise sogar mithilfe von Vorgehensweisen, die sich jeglicher rechtlichen Deckung oder Legitimation entziehen.

Die Bevölkerung ist zu Recht empört. Werden die EU-BürgerInnen in ihrem Alltag vermehrt durch gesetzliche Maßnahmen reguliert, die auf EU-Ebene beschlossen wurden schaffen es die Wirtschaftslobbys, sich gezielt Vorteile für ihr Feld zu beschaffen und sich vor regulierenden Veränderungen zu schützen. Sogenannte „Reformen“ schrumpfen in Folge zu Worthülsen und die angebliche ökonomische Notwendigkeit bleibt als Legitimation für politisches Handeln vorherrschend. Der Einfluss des Volkes ist – wieder einmal – begrenzt. Proteste und Demonstrationen stoßen auf europäischer Ebene ebenso auf taube Ohren, wie gesellschaftliche Interessensvertretungen oder NGOs.

Der Mehrzahl der PolitikerInnen scheint nicht aufzufallen, dass wichtige Parameter, die im Rahmen der Entstehung der EU festgelegt wurden, stetig untergraben werden. Aufgrund der zunehmenden Abkehr vom keynesianischen Wirtschaftsmodell ab den 1960er Jahren, welches das gezielte Eingreifen des Staates zur Abschwächung von Krisen propagierte, zu Gunsten des Neoliberalismus, wurden Aspekte wie Wohlfahrt oder nationale Eigenverantwortung in ihrer Wertigkeit herabgesetzt oder gar für nichtig erklärt.⁶ Die Konsequenz ist, dass die wirtschaftliche Rationalität gegenüber der sozialen Gerechtigkeit und zivilgesellschaftlicher Kontrolle gewinnt. Europa ist also in seiner derzeitigen Verfassung ein durch „den Primat der Ökonomie geprägtes, ein ökonomisch deformiertes Europa.“¹

Akt für Akt - Bürokratie, Technokratie, Expertise

Nach dem Staat und der Wirtschaft kommen wir nun zum dritten großen Player. Um die Frage, ob die Europäische Union an einem

Demokratiedefizit leidet, zu beantworten, ist es notwendig auch die Bürokratie der EU genauer zu betrachten. Welche Deformationen werden durch sie hervorgebracht? In der gesamten Geschichte wurde das Projekt Europäische Union maßgeblich von technokratischen Strategien beeinflusst. Dies bedeutet, dass supranationale (überstaatliche) Institutionen der EU, beispielsweise die Kommission oder der EuGH (Europäische Gerichtshof), mit unterschiedlichen Mitteln versuchten ihre Kompetenzen auszuweiten und somit an Einfluss zu gewinnen. Diesen Vorgang kann man sich folgendermaßen vorstellen: Technokratie sieht Fortschritt, Stabilität und Wissensmaximierung als zentrale Ziele der Gesellschaft an. Um diese Ziele erreichen zu können, werden fachgebundene Einrichtungen (Experten-Kommissionen) mit der Erarbeitung von Vorschlägen betraut. Ihre Macht erhalten sie durch Kompetenzabtretung demokratisch legitimierter Institutionen. Es werden zunächst wenig umstrittene Grundlagen festgelegt, die dann zunehmend auf andere Bereiche übergreifen sollen. Was mit dieser Vorgehensweise erreicht werden soll, ist die Verschränkung der einzelnen Politikfelder und die Ausweitung von Kompetenzen. Einzelne Institutionen können so ihre Zuständigkeiten und Möglichkeiten auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen deutlich erweitern. Eng verbunden hiermit sind eine Steigerung des bürokratischen Arbeitsaufwands, dem benötigten Personal und eine zunehmende Elitenzentrierung innerhalb des europäischen Systems.

Die Deformation, die durch die beschriebene Vorgehensweise erzeugt wird, ergibt sich aus der zunehmenden Anhäufung von Kompetenzen und Macht auf bürokratischer Ebene. „Europäisierung bedeutet Bürokratisierung“¹ Diese Titulatur fokussiert das Phänomen, das durch den zunehmenden Europäisierungsprozess und die Fortführung des Integrationsprozesses die Exekutiven in Europa klar an Macht gewonnen haben. Sei es nun auf Europa- oder auf nationalstaatlicher Ebene. Die eindeutigen Verlierer sind wieder einmal die EU-BürgerInnen und die durch sie beschickten Parlamente. Das kritisierte Demokratiedefizit der EU speise sich

daraus, „dass die EU den nationalen Parlamenten Kompetenzen entzogen hat, ohne sich selbst in gleichem Maße demokratisch zu legitimieren.“⁴

Soziale Orientierung, Verteilungsgerechtigkeit und der Fokus auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, sind im Vergleich zu der Vereinheitlichung von ökonomischen, bürokratischen und politischen Prozessen zweitrangig. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wird durch die Auffassung deutlich, die Europäische Union sei ein aufgeblähter Bürokratieblock, der durch eine Anhäufung von bürokratischem Personal, hohen Kosten, lange Verwaltungswege und wenig substanziellem Output für die EU-BürgerInnen ausgezeichnet ist. Seitens der Bürokratie werden die genannten Punkte unter dem Vorwand verteidigt, dass eine Struktur errichtet werden soll, die eine höchst effiziente Form der Verwaltung zulässt. In Fachkreisen wird dieses System der bürokratischen Verwaltung als „transnationale Funktionsbürokratie“⁷ oder als „transnationale Kooperationsbürokratie“¹ bezeichnet. Verwaltungsaufgaben und die Zusammenarbeit der Einrichtungen sollen sich dabei von ganz unten, also von kommunaler Ebene, bis hinauf zu den EU-Gremien in Brüssel erstrecken. Aber auch hierbei werden in Zukunft Reformen zur Effizienzsteigerung und zur demokratischen Legitimierung unumgänglich sein.

Zusammenfassung und ein Blick in die Zukunft

Die Europäische Union wird maßgeblich durch die oben beschriebenen Strategien beeinflusst, eine Dominanz einer einzigen Strategie über einen längeren Zeitraum lässt sich jedoch nicht feststellen. Eher handelt es sich um ein Zusammenspiel von Staats-, Wirtschafts- und technokratischer Strategien, was innerhalb der europäischen Unionsgeschichte als ständiger Prozess erkennbar wird.

Ein wachsendes Phänomen ist der steigende Unmut der Gesellschaft. Er betrifft die allgemeinen Strukturen und schafft bereits mancherorts Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Projekts EU. In-

nerhalb der europäischen Bevölkerung entwickelt sich seit Jahren eine gewisse Ablehnung gegenüber Brüssel. Das Gemeinwohl, so der Tenor, sei nicht mehr der Mittelpunkt der europäischen Politik. Für viele Beschlüsse fehle jegliche Legitimation und Unterstützung der Bevölkerung. Die einzige Partizipationsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger beschränke sich, so heißt es, auf die Wahl des eher schwachen EU-Parlaments. Schwach deshalb, weil es als Vertreter des Volkes auf der EU-Ebene in den beiden demokratischen Kernrechten, nämlich einerseits Gesetze vorzulegen und zu verabschieden und andererseits die Regierung zu kontrollieren, keine ausreichenden Kompetenzen besitzt, um von einer demokratischen EU sprechen zu können.⁸ Zudem wählen die EinzelbürgerInnen lediglich eine Partei, die in ein zusammengewürfeltes Konglomerat unterschiedlicher nationaler Parteien – und ihren jeweiligen Ideologien – eingewoben ist. Das Zusammenspiel dieser Kritikpunkte vermindert das Vertrauen in die EU und hemmt die Ausbildung einer europäischen Identität, durch die fehlende Möglichkeit an dem Projekt Europa mitzuwirken. Auch die für den Staat notwendige Input-Legitimation, also die Rechtfertigung des eigenen Handels in der nationalen Bevölkerung, wird auf europäischer Ebene nicht erreicht. Neben dieser Vielzahl von Defiziten wurde noch eine weitere Möglichkeit Vertrauen und Zustimmung zu erzeugen verpasst: Die Möglichkeit durch herausragende Leistungen zu glänzen – also zumindest die Output-Legitimation zu maximieren. Während der vergangenen Jahre konnten zwar einige Regelungen und Beschlüsse durchgesetzt werden, jedoch weisen vor allem die Bereiche Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik noch große Defizite auf.

Die Strategien von Staat, Wirtschaft und Technokratie sind bekannt; ebenso wie die durch sie entstehenden Deformationen und die Kritik an der europäischen Politik. In einer Zeit steigender Unzufriedenheit stellt sich jedoch vermehrt die Frage nach einer Alternative. Die „Stärkung der Zivilgesellschaft“ wird zum zentralen Moment und Schlagwort der Überlegungen. Sie muss die Basis

bilden, auf die sich die Europäische Union aufbauen und stützen kann. Momentan ist die Zivilgesellschaft in ihrer demokratischen Aufgabe gehemmt. Schuld daran ist einerseits, wie oben dargelegt, die unzureichende Information der Bevölkerung, die sich in Folge weder mit ihrer Vertretung in Brüssel identifizieren, noch verstehen kann, wie die Abläufe innerhalb des Politiksystems funktionieren. Darüber hinaus bleiben ihnen durch die mangelnde Information auch die Vorteile der gemeinschaftlichen Maßnahmen, also die Sinnhaftigkeit der EU verborgen.

Als zweiter Punkt ist die beschränkte Möglichkeit der Partizipation zu nennen. Selbst wenn politische Vorgänge verstanden werden und ein Interesse vorhanden ist, können die einzelnen Bürger die auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen kaum beeinflussen. Zusätzlich sind der ständige Konflikt zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Interessen, sowie das unübersichtliche Institutionengewirr der EU ein Hindernis für eine starke Zivilgesellschaft. Die Kommunikation zwischen Staat und BürgerInnen muss optimiert, die Arbeit der jeweiligen Akteure und ihre Handlungsfelder deutlicher vermittelt werden.

Eine weitere Aufwertung des europäischen Parlamentarismus und seiner Zuständigkeiten sind ein guter Schritt. Auch eine Direktwahl für Mitglieder der hohen Gremien, beispielsweise des Kommissions- oder Ratspräsidenten, wäre eine Überlegung wert. Die Position der BürgerInnen würde durch die Etablierung direktdemokratischer Instrumente, wie Vetorechte, Initiativrechte oder Referenden über EU-Themen aufgewertet werden. Wichtig ist auch, dass supranationale Institutionen die Vorteile einer starken Gesellschaft anerkennen und den Prozess der Stärkung aktiv unterstützen. Auf der anderen Seite müssen zivilgesellschaftliche Akteure sich um eine Kooperation nach außen bemühen. Gemeinsame Themen, wie Klimawandel, Globalisierung oder Menschenrechte, können dabei helfen die zivilgesellschaftlichen Akteure miteinander zu verbinden und die Entstehung einer europäischen Identität zu unterstützen. Im Rahmen dessen besteht die Notwendigkeit, die

Vorteile von gesamteuropäischer Kooperation zu unterstreichen, sowie eine gemeinsame Öffentlichkeit zu konstruieren.

Es besteht sichtlicher Handlungsbedarf, denn die demokratische Legitimation der Europäischen Union ist bis heute nur indirekt und schwach. Die Bevölkerung tritt bisher nicht als Player der EU auf, sondern lediglich als Betroffene der supranationalen Entscheidungen, obwohl ihre Partizipation für eine konfliktfreie Zukunft unerlässlich ist.⁹

Um abschließend den essentiellen Stellenwert der Zivilgesellschaft zu betonen, bietet sich die Metapher des „Graswurzel-Föderalismus“ von Denis de Rougemont an. Er legte dar, dass er „die Akte des Föderierens von ganz unten, von der Person, der Gemeinschaft von Personen etc. ausgehen sieht, nicht von den staatlichen Akteuren.“¹⁰ Er hebt hervor, dass die grundlegendste Legitimation von der Einzelperson ausgeht. Umgelegt auf die Europäische Union sieht die Metapher folgendermaßen aus: Die Wurzel (Zivilgesellschaft) soll von unten stützen und versorgen, um schlussendlich einen vitalen und gesunden Grashalm (EU) hervorzubringen. Um diese Metapher in die Wirklichkeit umzusetzen kann das politische Ziel nur eines sein: Europa mit mehr Demokratie!

„Eine gestaltende Politik, die den Mitgliedstaaten nicht nur die Beseitigung von Wettbewerbshindernissen sondern einen gemeinsamen Willen abverlangt, ist auf die Motive und Gesinnungen der Bürger angewiesen.“¹¹

Quellenverzeichnis

- 1 Beck, Ulrich/Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa; Suhrkamp, Frankfurt am Main; 2007.
- 2 Thatcher, Margaret: Downing Street No 10: Die Erinnerungen; Econ, Düsseldorf; 1993.
- 3 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft; Tübingen; 1921/22.
- 4 Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration; Nomos Verlagsgesellschaft, Berlin; 2007.
- 5 Zinn, Karl Georg: Neoliberalismus; in: Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): ABC zum Neoliberalismus. Von Agenda 2010 bis Zumutbarkeit . VSA-Verlag, OBS Schriftreihe, Hamburg; 2006.
- 6 Czada, Roland/Lütz, Susanne: Einleitung- Probleme, Institutionen und Relevanz regulativer Politik; in: Czada, Roland/Lütz, Susanne/Mette, Stefan (Hrsg.): Regulative Politik. Zählung von Markt und Technik; Leske+Budrich, Opladen; 2000.
- 7 Bach, Maurizio: Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa; S. 16-30; Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York; 2000.
- 8 Frembgem, Christine/Friedrich, Elisabeth/Holdau, Sarah: Das Demokratiedefizit; <http://www.rossleben2001.wernerknoben.de/doku/>; (Zugriff: 15.05.2010); 2006.
- 9 Böhringer, Peter: Die Europäische Union. Eine Staatenverbindung ganz eigener Art. Acht fundamentale Wesenszüge; in: Böhringer, Peter/Jacob, Walter: Die Europäische Union. Wesen, Struktur, Dynamik. Zwölf Beiträge zu einem vertieften Verständnis der europäischen Integration; Europa Institut Zürich, Schulthess; 1997.
- 10 Niess, Frank: Die Europäische Idee Aus dem Geist des Widerstandes; Suhrkamp, Frankfurt am Main; 2001.
- 11 Derrida, Jaques/Habermas, Jürgen: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 2003; 2003.

Neue Machtbegrenzung für die Bürokratie

Von Stefan Brocza

Der Beitrag gibt einen Überblick zum wohl wichtigsten und exklusivsten Arbeitsgremium der EU, dem so genannten „Ausschuss der Ständigen Vertreter“. In ihm trifft sich wöchentlich ein kleiner Kreis von Spitzendiplomaten aus den EU-Mitgliedsländern, um unter Mitwirkung ausgewählter Topbürokraten aus EU-Kommission und Generalsekretariat des Rates das reibungslose Funktionieren der EU-Gesetzgebungsmaschine Ministerrat sicher zu stellen. Diese Praxis wurde über die Jahrzehnte so verfeinert, dass mittlerweile über 90 Prozent aller EU-Beschlüsse ohne weitere Diskussion im eigentlichen Gesetzgebungsgremium, dem Ministerrat, angenommen werden. Das ursprüngliche Ziel, die Maschine EU einfach am Laufen zu halten und möglichst alle offenen Fragen vorab zu klären und Lösungen zu finden, führt zum demokratiepolitischen Paradoxon, dass die „eigentliche Beschlussfassung“ längst und äußerst erfolgreich auf Diplomaten- und Beamtenebene erfolgt. Darüber hinaus wird – am Beispiel konkreter Personen – die Forderung nach einem Verhaltenskodex für berufliche Tätigkeiten nach der Mitgliedschaft in diesem Gremium erhoben.

COREPER: Der kleinste, intimste und wichtigste Klub der Welt

Als „Herz Europas“, als „zentrale Scharnierposition“ zwischen der nationalen und der europäischen Ebene sowie zwischen Kommission und Rat, sogar als „kleiner Ministerrat“ wird der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) bezeichnet; als „rather extraordinary club“, „in welchem die Suppe der Union gekocht wird“ und an welchem sich die „Männer, die Europa machen“ versammeln. Mit dieser fast schon unheimlichen Begeisterung beschreibt der deutsche Politologe Jakob Lempp das wohl mächtigste und gleichzeitig das wohl in der Öffentlichkeit unbekannteste Gremium der EU.

Dieser Ausschuss wurde bereits 1958 im Rahmen der Geschäftsordnung des (damals noch) EG-Rates eingesetzt. Seit 1967 ist er für alle Politikbereiche zuständig. Im täglichen Sprachgebrauch spricht man einfach auch vom Coreper, nach der französischsprachigen Bezeichnung „*Comité des représentants permanents*“ .

Der Coreper hat die Aufgabe, die Arbeiten des EU-Rates vorzubereiten, und die ihm vom Rat übertragenen Aufträge auszuführen. 1974 und 1980 stärkten die europäischen Staats- und Regierungschefs die Rolle des Ausschusses nochmals. Den Ständigen Vertretern wurde noch mehr Freiraum bei ihrer Arbeit eingeräumt, so dass die Minister bei ihren allenfalls monatlich stattfindenden Treffen nur noch die wichtigsten politischen Probleme diskutieren und klären müssen.

Der Coreper ist somit eigentlich nur ein Hilfsgremium des Rates, das für diesen Aufgaben der Vorbereitung und der Ausführung übernimmt. Die Funktion, vom Rat übertragene Mandate auszuführen, ermächtigt ihn nicht zur eigentlichen Beschlussfassung. Diese steht ja nach den EU-Verträgen ausschließlich den Ministern im Rahmen des sogenannten Rates zu. Es handelt sich formalrechtlich also nicht um eine Einrichtung der EU und auch um kein Beschlussfassungsgremium mit eigenem Zuständigkeitsbereich. Die erarbeiteten Leitlinien können daher – zumindest theoretisch - jederzeit vom Rat geändert werden. Dass die Realität zwischenzeitlich anders aussieht, steht im Mittelpunkt dieses Beitrags.

Aus eins mach zwei (und eigentlich drei)

Es wäre nicht Brüssel, wenn nicht schon am Anfang Besonderheiten auftreten würden: Es gibt nämlich gleich zwei Formationen dieses (eigentlich einen) Ausschusses. Im Coreper II treffen sich die jeweiligen Botschafter der einzelnen EU-Mitgliedstaaten (leben und arbeiten in Brüssel und leiten die sogenannten Ständigen Vertretungen, eine Art Botschaft bei der EU, in der alle nationalen Ministerien mit Beamten vor Ort permanent vertreten sind). Die

Botschafter behandeln die strategisch wichtigen und politisch sensiblen Bereiche „Allgemeine Angelegenheiten“, „Außenbeziehungen“, „Wirtschaft und Finanzen“ oder etwa „Justiz und Inneres“. Ebenfalls wöchentlich treffen sich ihre Stellvertreter im sogenannten Coreper I. Dieser befasst sich mit eher technischen aber deshalb nicht minder wichtigen Politikbereichen wie „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ oder „Wettbewerbsfähigkeit“.

Lediglich die Beratungen der Landwirtschaftsminister werden seit jeher in einem anderen Gremium vorbereitet und beschlussfertig aufbereitet. Diese Aktivitäten werden im „Sonderausschuss Landwirtschaft (SAL)“ koordiniert. Seine Mitglieder sind hochrangige Landwirtschaftsexperten, die von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten abgeordnet werden. Die Trennung von SAL und Coreper geht auf die besondere Rolle zurück, die die Gemeinsame Agrarpolitik seit Anbeginn in der Europäischen Gemeinschaft spielte. Da die auf europäischer Ebene behandelten Agrarfragen technisch sehr kompliziert waren und zugleich den größten Teil des EG-Budgets ausmachten, sollte für diesen Bereich ein besonders ausgebildetes Expertengremium eingerichtet werden. Wiederholt wurde kritisiert, dass durch den SAL die Agrarpolitik stark von den übrigen Bereichen der EU abgegrenzt wird, was die Bearbeitung von Themen erschwert, die sowohl die Landwirtschaft als auch andere Politikfelder betreffen. Außerdem wurde dem SAL mangelnde Transparenz und eine zu große Nähe zu den europäischen Bauernverbänden vorgeworfen.

Doch zurück zu unserem eigentlich Beobachtungsobjekt, dem Ausschuss der Ständigen Vertreter, dem Coreper.

Was vom Coreper wie behandelt wird

Die Tagungen finden wöchentlich statt, wobei der Coreper I im Allgemeinen mittwochs, gelegentlich auch freitags, der Coreper II grundsätzlich donnerstags tagt. In den Wochen vor den Tagungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten und des Rates der Finanzmi-

nister tritt der Coreper II mittwochs zusammen. Wenn nötig, finden zusätzliche Treffen statt. Punkte für die Tagesordnung werden vom halbjährlich wechselnden Vorsitzland oder dem Generalsekretariat des Rates mit Zustimmung des Vorsitzes vorgeschlagen.

Die Tagesordnung ist wie diejenige für den Ministerrat in zwei Teile untergliedert. Teil I (entspricht Teil A der Tagesordnung für den Rat) umfasst jene Punkte, über die in der vorbereitenden Ratsarbeitsgruppe (von denen es hunderte gibt) Einvernehmen erzielt wurde und die somit ohne weiterer Diskussion Aussprache vom Ausschuss gebilligt werden können. Die Aufnahme von Punkten unter Teil I schließt jedoch nicht aus, dass ein Mitglied des Coreper, des Generalsekretariat des Rates oder der Kommission bei der Annahme dieser Punkte Meinungen äußert, Erklärungen in das Ratsprotokoll aufnehmen lässt oder das vorher von der jeweiligen Delegation vorläufig erteilte Einvernehmen wieder zurückzieht. Erhebt eine Delegation Einspruch, wird der Punkt im Rahmen der nächsten Tagung unter Teil II behandelt.

Punkte unter Teil II (entspricht Teil B der Tagesordnung für den Rat) hat der Coreper von der Sache her zu prüfen. Weiters werden zum Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ Mitteilungen der Antragsteller unterbreitet, wobei jedoch ein Beschluss nicht möglich ist. Erzielt der Ausschuss Einvernehmen über einen Punkt unter Teil II, so wird dieser zu einem A-Punkt auf der Tagesordnung für den Rat. Zum Abschluss der Beratungen über einen Punkt unter Teil II werden die Schlussfolgerungen des Ausschusses sowie das entsprechende weitere Vorgehen eindeutig festgehalten.

Auf Antrag einer oder mehrerer Delegationen kann bei der Annahme der endgültigen Tagesordnung zu Beginn der Tagung ein neuer Punkt hinzugefügt werden, sofern der Coreper dem einstimmig zustimmt. Diese Möglichkeit ist jedoch strikt auf Fälle beschränkt, in denen dies aufgrund außergewöhnlicher Umstände gerechtfertigt ist.

Punkte mit dem Zusatz „gegebenenfalls“ können vom Vorsitz kurzfristig gestrichen werden. Diese Vorgangsweise erschwert die

Vorbereitung der Beratungen und findet daher nur in Ausnahmefällen Anwendung.

Hauptaufgabe des Coreper: Über 90 Prozent der Beschlüsse ohne Diskussion zum Gesetz werden zu lassen

Beiden Ausschüssen, Coreper I und II, gemeinsam ist ihre zentrale Aufgabe: Die Maschine EU am Laufen zu halten und möglichst alle offenen Fragen vorab zu klären und Lösungen zu finden, bevor das letztendlich eigentlich zuständige Gremium, der EU-Ministerrat (die jeweils zuständigen Fachminister aus den EU-Mitgliedstaaten), die Gesetze formal auch wirklich beschließt.

Damit dieses primäre Ziel, die Konsensfindung und Konsenserstellung durch die Bürokratie, auch wirklich funktioniert, kommt insbesondere das eben bereits erwähnte „I/A-Punkt-Verfahren“ zur Anwendung.

Wenn es den emsigen Bürokraten in ihren Ausschüssen und Arbeitsgruppen bereits gelingt, sich auf ein Gesetzesvorhaben zu einigen, dann geht dieser Gesetzesvorschlag bereits als „I-Punkt“ (das heißt ohne jegliche Diskussion) durch den zuständigen AStV und wird in der Folge eben auch ohne weitere Diskussion als sogenannter „A-Punkt“ vom EU-Ministerrat angenommen und wird somit Gesetz.

Offene Fragen beziehungsweise Eckpunkte, über die man im zuständigen Beamtenausschuss keine Einigung erzielt, kommen als sogenannte „II-Punkte“, das heißt ein Thema, über welches noch geredet werden muss, auf die Tagesordnung des AStV. Im Regelfall finden die Botschafter bzw. ihre Stellvertreter eine Lösung. Das Thema wird in der Folge dann als „A-Punkt“ an den Ministerrat weitergereicht, der wiederum (siehe oben) ohne Diskussion einfach zu Beginn seiner Treffen zustimmt.

Nur die Fälle, über die der Ausschuss der Ständigen Vertreter keine Einigung erzielt (und diese Einigungsversuche können sich über Monate hinziehen, jede Woche wieder wird versucht, einen

Kompromiss auf die Beine zu stellen) wird schlussendlich den Ministern zur Diskussion und möglichen Entscheidung vorgelegt. Dann erst handelt es sich um einen „B-Punkt“ des Ministerrates. Ein Punkt über den Minister reden sollen, können und dürfen.

Über die Jahre hat sich dieses Verfahren verfeinert und so werden rund 90 Prozent aller Beschlüsse und Gesetze des EU-Ministerrates (dem höchsten Entscheidungsgremium der EU und dem eigentlichen EU-Gesetzgeber) als „I-“ bzw. „A-Punkt“ ohne Diskussion vom eigentlichen Gesetzgeber (den jeweiligen nationalen Fachministern) beschlossen. Eigentliches und höchstes Ziel ist es, nur noch „I-/A-Punkte“ vorzulegen. Eine perfekte Bürokratie, die keinerlei politischer Schlussentscheidung mehr bedarf.

Verständlich, dass dies bei so manchem Unbehagen hervorruft. Denn dann entscheidet de facto ein wöchentlich tagendes Gremium aus Bürokraten (neben dem jeweiligen Botschafter nehmen noch Fachexperten für den jeweiligen Gegenstand teil, ausgewählte Vertreter der Kommission sowie des Ratssekretariats – in Summe wohl nicht mehr als 100 Personen) in nicht-öffentlicher Sitzung über 90 Prozent der EU-Beschlüsse. Einerseits bewundernswert, wie effizient dies abläuft. Andererseits demokratiepolitisch nicht immer begrüßenswert. Eine Lösung ist jedenfalls nicht in Sicht. Die Befürworter verweisen eben auf diese Effizienz und dass es für die Konsensfindung unabdingbar sei, nicht-öffentlich, das heißt hinter verschlossenen Türen, zu agieren. Der am politischen Leben interessierte Bürger wünscht sich demgegenüber natürlich ein bisschen Licht ins Dunkel der Entscheidungsfindung.

Was ANTICI und MERTENS mit dem COREPER zu tun haben

Das Generalsekretariat des EU Ministerrates verfasst anhand der vorläufigen Tagesordnung für die Delegationen der einzelnen Mitgliedstaaten Berichte oder kurze Vermerke für die Punkte unter Teil I der jeweiligen Tagesordnung. In ihnen wird quasi der Weg

zur bereits auf Beamtenebene erzielten Einigung nachgezeichnet und der vereinbarte Gesetzestext wiedergegeben.

Für Teil II der Tagesordnung (Diskussion durch die Botschafter) werden zusätzlich Aufzeichnungen über den Stand der Beratungen für den jeweiligen Vorsitzenden erstellt. Um die Beratungen voranzubringen, wird dieser über die näheren Details sowie das beste Verfahren bei der Prüfung der so genannten „Dossiers“ unterrichtet. Er erhält also ein „Briefing“, inklusive Lageeinschätzung, Argumentationshilfen, Vorschläge und möglicher Kompromissformeln um vielleicht doch noch eine Einigung zwischen den Botschaftern herbeizuführen (bis hin zu „Fallback-Positionen“). Diese Vorbereitung kann so weit gehen, dass ein vollständiges „Drehbuch“ erstellt wird, inklusive voll ausformulierter Redebeiträge und Alternativszenarien.

Das zu behandelnde Dossier muss dem Vorsitzführenden (Botschafter des jeweiligen Mitgliedslandes, das gerade den EU-Ratsvorsitz für jeweils sechs Monate inne hat) spätestens am Tag vor der jeweiligen Tagung des Coreper vorliegen.

Die persönlichen Mitarbeiter der Mitglieder der Botschafter, die jeweils am Vortag der Coreper-Sitzungen unter der Bezeichnung MERTENS-Gruppe (für den Coreper I) beziehungsweise ANTICI-Gruppe (für den Coreper II) zusammentreten, bereiten die Beratungen des Coreper vor. Etwaige Anträge der einzelnen Delegationen (zum Beispiel Punkte unter „Sonstiges“) sind dem Vorsitzenden der jeweiligen Gruppe präzise und detailliert zu übermitteln. Jede Delegation in der MERTENS-/ANTICI-Gruppe teilt Vorbehalte schriftlich mit, anhand derer das Generalsekretariat ein Verzeichnis erstellt, das zu Beginn der AStV-Tagung mündlich vorgetragen wird.

Die ANTICI-Gruppe (benannt nach dem Italiener Paolo Massimo Antici, dem damaligen Ständigen Vertreter Italiens und Initiator der Gruppe) wurde 1975 eingesetzt, um bei der Überprüfung der Tagesordnungen für den Coreper II technische Einzelheiten und Fragen der Arbeitsgestaltung zu regeln. In diesem Vorberei-

tungsstadium soll ein erster Überblick über die Standpunkte der Delegationen auf der Tagung des AStV gewonnen werden. Die Gruppe besteht aus den direkten Mitarbeitern der Ständigen Vertreter (Botschafter) der EU-Mitgliedsstaaten und einem Vertreter der EU-Kommission. An den Sitzungen der Gruppe nehmen außerdem ein Mitglied des Kabinetts des Generalsekretariats des EU-Rates sowie ein Beamter des Juristischen Dienstes des Generalsekretariats teil.

Die Gruppe ist damit beauftragt, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte festzulegen, die Beschlüsse über die Punkte unter Teil I der Tagesordnung sowie die Beratungen des Coreper und des Rates im Bereich Transparenz vorzubereiten. Weiters soll bereits hier sichergestellt werden, dass die Protokolle und Kurzniederschriften über die vorangegangenen Coreper-Tagungen von den Ständigen Vertretern ohne weitere Diskussion gebilligt werden können. In der betreffenden Sitzung teilen die Mitgliedstaaten auch mit, welche Anträge auf Aufnahme von Punkten unter „Sonstiges“ sie stellen werden.

Die 1993 eingesetzte MERTENS-Gruppe nimmt die entsprechenden Aufgaben für den Coreper I wahr. Sie wurde 1993 eingerichtet und nach Vincent Mertens de Wilmars, dem ersten Vorsitzenden der Gruppe, benannt.

Die Sitzung

Den Vorsitz führt nach Maßgabe der Punkte, die auf seiner Tagesordnung stehen, der Ständige Vertreter oder der Stellvertreter des Ständigen Vertreters desjenigen Mitgliedstaats, der den Vorsitz im Rat Allgemeine Angelegenheiten wahrnimmt. Für den Normalbürger heißt dies: Das Land, das gerade die halbjährlich wechselnde EU-Ratspräsidentschaft inne hat, stellt auch den Vorsitzenden im Coreper in Person ihres Botschafter bei der EU (dem so genannten „Ständigen Vertreter“). Derzeit ist das also Belgien mit ihrem Botschafter Jean de Ruyt für den Coreper II beziehungsweise mit

Didier Seeuws für den Coreper I. Wenn Belgien zum Jahreswechsel seinen EU-Ratsvorsitz an Slowenien abtritt, werden die beiden Herrn wieder zu „einfachen“ Mitgliedern im Coreper. Sie vertreten dann einfach Belgien im Gremium und die heute Slowenien repräsentierenden Botschafter übernehmen den Vorsitz. Österreichs Mitglieder im erlauchten Kreis sind übrigens Hans Dietmar Schweisgut (Coreper II) und Harald Günther (Coreper I), doch dazu später mehr.

Zu Beginn der Tagung wird die endgültige Tagesordnung angenommen. Die Delegationen stellen ihre Anträge auf Aufnahme von Punkten unter „Sonstiges“ und/oder neuen Punkten, der Vorsitzende legt schließlich die endgültige Reihenfolge der Tagesordnungspunkte fest. Im Anschluss ersucht der Vorsitzende die Mitglieder um Bestätigung der Beratungsergebnisse der ANTICI-beziehungsweise der MERTENS-Gruppe sowie um Annahme der Punkte unter Teil I (ohne weitere Diskussion) der Tagesordnung. Zu diesem Zeitpunkt können Vorbehalte eingelegt und Erklärungen abgegeben werden. Es finden jedoch keine eigentlichen Beratungen statt.

Im Coreper kommt es in der Regel nicht zu umfangreichen Formulierungsarbeiten am eigentlichen Gesetzestext. Ist eine Verbesserung der Formulierung eines Textes zur Erleichterung der weiteren Arbeit erforderlich, wird der Vorsitz beauftragt, den Text mit Unterstützung des Generalsekretariats des Rates neu zu fassen. Oder aber ein entsprechender Auftrag ergeht an eines der zahllosen Vorbereitungsgremien (im Regelfall thematische/geografische Arbeitsgruppen mit entsprechenden Experten aus den nationalen Fachministerien unter Teilnahme von zuständigen Fachbeamten aus der Kommissions- und Generalsekretariatsbürokratie).

Ergebnisse der Sitzung

Der Vorsitzende kann zum Abschluss der Beratungen das Einvernehmen des Coreper über einen Punkt feststellen und vorschlagen,

diesen als A-Punkt in die Tagesordnung für eine der nächsten Tagungen des Rates aufzunehmen.

Wurde bei einem Punkt Einvernehmen über eine Reihe von Fragen erzielt, bestehen gleichzeitig aber weiterhin Meinungsverschiedenheiten in anderen Bereichen, muss über deren Lösung im Rat beraten werden. Der Punkt wird unter Teil B der Tagesordnung für den Rat aufgenommen.

Bedürfen einige Fragen vor der Weitergabe an den Ministerrat im Coreper noch einer eingehenderen Prüfung, wird der Punkt erneut in die Tagesordnung für eine der nächsten Tagungen aufgenommen.

Schließlich kann bei bestimmten Schwierigkeiten, die in der zuständigen Arbeitsgruppe nicht hinreichend behandelt oder erst im Verlauf der Coreper-Tagung deutlich wurden, die zuständige Ratsarbeitsgruppe mit der nochmaligen Prüfung des vorliegenden Dossiers beauftragt werden.

Im Anschluss an die Beratungen des Coreper erstellt das Generalsekretariat des Rates einen kurzen Vermerk zur Erleichterung der weiteren Arbeiten, einen Vermerk für den Vorsitz sowie eine Kurzniederschrift über die Beratungen fürs Protokoll. Ist es im Coreper zu einem einhelligen Einvernehmen gekommen, erstellt das Generalsekretariat einen so genannten A-Punkt-Vermerk. Dieser enthält die relevanten Dokumentennummern der Texte, die zur förmlichen Annahme durch den Ministerrat anstehen, sowie etwaige Erklärungen.

Die Übermittlung der Dokumente an den Ministerrat muss spätestens 14 Tage vor Beginn der Ratstagung erfolgen. In der Praxis erklärt sich der Rat jedoch gelegentlich auch dann zu Beratungen bereit, wenn diese Frist nicht eingehalten wurde.

Teilnehmer am Treffen: Die Crème de la Crème der Europabürokratie

Durchgehend anwesend beispielsweise bei einem Coreper II sind nur die Ständigen Vertreter (Botschafter), ihr direkter Mitarbeiter (der jeweilige Antici) sowie der für Coreper-Sitzungen zuständige

Mitarbeiterstab aus dem Generalsekretariat des Rates. Ergänzt wird dieser Personenkreis um die zum jeweiligen Thema hinzugezogenen Fachexperten aus den Arbeitsgruppen (pro Mitgliedsland eine, maximal zwei Personen) sowie wiederum Experten aus der EU-Kommission und dem Generalsekretariat. Das bedeutet, dass sich bei jedem Tagesordnungspunkt die Zusammensetzung der im Raum befindlichen Personen ändert. Insgesamt sind jeweils nicht mehr als 100 Diplomaten und Bürokraten in die Beratungen involviert. Bei heiklen und politisch sensiblen Themen reduziert sich der Teilnehmerkreis auf „1 plus 2“ oder „1 plus 1“, das heißt der Botschafter und jeweils eine beziehungsweise zwei Personen seines Vertrauens. In den seltensten Fällen tagt das Gremium auch „Botschafter only“.

Coreper-Sitzungen sind immer „Großkampftag“ für die beteiligte Bürokratie. Ähnlich einem Bienenstock herrscht eine permanente, kontrolliertes Kommen und Gehen. Vor dem Sitzungssaal werden die eben gefällten Entscheidungen zum letzten Tagesordnungspunkt noch heftig kommentiert und diskutiert, gleichzeitig versammeln sich die Experten für den nächsten und übernächsten Diskussionsgegenstand. Ausgestattet mit zahlreichen Dokumenten und weiterführenden Unterlagen, jederzeit bereit den Platz neben ihrem Ständigen Vertreter einzunehmen und diesen mit Fach- und Hintergrundwissen durch die Diskussion zu begleiten.

Bei diesen Sitzungen trifft sich somit die Spitze der EU-Bürokratie mit den letztverantwortlichen Diplomaten und Experten aus den Mitgliedsländern mit dem allwöchentlichen Ziel, irgendwann nur noch „I-/A-Punkte“ vorzulegen: Eine perfekte Bürokratie, ohne politische Störmanöver.

Wer vertritt eigentlich Österreich in diesem Klub?

Aktuelle Vertreter Österreichs in diesem Gremium sind Hans Dietmar Schweisgut (Coreper II) und Harald Günther (Coreper I). Beides Diplomaten mit langjähriger Tätigkeit im Außenministerium. Wobei Botschafter Schweisgut im Gegensatz zu seinen Vorgängern

auch auf Erfahrungen in anderen Ministerien zurück blicken kann (Sektionsleiter im Finanzministerium in den 1990-Jahren). Seine beiden Vorgänger im Amt, Gregor Woschnagg (Ständiger Vertreter 1999-2007) sowie Manfred Scheich (1995-1999), blickten auf klassische Außenamtskarrieren zurück, als sie ihre Amt in Brüssel übernahmen. Darf man der herrschenden Gerüchteküche glauben, scheint Schweisgut auch für die Zeit nach dem Leben als Ständiger Vertreter Neuland zu betreten. Während sich Scheich und Woschnagg noch von Brüssel aus in die Pension verabschiedeten (inklusive fast schon obligatorischer Lobbyistentätigkeit, siehe unten), scheint Schweisgut seine Funktion als Ständiger Vertreter quasi als Sprungbrett in die die höchsten Ebenen der EU-Bürokratie zu nutzen. Sein Name wird derzeit jedenfalls immer dann genannt, wenn es darum geht, prestigeträchtige und höchstbezahlte Botschafterposten im eben neu geschaffenen Diplomatischen Dienst der EU zu besetzen. Sollte Schweisgut den Sprung schaffen (woran niemand wirklich zweifelt), winkt in jedenfalls eine Verdoppelung bis Verdreifachung seines derzeitigen Botschaftergehalts.

Demokratiepolitisches Unbehagen und Fragen zur politischen Hygiene allgemein

Und damit wären wir auch beim Schlusspunkt der Betrachtungen angelangt. Der politischen Hygiene. Der etwas bittere demokratiepolitische Beigeschmack über die Art und Weise, wie dieser Botschafterausschuss arbeitet (kleiner, geschlossener Personenkreis; fehlende demokratische Legitimation, da es sich formal ja „noch“ um ein Gremium auf Beamtenebene handelt – das aber gleichzeitig über 90 Prozent aller EU-Beschlüsse de facto beschließt) wurde bereits erwähnt. Hier bleibt es schlussendlich jedem einzelnen überlassen, ob er diese Art von „Effizienz“ goutiert.

Für die Mitglieder in diesem Gremium sollten zumindest jedoch besondere Regeln gelten.

Dass sich aus der Gruppe der dem Coreper zuarbeitenden Di-

plomaten und Bürokraten künftige EU-Eliten (selbst)rekrutieren ist systemimmanent und logisch. Was die eigentlichen Mitglieder (den Botschaftern) dieses Gremiums aus der Macht und dem Wissen, das ihnen aus dieser Tätigkeit zufließt, machen, müsste jedoch geregelt werden.

Sei es nun durch eine Art „Abkühlphase“ (wie sie für EU-Kommissare etwa jetzt schon gilt) oder andere wirksame Maßnahmen (die derzeit auch in Österreich endlich andiskutiert werden). Es ist jedenfalls höchste Zeit, dass entsprechende Unvereinbarkeitsregeln auch für Spitzenbeamte und Diplomaten gelten. Solange dies nicht geregelt ist, bleibt einfach ein schaler Nachgeschmack, wenn man sich vor Augen führt, dass der derzeitige Botschafter die Verhandlungen über die Schaffung des neuen Diplomatischen Dienstes (Europäischer Auswärtiger Dienst, EAD) für Österreich geführt hat. Nämlich mit dem offensichtlichen Ergebnis, dass er nun einer der neuen Top-Botschafter in diesem Dienst sein wird.

Ähnlichen Beigeschmack hat die Tatsache, dass sein Vorgänger Gregor Woschnagg mit Ende März 2007 in Pension gegangen ist um bereits Anfang Mai 2007 wieder als EU-Lobbyist bei der Industriellenvereinigung (IV) tätig zu werden. In der Folge hat dann auch noch die Raiffeisen Zentralbank Österreich (RZB) den wohlverdienten Botschafter im Juli 2008 als Berater verpflichtet.

Auch dessen Vorgänger, Botschafter Manfred Scheich, hat es in den erlauchten Kreis der Berater und Lobbyisten verschlagen. Neben seiner Tätigkeit als Senior Adviser des österreichischen Instituts für Europäische und Sicherheitspolitik sowie Mitglied des „European Ideas Network“ firmiert er als „Partner“ der Firma „Public Affairs Agency“, die ihre wohlfeilen Dienste für Wien-Brüssel-Rom-Nairobi-Washington anbietet. Die Eigentümerin des Unternehmens, Imma Baumgartner, war im früheren Leben übrigens Büroleiterin von Franz Fischler in seiner Zeit als EU-Agrar-Kommissar. Wie der Zufall so spielt.

Die Liste mit Tätigkeiten „mit Geschmäckle“ für ein Leben nach dem Coreper lässt sich fortsetzen.

Die vierte Eigenschaft des Geldes

Von Günther Hoppenberger

Meinem verstorbenen Freund
Gerhard Margreiter gewidmet

Die Politik entfernt sich zunehmend von ihren verfassungsmäßig verankerten Gemeinwohlaufgaben. Politische Ökonomie wurde zum allumfassenden Maßstab erfolgreichen politischen Handelns und zwingt die Staaten dazu, ihr Selbstverständnis auf betriebswirtschaftlicher Ebene im Wettbewerb gegen weltumspannende Konzerne zu suchen. Mit der widerspruchslösen Akzeptierung der als unumstößlich angesehenen Spielregeln der Gelderzeugung hat sich der Staat völlig entmachten lassen. Der Staat wurde zur Hure des Finanzsystems. Das Recht des privaten Bankensektors, Geld (praktisch) aus dem Nichts zu schöpfen und gegen Zinsen zu verleihen, treibt die Staaten unweigerlich in die Schuldenfalle. Diese Entwicklung, ebenso wie die derzeitige „Krise“, waren spätestens seit Anfang der 80er Jahre abzusehen. Das Erstaunen über die „Krise“, in dem sich so manche Ökonomen ergehen, lässt sich wohlmeinend nur mit „Naivität“ beschreiben.

Die erste Eigenschaft: Geld ist Tauschmittel

Angeblich haben die alten Phönizier das Geld erfunden und ich frage mich immer, „warum so wenig?“. Überall mangelt es an Geld und dann soll von dem wenigen Geld auch noch gespart werden. Manchmal glaube ich, dass das Geld weniger wird, je mehr man spart. In Österreich haben wir doch eine sehr hohe Sparrate und trotzdem lässt uns die Regierung über diverse Sprachrohre ihrer Parteisekretariate ausrichten, dass wir über unsere Verhältnisse leben und noch mehr sparen müssen. Gut, ich selbst bin da ja ganz vorbildlich unterwegs. Immer wenn mein Geld zu Ende ist, bleibt mir noch sehr viel vom Monat übrig. Da spare ich mir dann die Einkäufe und reduziere mein Leben auf das Arbeitszimmer.

Im Normalfall bedeutet Sparen, dass ich jemandem seine Einkommensmöglichkeit vorenthalte, ähnlich wie ich das unfreiwillig meinem Kaufmann gegen Monatsende antue. Wo aber bliebe dadurch das von mir gesparte Geld übrig, um dem Staat seinen Schuldendienst zu erleichtern? Ich vermute daher, dass der Staat mein Geld seiner Schatzkiste einverleiben möchte. Wie ich überhaupt vermute, dass viele Politiker das Geldsystem in Dagobert Duck'schem Sinn verstehen. Sie vermitteln der Bevölkerung den Eindruck, dass in einem riesigen Geldspeicher, der wahrscheinlich in der Nationalbank vermutet wird, mehr Geld drinnen bleibt, wenn ich weniger aus gebe. Dass diese Sichtweise mehr als naiv ist, die Menschen jedoch gleichzeitig zu Opfern missbrauchsfähig macht, werde ich zu zeigen versuchen.

Neulich kam ich in der Stadt mit einem arbeitslosen Kollegen ins Gespräch. Er war ziemlich verzweifelt. Seit sieben Monaten versucht er nun bereits vergeblich eine Anstellung zu bekommen. In Erstgesprächen verschweigt er jetzt bereits seinen Universitätsabschluss, weil er sich – als sportlich durchtrainierter Typ – durchaus auch körperliche Arbeit zutrauen würde und nicht immer gleich als „überqualifiziert“ abgewiesen werden möchte.

„Weißt du“, sagte er mir, „ich bin in den letzten Monaten zu der Erkenntnis gelangt, dass Arbeitslosigkeit nicht durch Mangel an Arbeit entsteht, sondern durch Mangel an Geld“. Meinen Einwand, dass doch alle Politiker von der Schaffung von Arbeitsplätzen schwadronieren, übergang er geflissentlich und führte seinen Gedanken weiter aus: „Arbeitsmöglichkeiten gäbe es doch genug! Viele sinnvolle, Werte schaffende Projekte können aber aus Geldmangel nicht in Angriff genommen werden! Materielle und personelle Ressourcen stehen ausreichend zur Verfügung. Was fehlt, ist Geld“.

Eigentlich hat er Recht, dachte ich mir. Ist das aber nicht das alte „Henne oder Ei Problem“? Wir lernen doch, dass durch Arbeit Geld entsteht und dass wir deshalb länger und billiger arbeiten sollen, damit noch mehr von dem dabei entstehenden Geld übrig

bleibt. Um aber überhaupt arbeiten zu können, dazu fehlt uns das Geld. Ein fataler Teufelskreis. „Money doesn't matter“, sagte einst der große Ökonom John Meynard Keynes unter Berufung auf Adam Smith (1723-1790), der unter Geld nur den Schleier verstand, der über der Wirtschaft liegt, ohne die Wirtschaft selbst zu beeinflussen. Manchmal denke ich, dass das unsere heutigen Wirtschaftsweisen immer noch so verstehen, obwohl die Wirklichkeit deutlich dagegen spricht. „Money matters!“ würde ich sagen. Geld scheint mir sogar die ausschlaggebende Ressource zu sein, von der eine florierende Wirtschaft abhängt.

„Wirtschaft“ ist doch alles, was unter das ökonomische Beziehungsverhalten einer Gesellschaft fällt. Durch den wirtschaftlichen Austausch werden vor allem sagenhafte Werte geschaffen. Aber Geld? Wenn wir ein Haus bauen, oder wenn die Gemeinde ein neues Rathaus baut, dann entsteht doch kein Geld, sondern wir verbrauchen sogar Geld. Entstanden sind die Werte der Häuser und ihr Wert liegt in ihrer Existenz begründet. Geld hat uns offensichtlich nur dazu verholfen, den nötigen Tausch von Arbeitswerten unkompliziert zu bewerkstelligen und die Relationen von Werten in Zahlen ausdrücken zu können, also zu bewerten. Das Geld ist futsch, der Wert bleibt.

Die zweite Eigenschaft: Geld ist Wertmaßstab

Ich glaube, dass wir damit bereits zwei Hauptfunktionen des Geldes, einer der größten Erfindungen der Menschheit, entdeckt haben: 1. Geld ist Tauschmittel und 2. Geld ist Wertmaßstab. Mit Geld bewerten wir die geschaffenen Werte und im Gegensatz zum früheren Tauschhandel, bei dem es bildlich gesprochen darauf ankam, dass ein frierender Bäcker auf einen hungernden Schneider treffen musste, verwenden wir das Geld als wertneutrales, anonymisiertes Tauschmittel. Wir betreiben auch weiterhin Tauschhandel, aber mit der Zwischenschaltung von Geld, das uns einen nicht abgeschlossenen Tausch ermöglicht. Der Zehn-Euro-Schein

in meiner Tasche ist praktisch ein Schuldschein, der mir für eine Leistung an irgendjemanden ausgestellt wurde. Dieser Schein soll mir garantieren, dass ich irgendwann von irgendjemandem eine Ware oder Leistung im selben Gegenwert beanspruchen kann.

Der Tausch, der mit meiner Leistung begann und mir den Schuldschein einbrachte, ist erst dann endgültig abgeschlossen, wenn ich diesen Schuldschein gegen eine Ware oder Leistung eintausche. Erst diese Zwischenschaltung des Geldes ermöglicht überhaupt unsere komplexe, arbeitsteilige Wirtschaft. Abhängig von meinen Bedürfnissen, kann ich mir für den zweiten Tauschvorgang, Geld gegen Wert, allerdings viel Zeit lassen. Daraus ergibt sich die dritte Hauptfunktion des Geldes:

Die dritte Eigenschaft: Geld ist Wertaufbewahrungsmittel.

„Eigentlich ist das ja sonnenklar und alle wissen das“, denke ich bei mir. „Verdammt!“, sagt hingegen mein arbeitsloser Freund, „da kommt man schon ganz schön unter Druck. Ist denn der Wert meiner Existenz tatsächlich so gering, dass ich als stigmatisierter Almosenempfänger nicht überleben können soll? Ist das jetzt Sozialhilfe, die *ich* beziehe, oder ist es nicht viel eher staatliche Wirtschaftsförderung? Schließlich bekomme ich von „der Wirtschaft“ nichts geschenkt, sondern meine notwendigsten Konsumausgaben werden vom Staat bezahlt! Das staatliche Sozialsystem garantiert „der Wirtschaft“ eine monatliche Einnahme in Höhe meines Arbeitslosengeldes.

„Da ist viel dran“, denke ich und muss dabei auch an die geplante Einführung der Sozialtransferkonten, die das Ausmaß des latenten Schmarotzertums aufzeigen sollen, denken.

Wir kennen jetzt zwar bereits drei wichtige Eigenschaften des Geldes, wissen jedoch immer noch nicht, was Geld eigentlich ist und wie es entsteht. Und von „der Wirtschaft“ wissen wir nur, dass sie wachsen soll.

Schon beim Stichwort „Rathaus“, weiter oben, fiel mir aber

eine Erzählung meines leider viel zu früh verstorbenen Freundes, Gerhard Margreiter, ein. Er war Systemanalytiker und hat für die UNIDO und das IIASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse) gearbeitet. Dem „Geldthema“ galt sein besonderes Interesse, seitdem er auf einer Konferenz über nachhaltiges Wirtschaften den Wachstumszwang kritisierte und er dafür von den anwesenden Ökonomen verlacht wurde. Die stellten nämlich lapidar fest: „Wirtschaft ohne Wachstum gibt es nicht“. Seither hat er sich die Fragen gestellt, warum das so sein sollte, was es ist, das wachsen soll und wie lange es wachsen muss und ist zu sehr beunruhigenden Erkenntnissen gelangt.

Eine seiner sehr einprägsamen Erzählungen sei nachstehend wiedergegeben:

Wie die Schildbürger 60 Jahre lang sehr fleißig und zu ihrem großen Schaden gearbeitet haben.

(von Gerhard Margreiter; 1997!)

Die Bürger von Schilda verließen ihre Stadt nur sehr, sehr selten. Einmal aber war der Stadtschreiber in die Hauptstadt gereist und als er zurückkam, schilderte er allen die Pracht und Herrlichkeit der großen Stadt und er wurde nicht müde, davon zu erzählen. Und er zeigte etwas vor, was in der Stadt Schilda noch nie jemand gesehen hatte: ein Geldstück. Er sagte immer wieder, dass diesem Geld ein Zauber innewohnte und, wenn man genug davon besäße, dann würde die Stadt dadurch schön und prächtig werden.

Die Bürger von Schilda hätten nun auch gerne eine schöne, prachtvolle Stadt gehabt. So fragten sie ihre Ratsherren, wie sie diesen Zauber „Geld“ erlangen könnten. Da diese es auch nicht wussten, schickten sie den Schreiber neuerlich in die große Stadt und über eine Weile kam er mit einem phantastisch gekleideten Mann zurück. Niemandem fiel auf, dass dieser etwas hinkte. Er hatte 1000 glänzende Geldstücke in seiner mitgeführten Truhe und machte dem Großen Rat ein Angebot. Er würde der Stadt die 1000

Geldstücke leihen, wenn man ihm erstens als Sicherheit für seinen Zauber zwei alte Häuser anbieten und ihm zweitens jedes Jahr 100 Geldstücke als Zinsen für seine Großherzigkeit geben würde. Sonst wolle er nichts.

Der Große Rat – gedrängt von den Bürgern – dachte nicht lange nach und stimmte zu. Ein Vertrag wurde unterschrieben und die 1000 Geldstücke wurden genommen. Der Große Rat gab nun dieses Geld für den Bau eines prachtvollen Ratshauses aus und alle hatten einen Verdienst und waren zufrieden. Die Geldstücke liefen auch bald in der Stadt hin und her, dass es eine Freude hatte und auch die Häuser der Bürger wurden prächtiger und schöner gebaut. Das neue Zaubermittel hatte wirklich große Kraft und jeder konnte es sehen. Schnell war ein Jahr um und die ersten 100 Geldstücke mussten dem fremden Mann als Zinsen überbracht werden. Um sie zu bekommen, führte der Große Rat eine Abgabe ein. Die Bürger sahen ein, dass so ein Zauber etwas kostet. Es wurden 100 Geldstücke gesammelt und dem Boten des phantastisch gekleideten Fremden übergeben. Jetzt waren nur mehr 900 Geldstücke in der Stadt.

Dasselbe geschah am Ende des zweiten, des dritten und auch des vierten Jahres. Aber mit jedem Jahr ließ die Kraft des neuen Zaubers etwas nach. Es waren jetzt nur mehr 600 Geldstücke in Schilda und auch die wurden nur mehr zaghaft ausgegeben. Manche Bürger hatten ihre Geldstücke inzwischen in die Truhen gesperrt. Das Einsammeln der Zinsabgaben wurde immer schwieriger. Die Stadt wurde nicht mehr schöner und die Bürger begannen gegen die Ratsherren zu murren. Im fünften Jahr wurde es den Ratsherren schon sehr bang. Sie bekamen es mit der Angst vor dem Zorn ihrer Bürger zu tun und so sandten sie den Stadtschreiber zum fremden reichen Mann, um neuerlich Geld zu erbitten.

Dieser meinte, er hätte von dem früher geliehenen Gelde noch gar nichts zurück- bekommen und er verliere die Hoffnung, es jemals wieder zu sehen. Er müsse also jetzt zumindest eines der beiden Häuser anstelle der ersten 500 Geldstücke bekommen und das zweite in fünf Jahren – wenn der Rest dann nicht zurückgege-

ben sei. Unter dieser Bedingung würde er – großherziger Weise – wiederum 1000 Geldstücke leihen. Er verlangte auch dieses Mal 100 Geldstücke Zinsen für jedes Jahr und als Sicherheit das neue prächtige Rathaus. Die noch nicht bezahlten Zinsen für das fünfte Jahr wolle er gleich behalten.

Was blieb dem Großen Rat anderes übrig als zuzustimmen. Er bekam 900 neue Geldstücke, musste dieses Jahr bei seinen Bürgern keine Abgabe eintreiben, aber war verpflichtet in Zukunft 150 Geldstücke Zinsen zu zahlen. Es gab wieder Geld. Ab nun waren 1500 Geldstücke in Schilda. Mit den neu geliehenen 900 baute der Große Rat ein weiteres schönes Rathaus. Wieder waren die Bürger von Schilda zuerst sehr zufrieden mit ihren Ratsherren und waren es nach fünf Jahren nicht mehr. Dann wurde wieder Geld geliehen. Da gehörte schon das zweite Haus und die Hälfte des ersten Rathauses dem phantastisch gekleideten Fremden. So ging es lange Zeit weiter.

Nach sechzig Jahren waren es die Söhne und Enkel der einstigen Ratsherren, die feststellten, dass es in der Stadt gar keinen Platz mehr gab, auf dem sie noch ein neues Rathaus hätten bauen können. Aber die Schulden waren immer noch nicht besiegt. Da beschloss der unedle Fremde, der nicht alterte, kein neues Geld mehr zu leihen und begab sich nach Schilda, um mit seinen Dienern die erworbenen alten und neuen Häuser zu bewohnen. Er ließ alle noch vorhandenen Geldstücke, die ja sein Eigentum waren, wieder einsammeln. Der Große Rat verlor seine Macht und die Bürger von Schilda mussten dem Geldherren von da an wie Sklaven sieben Tage in der Woche dienen.

So hatten die Bürger von Schilda mit sehr viel Fleiß viele Häuser und zwölf prächtige Rathhäuser gebaut. Ihr Fleiß hatte ihnen aber nichts gebracht. Schlimmer noch: Sie verloren alle Häuser und auch noch ihre Freiheit an den fremden Geldmann. Jener aber hatte alle Häuser und hatte all sein Zaubergeld ohne Verlust wieder an sich gebracht. Aber wir wissen ja alle, dass die Bewohner von Schilda nicht die schlauesten Leute waren.

Nie war es einem der Ratsherren oder einem der Bürger in den Sinn gekommen, dass sie sich ihre Zaubergeldstücke auch selbst hätten schlagen können. Metall hätten sie genug gehabt.

Ist dies nun nur ein Märchen, oder gibt es vielleicht Beziehungen zur Realität?

Jedes Kind weiß heute schon, woher die Babys kommen. Bei der Frage nach der Herkunft des Geldes bleiben praktisch alle Erwachsenen die Antwort schuldig.

Ich habe dieses „Geldschöpfungsmärchen“ einmal einer Jugendgruppe erzählt. Die Jugendlichen haben sofort die richtigen Schlüsse gezogen. Ich erinnere mich noch gut, wie einer mit leicht ungläubigem Unterton seine Erkenntnis zusammenfasste: „Das heißt doch, dass ich mich verschulden muss, um Schulden begleichen zu können!?“.

Wenn ich mir Kartoffeln ausleihe und meine Schuld auch wieder nur mit Kartoffeln tilgen soll, so kann ich mich, sogar inklusive eines „Mehrwert-Versprechens“, also der Zusage, mehr zurückzugeben als ich geliehen habe, darauf einlassen. Ich verwende einen Teil der geliehenen Kartoffeln als Saatkartoffeln und vermehre sie dadurch entsprechend. Die Natur macht das für mich.

Beim Geld gelingt mir das nicht. Wenn ich zwei Geldscheine übereinander lege, bekommen die niemals Junge. Wenn ich für geliehenes Geld meine Schuld samt Zinsen wieder nur in Geld tilgen darf, muss ich mich im Ausmaß der nicht erschaffenen Zinsen verschulden oder jemand anderer muss sich verschulden und lässt sich das Geld von mir abjagen. Zumindest ist mir nicht bekannt, dass Geld in der Natur vorkäme. Und dass Geld arbeitet, wie man das in manchen Hochglanzprospekten lesen kann, habe ich auch noch nie gesehen. Das müsste sehr heimlich vonstatten gehen.

Nicht nur in Schilda, sondern auch in unserem System, entsteht das Geld praktisch aus dem Nichts durch Kredit.

Unser Geld wird durch Kredit geschöpft und folgerichtig bei Kredittilgung wieder vernichtet.

Durch Arbeit entsteht kein Geld.

Zunächst wird ersichtlich: Durch Arbeit entstehen im Normalfall Werte. Güter und Dienstleistungen. Umgekehrt gilt: Geld ermöglicht Arbeit. Geld muss am Anfang jeder Arbeitsaufnahme stehen. Zinsen und Gewinn sind kalkulatorische Größen, die mit der Finanzierung nicht miterschaffen werden. Ohne dass andere sich in entsprechender Höhe verschulden, kann ich meine Produkte niemals mit Gewinn verkaufen und die Zinsen zu meinem Kredit gäbe es ebenfalls nicht.

Eigentlich sollte das klar sein. Ist es aber nicht, wie ich immer wieder feststellen muss. Da wird auf die Ebene der Betriebswirtschaft gewechselt, oder es werden die fehlenden Einnahmen aus Exporten zu erzielen versucht, oder aus Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, und so weiter. Nichts davon hilft, wenn man tatsächlich eine ausgewogene, friedliche, globale Gesellschaft anpeilen möchte.

Stellen Sie sich daher vor, wir hätten bereits eine globale Gesellschaft. Einen globalen Wirtschaftsraum, für den es kein „Außen“ mehr gibt. Einen einzigen globalen Binnenmarkt also. Wir starten jetzt das Wirtschaftsgeschehen mit einer Injektion von 1000 Milliarden (aus dem Nichts!). Die Marktteilnehmer haben sich euphorisch dazu bereit erklärt, 7,2 Prozent Zinsen p.a. dafür zu bezahlen und den Kredit samt Zinsen nach zehn Jahren zu tilgen.

Nach zehn Jahren können wir mit Stolz auf all die Werte blicken, die geschaffen wurden. Ihr aufsummierter Wert übersteigt bei weitem die 1000 Milliarden. (meine Schätzung würde auf mindestens 120.000 Milliarden. lauten). Die Zinseszinsfunktion zeigt uns, dass nach zehn Jahren 2000 Milliarden in Geld fällig sind. Es sind jedoch immer noch nur 1000 Milliarden vorhanden. Treiben wir das Spiel wie in Schilda um weitere zehn Jahre weiter: Die ursprünglichen 1000 Milliarden werden im System belassen, für die fälligen Zinsen werden weitere 1000 Milliarden an Kredit gewährt, jedoch gleich einbehalten. Am Ende von 20 Jahren hätte dieser globale Wirtschaftsraum daher 4000 Milliarden Schulden

und es wären immer noch nur 1000 Milliarden vorhanden. Wenn wir diese 1000 Milliarden zur teilweisen Schuldentilgung verwenden, ist sämtliches Geld futsch und wir blieben immer noch mit 3000 Milliarden Schulden über.

Verzinsten Geldschulden können aus einem geschlossenen Wirtschaftsraum niemals von allen mit Geld getilgt werden.

Es ist dabei an sich belanglos, wer sich verschuldet. Ob Staat oder Privat oder beide, ist egal. Ausschlaggebend ist, dass sich das Gesamtsystem verschulden muss und dass die Schulden exponentiell anwachsen müssen.

Es ist daher absurd anzunehmen, die mittlerweile angehäuften Verschuldung aller Staaten könnte jemals mit dem vorhandenen Geld getilgt werden.

Jetzt wird vielfach eingewendet, dass das ja trotzdem gehen müsste, weil ich meinen Hauskredit doch auch zurückzahlen kann („nur der Staat kann nicht wirtschaften“) oder weil wir noch stärker exportieren könnten und dann das Geld aus dem Ausland bekämen. Ist das jedoch nicht nur eine Problemverschiebung? Mit einer Solidargemeinschaft hätte das auf jeden Fall nur wenig zu tun. Eher mit Kolonialismus, wie wir das unter der Bezeichnung „Entwicklungshilfe“ ohnehin seit vielen Jahrzehnten betreiben. Wir reichen unsere Schulden weiter, so lange sich irgendjemand dazu bereit findet, sich darauf einzulassen.

Die heutige Konstruktion der Geldschöpfung verhindert eine Solidargemeinschaft.

Das sollte natürlich längst erkannt worden sein. Allein von der EU habe ich schon lange nicht mehr gehört, dass das einmal eine Solidargemeinschaft werden soll. Viel öfter höre ich, dass wir selbstverständlich viel besser als die anderen sein müssten, weil

wir im globalen Wettbewerb stünden. Kaum jemandem kommt in den Sinn, dass das permanente Krieg auf unterschiedlichen Eskalationsstufen bedeuten muss. Was „Besserein“ bedeutet wird ausschließlich an der abstrakten Zahl des BIP pro Kopf, des Bruttoinlandsprodukts, bemessen. Dass diese Zahl nur steigen kann, wenn auch die Verschuldung ansteigt, scheint nicht erkannt zu werden.

Ich glaube es war 2008, als unser Bundespräsident mit einer Wirtschaftsdelegation im Königreich Bhutan war. Die dortigen Wirtschaftsweisen waren erstaunt über unsere verbissene Jagd nach BIP-Steigerungen. Sie selbst würden einen Glücksindex zur Beurteilung der Wohlstandsentwicklung heranziehen. Es wurde uns diesbezüglich auch Entwicklungshilfe angeboten, die wir wohl leider abgelehnt haben dürften.

Schulden sind nicht gleich Schulden und Zinsen sind nicht gleich Zinsen.

Neulich habe ich mir für eine Taxifahrt 25 Euro ausleihen müssen. Ich versprach, am nächsten Tag 50 Euro zurückzuzahlen, was ich auch tat. „Nicht schlecht“, meinte mein Freund. „Da bekomme ich 100 Prozent Zinsen für einen Tag“. Es war ihm nur schwer beizubringen, dass das mit dem Urzins des Geldes nichts zu tun hatte. Sowohl seine 25 Euro, wie auch meine 50 Euro waren bereits existierendes Geld, für das sich andere verschuldet hatten und mir war diese wichtige Taxifahrt ganz einfach 50 Euro wert.

Die öffentlichen Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate sollten aber gezeigt haben, dass wir uns vorwiegend um die Staatsschulden sorgen müssen. Nicht um den Geldmangel in unseren Taschen. Sowohl am Times Square in New York, wie auch in Frankfurt und vielleicht auch anderswo, ticken die Schuldenuhren, auf denen man in Echtzeit den rasanten Schuldenanstieg verfolgen kann. Rund hundert Staaten haben weltweit mit dem Phänomen der zunehmenden Staatsverschuldung zu kämpfen. Nicht einmal die Schweiz fehlt da und wird in der Statistik mit

einer Verschuldung von über 50 Prozent des BIP gelistet. Liechtenstein scheint allerdings nicht auf. Für heute, den 23. Mai 2010 um genau 18:41 Uhr habe ich für Österreich einen aktuellen Wert: 187.345.984.170. Euro. Wenn Sie diese Zeilen lesen, wird sich die Schuld schon beträchtlich und sogar sprunghaft erhöht haben, weil hier das soeben beschlossene zweite Bankenrettungspaket zur Kompensation der uneinbringlichen Forderungen gegen Griechenland noch gar nicht aufscheint. Höchstwahrscheinlich wird das sogar in einer separaten Buchhaltung geführt, damit es die Menschen nicht noch mehr verunsichert. Schulden wären es trotzdem. Dieser offizielle Schuldenstand enthält auch nicht die Schulden der ausgelagerten „Zweckgesellschaften“, deren Zweck darin besteht, Staatsschulden zu verschleiern.

Aus dem Vorangegangenen sollte ersichtlich geworden sein, dass mit jeder Schuld zugleich ein gleich hohes Guthaben entsteht. Vielleicht sollten wir, um uns originell von den anderen zu unterscheiden, eine Guthabensuhr installieren. Vielleicht beim Finanzamt!? Aussagewert und Zahlen wären haargenau gleich, wichtig wäre allerdings die Unterscheidung von Inlands- und Auslandsschulden! Wir sind leider zu über 70 Prozent im Ausland verschuldet und damit sehr von „den Märkten“ abhängig geworden, während zum Beispiel Japan, das eine offizielle Verschuldung von sogar 154 Prozent des BIP aufweist, nur zu rund sieben Prozent im Ausland verschuldet ist. Wie auch immer. Mittlerweile kann man aus globaler Sicht in grober Annäherung sagen: Die Schulden der Staaten sind die Guthaben der Privaten.

Offensichtlich aufgrund dieser Überlegung hat bereits vor vielen Jahren ein Tiroler Arzt den Vorschlag gemacht, es solle doch jeder Staatsbürger den auf ihn entfallenden Anteil dem Staat zur Verfügung stellen (derzeit 25.049 EURO vom Säugling bis zum Greis), notfalls mit Kredit(!) und sich um die Abarbeitung dieses Kredits bemühen. Dann wäre das Problem Staatsschuld aus der Welt geschafft. Die Segnungen des Geldes aber wohl auch. Ein absurder Vorschlag also, dessen Absurdität damals nur sehr zögerlich ein-

gesehen wurde. Was die Politik natürlich versuchen muss und es auch – mit wenig Aussicht auf Erfolg – versucht, ist die Auflösung der Guthaben zu betreiben. Bei Kleinsparern und Normalbürgern kann das noch ganz gut gelingen, da sind die Guthaben (=Forderungen) schnell weg. An den großen Gläubigern dürfte sich der Staat allerdings die Zähne ausbeißen.

Lucius Cornelius Sulla, Feldherr und Diktator, hat das Problem einst auf sehr kreative Art gelöst (82 v. Chr.). In der als Proskription bezeichneten (erstmaligen) Aktion hat er die Geldvermögensbesitzer einfach köpfen lassen und ihre Forderungen gegen den Staat als nichtig erklärt. Weg waren die Schulden. Aber so etwas sollten wir besser nicht wollen.

Guthaben, die erfreulichen Zahlen auf unserem Konto, haben also die unangenehme Eigenschaft, dass ihnen stets Schulden gegenüberstehen müssen. Guthaben sind auch kein Geld im eigentlichen Sinn, sondern nur Forderungen auf Geld. Guthaben sind nur Zahleneinträge auf Konten. Wir haben uns allerdings daran gewöhnt, diese Forderungen auf Geld wie Geld zu benützen. Wir vertrauen darauf, dass wir diese positive Zahl auf unserem Konto jederzeit in Geld tauschen könnten. Auch unsere Lieferanten und Gläubiger sind meist mit so einem positiven Zahleneintrag auf deren Konto zufrieden zu stellen. Wir sagen dann, wir hätten das Geld überwiesen. In Wahrheit haben wir jedoch nur unsere Forderung auf Geld gegenüber der Bank an sie übertragen. Vertrauen spielt beim Geld also eine große Rolle. Hand aufs Herz. Wann haben Sie zuletzt überprüft, ob ihnen die Bank ihr Guthaben in Geld auch wirklich geben kann? Ein misstrauischer Ölscheich soll sich einmal 100 Millionen Pfund haben vorzählen lassen, um diese dann wieder zufrieden und beruhigt auf sein Konto einzuzahlen.

Unter großem Aufwand wurde das Geld von der Notenbank herangekarrt. Die kurzzeitige Ausleihung, um den Vertrauensbeweis anzutreten, hat die englische Bank damals rund 10.000 Pfund gekostet. Das konnte sie dem Ölscheich nicht einmal sagen, sonst hätte sie ein wohlbehütetes Geheimnis der Geldschöpfung verraten.

Durch die Industrialisierung und zuletzt durch die Entdeckung der Halbleiter, aus denen sich die ganze Computerisierung und Automatisierung entwickelte, hat es nie zuvor Generationen gegeben, die es zu solchem Wohlstand gebracht haben. Eine wesentliche Rolle spielte dabei natürlich auch der in unseren Breiten lang anhaltende Waffenstillstand. Bereits geschaffene Werte blieben erhalten und mussten nur fallweise aufgefrischt, aber nicht gänzlich neu geschaffen werden. Wir leben in einer sagenhaften Epoche. Das sollte uns bewusst sein.

Immerhin muss bei uns eigentlich niemand mehr verhungern, wir können unseren Sexualtrieb ausleben und die Geburten regulieren, wir haben enorm viel Freizeit, mit der viele gar nichts mehr anzufangen wissen, wir haben uns durch unseren Erfindungsreichtum von stupider und schwerer Arbeit weitgehend befreien können und wir empfinden uns auch im politischen Sinne als freie Bürger, auch wenn das in letzter Zeit ein wenig ins Wanken zu kommen scheint. Dass dieses grandiose Bild unserer Epoche nicht für alle zutreffend ist, versteht sich von selbst (Um die Schieflage der Vermögensverteilung aufrecht zu erhalten, werden besonders die ärmeren Schichten – weil sie ja doch die Mehrheit stellen – zu Solidaritätsleistungen und Verzicht gezwungen. Derzeit noch gewaltfrei). Ich bin aber überzeugt, dass künftige Historiker die zweite Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als besonders glückliche Phase der Menschheit beschreiben werden. Nun aber scheint es irgendeinen Knick in der gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben.

Wir sind so reich – und haben kein Geld!

„So schaff’ es denn“, riet Mephisto dem Kaiser in Goethes Faust, der mit dem analogen Problem zu kämpfen hatte. Offensichtlich haben „unsere Kaiser“ diesen Rat aber bis heute missachtet. Sonst wären sie nicht so hoch verschuldet.

In meinem Beispiel mit dem globalen Binnenmarkt habe ich ganz locker von einer „1000 Milliarden Injektion“ gesprochen,

aber nicht dazu gesagt, wer denn diese „Injektion“ geben darf. Nicht der Staat darf das nämlich, sondern nur eine Geschäftsbank! „Die Kaiser“ haben das Recht zur Geldschöpfung leichtfertig an die Banken abgetreten und der Weg in die totale Verschuldung nahm damit seinen Lauf.

Das Notenbankgeld, das uns Bürgern einen staatlichen Ursprung vorgaukelt, hat vorwiegend einen vertrauensbildenden Charakter, verliert jedoch, wie ich weiter oben zu erklären versuchte, immer mehr an Bedeutung. Wir verwenden ja Zahlen im Computer anstatt Geld. Wir verwenden Forderungen auf Geld zur Schuldentilgung, weil wir davon ausgehen können, dass das allgemein als Zahlung anerkannt wird.

Geld gibt es heute jedenfalls nur, wenn Bankschulden gemacht werden. Die Geschäftsbanken bestimmen heute über die realwirtschaftlich wirksame Geldmenge.

Eigentlich erwarte ich jetzt den vehementen Einwand, dass das mit dem Geldmangel doch nicht stimmen kann, wo sich doch so sagenhafte Geldguthaben auf den Konten der fleißigen Sparer angesammelt haben. Dieser Einwand ist grundsätzlich richtig. Tatsächlich aber wirken diese Geldguthaben noch zusätzlich Problem verschärfend, denn sie bewegen sich nicht. Geld, das sich nicht bewegt, ist jedoch nutzlos. Dennoch ist Sparen als hohe Tugend in den Köpfen der Menschen ganz fest verankert und nicht umsonst hat das Geld auch eine Wertaufbewahrungsfunktion.

Josef Taus, Industrieller und ehemaliger Spitzenpolitiker, hat sich einmal sehr klug zu diesem Thema geäußert. Er meinte (sinngemäß), dass es fatal ist, dass sich der in früheren Zeiten verständliche Vorsorgegedanke, als es darum ging über den nächsten Winter zu kommen, auf das Geld übertragen hat.

In der durchgehend mit einem irrwitzigen Geldwesen monetarisierten Welt, in der wir leben, bedeutet Sparen ein völlig sinnloses Horten von Zahlungsmitteln. Warum wir dennoch mit dem Sparge-

danken aufwachsen liegt offensichtlich daran, dass die Zahlen im Computer, im Unterschied zu eingelagerten Lebensmitteln, nicht „verderben“. So meinen wir zumindest und werden derzeit immer noch in unserer Meinung bestärkt.

Was es damit für eine Bewandnis hat, möchte ich mit der folgenden „LKW-Parabel“, die ebenfalls auf Gerhard Margreiter zurückgeht, darstellen:

Wir haben ein irrwitziges Geldwesen

Wirtschaft ist ein duales System, bei dem auf der einen Seite Leistungen erzeugt und verkauft werden und auf der anderen Seite eine gewisse Geldmenge existiert – und vor allem zirkuliert! Geld, das sich nicht bewegt, hat keinen günstigen Einfluss auf die Wirtschaftstätigkeit. Geld hat also durchaus den Charakter eines Transportmittels und kann daher mit einer LKW-Flotte verglichen werden, die Waren bewegt. Zwar bewegt sich Geld immer genau in die andere Richtung als die Waren, aber seine Beihilfe ist im Normalfall absolut erforderlich.

In alten Zeiten war es äußerst schwierig dieses Transportmittel „Geld“ neu zu gewinnen, weil Geld mit Gold, Silber oder Kupfer identifiziert wurde. Es musste durch Bergbau oder Raubzug beschafft werden. Auch Alchemisten wurden immer wieder zur Geldneugewinnung beschäftigt.

Unter diesen Voraussetzungen war es nur allzu verständlich, dass sich die Praxis einstellen konnte, dass jemand eine Leihgebühr dann verlangen durfte, wenn er dieses Transportmittel „Geld“ für eine Zeit verlieh und es jemand anderer zu Gewinnzwecken benutzte. In den Köpfen hat sich daher die Erwartung eingenistet, dass man für nicht benutztes, verliehenes Geld, Zinsen zu bekommen hat.

In den letzten 300 Jahren haben aber verschiedene Erfindungen bewirkt und seit gut 60 Jahren ist es auch praktisch so, dass die Gelderzeugung nicht mehr an die Metallgewinnung gebunden ist.

Das Erzeugen von Geld bietet heute keinerlei Schwierigkeit mehr. Das gilt sowohl für Papiergeld als auch noch viel mehr für das immer bedeutsamere „Buchgeld“ der Finanzinstitutionen.

Die Banken ziehen nun enormen, ungerechtfertigten Nutzen aus dieser völlig neuen Gelderzeugungsmethode und der weiter bestehenden Meinung, dass Geldbesitz Zinsen bringen müsse. Es hat sich ein wahrhaft irrwitziges System herausgebildet.

Banken hatten an und für sich die Aufgabe, überschüssiges Geld einzusammeln und an Interessenten weiterzuleiten. Es ist durchaus berechtigt, dass hierfür eine Vermittlungsgebühr berechnet wird. Die Menschen werden nun immer noch in dem Glauben gelassen und darin bestärkt, dass das Sparen von Geld etwas sehr Nützliches und Gewinnbringendes sei.

Das ist aber nur dann richtig, wenn das gesparte Transportmittel „Geld“ auch tatsächlich von einem anderen Wirtschaftstreibenden benutzt wird. Das ist aber heute nicht mehr der Fall! Wenn wir im Vergleich bleiben, wird das gesparte Geld, beziehungsweise der zur Bank gebrachte LKW heute nicht mehr tatsächlich weiter verliehen, sondern er wird nur bei der Bank geparkt (sehr oft hört man ja auch von geparktem Geld).

Die Bank verleiht nicht den übernommenen LKW, sondern fabriziert rasch einen neuen (das darf die Bank heute und es ist keinerlei Problem) und verleiht diesen. Wird dieser verliehene LKW wieder zurückgebracht, dann wird er auch gleich wieder vernichtet. Ein Teil der Leihgebühr wird von der Bank an die Besitzer der geparkten LKW weiter gegeben (Habenzinsen), was es attraktiv macht, seine LKW in die „Bankgarage“ zu stellen, anstatt sie zu benutzen. Dort bekommt man Geld dafür, anstatt Parkgebühr bezahlen zu müssen. Diese Attraktion führt im Laufe der Wirtschaftsentwicklung natürlich dazu, dass mehr und mehr LKWs in die Bankgarage gestellt werden von Leuten, die zwar einen haben, es aber unter den Umständen uninteressant finden, ihn zu benutzen.

Das System kann aber sicher nur stabil bleiben, wenn zumindest für jeden geparkten LKW ein neuer dauerhaft geschaffen wird.

Eine stabile Wirtschaft setzt eben voraus, dass auch die benutzte Geldmenge (LKW-Flotte) stabil bleibt. Das Parken von LKWs wird nur dadurch ausgeglichen, dass jeweils genügend viele Leihwillige vorhanden sind, die neu geschaffenen LKWs zu mieten. Hiefür gibt es aber keine Garantie und erfahrungsgemäß treten in der Wirtschaft immer wieder Rezessionen auf, die dadurch gekennzeichnet sind, dass zuwenig Geld (LKWs) ausgeliehen wird (zuwenig Investitionen stattfinden – sagen die Ökonomen).

Die Banken haben nun aber in dieser Situation nicht das getan, was getan hätte werden müssen, nämlich dafür zu sorgen, dass etliche der geparkten LKWs wieder zu fahren beginnen, sondern sie haben eigennützig nach dem Staat gerufen. Der sollte die Abwärtsentwicklung stoppen und als Kreditnehmer (LKW-Ausleiher) auftreten und damit „die Wirtschaft“ (- das Geschäft der Banken -) retten.

Den Politikern, die in der Regel von Wirtschaft nichts verstehen und schon gar nichts von den Geldmechanismen, wurde wegen der steigenden Arbeitslosigkeit angst und bange und sie sind freudig auf das Angebot der Banken eingegangen, dem Staat Geld (neu geschaffene LKWs) zu leihen und dieses (diese) nicht zurück zu verlangen, wodurch die eigentlich fällige Maßnahme einer deutlichen Senkung der Habenzinsen (Verringerung der Geldmiete) unterbleiben konnte. Die geparkten LKWs sind in der Garage geblieben und ihre Besitzer konnten weiter höhere „negative Parkgebühren“ kassieren. Der normale Marktmechanismus hätte in dieser Situation dafür sorgen müssen, dass die Leihgebühr zurückgeht. Der Marktmechanismus wurde hintenherum unterlaufen.

Das Parken von Geld hat für die Wirtschaft keinerlei Vorteil. Es braucht heutzutage nichts gespart zu werden. Das für eine vielleicht erwünschte Aufwärtsentwicklung benötigte zusätzliche Geld kann sofort ganz einfach erschaffen werden.

Mittlerweile ist in Österreich durch die Prolongierung des unsinnigen Systems sechsmal so viel Geld geparkt, als sich im Umlauf

befindet. Die Sparer haben unentwegt Geld in die Garage gestellt und der Staat hat laufend von der Bank neu geschaffenes Geld ausgeliehen. Der „Parkplatz“ ist übertoll. Wer soll nun all die „negativen Parkgebühren“ bezahlen, wenn sich der Staat jetzt auch zurückziehen will? Zu glauben, dass man hier noch etwas konsolidieren könnte, ist reinstes Wunschdenken.

Entweder die geparkten LKWs setzen sich in Bewegung oder sie werden verschrottet werden müssen (siehe: Proskription).

Zum Glück habe ich dieses Problem mit der „Parkplatzsuche“ ja nicht und mir kann niemand vorwerfen, die Staatsschulden nach oben zu treiben. Ich bin auch überzeugt, dass sich zumindest 80 Prozent der Bevölkerung als ähnlich volkswirtschaftlich harmlos erweisen. Hingegen bin ich ganz sicher, dass die restlichen 20 Prozent und davon wieder besonders die oberen 50 Prozent gar nicht wissen, wie sie mit ihrer betriebswirtschaftlichen Cleverness den Staat ruinieren. Zugleich sind es genau jene 20 Prozent, die stets lauthals eine Schuldenreduktion des Staates einfordern.

Erst gestern habe ich auf dem Sender *Phoenix* eine Diskussion mit internationalen Wirtschaftsredakteuren verfolgt. Die Wortspenden drehten sich ausschließlich darum, ob sich der deutsche Staat mehr ausgabenseitig oder mehr einnahmenseitig sanieren sollte. Ob sich ein hoch verschuldeter Staat überhaupt sanieren könnte, wurde nicht in Frage gestellt. Auch die nahe liegende Frage, welche Staaten denn nicht verschuldet sind, wurde nicht gestellt.

Als kritischer Leser wissen Sie jetzt bereits, dass sich der Staat unter den gegebenen Bedingungen überhaupt nicht retten kann und immer schneller in die perfekt aufgestellte Schuldenfalle laufen muss.

Wenn nun die Bedingungen, zu denen sich Staaten frisches, aus dem Nichts geschöpftes Geld von „den Märkten“ ausleihen müssen immer unannehbarer werden, ergibt sich die vierte Eigenschaft des Geldes

Die vierte Eigenschaft: Geld ist (in unserem System) Machtmittel.

Die Macht ergibt sich durch die widmungswidrige, weil in privater Hand befindliche, Erzeugungsart des Geldes. Seine Wohlstand schaffende Tauschmittelfunktion wird durch Hortungsanreize unterbunden. Die Vorenthaltung von Geld ist das wirksame Prinzip dessen Machtfunktion.

Abgesehen von militärischer Gewalt, kommt in einem monetaristischen System, in dem Geld ein Überlebensmittel ist, einem verfehlten Geldschöpfungsmechanismus der auf Verschuldung beruht, die höchste Machtfülle zu.

Nun werden von den Staaten die berüchtigten Sparpakete geschnürt. Es werden also weniger neu geschaffene „LKWs“ angemietet, wodurch sich der „Transport“ von Waren und Dienstleistungen zwangsläufig verlangsamen wird. Um diesen Effekt zu dämpfen, wird der Staat versuchen, die „geparkten LKWs“ wieder auf die Straße zu zwingen, was zwar gewiss notwendig wäre, aber in der Gesellschaft stark destabilisierende Wirkung haben wird. Zwang ist ja keine Kategorie einer Demokratie.

Niemand, der sehen will, wird heute noch übersehen können, dass sich die Politik zum Erfüllungsgehilfen eines absurden Geldschöpfungs-systems erpressen ließ und ihrerseits, aus eigenem Überlebenstrieb, die Bevölkerungen jetzt unbarmherzig mit gesamtgesellschaftlich abträglichen, widersinnigen und unnötigen Maßnahmen konfrontiert und eine friedvolle Weiterentwicklung des Wohlstands unterbindet. Trotz aufrechten, untadeligen Bemühens, das ich jedem einzelnen Politiker konzедieren möchte, hat sich „die Politik“ als Institution hilflos an private Geldgeber ausgeliefert. Die bekannt naiven Bürger von Schilda hätten es nicht besser machen können und ich vermute, dass ein hoher Anteil der Volksvertreter in allen Parteien aus Schilda stammt. Von Demokratie sind wir jedenfalls meilenweit entfernt, denn: Demokratie ohne demokratisches Geldsystem ist undenkbar!

„Der Staat sind wir!“ riefen die DDR-Bürger 1989, bis endlich

die Mauer fiel. Auch dieser Artikel soll dazu beitragen, das Selbstbewusstsein der Menschen zu stärken. Erst aus den Erkenntnisprozessen über das zwangsläufige Versagen unseres Geldsystems werden sich gemeinwohlorientierte Veränderungen ergeben können, die dann auf Einsicht und Vernunft der Bevölkerung beruhen. Der Staat darf keine Verschuldung eingehen müssen. Um ihm das zu ermöglichen, müssen wir ihm aber das Recht der Geldschöpfung zurückgeben!

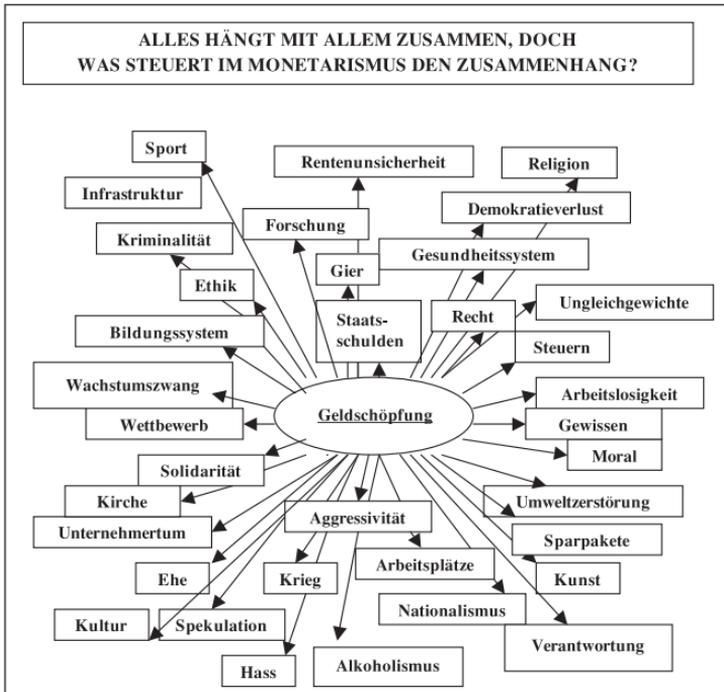
Die heute an uns gestellten Anforderungen dienen jedoch allesamt der Aufrechterhaltung der zentralen Systemsteuerung: Der Art und Weise der Geldschöpfung. Unser individuelles Verhalten hat sich vorrangig daran zu orientieren und gerät dadurch sehr schnell in eine Gegenposition zu gesellschaftlicher Vernunft. Gerne würden wir unsere Entscheidungen derartig ausrichten, wie es uns schon Laotse oder Kant und andere nahe gelegt haben – wenn es das bestehende System bloß zuließe!

Dass wir die heutige Art der Geldschöpfung durch private Geschäftsbanken als Dogma anerkennen, dass wir also meinen, das müsse so sein, hat schwerwiegende Konsequenzen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Da steckt geballter Sprengstoff drinnen, der alle unsere Lebensbereiche bedroht und dadurch unser zwischenmenschliches Verhalten in abträglicher Weise beeinflusst. Die heutige Geldschöpfungsart verleiht dem Geld erst die Funktion eines Machtmittels, und erpresst geradewegs die Entstehung gesellschaftlich unerwünschter Ausprägungen.

Die Entwicklung entspricht dem Verlauf einer Exponentialfunktion und ist in der Anfangsphase, die mit jeder Währungsreform neu beginnt, gnädig unauffällig. Nach spätestens rund 60 Jahren jedoch erfährt diese Kurve einen steilen Anstieg und vermag ganze Staaten zum Absturz zu bringen. Der unbegründet und freiwillig akzeptierte Zwang, der von dem Dogma der Gelderzeugungsart ausgeht, hat bereits in den vergangenen 25 Jahren dazu geführt, dass sich die Staaten von ihrer Gemeinwohlverpflichtung verabschiedet haben. Politik ist heute mit Politischer Ökonomie gleich-

zusetzen. Staaten werden als Unternehmen betrachtet, die im gegenseitigen Wettstreit liegen und sie verlieren dadurch ihre politische Legitimierung.

Man kann es drehen und wenden wie man will; alle, wirklich alle Problembereiche, die Politik und Bevölkerung beschäftigen, haben ihren Lösungskern im gut behüteten Dogma der Geldschöpfungsart. Fast könnte man meinen, es ist der von Newton gesuchte Punkt, mit dem man die Welt aus den Angeln heben könnte. Genauso gut könnte man aber von diesem Punkt aus auch den Zusammenhalt und die Heilung der Welt bewirken. Das sollten wir tun.



Quelle: eigene Grafik

Literaturempfehlung

Binswanger, Hans Christoph: Vorwärts zur Mäßigung - Murmann Verlag, Hamburg; 2009.

Chomsky, Noam: Wirtschaft und Gewalt - vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung; Dietrich zu

Klampen Verlag, Lüneburg; 2004.

Ferguson, Niall: Politik ohne Macht - Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft; dtv, München; 2003.

Hannich, Günter: Wer in der Schuld ist, ist nicht frei; Kopp-Verlag, Rottenburg; 2002.

Huber, Joseph: Monetäre Modernisierung - Die Zukunft der Geldordnung; Metropolis, Marburg; 2010-10-05.

Kitzmüller, Erich: Das Geld als Zauberstab und die Macht der internationalen Finanzmärkte; LIT-Verlag, Wien; 2005.

Lietaer, Bernard: Die Welt des Geldes - Das Aufklärungsbuch; Arena Verlag, Würzburg; 2001.

Senf, Bernd: Der Nebel und das Geld . Ein Aufklärungsbuch; Gauke Verlag, Lütjenburg; 1996.

Senf, Bernd: Die blinden Flecke der Ökonomie - Wirtschaftstheorien in der Krise, dtv, München; 2001.

Warburton, Peter: Die Schuldenmaschine - Kapital außer Kontrolle; Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart; 1999.

Weiss, Hams/Schmiederer, Ernst: Assoziale Marktwirtschaft - Insider aus Politik und Wirtschaft enthüllen, wie die Konzerne den Staat ausplündern; Kiepenheuer&Witsch, Köln 2004.

Sie nehmen unser Geld und schweigen

Von Paula Watzl

*A government that robs Peter to pay Paul
can always depend on the support of Paul.
George Bernard Shaw (1856-1950)*

Juni 2010. Finanzminister Josef Pröll und Bundeskanzler Werner Faymann strahlen in die Kamera. Nach einem halben Jahr der Diskussion einigte man sich im Ministerrat auf die Transparenzdatenbank. Eine Datensammlung die künftig sämtliche staatlichen Förderungen an die Parteien offen legen soll. Staatliche schließt aber die Spenden von Privatpersonen, Firmen und Lobbyisten aus. „Ein Geburtsfehler“ so Franz Fiedler, der ehemalige Rechnungshofpräsident.

Fehler sind auf diesem Gebiet in Österreich allerdings schon viele vorgekommen. Während die internationalen Standards in den letzten Jahrzehnten immer strenger geworden sind, verstaubten in Österreich die alten Gesetzestexte. Ein Großteil der Paragraphen zur Parteienfinanzierung ist sogar noch im selben Laut formuliert, wie sie 1975 erstmals im Parteiengesetz verankert wurden. So trat Österreich zum Beispiel erst 2006, als vorletztes EU Mitglied, der „Staatengruppe gegen Korruption“¹ (Greco) bei. „Die österreichischen Gesetze sind geradezu eine Einladung zu dubiosen Praktiken“ schreibt die österreichische Tageszeitung die Presse, die im selben Artikel den Grünen-Abgeordneten Werner Kogler zitiert: „Wenn man ihnen klar macht, dass die Gesetze in Albanien schärfer sind als bei uns, müsste das eigentlich helfen.“

Angesprochen sind in diesem Fall ÖVP und SPÖ. Die zwei Massenparteien sind in Österreich nämlich noch immer die, an die man sich wenden muss, wenn es um Veränderungen geht. Schwierig, wenn es sich zu gleich um die beiden Parteien handelt, die am meisten vom jetzigen System profitieren. Auch die Entwicklung der Transparenzdatenbank lag vorwiegend in den Händen von SPÖ und ÖVP. Hände die schon oft genug schmutzige Wäsche ge-

waschen haben und sich wohl daher gegen eine Offenlegung von Spenden aussprechen. Vor allem die ÖVP steht ganz offen zu ihrer Abneigung gegenüber völligen Offenlegungen der Finanztätigkeiten. Zu Beginn des Sommers meinte der Generalsekretär Fritz Kaltenegger, dass strengere Bestimmungen auf diesem Sektor nicht notwendig seien und das Wählervotum genug Kontrolle und Sanktion biete. Nur ist es für den Bürger durchaus schwierig, sich ein Urteil zu bilden, wenn ihm nur halbfertige Berichte über die Einnahmequellen der Parteien vorgesetzt werden. Der Bürger zieht in Österreich ohnedies am kürzeren Strang. Kaum ein anderes Land belastet sein Volk so stark wie unseres. Alleine 2010 gehen über 170 Millionen an Steuergeldern an die österreichischen Parteien.

Woher beziehen die Parteien ihr Einkommen?

Insgesamt fließen den österreichischen Parteien jährlich rund 300 Millionen Euro zu. Der gleiche Betrag, wie jener, den beispielsweise die Hacklerregelung für das Jahr 2012 beansprucht, eine schöne Summe.

In Österreich erhalten parlamentarische Klubs bereits seit 1963 offizielle Zuwendungen. 1975 wurde schließlich ein Parteiengesetz formuliert, das die Aufgaben, Finanzierung und die Wahlwerbung politischer Parteien festsetzte. Seit 35 Jahren blieb dieses Gesetz mehr oder weniger unverändert, während sich andere Länder laufend an die wirtschaftlichen Veränderungen wie Lobbyismus und Korruption angepasst haben. Bloß teurer ist die Finanzierung geworden. Der Politikwissenschaftler Hubert Sickinger errechnete, dass die Kosten für die Parteienfinanzierung seit 1980 um 569 Prozent gestiegen sind.

Eigenfinanzierung

In den Bereich der Eigenfinanzierung fallen zunächst die Mitgliedsbeiträge. Bei so genannten „Massenparteien“ wie zum Bei-

spiel SPÖ oder ÖVP ist jedes Mitglied willkommen, es bedarf bloß einer Unterschrift und regelmäßiger Zahlungen. Die österreichische Volkspartei zählt derzeit rund 750.000 Mitglieder und ist damit die mitgliedsstärkste österreichische Partei. Leider konnte mir vom Büro der Sozialdemokraten, die „derzeit Abstand von einer Veröffentlichung der Mitgliederzahlen nehmen“², keine offizielle Zahl genannt werden. Hinter vorgehaltener Hand verwies man mich auf einen Standardartikel aus dem Jahr 2008, der die Mitglieder auf circa 300.000³ schätzte. Die Mitgliederbeiträge bleiben in beinahe allen Fällen unter 50 Euro jährlich und fallen deshalb nur gering ins Gewicht.

Zu den Mitgliedsbeiträgen kommen die Parteisteuern beziehungsweise Mandatsträgerabgaben. Repräsentanten der Partei müssen Steuern abgeben, die direkt vom dafür höher berechneten Bruttogehalt abgezogen werden. Die Überlegung hinter diesem System war mehr eine repräsentative als eine ökonomische, ein Gedanke der nach hinten losging. Im europäischen Vergleich haben sich Österreichs Abgeordnete so nämlich den Ruf von Spitzenverdienern eingeholt (nur in Italien verdienen Parlamentarier mehr).

Das letzte Kapitel der Eigenfinanzierung ist sogleich das heikelste. Es handelt sich um parteiliche Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen. Ganze 7 Prozent des Gesamtbudgets machen solche fraglichen Beteiligungen aus. Diese wirtschaftlichen Tätigkeiten sind in vielerlei Hinsicht problematisch. Einerseits ist es bedenklich, dass es keine öffentlichen Listen der Beteiligungen gibt. Andererseits gibt es keinerlei Einschränkungen bei der Unternehmenswahl, so werden beispielsweise Medienapparate nicht ausgeschlossen.

Wenn man über die Unternehmensbeteiligung spricht, muss man auch auf das Unvereinbarkeitsgesetz verweisen. Diesem Gesetz zu Folge dürfen der Bundespräsident, die Minister, Staatssekretäre und Mitglieder von Landesregierungen keine zusätzliche Erwerbsarbeit annehmen. Ein Gesetz, das bereits bei Parlamentariern versagt. Diese müssen bloß bekannt geben, wer sie bezahlt und nicht

etwa die Summen, um die es sich handelt. Freiberufliche haben es noch einfacher, da sie weder ihr Einkommen noch ihre Kunden angeben müssen. Auch der umstrittene ehemalige Finanzminister Karl-Heinz Grasser soll dieses Gesetz mehrmals umgangen haben. Aufenthalte auf den Seychellen und in St. Moritz waren die spekulativen Gewinne. Auch hier gibt es in Österreich also einige Schlupflöcher.

Staatliche Finanzierung

Kaum einer zahlt so viel wie wir für unsere Politiker. Österreichs Bürger werden sechsmal stärker vom System belastet als Schweizer und dreimal so stark wie Deutsche.

Zur Fremdfinanzierung zählen einerseits staatliche Mittel und andererseits Spenden an die Parteien. 1975 wurde erstmals gesetzlich festgelegt, dass größere Parteien einen Anspruch auf staatliche Subventionierungen haben, um den Gedanken der Demokratie zu unterstützen und die Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Parteien zu erleichtern. „Demokratie kostet eben Geld. Und weil die Österreicher offenbar besonders viel Demokratie wollen, leisten sie sich ein politisches System, das weltweit zu den teuersten zählt“⁴, so die *Kleine Zeitung*. Eine Partei hat dann Anspruch auf Hilfen, wenn sie mit mindestens fünf Abgeordneten im Nationalrat vertreten ist. Zu einem festgelegten Grundbetrag kommen zusätzliche Mittel, die sich proportional zu den erhaltenen Stimmen verteilen.

Der Förderungen aber noch nicht genug. Zusätzlich zur Parteienförderung erhalten die größeren Parteien auch noch einen Klubbeitrag. Klubstärke erreichen Parteien mit mindestens fünf Abgeordneten im Nationalrat. Darüber hinaus haben größere Parteien nach dem Publizistikförderungsgesetz Anspruch auf Förderungen für die parteieigenen Akademien.

Allerdings ist festgelegt, dass die gesamte staatliche Finanzierung nicht mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets einer Partei betragen darf.

Jahr	Klubs	Öffentlichkeitsarbeit § 2 Parteiengesetz	Wahlkampfkosten Rückerstattung	Partei- akademien-	Gesamt
2000	12.071.755	14.659.470		8.275.249	35.006.474
2001	12.328.940	14.010.294		8.467.151	43.806.385
2002	12.519.100	14.383.192	11.455.739	8.535.262	46.893.293
2003	12.040.675	14.383.192		8.535.262	34.959.129
2004	12.145.531	14.383.192	10.424.722	8.535.262	45.488.707
2005	12.277.167	14.680.160		9.562.128	36.519.455
2006	12.558.231	15.028.765	12.381.146	8.300.000	48.268.142
2007	15.542.508	15.248.257		10.913.575	41.704.340
2008	15.861.000	16.142.149	13.300.893	11.267.759	56.571.801
2009*	18.500.000*	16.061.000*	12.400.000*	11.607.000*	[58.568.000*]
2010*	18.722.000*			11.574.000*	

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Parteienförderung auf Bundesebene⁵
*Vorläufige Zahlen.

Spenden

Kein Mensch weiß wie groß der Anteil an Spenden an der Parteienfinanzierung wirklich ist, dafür hat man in Österreich mit lückenhaften Gesetzen gesorgt. Im Nachbarland Deutschland machen sie zum Beispiel ganze 15 Prozent des Gesamtbudgets der Parteien aus.

Zunächst wäre da der Bereich der individuellen Spenden. In diese Kategorie fallen kleinere Spenden wie zum Beispiel jene von Mitgliedern, die in Wahlkampfzeiten ihren Beitrag aufstocken, aber natürlich auch Millionengeschäfte, die den Verdacht der Korruption schüren. Zu den individuellen Spenden kommen Spenden von Kollektiven. Die Spenden von Vereinen und Verbänden zeichnen sich zunächst durch größere Summen aus und weiterhin sagen sie mehr über politische Verknüpfungen und damit verbundenen Grundpositionen aus. In Deutschland gibt es beispielsweise eine Regelung, die es staatseigenen Unternehmen untersagt Parteispenden abzugeben, in Österreich gibt es kein ähnliches Gesetz.

Die altbekannten Geschichten der zweifelhaften Verbindungen von Industriellenvereinigung und ÖVP sollte eigentlich eine Lehre sein. Im Jahr 2000 gestand der damalige Generalsekretär der Industriellenvereinigung Lorenz Fritz, dass die Vereinigung ihren finanzstarken Mitgliedern dabei hilft, Spenden an die ÖVP zu „anonymisieren“. Es handelte sich um mehrere Millionen Schilling, die so die Volkspartei erreichten.

Da die Parteien zusätzlich von der Schenkungssteuer befreit sind, empfangen sie Spenden steuerfrei. Sie haben allerdings 15 Prozent Einkommenssteuer an spendende Interessensvertretungen zu entrichten. Spenden privater Personen werden als „Aufwendungen privater Lebensführung“⁶ gehandhabt, weshalb die Variante über eine Mitgliedschaft in einer Organisation zu spenden häufig bevorzugt wird. Unternehmen wählen zumeist indirekte Spenden, die als Betriebsausgaben verbucht werden.

Wie wichtig Spenden für die Parteien sind wurde bei den Bundespräsidentenwahlen 2010 einmal mehr bewiesen. Die ÖVP stellte unter anderem auch deshalb keinen eigenen Kandidaten und rief zum „Weißwählen“ auf, weil die *Raiffeisenbank* den Wahlkampf nicht unterstützen wollte.

Indirekte Parteispenden

„Man muss weg vom Geldkofferimage“ so Heinz Hattinger⁷, Rechnungshofreferent des Grünen Klubs, der betont, dass vor allem im Vorfeld von Wahlkämpfen vieles über indirekte Spenden läuft. So kommen zu den oben angeführten staatlichen Zuwendungen auch indirekte Formen staatlicher Parteifinanzierung, wie zum Beispiel steuerlichen Begünstigungen.

Doch auch Sachleistungen spielen in diesem Kontext eine tragende Rolle. Da wäre zunächst die Verteilung von Plakatflächen in Wahlkampfzeiten. Seit Jahren ist es bekannt, dass viele Gemeinden kostenlose oder kostengünstige Plakatflächen zur Verfügung stellen. Während es in anderen Gemeinden, wie beispielsweise in

Innsbruck, klare Regelungen gibt. 1995 hat man in Innsbruck begonnen circa 60-70 Plakatflächen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zu stellen, „um die Flut der Wahlwerbung in eine geregelte Bahn zu lenken.“⁸ Die Reihenfolge der aufgestellten Wahlplakattafeln richtete sich dabei nach dem Ergebnis der letzten dementsprechenden Wahl in Innsbruck beziehungsweise nach dem Zeitpunkt der entsprechenden Anforderung auf Inanspruchnahme einer Wahlplakattafel. Als Kontrast wurde in Bayern für die Landtagswahl 2010 von den Grünen ein völlig neues System auf die Beine gestellt, wobei der Bürger selbst dazu aufgefordert wurde den Standort, für ein von der Partei finanziertes Wahlplakat zu wählen und die Mietkosten zu übernehmen. Ein Versuch das Volk direkter in den Wahlkampf mit einzubeziehen.

Zusätzlich zu Plakaten fallen in Wahlzeiten beispielsweise auch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, von Unternehmen bezahlte ParteimitarbeiterInnen und Transportkosten in diesen großen Sektor der indirekten Spenden.

Eine weitere Dunkelzone liegt in der Presseförderung von Tages- und Wochenzeitungen. Diese werden sowohl direkt als auch indirekt, durch Inseratenaufträge von öffentlichen Stellen, subventioniert. Es ist somit kaum verwunderlich, dass Zeitungen eine politische Färbung annehmen.

Auch der Anteil an Sendezeit im öffentlichen Rundfunk ist ein wesentliches Instrument der Meinungsbildung. Laut Rundfunkgesetz aus dem Jahre 1975 ist die Sendezeit zwischen den im Nationalrat vertretenen Parteien „entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Leben“ aufzuteilen. In Nichtwahljahren stehen den Parteien so insgesamt rund 200 Sendeminuten zur Verfügung.

Offenlegung

Ohne Spenden könnte die österreichische Parteienlandschaft also längst nicht mehr überleben, aber das rechtfertigt noch lange nicht den politischen Umgang mit diesem Thema. Es gibt kaum Kontrol-

len der eingehenden Spenden und fehlende Berichte ziehen zwar eine Geldstrafe nach sich, falsche Veröffentlichungen werden aber nicht bestraft. Auch bei der Kontrolle der anderen Zuschüsse gibt es starke Mängel.

Für die großzügigen staatlichen Zuwendungen gibt es bloß eine Bedingung an die Parteien. Die Verwendung der Zuschüsse muss überprüfbar sein und in einem jährlich erstellten Rechenschaftsbericht über Einnahmen und Ausgaben, welcher in der Wiener Zeitung abgedruckt wird, veröffentlicht werden. Bloß diese einzige Bedingung steht dem Austausch von Millionen gegenüber und doch scheint sie unerfüllbar. Schon seit Jahren bemängelt der Rechnungshof im veröffentlichten Bericht die Zugänglichkeit der Ausgaben. „Der Rechnungshof erachtet die Offenlegung der laufenden Gebarung der politischen Parteien für verbesserungsfähig und legte dem Bundeskanzleramt eine Überarbeitung der gegenwärtigen Form des Rechenschaftsberichtes im Wege einer Ergänzung des Parteiengesetzes nahe.“⁹ Eine verbesserte Offenlegung ist aber noch immer ein Thema, das hauptsächlich in den Medien und zu wenig bei den Verantwortlichen diskutiert wird.

Während in Deutschland Spenden ab 10.000 Euro und in England schon ab 5.000 Euro offen gelegt werden, hinkt Österreich noch weit hinter her. Es müssen zwar alle Summen über 7.260 Euro dem Rechnungshof gemeldet werden, eine Kontrolle ist allerdings nicht verpflichtend. Aktuell steht die Offenlegung und inhaltliche Prüfung von Spenden ab 7.000 Euro im Mittelpunkt der Diskussionen. Weiterhin sollen Großspenden über 50.000 Euro sofort gemeldet und veröffentlicht werden. Diese größeren Summen sind aber umso schwerer nachzuvollziehen, da sie oft durch Aufteilung auf mehrere Spender (sogenanntes „Splitting“) vertuscht werden.

Ein Blick in das Frankreich der frühen Sommerwochen des Jahres 2010 zeigt die komplizierten Verstrickungen von manchen Geldquellen. Die milliardenschwere *L’Oreal* Erbin Liliane Bettencourt soll, wie kürzlich bekannt wurde, immer wieder geheime Spenden an konservative Politiker getätigt haben. Auch am Wahl-

kampf von Präsident Sarkozy soll sie mit 150.000 Euro beteiligt gewesen sein. Eigentlich sind in Frankreich aber bloß Parteispender bis 7.500 Euro legal. Skandale geschehen also auch in Ländern mit strafferen Gesetzen, doch immerhin wird dort ein Skandal auch als Skandal behandelt. Bei der derzeitigen Gesetzeslage wäre ein ähnlicher Vorfall in Österreich keine große Geschichte gewesen.

Wahlwerbung

Nationalratswahl 2008. Nicht nur ein heißer Sommer, sondern auch ein heißer Wahlkampf. Nach nicht einmal zwei Jahren gab es Neuwahlen und so galt es die erhöhten Wahlkosten „sinnvoll“ einzusetzen. Ich selbst fand mich in Mitten einer BZÖ-Wahlveranstaltung in Graz wieder und konnte kaum glauben, was meine Steuergelder alles zuließen.

Kurz vor Mittag und knapp unter 30 Grad versammelten sich hunderte von begeisterten Anhängern der noch sehr jungen Partei in einem Saal der Grazer Stadthalle. Man hatte sich in das alte Dirndl der Oma oder den orangen Winterpulli gezwängt und wartete gespannt auf das was kommen sollte. Schließlich kam er, Spitzenkandidat Jörg Haider betrat den Saal unter den Klängen von „Final Countdown“, gehissten Fahnen und heftigem Applaus. Spätestens da stand fest, dass das anwesende Publikum wohl kaum eines war, welches noch von einem Urnengang zu Gunsten des BZÖ überzeugt werden musste. Was dann kam, war ein straffer Terminplan, voller Dankesreden, politischem Programm und Feuerschluckern. Tatsächlich, das BZÖ hatte Feuerschlucker organisiert, um dem Saal eine politische Botschaft näher zu bringen. Und es wirkte, die Anwesenden freuten sich sichtlich über die Showeinlage und dachten wohl nicht daran, dass auch Feuerschlucker mit dem bezahlt werden, was monatlich von ihrem schwer verdienten Gehalt abgezogen wird. Als ich meine Kritik meinem Sitznachbar gegenüber laut äußerte, entgegneten mir verächtliche Blicke der eingeschworenen Parteianhänger - ich flüchtete aus dem Gebäude auf der Suche nach etwas neutralerer Luft.

Was ist bloß mit unseren Wahlkämpfen geschehen? Schon seit Jahren scheint es der Masse nicht mehr um politische Ideen zu gehen, sondern um Persönlichkeiten und einen perfekt inszenierten Auftritt. Man scheint mittlerweile akzeptiert zu haben, dass die Wahlkampfgeschenke mit dem SPÖ Logo sowieso produziert werden, da braucht es unsere Zustimmung nicht, sondern nur unser Geld. Manche freuen sich trotzdem über die kleinen „Geschenke“. Andere holen sich die kleinen Aufmerksamkeiten, weil sie eingesehen haben, dass sie indirekt sowieso längst dem Bürger gehören und böse Zungen meinen, dass man sich außer den Geschenken ohnedies nichts von den Wahlen erwarten kann.

Der eigentliche Grundgedanke hinter staatlichen Förderungen ist jener, die Parteivielalt eines Landes aufrechtzuerhalten und zu fördern („Existenz und Vielfalt politischer Parteien“¹⁰). Weshalb 100 Prozent der staatlichen Förderungen für die Öffentlichkeitsarbeit einer Partei reserviert. Im Rahmen der Nationalratswahlen 2002 gaben die SPÖ 7,5 Millionen Euro, die ÖVP 6 Millionen Euro, die FPÖ 3,5 Millionen Euro und die Grünen 2,4 Millionen Euro Wahlkampfausgaben an. Die tatsächlichen Budgets werden allerdings auf das Doppelte geschätzt, eine Summe die für die Öffentlichkeit zu skandalös wäre und deswegen nur hinter vorgehaltener Hand in den Mund genommen werden kann.

Trotz der hohen Zuschüsse verfügen die Parteien über ein, im Vergleich zu den Anforderungen, allerdings immer kleiner werdendes Wahlkampfbudget. Und „Not“ macht bekanntlich „Diebe“. So laufen zum Beispiel große Bereiche der Meinungsbildung über Medienapparate. Politiker drängen sich nicht nur ins Fernsehen um ihre politischen Ideen zu verbreiten, sondern eben auch um die nächste Wahl zu gewinnen - klassischer Medienpopulismus. Schwenkt man den Blick über die österreichischen Tageszeitungen wird diese Theorie nur bestätigt. Zwischen den Zeilen der Artikel wird die auf der Titelseite beworbene Unabhängigkeit wieder zu Nichte gemacht.

Das längst österreichweit bekannte Musterbeispiel für politische

Medienverstrickungen ist die Beziehung zwischen Werner Faymann und der Kronen-Zeitung. Schon zu Verkehrsministerzeiten veröffentlichte Österreichs auflagenstärkste Zeitung immer wieder Gedichte, die den Politiker regelrecht huldigten („ (...) Doch keiner ist wie Werner Faymann. Unaufgeregt, präzise, dezent zeigt er uns: Er ist kompetent“⁶¹¹). Begonnen hat alles aber schon 1994 als Werner Faymann als Wohnbaustadtrat jährlich über rund eine Million Euro Werbebudget verfügte. Schnell entstand eine innige Freundschaft zwischen dem, 2010 verstorbenen, Krone-Zeitung Herausgeber Hans Dichand und dem Politiker. Faymann wurde eine regelmäßige Kolumne zugeteilt und unter dem Titel „Der direkte Draht zum Stadtrat“, konnte er sich den direkten Einfluss sichern. „Werner Faymann kann eigentlich nichts falsch machen. Die Liebe von Österreichs größtem Boulevard-Blatt ist ihm gewiss“⁶¹¹, so 2008 eine vermeintlich neutrale Presse.

Das Problem der Monopolisierung

Die bisherigen Erklärungen sollen als Gerüst herangezogen werden, um zum zentralen Thema dieser Auseinandersetzung zu kommen: Wie groß ist tatsächlich die Gefahr einer Verfestigung des bestehenden Parteiensystems?

Um von einer „Elitenherrschaft“ sprechen zu können muss diese „Elite“ zuerst definiert werden. Kurz gesagt: Eine Elite ist jene Gruppe, die zentrale politische Entscheidungen beeinflusst beziehungsweise trifft. Ausgelöst durch das jetzige System, gibt es zwei negative Tendenzen, durch die eine Abschottung der elitären Parteien gefördert wird.

Zunächst handelt es sich um das Problem einer Abschottung nach innen. Durch die hohen Beträge an staatlichen Förderungen werden die Parteiträger unabhängiger. Das ist zwar einerseits positiv, weil dadurch die Korruptionsgefahr durch Spenden geschwächt wird. Andererseits kann dadurch auch die Verbindung zwischen Parteispitze und Parteibasis brechen. Die Parteien sind

nicht mehr angewiesen auf kleine Spenden und Mitgliedsbeiträge, die ein innerparteiliches Stimmungsbarometer sind. Die obersten Parteiträger können durch die staatlichen Subventionen weitgehend Entscheidungen treffen, ohne dafür Zustimmung innerhalb der Partei zu erfragen.

Der zweite Problempunkt ist eine Abschottung der Führungsspitze nach außen. Als Folge dessen, dass nur Parteien die bereits im Nationalrat vertreten sind in den Genuss staatlicher Zuschüsse kommen, besteht die Gefahr, dass eine Verfestigung der momentanen Parteien eintritt und neue Parteien kaum Zutrittschancen haben.

Die bloße Gründung einer neuen Partei auf österreichischem Boden ist eine der einfachsten Sachen der Welt. Es bedarf nicht mehr als 60 Euro und das Erfüllen einiger Auflagen, nämlich an der politischen Willensbildung in Österreich teilnehmen zu wollen, kein nationalsozialistisches Gedankengut zu fördern und sich nicht gegen den Staat und seine Verfassung zu richten. So gibt es derzeit rund 800 Parteien im Land. Diese Zahl entspricht allerdings sicher nicht den zurzeit aktiven Parteien, da Parteiaufösungen nicht gemeldet werden müssen. Die Schwierigkeiten treten dann auf, wenn eine Partei wirklich politisch mitmischen will. „Wenn man sich die politische Geschichte in Österreich ansieht, entstehen neue Parteien immer nur aus Abspaltungen [...] man braucht eben Persönlichkeiten“ so BZÖ-Generalsekretär Christian Ebner¹².

Tatsächlich hätten Oppositionsparteien ohne die staatlichen Förderungen beinahe gar keine Chancen gegenüber Regierungsparteien, da Regierungsparteien zum Beispiel über eine große Beamten-schaft und permanente Medienpräsenz verfügen.

Das Parteiensystem ist also nicht so gefestigt, dass es keine neuen Zugänge erlauben würde oder die Parteienvielfalt massiv einschränkt, dennoch lassen sich Formen der Monopolisierung ablesen, vor allem beim Blick auf die zwei Großparteien.

In der Vergangenheit wurden Stimmverluste der Großparteien des Öfteren durch Gesetzesänderungen kompensiert und das Budget so aufrechterhalten. Das zentrale Problem der Monopolisie-

rung liegt somit darin, dass die Begünstigten selbst ihre Förderungen aufteilen, eine Regelung die dem Prinzip der Demokratie widerspricht.

Um den aus der staatlichen Parteifinanzierung resultierenden Problemen entgegenzuwirken wurde ein Modell entwickelt, bei dem nicht die Politiker selbst ihre Finanzen aufteilen, sondern das Volk. Das ‚Modell des Bürgerbeitrags‘ schlägt vor, dass jeder Wählerin und jedem Wähler ein fixer und vom Staat gestellter Betrag zugesprochen wird, den der Bürger selbst einer Partei zusprechen kann. Dabei bestünde für die Bürger aber keine Verpflichtung den Betrag überhaupt in Anspruch zu nehmen. Obwohl diese Wählerorientierte Betrachtung die Demokratie in hohem Maße fördern würde, verschließen sich Politiker bisher dagegen, weil sie hohe Verluste befürchten. Generell wäre aber eine Finanzierung aus kleinen Beiträgen die unbedenklichste. „Durch unsere große Mitgliederstärke brauchen wir kaum Wirtschaftsverbindungen“ So Anton Vukan¹³, Landesgeschäftsführer der SPÖ Steiermark. Im internationalen Vergleich zeichnen sich die österreichischen Parteien tatsächlich durch besonders hohe Mitgliederzahlen aus. 2008 verzeichnete die SPÖ zum Beispiel einen Mitgliederstand von rund 300.000.³

Wie eine Reform des österreichischen Parteienfinanzierungssystems aussehen könnte

Momentan ist Österreich Schwerpunktland was die Evaluierung des Parteiensystems seitens der EU betrifft. Tatsächlich sind Reformen am momentanen System längst überfällig und andere Mitgliedsstaaten um eine Nasenlänge voraus was die Transparenz der staatlichen Parteienfinanzierung anbelangt.

Die Transparenz ist das zentrale Konfliktthema und damit auch der wichtigste Ansatzpunkt für Reformen. Um den Gedanken der Demokratie aufrecht zu erhalten müssen strikte Korruptionskontrollen eingeführt werden. Dafür ergeben sich drei mögliche Kon-

trollorgane. Zunächst kann es sich um eine verstärkte Kontrolle durch die Parteimitglieder handeln. Wird den Mitgliedern eine hohe finanzielle Verantwortung, durch Beiträge und Kleinspenden, zugesprochen, muss innerhalb der Partei ein ständiger Wechsel von Informationen herrschen. Steuerliche Vorteile oder staatliche Aufstockungen von Beiträgen würden die Anzahl der Kleinspenden erhöhen und die Parteifinzen auf viele kleine Träger aufteilen. Die direkten staatlichen Förderungen könnten in Folge gekürzt werden. Um eine Kontrolle durch die Parteimitglieder zu fördern müssten allerdings auch die Rechenschaftspflichten angepasst werden. Die momentanen Rechenschaftsberichte sind nicht detailliert genug um eine gute innerparteiliche Kontrolle zu gewährleisten.

Eine weitere Variante wäre den WählerInnen eine Kontrollfunktion zuzusprechen. Dieses Modell ist allerdings weniger versprechend, da sich Sanktionsmöglichkeiten auf Wahlentscheidungen beschränken.

Als letzte Möglichkeit werden gesetzliche Regelungen zur Kontrolle und Sanktion vorgeschlagen. Die Parteien sollten verpflichtet sein einer Kontrolle entgegenzukommen um staatliche Mittel zu empfangen. Ein ähnliches Gesetz existiert zwar, ist aber sowohl in seiner Formulierung als auch in seiner Umsetzung zu lasch. Für diese Kontrollvariante müsste ein weisungsunabhängiges Kontrollgremium gegründet werden, das weiterhin regelmäßig ausgewechselt werden sollte, um zu enge Bindungen zu den Parteien zu verhindern.

Momentan liegt die mediale Aufmerksamkeit besonders auf Reformen im Bereich der Spenden. In der Diskussion steht eine Spendenhöchstgrenze von 50.000 Euro. So soll verhindert werden, dass Einzelpersonen zu viel Einfluss zugesprochen wird. Natürlich müssen Einzelspenden addiert werden und die Stückelung von Spenden entsprechend sanktioniert werden. Darüber hinaus ist es fraglich, ob Direktspenden an Mandatsträger und Kandidaten völlig verboten werden sollten, da hier die Unabhängigkeit

der Einzelnen gefährdet sein kann. Eine alternative Lösung wäre zum Beispiel derartige Spenden auf einem Sonderkonto zu sammeln, welches öffentlich einzusehen ist. Das nächste Problemfeld sind Spenden von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist. Hier sollte die Beteiligung 20 Prozent nicht übersteigen, wenn die Unternehmen gleichzeitig Parteien unterstützen. In Österreich gibt es sehr starke Verbindungen zwischen ÖVP und Unternehmen, wie zum Beispiel der *Raiffeisenbank*. Hier müssten genauere Überprüfungen der Beteiligungen vorgenommen werden. Ein anderer oft verschleierter Bereich sind Barspenden. Diese sollten entweder verboten oder stark begrenzt werden. Nicht nur die Rahmenbedingungen für Spenden sollten allerdings einer Reform unterzogen werden, sondern vor allem auch die Veröffentlichungspflichten über Spendenannahmen.

Ein wesentlicher Punkt um die Transparenz der Parteiaktivitäten zu gewährleisten ist, wie bereits mehrfach erwähnt, eine Überarbeitung der Rechenschaftspflicht. Dem Rechenschaftsbericht muss der Zweck zu Grunde liegen, Schwachstellen der Parteienfinanzierung der Öffentlichkeit aufzuzeigen. Somit sollte die Rechenschaftspflicht auch auf die Landes-, Bezirks- und Ortsebene ausgeweitet werden, um ein Gesamtbild zu erhalten. Am wichtigsten aber sind ergänzende Regelungen was die Offenlegung von Spenden betrifft. Der Schwerpunkt der Überprüfungen soll nicht auf der Mittelverwendung sondern auf den Parteieinnahmen, im speziellen den Parteispenden, liegen. Spenden sollten ab 5.000 Euro im Rechenschaftsbericht veröffentlicht werden, Großspenden durchaus auch mit Nennungen von Namen. Die 5.000 Euro sind eine Anpassung an das Deutsche Gesetz, die Grünen fordern zum Beispiel erst eine Offenlegung ab 7000 Euro das BZÖ bereits eine Offenlegung ab 0 Euro. Die Veröffentlichungen von großen Spendensummen sollten außerdem rasch geschehen, um die mediale Aufmerksamkeit zu nutzen. Die Rechenschaftsberichte könnten, den zeitgemäßen Standards entsprechend, auch im Internet veröffentlicht werden und so einen weitläufigeren Zugang ermöglichen.

Fehlmeldungen und lückenhafte Veröffentlichungen sollten stärker sanktioniert werden. Nicht nur die gesamte Partei sollte im Falle eines Fehlverhaltens mit Sanktionen belegt werden, sondern auch Einzelpersonen sollten bei schweren Verfehlungen Konsequenzen, wie zum Beispiel den Mandatsverlust, zu tragen haben.

Ein nächster Reformpunkt könnte die Begrenzung von Wahlkampfkosten sein. Eine solche gab es zuletzt 1986 bei den Nationalratswahlen. „Hier gibt es eine Analogie zur Formel 1“¹², so BZÖ Generalsekretär Christian Ebner. Jahrelang brachten bloß von vornherein reiche Teams den Pokal nach Hause, bis es schließlich zu einer Kosten-Deckelung kam. Durch die Reduktion der Wettbewerbskosten hatten erstmals auch finanziell schwächere Teams Siegeschancen. Ein festgesetztes Wahlkampfbudget dürfte allerdings nicht zu niedrig angesetzt werden, um indirekte Finanzierungen zu vermeiden.

Um schließlich dem Problem der Monopolisierung entgegen zu wirken, sollten die Finanzierungen noch stärker Stimm- und weniger Mandatsabhängig sein. So könnten kleinere Parteien leichter an Förderungen gelangen. Außerdem könnten die Sperrklauseln für staatliche Zuschüsse überarbeitet und vielleicht herabgesetzt werden. Derzeit beginnen Förderungen bei einem Anteil von 4 Prozent.

Zum Schluss

In einem Land, wo nur mehr jeder Zweite den Weg zum Wahllokal findet, wenn es um den nächsten Bundespräsidenten geht, kann man wohl kaum von politischer Euphorie sprechen. Im Gegenteil, in Österreich herrscht Politikverdrossenheit. Laut der Shell Jugendstudie von 2006 interessieren sich bloß 39 Prozent der 15 bis 24-Jährigen für das politische Geschehen im Land. Gert Feistritzer vom Meinungsforschungsinstitut sieht das Problem nicht am System, sondern bei dessen Akteuren: „Hohe Akzeptanzwerte für die Demokratie, für unser demokratisches Gefüge - nicht so hohe Akzeptanzwerte in Bezug auf die Institutionen.“¹⁴ Der Politologe

und Parteienforscher Hubert Sickinger kennt den schlechten Ruf der österreichischen Politiker: „Wenn man sich wechselseitig die Arbeit schlecht macht, darf man sich nicht wundern, dass man das Image von Minderleistern hat.“ Schließlich hört man zu Wahlzeiten immer wieder Aussagen à la: „Ich würde ja wählen gehen, ich weiß nur nicht wen“ auf den österreichischen Straßen.

Auch die Parteienfinanzierung kann ausschlaggebend für die politische Stimmung in einem Land sein. Obwohl es vergleichsweise viele Parteien in Österreich gibt, sind die Zugänge zu staatlichen Finanzierungen und damit verbundenen Stimmen für neugegründete Parteien eher verschlossen.

Natürlich geben staatliche Zuschüsse aber kein endgültiges Urteil über das Bestehen einer Partei. So konnte die FPÖ beispielsweise, trotz einer deutlichen Kürzung der staatlichen Mittel auf Bundesebene, 1986 einen großen Stimmenzuwachs verzeichnen. Aber eben nur deshalb, weil die Mittel auf Landes- und Gemeindeebene angehoben wurden. Der andere Weg für schlecht subventionierte Parteien ist hingegen jener über fragliche Unternehmensbeteiligungen und Spenden. Eine Richtung die wohl nicht gefördert werden sollte.

Die Barrieren für junge Parteien sollten also noch einmal überdacht und eventuell gelockert werden. Ebenso sollten die horrenden Summen der Großparteien etwas abgemagert werden, um so in einigen Jahren zu einem annähernden Gleichgewicht der Regierungs- und Oppositionsparteien zu gelangen. Denn Demokratie kann nur auf gleichen Voraussetzungen der Parteien basieren.

Um dahin zu gelangen müssten sich vor allem die Großparteien kooperativer geben. Momentan verstecken sich die Parteien hinter oberflächlichen Rechenschaftsberichten und stillen Übereinkünften. Aber lange wird das System so dem nationalen und internationalen Drängen auf Veränderungen nicht mehr standhalten. Bisweilen sollten wir, als Bürger, versuchen uns nicht in der Politikverdrossenheit zu verlieren, sonder kritisch und aufmerksam zu beobachten und unsere Stimme gezielt einzusetzen, denn Demokratie funktioniert nur, solange die Bevölkerung mitspielt.

Quellenverzeichnis

- 1 Schwaiger, Rosemarie: Die gekaufte Republik; S. 12; in: Die Presse, Nr. 18.743, 15. Mai 2010.
- 2 Hürner, Julia Leiterin: E-Mail an Watzl, Paula; Thema: Mitgliedsparteien, am 23.06.2010.
- 3 Der Standard: Wieviele Mitglieder haben die österreichischen Parteien jeweils?; <http://derstandard.at/1224776617579/Wieviele-Mitglieder-haben-die-oesterreichischen-Parteien-jeweils> (Zugriff: 14.05.2010); 2008.
- 4 Sittinger, Ernst: Parteienförderung in Österreich am teuersten; <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2262075/parteienfoerderung-oesterreich-teuersten.story>; (13.07.2010); 2010.
- 5 Rechnungshof (Hrsg.): Bundesrechnungsabschluss 2009, 2010; Wien; 2010.
- 6 Schelakovsky, Katharina/ Kovar, Andreas: Parteienfinanzierung in Österreich. Empfehlungen für Unternehmen; S. 8; http://info.publicaffairs.cc/info/research/Berichte%20%20Reports/ber_Parteienfinanzierung_081016.pdf (Zugriff: 15.03.2010); 2008.
- 7 Hattinger, Heinz im Gespräch mit Watzl, Paula; Thema: Parteienfinanzierung in Österreich; Gespräch geführt am 15.04.2010.
- 8 Hochschwarzer, Richard (Allgemeine Bezirks- und Gemeindeverwaltung, Innsbruck); E-Mail an Watzl, Paula, Thema: Wahlwerbung; am 12.04.2010.
- 9 Rechnungshof (Hrsg.): Sonderbericht des Rechnungshofes über die Finanzierung der politischen Parteien und parlamentarischen Klubs, 2000; vol. II; S. 15, Wien; 2000.
- 10 Bundesgesetz über die Aufgaben, Finanzierung und Wahlwerbung politischer Parteien Parteiengesetz PartG; I Abs. 1 PartG, Wien; 1975.
- 11 Die Presse: Werner Faymann, König des Boulevards; <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/kordiconomy/333352/index.do>; (Zugriff: 14.05.2010); 2007.
- 12 Ebner, Christian im Gespräch mit Watzl, Paula, Thema: Parteienfinanzierung in Österreich; am 02.07.2010.
- 13 Vukan, Anton im Gespräch mit Watzl, Paula; Thema: Parteienfinanzierung in Österreich; am 05.04.2010.
- 14 ORF Salzburg: Demokratie außer Frage, <http://salzburg.orf.at/stories/193134/>; (Zugriff: 30.05.2010), 2007.
- 15 Jungwirth, Michael: Verdienen unsere Politiker zu wenig?; S.4f in: Kleine Zeitung, Nr. 186, 06.07.2010.

Ziegelsteinpolitik

Internet als Fundament für mehr Demokratie?

Von Markus Fritzer und Johannes Webhofer

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit der Rolle des Internets in demokratischen politischen Systemen. Es wird der Frage nachgegangen, welche Chancen und Möglichkeiten digitale Medien und die neuen Formen der Online-Kommunikation bieten, um die Demokratiequalität positiv zu beeinflussen, welche Faktoren dabei beachtet werden müssen, und welche Voraussetzungen für die Entfaltung des Potentials notwendig sind.

Ausgehend von einem partizipatorischen Verständnis von Demokratie, das die Beteiligung möglichst vieler am politischen (Entscheidungs-)Prozess als Ideal ansieht, werden zunächst die formellen direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten in Österreich vorgestellt. Neben diesen in der Verfassung verankerten Elementen der Bürgerbeteiligung spielen aber auch unkonventionelle Partizipationsformen eine wichtige Rolle bei der politischen Willensbildung. Gerade in diesem Bereich bietet das Internet neue Möglichkeiten der stärkeren Verbindung und Kommunikation zwischen Politik und BürgerInnen. Diesem kommunikativen Aspekt, den das Modell der Digitalen Demokratie ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, kommt aus demokratietheoretischer Sicht besondere Bedeutung zu. Digitale Medien bieten nämlich die Möglichkeit zur einfachen Kommunikation von PolitikerInnen und Parteien mit den WählerInnen sowohl Top-down als auch Bottom-up. Darüber hinaus besteht die Chance zur Vernetzung der BürgerInnen untereinander.

Voraussetzung hierfür ist freilich ausreichende Medienkompetenz der User. So wird an den Beispielen der Studierendenproteste 2009 sowie der Internetplattform *www.meinparlament.at* illustriert, wie eine effiziente Nutzung neuer Medien – unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale der Online-Kommunikation

im Web 2.0 – aussehen kann. Hingegen zeigt die überwiegende Mehrheit der Versuche seitens der PolitikerInnen und Parteien sich selbst im Internet zu inszenieren, wie man es nicht machen sollte: wenn nämlich die neue Qualität der Online-Medien, die sich vorwiegend durch interaktive Elemente auszeichnet, neigert wird.

Um die allgemeine Bedeutung der politischen Kommunikation im Internet für das politische System und ihren möglichen Impact auf die Demokratiequalität einordnen zu können, erfolgt schließlich ein Blick auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Mediensystems – und hier insbesondere auf die der Neuen Medien – im Vermittlungsprozess von Politik. Vor diesem Hintergrund werden politische Bildung und Medienkompetenz zu entscheidenden Faktoren für eine positive Bereicherung des politischen Prozesses durch die Mittel, die die Neuen Medien zur Verfügung stellen.

„Morgen ÖVP wählen!“

Bereits 76 Prozent der ÖsterreicherInnen über 14 Jahren nutzen das Internet. Zwei Drittel tun dies regelmäßig, also mehrmals pro Woche. Damit entspricht die Reichweite von Online-Angeboten mittlerweile in etwa jener der herkömmlichen Massenmedien. Doch im Gegensatz zu diesen ist beim Internet die Wachstumstendenz nach wie vor stark steigend. Von den unter 30-jährigen nutzen heute schon 97 Prozent - also praktisch Jede/r - zumindest gelegentlich die Neuen Medien.¹ Die Wahrscheinlichkeit, dass dies mittelfristig auf die gesamte Bevölkerung zutreffen wird, ist relativ hoch. Betrachtet man diese imposanten Zahlen, so verwundert es nicht, dass auch Österreichs PolitikerInnen und Parteien in den letzten Jahren das Internet zunehmend als Spielwiese für sich entdeckt haben. Schließlich bietet sich hier offenbar die ideale Möglichkeit, sich auf unkomplizierte Weise zu präsentieren und mit den BürgerInnen in Kontakt zu treten. Was in der Theorie naheliegend und einfach klingt, erweist sich in der Praxis jedoch

häufig schwieriger als erwartet, wie anhand einiger Beispiele von Online-Versuchen aus der jüngeren Vergangenheit deutlich wird.

So glänzte beispielsweise Wilhelm Molterer im Vorfeld der Nationalratswahl 2008 via *Twitter* zwar mit spannenden Aussenungen wie „Morgen ÖVP wählen.“, einen Dialog mit den wenig erfreuten EmpfängerInnen seiner Nachrichten blieb er aber ebenso schuldig wie Werner Faymann und Laura Rudas unter ihrem gemeinsamen Nick. Beide Accounts wurden konsequenterweise auch bereits kurz nach Wahl wieder gelöscht. Ähnlich erfolglos agierte auf *Twitter* auch Josef Pühringer im oberösterreichischen Landtagswahlkampf 2009. Nachdem er von den Usern nach der tagelangen Verbreitung inhaltsloser Phrasen zurechtgewiesen wurde, löschte auch er seinen Account.

Sie alle mussten erkennen, dass der Versuch, Online-Kanäle lediglich zur Verbreitung von inhaltsarmen Werbebotschaften zu gebrauchen, nicht zielführend ist. Wenn auf Rückmeldungen nicht eingegangen wird, und somit auf die Möglichkeit einer interaktiven Auseinandersetzung mit den RezipientInnen verzichtet wird, reagieren diese im Normalfall mit Desinteresse und/oder Verärgerung. Interesse und Aufmerksamkeit erzeugen solche Bestrebungen zur reinen Selbstpräsentation in der Regel nur dann, wenn sie zur ungewollten Erheiterung der Internetuser beitragen.

Herausragende Beispiele hierfür lieferten unter anderem diverse Kandidierende im Tiroler Landtagswahlkampf 2008, die versuchten, mittels persönlicher Videos auf *Youtube* ihr Image positiv zu beeinflussen. Im negativen Sinne unerreicht blieb dabei der ehemalige Fußballschiedsrichter und Quereinsteiger Konrad Plautz. Die unfreiwillige Komik, die die fehlende Professionalität hinsichtlich Inhalt und Gestaltung des Videos mit sich brachte, führte dazu, dass sich dieses binnen kürzester Zeit wie ein Lauffeuer im Netz verbreitete und für weitreichende Belustigung sorgte. Die Tatsache, dass das besagte Video binnen kurzer Zeit nicht nur von *Youtube* gelöscht wurde, sondern auch sonst nicht mehr im Internet auffindbar war, kann als eindrucksvolle Bestätigung für das Fehl-

schlagen dieses Versuchs gewertet werden. Denn die vollständige Beseitigung sämtlicher Spuren einmal im Internet veröffentlichter Inhalte ist ein arbeits- und kostenintensives Unterfangen – insbesondere dann, wenn sie sich, wie das genannte Beispiel, so großer Beliebtheit erfreuen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Versuche der politischen Top-down Kommunikation im Sinne von Wahlwerbung beziehungsweise politischer Propaganda via Internet bis dato fast ausnahmslos fehlgeschlagen sind. Im besten Fall erregten sie wenig bis keine Aufmerksamkeit. Häufig erzielten sie jedoch das Gegenteil des gewünschten Effekts. Sie sorgten für Verärgerung bei den Usern oder gaben die Hauptdarsteller der Lächerlichkeit, Spott und Hohn preis.

Während also eine plumpe Werbung in eigener Sache zum Scheitern verurteilt ist, bieten sich im Internet durchaus Möglichkeiten, zumindest auch politische KontrahentInnen bloßzustellen. Diese Möglichkeit wird von vielen Parteien genutzt.

So präsentiert etwa die FPÖ auf *Youtube* ein Video, das den bereits genannten Tiroler Landtagsabgeordneten Plautz bei der Verlesung eines Antrags zeigt, die jenem aufgrund der enthaltenen Fremdwörter und des Fachvokabulars erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Wenig besser ergeht es auch seinem niederösterreichischen Kollegen Karl Schwab (FPÖ), der durch einen Zusammenschnitt mehrerer von ihm im Landtag gehaltener Reden, die äußerst konfus wirken und sich durch inferiore rhetorische Qualität auszeichnen, zu ungewollter Bekanntheit gelangte. Ähnliches trifft beispielsweise auch auf jenen Gemeinderat der Grünen in Fürstentfeld zu, der sich rührend besorgt um das Wohlergehen einer Palme im Freibad dafür einsetzte, dass diese durch eine bauliche Umgestaltung wieder mehr Sonnenlicht erhält. Die Palme war freilich aus Plastik, die Belustigung seiner KollegInnen und in der Folge jene von tausenden Internetusern hingegen echt.

Obwohl bislang ein wenig erbauliches Bild der Praxis politischer Online-Kommunikation gezeichnet wurde, lässt sich fest-

stellen, dass das Internet prinzipiell vielfältige Möglichkeiten bietet, die BürgerInnen stärker in politische Prozesse zu involvieren, und damit einen demokratiepolitischen Mehrwert zu generieren.

Die Herrschaft der User

WissenschaftlerInnen, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte mit dem Thema Internet und Demokratie beschäftigt haben, werden die Hohelieder, bestückt mit hoffnungsvollen, ja fast arienähnlichen Vortragsmustern im Hinterkopf haben, deren Inhalte eine neue Ära der politischen Auseinandersetzung voraussagten. Die berühmte und zugleich euphorische Rede des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore vor der *World Telecommunication Development Conference* 1994 kann als Beispiel vieler damaliger Meinungen und Erwartungen herangezogen werden.²

In aktuellen wissenschaftlichen Arbeiten ist mit Zunahme der Forschungsergebnisse im Bereich der Internet- und Demokratieforschung eine vermehrt zurückhaltende Position erkennbar - sowohl was die Auswirkungen der ansteigenden Zahlen an InternetbenutzerInnen vermuten lässt, aber auch was die Qualität und Intensität der politischen Online-Kommunikation betrifft. Es wäre jedoch vermessen zu behaupten, das Internet hätte nicht vorteilhafte Wirkungen auf den generellen politischen Meinungsaustausch – ein Qualitätskriterium für Demokratie.

Der Begriff „Demokratie“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Anders als man vielleicht auf den ersten Blick meinen könnte, ist Demokratie keine klar definierte Staatsform. Sowohl in der Theorie als auch in der Praxis gibt es mindestens so viele Arten und Ausführungen von Demokratien als „demokratisch-regiert“ bezeichnete Staaten gibt. Als idealste Form von Demokratie wird häufig die sogenannte „Direkte Demokratie“ proklamiert. Die meisten westlichen Verfassungen tragen Elemente Direkter Demokratie in sich. In Österreich, wir sprechen hier von einer repräsentativen Demokratie, sind drei Elemente ver-

fasster³ Direkter Demokratie festgelegt – die Volksabstimmung, das Volksbegehren und die Volksbefragung. Real kann die wahlberechtigte Bevölkerung jedoch nur bei der Volksabstimmung selbstständig über ein Gesetz entscheiden. Ein Volksbegehren muss von mindestens 100.000 wahlberechtigten Personen unterzeichnet werden. Anschließend wird über das Thema im Nationalrat diskutiert ohne dass dieser jedoch einen im Sinne des Volksbegehrens günstigen Gesetzesentwurf beschließen muss. Das Ergebnis einer Volksbefragung ist für die politischen EntscheidungsträgerInnen ebenfalls unverbindlich. Es hat sich jedoch in der Vergangenheit gezeigt, dass Volksbefragungen ein großes politisches Gewicht aufweisen.

Wenden wir uns den nicht verfassten Elementen Direkter Demokratie zu, wie es zum Beispiel eine Bürgerinitiative darstellt, so lassen sich durchaus Anknüpfungspunkte zu einer durch das Internet positiv beeinflussten Demokratiestärkung ausmachen. Das Internet kann hier vor allem in der Meinungsfindungsphase sowie in der Verbreitung der jeweiligen Standpunkte Unterstützung bieten.

Für die Legitimation und Repräsentation liberaler Demokratien ist die Beteiligung von möglichst vielen Menschen von substantieller Bedeutung. Die Partizipatorische Demokratietheorie drängt in ihrem normativen Kern darauf, „die Beteiligung der Stimmbürger an der Aussprache, der Willensbildung und der Entscheidung über öffentliche Angelegenheiten zu vertiefen und zu intensivieren“.⁴ Für repräsentative Demokratien bedeutet dies auf einen ersten konventionellen Blick, eine möglichst hohe Bereitschaft sich an Wahlen zu beteiligen. Auf einen zweiten unkonventionelleren Blick impliziert politische Partizipation nach dem instrumentellen Verständnis „in der Regel alle Tätigkeiten, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.“⁵ Dies könnte dann sowohl die Teilnahme an einer Demonstration sein, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder auch zum Beispiel die Beteiligung an öffentlichen politischen Diskussionen.

In der Demokratieforschung werden bezogen auf das Internet verschiedene Modelle diskutiert. Das in der medialen Kommunikation am häufigsten anzutreffende Modell wird unter dem Begriff „E-Government“ gestellt. E-Government steht dabei meist als Synonym einer modernen und effizienten Verwaltung. Für die angestrebte Beteiligung der BürgerInnen am politischen Prozess, erscheinen uns jedoch andere Aspekte, die im Modell der „Digitalen Demokratie“ zum Ausdruck kommen, interessanter.

Dieses Modell basiert verstärkt auf einer diskursiven Ebene – das heißt im Fokus steht das Senden und Empfangen politischer Signale und Informationen zwischen den beteiligten Akteuren.⁶

- Government-to-Citizen: Die Regierenden beschreiben Politik und bereiten diese verständlich für die BürgerInnen auf.
- Citizen-to-Government: Die Regierenden wenden sich an die BürgerInnen und versuchen deren Interessen und Bedürfnisse besser zu verstehen. BürgerInnen werden auch selbst aktiv, vernetzen sich und treten mit ihren Forderungen an die Regierenden heran.
- Citizen-to-Citizen: Durch eine bessere Vernetzung der BürgerInnen untereinander kommt es zu einer vergemeinschafteten Willensbildung.

Durch den ansteigenden politischen Online-Diskurs sowohl zwischen den BürgerInnen selbst als auch zwischen den BürgerInnen und den politischen AkteurInnen, impliziert das Modell eine Verstärkung des politischen Bewusstseins und die Bereitschaft sich aktiv in den politischen Diskurs einzubringen.⁷ Der partizipative Effekt kann daher die Qualität der Demokratie dahingehend positiv beeinflussen, dass Probleme und Themen unter anderem als „Bottom-up“ von der Bevölkerung vorgegeben werden und dadurch von den politischen AkteurInnen nur schwer ignoriert werden können.

Web 2.0: Die Wiederentdeckung des Kommunizierens

Um die Chancen der politischen Online-Kommunikation demokratiepolitisch gewinnbringend nutzen zu können, ist es unerlässlich, die Funktionsweise des Internets zu verstehen und zu beachten.

Das noch sehr junge Medium zeichnet sich nämlich durch spezifische Eigenschaften aus, für die sowohl von Seiten der PolitikerInnen als auch von Seiten der BürgerInnen neue Kompetenzen und ein weitreichendes Verständnis notwendig sind, um die Möglichkeiten des Internets für politische Prozesse auszuschöpfen.

Ein wesentliches Merkmal, das die Online-Kommunikation von herkömmlichen Massenmedien unterscheidet, ist der Grad der Involvierung der NutzerInnen. Während Presse, Hörfunk und Fernsehen in diesem Zusammenhang als Push-Medien auftreten, kann das Internet als Pull-Medium bezeichnet werden. Gemeint ist damit, dass die User im Internet selbst bestimmen ob, wann und in welchem Ausmaß sie die vorhandenen Angebote nutzen möchten. Dies trifft zwar zum Teil auch auf das Nutzungsverhalten bei klassischen Massenmedien zu, der entscheidende Unterschied besteht jedoch darin, dass im Internet keine redaktionelle Vorselektion der Inhalte erfolgt bzw. erfolgen kann, wodurch eine potentiell nahezu unbegrenzte Auswahl und Entscheidungsfreiheit durch die InternetsnutzerInnen ermöglicht wird. Anders ausgedrückt liegt die „Inhaltskontrolle“ zwar nach wie vor bei den Informationsanbietern, die „Programmkontrolle“ jedoch bei den NutzerInnen.

Hinzu kommt, dass es insbesondere im Zuge des Aufkommens von Web 2.0-Anwendungen zu einer immer stärkeren Aufhebung der Trennung von KommunikatorIn und RezipientIn kommt. Weblogs und Wiki-Seiten, Foto- und Videocommunities, soziale Lesezeichensammlungen und nicht zuletzt berufliche wie private soziale Netzwerke/Communities machen es jedem Internetuser leicht, selbst als aktive/r AnbieterIn von Informationen aufzutreten.⁸

Die Rolle der einzelnen User wird also stark zu Ungunsten traditioneller, zentralisierter Massenkommunikation gestärkt. Gleichzeitig erfordert und begünstigt diese Dezentralisierung der

Kommunikation die Vernetzung der User und bietet damit einen fruchtbaren Boden für neue, kollaborative Wertschöpfungsprozesse. Interaktivität wird dadurch zum zentralen Bestandteil der Online-Kommunikation und unterscheidet diese von klassischer Massenkommunikation, die interaktive Elemente nur sehr begrenzt zu bieten im Stande ist.

Will man unter diesen Gegebenheiten als PolitikerIn im Web erfolgreich kommunizieren, ist es also einerseits notwendig, Inhalte anbieten zu können, die im Kampf um die Aufmerksamkeit der NutzerInnen gegen die zahllosen MitbewerberInnen bestehen können und andererseits ist es unerlässlich sich auch tatsächlich interaktiv mit den BürgerInnen auseinanderzusetzen und die Rückmeldungen ernst zu nehmen.

Dass sich die diesbezüglichen Versuche in der Praxis jedoch noch sehr bescheiden ausnehmen, verdeutlicht ein Blick auf die Aktivitäten der österreichischen PolitikerInnen auf *Facebook*.

Sozialer als ein Ziegelstein?

Das soziale Netzwerk Facebook kann zweifellos als das Paradebeispiel einer Web 2.0-Anwendung im Internet angesehen werden. Mit weltweit bereits mehr als 400 Millionen registrierten Usern ist es das mit Abstand größte seiner Art. Allein in Österreich verfügen derzeit circa zwei Millionen Menschen – also etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung – über einen *Facebook-Account*.⁹ Diese beeindruckenden Zahlen, als die enorme Schar der potentiellen RezipientInnen, erscheint geradezu prädestiniert dafür auch von politischen AkteurInnen als Plattform genutzt zu werden, wo Themen präsentiert, Interessen artikuliert und Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Die österreichischen SpitzenpolitikerInnen nehmen diese Möglichkeit aber nur sehr begrenzt wahr. Nur circa ein Drittel der Nationalratsabgeordneten beziehungsweise der Regierungsmitglieder verfügt über ein persönliches Profil. Dies entspricht in etwa auch dem Anteil der Abgeordneten mit eigener

Webseite. Gar nur elf der 183 Nationalratsabgeordneten betreiben auf Facebook eine eigene Fanseite. Die österreichischen Abgeordneten zum europäischen Parlament sind hierbei vergleichsweise aktiver. Fast zwei Drittel sind mit einem persönlichen Profil vertreten, immerhin fünf von 17 auch mit einer eigenen Fanseite. Fast alle haben darüber hinaus eine persönliche Webseite. Über eine solche verfügen auch alle drei KandidatInnen der Bundespräsidentenschaftswahl 2010, ebenso sind sie alle auf *Facebook* vertreten. Gemeinsam kommen die genannten PolitikerInnen derzeit auf circa 60.000 FreundInnen und ebensoviele Fans. Während die Anzahl der FreundInnen einigermaßen ausgewogen verteilt ist, vereint allein der Bundesparteiobmann der FPÖ, Heinz-Christian Strache, mehr als die Hälfte aller Fans auf sich. Ein weiteres Drittel geht auf das Konto von Bundespräsident Fischer. Die offiziellen Facebook-Auftritte der fünf derzeitigen Parlamentsparteien bringen es gemeinsam auf circa 15.000 Fans.

Der Anteil der Facebook-NutzerInnen, die politisch interessiert und darüber hinaus bereit sind, sich dahingehend zu deklarieren liegt prinzipiell deutlich höher. Dies zeigt ein Blick auf andere Gruppen, die politische Statements zum Ausdruck bringen. So kommt beispielsweise allein die Gruppe „Kann dieser seelenlose Ziegelstein mehr Freunde haben als H.C. Strache?“ derzeit auf ca. 170.000 Mitglieder.

Während also von Seiten der Politik offenbar noch ein gewisser Nachholbedarf bei der Entwicklung online-tauglicher Kommunikationsstrategien besteht, lassen sich erfreulicherweise mittlerweile auch schon einige Beispiele dafür ausmachen, wie durch das Internet eine neue Qualität des politischen Meinungsaustauschs und der politischen Beteiligung gefördert werden kann.

„Die Uni brennt“

Besonders beeindruckend zeigte sich dies an den Studierendenprotesten 2009, welche sich ausgehend von einer Gruppe Studierender

an der Universität Wien, europaweit im Internet organisierten und wochenlang das politische Tagesgeschehen bestimmten.

Unter dem symbolischen Motto „die Uni brennt“ versuchten die Studierenden hierbei ihrem Unmut über die herrschenden Studienbedingungen Ausdruck zu verleihen. Zugangsbeschränkungen, Studienbeiträge, die chronische Unterfinanzierung des tertiären Bildungssektors sowie die Einführung des Bachelor/Master-Systems – und damit der Wandel der Universitäten von Bildungsstätten, die Wissen zur persönlichen Entfaltung und der Herausbildung emanzipierter BürgerInnen vermitteln, hin zu Ausbildungsstätten, die in erster Linie Arbeitskräfte mit wirtschaftlich verwertbaren, praktischen Fähigkeiten züchten – standen im Mittelpunkt der Kritik. Neben den klassischen Maßnahmen von Studentenbewegungen wie Hörsaalbesetzungen und Demonstrationen, nahmen hierbei erstmals in dieser Intensität neue Kommunikationsformen im Internet eine zentrale Rolle bei der Organisation der Proteste ein.

So gab es einen eigenen Webauftritt sowie Live-Übertragungen aus dem besetzten Audimax und von den Demonstrationen. Daneben wurden äußerst aktive *Twitter*-Channels, ein *Youtube*-Channel mit aktuellen Videos sowie *Facebook*-Gruppen betrieben, die stets mit den neuesten Informationen versorgten. Chats sowie eine *Wiki*-Seite, die einfach und schnell bearbeitet werden kann, dienten der Organisation von Arbeitsgruppen. Kurz gesagt kamen sämtliche Anwendungen, die das Web 2.0 bietet, zum Einsatz – und dies in der Form, in der sie vorgesehen sind: im interaktiven Austausch und mit Hilfe ständig wechselnder ProtestunterstützerInnen, als dezentraler Schwarm. So wurde es für die Studierenden möglich sich national und international zu vernetzen, auszutauschen und zu solidarisieren, und an der Bewegung sowohl durch passive Verfolgung der Aktivitäten als auch durch aktiven Input teilzuhaben.¹⁰

Dass im Zuge der Studierendenproteste das Internet so konstruktiv als Kommunikationsinfrastruktur genutzt werden konnte, lag freilich auch an der alters- und bildungsspezifischen Zusammensetzung der UnterstützerInnen. Doch auch für technisch durch-

schnittlich versierte Internetuser gibt es mittlerweile Plattformen, die den Dialog zwischen Politik und BürgerInnen bereichern. Bestes Beispiel für eine solche Citizen-to-Government-Kommunikation ist die Webseite *Meinparlament.at*.

Meinparlament.at – Im Dialog mit der Politik

Meinparlament.at wurde in Anlehnung an das deutsche Projekt *abgeordnetenwatch.de* programmiert und im Rahmen der österreichischen Nationalratswahl 2008 online gestellt. Die grundlegende Idee hinter *meinparlament.at* ist es, politischen Austausch zwischen PolitikerInnen/Wahlkandidierenden und BürgerInnen zu ermöglichen. Die Kernfunktion besteht dabei in der Befragung von PolitikerInnen – derzeit Nationalratsabgeordnete, Regierungsmitglieder und die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments – durch die Bevölkerung zu aktuellen Themen bzw. persönlichen Problemstellungen. Jede Frage wird von einem Moderationsteam gegengelesen und mit einem sehr rigiden Moderationskodex abgeglichen. Dieser Kodex soll einen seriösen politischen Diskurs garantieren und jegliche Formen von Beschimpfungen, Diskriminierungen Fragen zum Privatleben verhindern.

Seit Bestehen der Online-Plattform wurden bereits über 2.800 Fragen veröffentlicht – rund 80 Prozent davon wurden beantwortet.

Die (partei-)politische Unabhängigkeit und die wissenschaftlich fundierte Expertise der Betreiber können neben dem transparenten Frage- und Antwortvorgang als Kriterien für die Akzeptanz dieser internetbasierten Form politischer Kommunikation angesehen werden. Für das Funktionieren von *meinparlament.at* muss diese Akzeptanz sowohl bei den Usern als auch bei den jeweiligen PolitikerInnen vorhanden sein.

Die eigene Erfahrung mit der Betreuung der Plattform zeigte zwei nicht unkritisch zu bewertende Phänomene. Einige PolitikerInnen und Wahlkandidierende scheint diese Art der Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen zu überfordern. Die aktive

Nichtteilnahme von PolitikerInnen wird häufig mit dem zeitlichen Aufwand sowie der Verwendung klassischer und gewohnter Kommunikationsstrukturen argumentiert.

Eine zweite Einschränkung erfährt *meinparlament.at* durch das vorherrschende politische System in Österreich. Hier sind wiederum zwei historisch bedingte Faktoren von Bedeutung: einerseits die fokussierte Organisation in den politischen Parteien (starke Parteienbindung) und andererseits eine schwach ausgeprägte Kultur direktdemokratischer Beteiligungsformen. Für viele ÖsterreicherInnen ist deshalb die direkte Kommunikationsmöglichkeit mit ihren politischen VertreterInnen Neuland und fordert neben den Abbau bestimmter Hemmschwellen auch einen Rückgang der politischen Passivität und des Desinteresses.

Internet als Gefahr für die Demokratie

Wenn man von den Vorteilen des Internets für demokratische Systeme spricht, sollte man in einem weiteren Atemzug auch vor möglichen Gefahren durch das Internet für die Demokratie warnen. Hier möchten wir unseren Schwerpunkt auf eine Thematik setzen, die speziell in der jüngeren Vergangenheit wieder verstärkt für Schlagzeilen gesorgt hat: Internetseiten von Neonazis.

Mit der Verbreitung des Internets haben auch Neonazis eine Plattform gefunden, die dem antidemokratischen und hetzerischen Treiben schier unendliche Möglichkeiten bietet.

Aus dem Jahresbericht 2009 von *www.jugendschutz.net* geht hervor, dass im deutschsprachigen Raum die Zahl rechtsextremer Web-Angebote ständig im Anwachsen ist und bereits die 1.800 Marke überschritten hat.¹¹

Mittels eigens produzierten Videos, Musikclips und vor allem optisch ansprechend gestalteten Seiten wird verstärkt versucht, eine unkomplizierte Kontaktaufnahme zu erreichen. Die Zielgruppen sind dabei vor allem Jugendliche. Neben den szeneeigenen Netzwerken wie zum Beispiel „*Thule-Netz*“ oder „*Alpen-Donau*

Info“ werden immer häufiger auch Plattformen wie *Youtube*, *Facebook*, *Twitter* oder andere Social Media Tools für die Verbreitung ihrer erschreckenden und widerlichen Inhalte missbraucht. Kontakte zwischen rechtsextremistischen Gruppen über Ländergrenzen hinweg gibt es zwar seit längerer Zeit, noch nie aber war der Informationsfluss zwischen ihnen so leicht und risikolos aufrechtzuerhalten. Dabei kommt ihnen auch die Tatsache zugute, dass Meinungsfreiheit in den verschiedenen Staaten unterschiedlich definiert wird. Ausländische Provider sowie geschickt und in Codes verpackte Formulierungen erschweren ein strafrechtliches Belangen erheblich.

Medienkompetenz als Bildungsherausforderung

Die allgemeine gesellschaftliche Bedeutung von Massenmedien ist heute größer denn je. Im wissenschaftlichen Diskurs haben sich längst Begriffe wie „Mediatisierung“, „Informationsgesellschaft“ oder „Mediengesellschaft“ zur Beschreibung dieses Phänomens etabliert. Gemeint ist damit in der Regel einfach, dass Medien heute gleichermaßen im Arbeits- und im Freizeitbereich allgegenwärtig sind und unser Leben dadurch entscheidend mitbestimmen. In Bezug auf die politische Kommunikation manifestieren sich diese Entwicklungen in einer zunehmenden Verschmelzung der politischen und sozialen Wirklichkeit mit der Medienwirklichkeit. Politik wird in erster Linie medienvermittelt erfahren und das politische Handeln und Verhalten selbst orientiert sich an den Gesetzmäßigkeiten des Mediensystems.¹²

Will man sich als BürgerIn in einer solcherart medial konstruierten politischen Realität, in den Gegebenheiten unserer Mediengesellschaft insgesamt zurechtfinden, bedarf es einiger Fähigkeiten, die im medienpädagogischen Diskurs unter dem Begriff der Medienkompetenz zusammengefasst wurden. Darunter versteht man eine Reihe von Fertigkeiten und Fähigkeiten, die für einen selbstbestimmten und kritischen Umgang mit Medien und deren Inhalten

notwendig sind. Dazu gehören auf der einen Seite - und dies gilt insbesondere für den Umgang mit digitalen Medien - technische Kompetenzen zum Mediengebrauch und der Mediengestaltung, auf der anderen Seite aber auch die Fähigkeit zur emanzipierten Bewertung medialer Inhalte. Während die technischen Fertigkeiten insbesondere bei der jüngeren Generation - durch die alltägliche aktive Konfrontation mit neuen Medien - eine weitgehende Selbstverständlichkeit darstellen, gestaltet sich die Medienbewertung vergleichsweise schwierig. Sie erfordert nämlich sowohl ein hohes Maß an Wissen über mediale Produktionsbedingungen als auch eine fundierte historische, ethische und politische Vorbildung seitens der MediennutzerInnen. Erst auf dieser Basis wird es nämlich möglich, mediale Inhalte sinnvoll und reflektiert zu bewerten, eine emanzipierte Selektion aus der multimedialen Angebotsvielfalt zu treffen, selbstbestimmt am medialen Kommunikationsprozess teilzunehmen und diesen schließlich auch aktiv mitzugestalten und für seine Interessen zu nutzen.¹³

Daraus wird ersichtlich, dass die Frage nach der Medienkompetenz der BürgerIn in zweierlei Hinsicht von grundlegender Bedeutung ist, wenn es um die Fähigkeit zur Partizipation am politischen Prozess geht: einerseits ist das Verstehen und der selbstbestimmte Umgang mit Medieninhalten eine wichtige Voraussetzung für den Erwerb von politischen Informationen und damit von politischem Wissen, andererseits setzt eine aktive Partizipation am politischen Prozess über Massenmedien sowohl technische als auch gestalterische Fertigkeiten und Fähigkeiten voraus. Dies gilt insbesondere dort, wo die diesbezüglichen Anforderungen und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Mediennutzer am höchsten sind: im Internet.

Die Antwort lautet Bildung

Ausgehend von einem kurzen Ausflug in die Demokratietheorie sowie der Verknüpfung dieser mit praktischen Internet-Projekten und -Phänomenen, wollen wir nun in einem abschließenden Kapi-

tel die gezeichneten Funktionsänderungen politischer Kommunikation und Partizipation, beruhend auf den Weiterentwicklungen des Internets, bewerten und einem zukunftsbetonten Szenarium politischer Systemänderungen beziehungsweise -anpassungen unterwerfen.

Auf einer theoretischen Makroebene ist das Internet in erster Linie die technische Möglichkeit eine noch nie dagewesene Anzahl an Menschen am politischen Diskurs teilnehmen zu lassen. Diese Errungenschaft sollte uns im Sinne eines demokratiequalitätsbezogenem Fortschrittdenkens durchaus für positive Bewertungen begeistern. Beim Verlassen dieser Makroebene hin zu einem detaillierteren Betrachtungsmoment stoßen wir jedoch auf Kriterien, welche unter anderem über die tatsächliche Teilnahme am politischen Online-Diskurs mitentscheiden: Medienkompetenz, Internetkompetenz und politisches Interesse. Studien zu diesen drei Kompetenzfeldern weisen hinsichtlich soziodemographischer Merkmale ein auffallend ähnliches Muster auf.¹⁴ Sowohl das politische Interesse als auch der Erwerb der Kompetenzen, im Online-Informationssdschungel zu surfen und zu navigieren, hängt wesentlich von der Sozialisation der jeweiligen Person ab. Der Faktor Bildung trägt dabei eine besonders entscheidende Rolle für die Inklusion an politischer Online-Kommunikation was zugleich bedeutet, dass schlechter gebildete Menschen davon überwiegend ausgeschlossen sind.¹⁵

Neben diesem im wissenschaftlichen Diskurs immer wieder anzutreffenden Fazit, dürfen wir jedoch nicht die realen Phänomene der Praxis außer Acht lassen. Hierfür haben wir anhand einiger ausgewählter Online-Realitäten versucht, politische Kommunikation einzufangen und durchaus kritisch zu beleuchten. Unsere Analyse beschränkte sich dabei auf folgende drei Kommunikationsarten:

1. Government-to-Citizen: (Wahl)kampforientierte Werbe-Kommunikation durch PolitikerInnen und Parteien über Social Media.

2. Citizen-to-Government: Plattformen zur gezielten Förderung politischer Partizipation
3. Citizen-to-Citizen: Studierendenproteste an den europäischen Universitäten.

Welche Schlüsse können nun aus diesen Beispielen gezogen werden? Wenden wir uns zunächst den aus unserer Sicht erfolgreicheren zu. *Meinparlament.at* überzeugt dadurch, dass die Bevölkerung mit ihren politischen VertreterInnen auf eine sehr einfache Weise in Kontakt treten kann. Sowohl die Fragen als auch die Antworten der PolitikerInnen sind für Jede/n einsehbar, was gleichzeitig zu einer Versachlichung der politischen Kommunikation führt.

Ebenso zeigte die Organisation der Studierendenproteste, wie die Möglichkeiten des Web 2.0 für demokratische Anliegen genutzt werden können. Basierend auf einem gemeinsamen Ziel, Bildung auf die politische Agenda zu setzen, konnte über sogenannte Social-Media Tools wie *Facebook*, *Twitter* et cetera. ein internationaler Protest organisiert und durchgeführt werden, der in seinen Auswirkungen bisher beispiellos war.

Die Verwendung des Internets von Seiten der PolitikerInnen und Parteien muss hingegen größtenteils als stümperhaft bewertet werden. Floskeln und nichtsaussagende Luftblasen, denen sich PolitikerInnen gerne in politischen Diskussionen bedienen, werden von Internetusern sehr schnell diffamiert und enden nicht selten im nicht gewünschten Gegenteil. PolitikerInnen müssen lernen, und dies gilt als besondere Hoffnung für das demokratiefördernde Potential des Internets, dass das Web 2.0 nur dann erfolgreich genutzt werden kann, wenn der/die jeweilige NutzerIn durch die gebotene Information einen tatsächlichen Nutzen erfährt. In letzter Konsequenz kann dies die Qualität politischer Auseinandersetzungen erhöhen und populistische Schlagzeilenklopfer einschränken.

Ein Blick in die Zukunft lässt erwarten, dass das Internet aller Voraussicht nach weiter an Bedeutung für die politische Kommu-

nikation gewinnen wird. Dies wird sich nicht nur auf das jeweilige politische System selbst auswirken, sondern fordert eine gut gebildete, medienkompetente und mündige Bevölkerung.

Quellenverzeichnis

- 1 Austrian Internet Monitor. Kommunikation und IT in Österreich; in: http://www.integral.co.at/downloads/Internet/2010/06/AIM_Consumer_-_Q1_2010.pdf; (Zugriff: 27.07.2010); 2010.
- 2 Rede von Al Gore vor der World Telecommunication Development Conference; Buenos Aires; in: <http://www.itu.int/itudoc/itu-d/wtdc/wtdc1994/speech/gore.html>; (Zugriff: 27.07.2010); 1994.
- 3 Kost, Andreas: Direkte Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Einführung; S. 9; in: Kost, Andreas (Hrsg.): Direkte Demokratie in den deutschen Ländern - Eine Einführung; VS-Verlag für Sozialwissenschaften; Wiesbaden; 2005.
- 4 Schmidt, Manfred G: Demokratietheorien. Eine Einführung; S. 253; 4. Aufl., VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden; 2008.
- 5 Kaase, Max: Politische Beteiligung; S. 339; in: Schmidt, Manfred (Hrsg.): Die westlichen Länder - Lexikon der Politik, Band 3; C.H. Beck, München; 1992.
- 6 Siedschlag, Alexander/Rogg, Arne/Welzel, Caroline: Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet; S.12; Leske+Budrich, Opladen; 2002.
- 7 Webhofer, Johannes: Internet Zugang zur Politik. Förderung von politischem Interesse und politischer Partizipation; S. 57; Univ. Dipl.-Arbeit, Wien; 2008.
- 8 Buseman Katrin/Gscheidle, Christoph: Web 2.0: Communitys bei jungen Nutzern beliebt; in: http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx_mppublications/Busemann_7_09.pdf; (Zugriff: 27.07.2010).
- 9 Facebook-Nutzerzahlen 2010; in: <http://www.thomashutter.com/index.php/2010/04/facebook-weltweite-facebook-nutzerzahlen-per-30-04-2010/>; (Zugriff: 27.07.2010).
- 10 Futurezone.orf.at: Uniproteste als dezentraler Schwarm ; in: <http://futurezone.orf.at/stories/1630494/>; (Zugriff 27.07.2010).
- 11 Jugendschutz.net – Jahresbericht 2009; in: <http://www.jugendschutz.net/pdf/bericht2009.pdf>; (Zugriff: 27.07.2010).
- 12 Sarcinelli, Ulrich: Mediatisierung; S. 678f; in: Jarren, Ottfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil; Westdeutscher Verlag, Opladen; 1998.
- 13 Schorb, Bernd: Medienkompetenz; S. 257-262; in: Hüther, Jürgen/Schorb, Bernd (Hrsg.): Grundbegriffe Medienpädagogik, 4. vollständig neu konzipierte Auflage; Kopäd Verlag, München; 2005.
- 14 Webhofer, Johannes: Internet Zugang zur Politik. Förderung von politischem Interesse und politischer Partizipation; S. 120, 126ff; Univ. Dipl.-Arbeit, Wien; 2008.
- 15 ebd.; S. 126f.

Reiseführer durch das Land der Medien.

Wer regiert die österreichische Medienwelt?

Von Thomas Palfinger

Es ist Montag. Der Wecker klingelt. Ich drehe ihn ab, die Realität kann noch ein wenig auf mich warten! Schließlich stehe ich auf. Die Zeitung ist schon da, schläfrig blättere ich die ersten Seiten auf. Ich will informiert sein, also fange ich an zu lesen: „Was uns die Griechen kosten werden“, billig wird es wohl nicht für uns; „Belgien: Ja zu Burka- Verbot“, was wohl wäre würde man das für Österreich verlangen? „Rapid – Kapfenberg, Zauberverfußball“ - welcher Journalist schreibt denn sowas? Ich war dort! Das Spiel war mies - kein Fußball, eher ein auf den Ball Geschlage. Einen Moment halte ich inne. Ich frage mich, was wäre wenn? Was wäre wenn ich nicht bei dem Spiel gewesen wäre? Was wäre, wenn ich dann an einem Montag die Zeitung aufschlage und von einem Spitzenspiel gelesen hätte? Was wäre wenn? Ich hätte es geglaubt!

Ein komischer Gedanke. Jeden Tag lese ich meine Zeitung um informiert zu sein - in der tiefen Überzeugung es mit der Wahrheit zu tun zu haben. Ist in Belgien wirklich die Burka verboten worden? Ich kann es nicht wissen ich habe es nur gelesen. Was werden uns die Griechen wirklich kosten? Ich habe keine Ahnung. Stimmt das, was ich jeden Tag lese? Ich weiß es nicht und werde es wohl auch nie erfahren! Ich kann mich niemals selbst von der Wahrheit überzeugen, denn ich war nicht vor Ort. Also vertraue ich. Ich vertraue darauf, dass es stimmt, was da in der Zeitung steht, vertraue auf ihre Objektivität.

Meine Gedanken rasen! Sagt man Medien meint man Informanten. Sagt man Informanten meint man Vertrauen. Vertrauen schenkt man Objektivität, Objektivität existiert nicht. Wer sind unsere Informanten? Wen oder Was nennen wir da unsere „Medien“? Wem schreiben wir zu objektiv zu sein, ohne es wirklich einzufordern?

Die Illusion?

Woher kommt dieses überdurchschnittlich hohe Vertrauen, das den Medien entgegen gebracht wird? Welchen Zweck sollten die Medien in unserer Gesellschaft haben?

Mein Großvater erzählte mir einmal eine Metapher, ähnlich dem Höhlengleichnis Platons, um mir den Sinn der Medien zu erklären. Er sagte, ich solle mir vorstellen, dass sich eine Gruppe von Menschen gefangen in einer Höhle aufhält. Sie wären so angekettet, dass sie nur auf die Höhlenwand die ihnen gegenüber liegt blicken können. Diese Menschen stehen für die Gesellschaft in der wir uns befinden. Hinter den Menschen ist ein Feuer, sie können es selbst nicht sehen jedoch wird die Höhle durch seinen Schein erhellt, so dass man Licht und Schatten unterscheiden kann. An diesem Feuer hinter den Gefangenen werden von freien Menschen Gegenstände vorbeigetragen, die einen Schatten auf die Wand gegenüber den Angeketteten werfen. Die gefangenen Menschen wissen nicht was hinter ihnen passiert, sie können nur versuchen die Schatten irgendwie zu interpretieren, doch das ist schwer, da sie auf der Höhlenwand nur unscharf und stark verfremdet zu erkennen sind. Das bedeutet, dass diese Menschen keine Möglichkeit haben zu erfahren, was hinter ihrem Rücken geschieht. Diese Menschen, das sind wir und die Medien sollen uns genau über das informieren, was wir selbst nicht sehen können, weil es an Orten, sei es in der Politik, der Wirtschaft oder in anderen Ländern, passiert. Sie sollen die Schatten an der Höhlenwand für uns verständlich und greifbar machen.

Die Realität?

Doch machen das die Medien auch? Informieren sie uns über jene Dinge, die „hinter uns“ geschehen, oder sind sie selbst Teil davon?

Der Pressefreiheit wird eine tragende Rolle bei dieser Fragestellung zugeschrieben. In Diktaturen oder anderen autoritären Systemen gibt es keine oder kaum Pressefreiheit. In solchen Staaten

wird die Presse entweder von den Machthabern unterdrückt oder untersteht ihnen sogar direkt, die Medien sind also ein Teil von dem, was hinter den Gefangenen am Feuer geschieht. „Machtgruppen in solchen Gesellschaften setzen also ihren Willen gegenüber den Massenmedien durch, sodass diese unter Druck in erster Linie dasjenige publizieren, und zwar politisch und kulturell, was Herrschenden gefällt, auch wenn das breite Publikum lieber eine andere publizistische Kost genösse“¹.

Doch nur, wenn die BürgerInnen eines Staates sich über die Geschehnisse in eben diesem informieren können, sind sie in der Lage eine fundierte Position gegenüber den politischen Prozessen zu beziehen. Aus diesem Grund sind die Medien für jedes politische System unabdingbar. Sei es nun demokratisch, um eben über genug „informierte BürgerInnen“ zu verfügen um freie Wahlen durchführen zu können oder um, wie es in autoritären Systemen geschieht, die BürgerInnen möglichst fern von Informationen zu halten, um die eigene Herrschaft so aufrecht zu erhalten. Der Unterschied ist in beiden Fällen die Pressefreiheit.

Denkt man hier weiter, müsste man zu dem Schluss kommen, dass es in Demokratien ein hohes Maß an Pressefreiheit gibt und in Diktaturen ein sehr geringes oder gar keines. Es wird angenommen, dass die Länder, in denen hohe Pressefreiheit herrscht, auch über objektivere und natürlich freiere Medien verfügen. Bei solchen Ländern handelt es sich vorwiegend um Demokratien, wie zum Beispiel Österreich, Frankreich, Italien oder Großbritannien. In solchen Staaten sollte die Presse so sein, wie in der Metapher meines Großvaters. Sie sollte unabhängig von jenen, die am Feuer arbeiten, für jene berichten, die vorne gefesselt sind und nicht erkennen können was hinter ihrem Rücken vorgeht. Entspricht das der Realität?

In Italien herrscht Silvio Berlusconi als Ministerpräsident nicht nur über das Land, sondern auch über weite Teile der Medien. In Frankreich verfügt Präsident Nicolas Sarkozy über massiven Einfluss auf die Medienwelt. Dieser geht sogar soweit, dass er un-

liebsame Mitarbeiter in den Medien einfach rausschmeißen lassen kann. Begründet wurden diese Entlassungen da die Berichte „ein organisiertes Komplott zur Destabilisierung der Nation vor Frankreichs G-20 – Präsidentschaft im kommenden Jahr“ wären. In Großbritannien kauft der russische Multimillionär Alexander Lebedew die Zeitungen Evening Standard und Independent. In der Vergangenheit war er beim russischen Geheimdienst angestellt. Zumindest ist Lebedew auf diese Weise wieder in seinem alten Geschäft, dem Handel mit Informationen. Welche Auswirkungen das jedoch auf die Presse hat ist noch nicht abzusehen, unabhängiger ist sie wohl nicht geworden. In all diesen Fällen ist eine starke Verflechtung zwischen den Medien, der Politik und der Wirtschaft zu erkennen. Es ist nicht anzunehmen, dass das Mediengleichnis meines Großvaters hier zum Greifen kommt, obwohl in diesen Ländern Demokratie und Pressefreiheit herrschen (sollte).

Die Insel der Seligen?

Doch wo dann? Ist vielleicht Österreich wieder einmal die Insel der Seligen, auf der man entspannt seine Zeitung lesen kann ohne befürchten zu müssen sie wäre allzu sehr politisch oder ökonomisch beeinflusst?

Wohl kaum. Auch in Österreich werden die Zeitungen stark politisch und wirtschaftlich beeinflusst, auch in Österreich gibt es starke Monopolisierungen der Medien und auch hierzulande gibt es eine große Zeitung, deren Reichweite fast so groß ist wie die aller anderen zusammen. Nein, auch in Österreich gibt es keine unabhängigen Medien, trotz Demokratie, trotz Pressefreiheit. In Österreich ist eine besonders starke Monopolisierung der Medien erkennbar. Sieht man davon ab, dass die *Kronen-Zeitung* mit 42 Prozent Reichweite die mit Abstand stärkste Zeitung ist, sind praktisch alle österreichischen Printmedien auf einige wenige Unternehmen reduziert. So gehören zum Beispiel *News*, *Profil*, *E-Media*, *Format*, *Trend*, *Kurier* und *Kronen-Zeitung* zum selben

Verlag, genannt *Mediaprint*. Oder die *Presse*, die *Kleine Zeitung* und das *Wirtschaftsblatt* zum *Styria* Verlag. „Verschiedene Zeitungen mit gemeinsamen Redaktionen – es bedarf keiner großen Fantasie, um sich vorzustellen, welche Meinungsvielfalt dabei herauskommt.“³ Zusätzlich zu diesen privaten Medien gibt es auch noch den öffentlich rechtlichen Sender *ORF*. Kann dieser aufgrund seiner Sonderstellung in Österreich einen objektiven Ausgleich schaffen? Dr. Hans Peter Martin äußert sich in einer Diskussion sehr skeptisch zu dem Thema *ORF*. „Das ist das große Problem das wir haben mit dem *ORF*, weil dort steht neutral drauf ist aber ganz viel Kampagnenjournalismus und Manipulation drinnen.“⁴

Es scheint fast so, als gäbe es kein Licht ins Dunkel des österreichischen Medienhimmels, oder vielleicht doch? „(...) Und dann haben Sie die *Kronen-Zeitung* und das ist schon so ein weltweit einzigartiges Kaleidoskop einer nationalen Seele, wo viel Platz ist für die verschiedensten Strömungen und Darstellungen(...)“⁵. Rettet mich am Ende die *Kronen-Zeitung* aus der Misere kein Medium zu finden, dass der Metapher meines Großvaters entspricht? Doch auch in diesem Fall muss ich schnell zu dem ernüchternden Schluss kommen, dass ich auf dem Holzweg bin. Auf meine E – Mail Anfrage hin antwortet mir Vizekanzler a.D. Dr. Erhard Busek, „Meine Meinung wird in der *Kronen-Zeitung* nicht gebracht, wohl aber werden meine Meinungen von der *Kronen-Zeitung* kritisiert.“⁶ Er geht sogar noch weiter und schreibt mir „(...) Der Chefredakteur der *Kronen-Zeitung* und seine Mitarbeiter suchen sich jene aus, die sie überhaupt zu Wort kommen lassen. In der Primitivität der Darstellung ist natürlich der Einfluss sehr gefährlich“⁷. Da hilft es mir auch nicht viel, wenn Dr. Hans Peter Martin in dem Interview sagt, „Ich habe meine Positionen und ich habe die Möglichkeit das immer wieder in der *Krone* zu schreiben ich sage es auch gerne hier, ich würde es noch lieber im *ORF* sagen, weil 2/3 der Österreicher, wir sollten das nicht ausblenden, ihre politische Meinung tatsächlich über den *ORF* beziehen und nicht aus der *Kronen-Zeitung*“ Denn das zeigt mir leider nur zwei Dinge, dass der *ORF* zu

mächtig ist und dass die Meinung von Dr. Hans Peter Martin in der Kronen-Zeitung erwünscht ist und die des Dr. Busek nicht.

Es bleibt mir wohl nichts anderes übrig, als die Suche nach einem objektiven Medium aufzugeben, da sie aussichtslos erscheint. Ich muss feststellen, dass die Metapher meines Großvaters nur den Soll- und nicht den Istzustand beschreibt. Es stellt sich mir nun die Frage, ob Menschen überhaupt den Wunsch nach einem solchen objektiven Medium haben, oder diese sich sogar lieber ein Medium suchen, welches ihre Ideen, Ideologien oder Denkweisen unterstützt und Objektivität daher ohnehin nur zweitrangig ist.

Das Zugeständnis

„Es liegt am Leser, zu entscheiden, ob er die Zeitung kauft.“⁸ So beobachtet der Journalist Jan Fleischhauer, dass das von ihm betrachtete linke Milieu dazu neigt, gewisse Tageszeitungen zu nutzen andere wiederum, welche nicht ihrem Weltbild entsprechend schreiben, zu verachten. „(...)und liest die Meinungsspalte der <Süddeutschen>, das Feuilleton der <Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung> und, mit einer gewissen zur Schau gestellten Verachtung, den Politikteil des <Spiegels>.“⁹ Bei anderen Denkrichtungen und Gesellschaftsschichten wird es ähnlich sein. Ein objektives Medium scheint nicht gefordert, jedoch heißt „nicht objektiv“ nicht gleich abhängig! Und es ist die mögliche Abhängigkeit der Medien und nicht das Fehlen von Objektivität, das sie als vierte, die Gesellschaft informierende und die Politik kontrollierende Gewalt so strittig macht. „Jeder hat das Recht auf seine eigene Meinung, aber nicht auf seine eigenen Fakten. Die Rolle der Journalisten ist es, zu sagen: „Halt!“ Wir geben euch verifizierbare Fakten, auf denen Diskussionen aufbauen können.“¹⁰ Es hängt also sehr viel davon ab, wer diese Journalisten sind, die da „Halt“ sagen sollten. Stammen sie aus den Hauptquartieren der Parteien, gerüstet mit deren Ideologie und abhängig von deren Wohlwollen? Oder sind es parteilose und somit unabhängigere,

nicht so stark befangene und gefangene MitarbeiterInnen? Wer auch immer sie sind, es ist wichtig, das herauszufinden, denn „(d)ie Medien müssen diejenigen sein, die entscheiden, was dazugehört und was nicht“¹¹ Nicht die Parteien haben diese Aufgabe. Und es ist diese Aufgabe, die die Medien für die Parteien so interessant macht. Schaffen sie es, die Leser in dem Glauben zu lassen, das Medium, das sie gerade nutzen, sei unabhängig und haben doch unentdeckt Einfluss auf des Lesers Meinung? In dem Fall liefere die Gesellschaft Gefahr sehr bald sehr krank zu werden. Eingriffe der Parteien auf die Medien sind ähnlich schädlich für die Gesellschaft wie Viren, die gesunde Körperzellen infiltrieren und so schließlich den ganzen Organismus krank machen. Hat der Virus erst einmal genug Zellen befallen wird es sehr schwer für den Körper sich gegen die Viren zu wehren. Der Körper muss die Gefahr also früh genug erkennen, um eine Chance gegen den Befall zu haben. Dasselbe gilt für die Gesellschaft, auch sie muss rechtzeitig Gefahren erkennen um angemessen auf sie reagieren zu können. Doch wie krank ist unsere Gesellschaft? Welche Symptome können wir bereits jetzt erkennen?

Die Krankheit

„Angesichts der einengenden Bedingungen durch die allgemeine Verschränktheit der Systeme ist allenthalben günstigenfalls bloß eine relative Autonomie der Massenmedien in der Demokratie zu erwarten.“¹² Die österreichischen Parteien brachten und bringen sogar selbst Zeitungen auf den Markt, um auf diese Weise ihren Einfluss auf die Medienwelt und somit die Wähler zu erhöhen.

So erschien bis 1991 die *Arbeiter-Zeitung*. Diese war über 100 Jahre lang das Sprachrohr der SPÖ. Die *Arbeiter-Zeitung* war eine der größten Zeitungen des Landes Österreichs und es ist nicht schwer sich vorzustellen, was für eine zentrale Rolle diese bei der Umwerbung von Wählern für die SPÖ gespielt hatte. In der ersten Ausgabe nach dem Ende des zweiten Weltkrieges richtet sich Karl

Seitz, der damalige Vorsitzende der SPÖ persönlich an die Leser der *Arbeiter-Zeitung*. Er schrieb:

„Es erfüllt mich mit tiefer Freude und innerer Genugtuung, dass heute zum ersten Mal nach elf Jahren aufgezwungenen Schweigens die *Arbeiter-Zeitung* wieder erscheint. Das ist für uns Sozialdemokraten nicht nur ein politisches, sondern auch ein symbolisches Ereignis. Es beweist den Sieg des demokratischen Sozialismus über die faschistische Tyrannei, es bedeutet die Wiedergeburt unserer Gedanken - und Redefreiheit. In diesem Sinne begrüße ich die neuen und alten Leser der *Arbeiter-Zeitung* als einer von denen, die im Jahre 1895 das Blatt gegründet haben, und verspreche Ihnen gleichzeitig, dass das wiedererstandene Zentralorgan der Partei wie einst unter Viktor Adler ein mutiger Anwalt und treuer Freund des arbeitenden Volkes Österreichs sein wird“¹³

„Unserer Gedanken – und Redefreiheit?“ Was meint Karl Seitz damit? Die Gedanken und Redefreiheit seiner Partei, oder die des österreichischen Volkes?

Mit Sicherheit lässt sich nur sagen, dass ein Medium wie die *Arbeiter-Zeitung* in den Händen einer Partei auf jeden Fall auf einem Auge blind ist und zwar ausgerechnet auf jenem, welches das Handeln der eigenen Partei kritisch beobachten sollte. Es mag zwar sein, dass die *Arbeiter-Zeitung* „ein mutiger Anwalt und treuer Freund des arbeitenden Volkes Österreichs“ gewesen ist, mit Sicherheit jedoch war sie kein ausgewogenes, auf Objektivität und Neutralität ausgelegtes Medium. Sie war wie Seitz selber schreibt das Zentralorgan einer Partei und zwar der SPÖ. Von einer Partei kann man schwerlich erwarten, dass diese andere Meinungen zulässt - bei einer Zeitung sollte man dies jedoch voraussetzen.

Jedoch verlor die *Arbeiter-Zeitung* trotz recht beachtlicher Reichweiten bei den Lesern immer weiter an Marktanteilen. Nicht einmal die von SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky 1974 eingeführte Presseförderung, konnte die *Arbeiter-Zeitung* vor ihrem Ende im Jahr 1991 retten. Interessant ist allerdings, dass die Presseförderung, von der die *Arbeiter-Zeitung* besonders deutlich

profitierte, ausgerechnet von der Partei ausging, deren Stammbblatt sie war. Ohne die Presseförderung von 1974 wäre die *Arbeiter-Zeitung* wohl schon viel früher geschlossen worden, offensichtlich früher, als es der SPÖ lieb war! Auch an diesem Beispiel kann man erkennen, wie verflochten die Medien und die Parteien in Österreich waren und sind.

Heute kann man alle von 1945 bis 1989 erschienenen Ausgaben der *Arbeiter-Zeitung* online abrufen. Die Titelrechte liegen zwar auch heute noch bei der SPÖ, jedoch hat diese sie für das Onlineprojekt zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise lebt die spezielle Art der Geschichtsschreibung der *Arbeiter-Zeitung* weiter im Internet fort.

Doch das Ende der *Arbeiter-Zeitung* war nicht das Ende der Einflussnahme von Parteien auf die Medien. Auch heute unterhält die SPÖ noch Zeitungen, wie zum Beispiel das *Wiener Bezirksblatt*. Dieses wird ungefähr 625.000 Wiener Haushalten einmal wöchentlich gratis zugestellt.

Das Wiener Bezirksblatt gehört zum VWZ Zeitschriftenverlag, dieser steht im Verbund mit dem *Echo-Verlag*. „Der Echo-Verlag gehört zum Netzwerk der Wiener SPÖ und beschäftigt unter anderem (Anm. des Autors: damals) die Ehefrauen von Michael Häupl und Karl Blecha“, kritisierte Lopatka im Jahr 2004.¹⁴ Außerdem warf er der SPÖ vor das *Wiener Bezirksblatt* mit mehreren zehntausend Euro aus den Mitteln des Wiener Presse- und Informationsdienstes und des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderfonds subventioniert zu haben, damit dieses als ausgewiesenes Parteiblatt eine Sondernummer über den Fischer-Wahlkampf herausbringen konnte. So sei die damals erschienene Ausgabe des *Wiener Bezirksblattes* voll von Lobhudelei für Fischer und übelster SPÖ-Propaganda gegen parteifremde Politiker gewesen.¹⁵ Anders ist es wohl auch nicht zu erwarten, wenn eine Zeitung so eng mit einer Partei verflochten ist.

Auch im diesjährigen Wahlkampf um das Bürgermeisteramt in Wien spielt das *Wiener Bezirksblatt* wieder seine Rolle. Dieses Mal bringt es das sogenannte Wiener Blatt unter das Volk. Ein

Leichtes für eine Zeitung, die bis zu 625.000 Haushalte erreicht.

Bei dem *Wiener Blatt* handelt es sich um eine DIN-A 4 große Seite, auf der sich der Karikaturist Gerhard Haderer ausleben darf. Der Slogan „Haderer für Häupl“ macht klar, wessen Politik auf diesen fliegenden Blättern vertreten wird. Und es gibt Aufschluss darauf, weshalb diese Blätter in einer parteinahen Zeitung erscheinen müssen, ein neutrales Medium würde wohl seinen Ruf verlieren, sollte es diese veröffentlichen.

Doch nicht nur die SPÖ versucht so Einfluss auf die Medienwelt zu nehmen, auch andere Parteien wie zum Beispiel die ÖVP arbeiten in ähnlicher Weise, um so ihre Machtstellung in den Medien verbessern zu können.

So besaß die Steirer VP von 1945 bis 1987 die *Südost-Tagespost*. Ähnlich wie bei der *Arbeiter-Zeitung* wurde das Erscheinen aufgrund sinkender Auflagenzahlen zunächst einmal eingestellt. Ganz wollte die Steirer VP ihre Hofzeitung nicht aufgeben, jedoch waren bereits mehrere Versuche, die *Südost-Tagespost* wieder zu beleben gescheitert. Doch endlich, ab 28. März 2010 sollte die Zeitung wieder erscheinen. So wird die damalige Tageszeitung nun ein Mal im Monat per Post zugestellt. Außerdem scheint die ÖVP den Eindruck erwecken zu wollen, dass sie nichts mit der neuen *Südost-Tagespost* zu tun habe, da nicht sie, sondern „nur“ ein offensichtlich VP-naher Verein die Neugründung vornimmt. Als Mitglieder für den Verein „der Förderer der bürgerlichen Medien“ sollen unter anderem Wirtschaftskammer-Vizepräsident Benedikt Bittmann und Ex-VP-Klubchef Bernd Schilcher in Frage kommen. Die Nähe zur Partei ist also gewahrt.

In der ersten Ausgabe der Tagespost schreibt der ehemalige Wirtschaftsredakteur der ursprünglichen *Südost-Tagespost* Fritz Kofler folgendes:

„Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass die „Südost-Tagespost“ eine Zeitung der ÖVP war. Die politische Redaktion sah unser Produkt als Blatt für die Partei an. Diese Nuance hat damals zu neuen sympathisierenden Leserschichten geführt. Viel Breite wünsche

ich auch der „neuen“ Tagespost, über deren Wiederaufleben ich mich als damaliger Wirtschaftsredakteur sehr freue!“¹⁶

Seine Enttäuschung beim Durchlesen der Zeitung wird wohl groß gewesen sein, da nicht besonders viel von der von ihm erhofften „Breite“ zu finden war. Ähnlich wie bei der *Wiener Bezirkszeitung* geht es auch bei der Tagespost hauptsächlich darum, den politischen Gegner zu schwächen und die eigene Politik ins rechte Licht zu rücken.

Geradezu lächerlich ist die Aussage von Kofler, die Südost-Tagespost sei nie eine Zeitung der ÖVP gewesen. Ihre Redaktionsadresse ist der Karmeliterplatz 5 in Graz, im Nebenhaus der ÖVP -Parteizentrale. Nach eigenen Angaben erreicht die Zeitung 330.000 Haushalte. Vor den Gemeinderats- und Landtagswahlen 2010 ist es übrigens geplant, sie wöchentlich erscheinen zu lassen. Die dahinter liegende Absicht liegt auf der Hand.

Die *Südost-Tagespost* ist nicht die einzige Zeitung, die von der ÖVP herausgebracht wird. So hat auch die *Salzburger Volkszeitung* eine lange gemeinsame Geschichte mit der ÖVP, die erst 2005 endete. Das Blatt sollte das Image einer Parteizeitung verlieren und entpolitisiert werden, sie befindet sich im Moment in den Händen der *Aisleitner Holding*.

Weitere Beispiele für Medien in Händen der ÖVP wären das *Neue Volksblatt*, welches in Oberösterreich erscheint oder das *NÖ Gemeinde Journal*. Man sieht, dass die großen Parteien Österreichs sehr versucht sind durch eigene Zeitungen Einfluss auf die Darstellung von Inhalten in den Medien zu nehmen. Doch auch kleinere Parteien wie die FPÖ versuchen auf diesem Wege ihr politisches Gewicht zu erhöhen und bringen daher zum Beispiel die *Neue Freie Zeitung* heraus.

Ehrlich?

Doch viele Einflussnahmen der Politik auf die Medien sind nicht so auffällig wie das Herausbringen einer parteieigenen Zeitung. Wie

das Beispiel der *Südost-Zeitung*, bei dem die ÖVP die Verknüpfung zwischen dem Medium und der Partei zu verschleiern versucht, gehen die Parteien nicht gerne offen mit ihren Verbindungen zu den Medien um. So haben meine Anfragen bei den Parteien selten zu mehr als Standardfloskeln geführt. „Wir helfen Ihnen gerne weiter und melden uns bei Ihnen, wenn wir einen Ansprechpartner für diese Thematik gefunden haben“, bekam ich mehr als einmal zu hören. Einen Ansprechpartner gab es in den meisten Fällen wohl nicht, so blieben meine Fragen unbeantwortet. Doch selbst als man mir zum Beispiel beim BZÖ einen Fachkundigen vermittelte, war längst nicht garantiert, dass dieser mir dann auch wirklich zurückschrieb. So wurde mir vom BZÖ der Bundesgeschäftsführer Michael A. Richter als Ansprechpartner, der sich meiner gerne annimmt, genannt. Meine Fragen wurden von ihm ignoriert. Ähnliches widerfuhr mir bei der SPÖ. Auf meine generellen Anfragen reagierte man noch sehr freundlich, rief mich sogar an und zeigte sich interessiert. Als ich dann jedoch meine konkreten Fragen via E-mail versendete, herrschte Funkstille, ich habe bis heute keine Antwort erhalten. Angesichts dieser Tatsachen war die Reaktion der FPÖ fast die ehrlichste, nämlich gar keine, diese ignorierte mich völlig! Auch die ÖVP war in ihren Aussagen sehr verhalten, wenn es um die Verflechtung von Medien und Parteien ging. Auch von ihr bekam ich mehr als einmal zu verstehen, dass es sich um kein leichtes Thema handelte. Doch ich bekam Antworten, zwar nicht auf alle meine Anfragen, aber immerhin auf einige. Daher möchte ich an dieser Stelle Herrn Dr. Ehrhard Busek danken, der mir per E-mail Einblicke und Einschätzungen gegeben hat. Auch die Grünen zeigten sich sehr hilfsbereit und weitaus offener als die anderen Parteien, und so möchte ich mich auch bei Herrn Dr. Peter Pilz dafür bedanken, dass er sich die Zeit für ein persönliches Interview genommen hat. Beide Politiker sind nicht ausgewichen, sondern haben sich engagiert für mein Thema interessiert. Sie waren einige der wenigen Lichtblicke in der ansonsten lieber im Dunkeln gelassenen Verflechtung von Medien und Parteien.

Je mehr Zurückhaltung mir die Parteien entgegenbrachten, umso neugieriger wurde ich. Also machte ich mich daran, weiter Zusammenhänge zwischen Medien und Parteien herauszufinden.

Aus ihrer Reaktion kann ich nur schließen, dass es den Parteien unangenehm ist zuzugeben, wie eng sie mit den Medien verbunden sind.

Auf der Suche

Jetzt gilt es, einige Beweise für die Verbindung zwischen Parteien und Medien zu finden und so setzte ich meine Recherche fort und sollte auch fündig werden.

Bei meiner Suche stieß ich auf den Medienmacher Wolfgang Fellner, welcher im Jahr 2006 Österreich mit einer neuen Zeitung gleichen Namens beglückte. Das an sich hätte schon ausgereicht um ihn hier in meinem Essay zu erwähnen, jedoch gibt es noch eine weitere Auffälligkeit in Fellners Leben, seine lange Freundschaft zum Geld der SPÖ. Diese begann bereits mit dem *Rennbahn Express*, seiner ersten Zeitung.

„Wichtigster Anzeigenkunde des ‚Rennbahn-Expresß‘ waren schon Firmen und Institutionen aus der roten Reichshälfte, also aus dem Umfeld der SPÖ – wie Bawag, Zentralsparkasse, verschiedene Ministerien und die Partei selbst. Diese Entwicklung zieht sich durch Fellners gesamte Medienkarriere – bis hin zu „Österreich“ heute, wenn Sie sich anschauen, welche Institutionen heute stark in „Österreich“ investieren, dann ist das zum Beispiel die Gemeinde Wien, dann sind das Ministerien wie das Verkehrsministerium oder andere rot dominierte Ministerien bis hin zu ASFINAG und ÖBB. Im Gegenzug liest man in „Österreich“ dann Interviews mit dem Bundeskanzler, in denen er als Polit-Genie und unglaublich sympathisch dargestellt wird.“¹⁷

Hier wird also scheinbar die Unabhängigkeit eines Mediums gegen das Geld einer Partei getauscht. Eine Gleichung, die so wohl leider nicht einzigartig in Österreich ist.

Die ÖVP hält sich zwar auf den ersten Blick kein ihr genehmes Blatt wie die SPÖ *Österreich*. Aber es kommen Zweifel auf, wenn man Folgendes weiß:

Die *Raiffeisenbank* hat Anteile an einigen Medien in Österreich. So hält sie zum Beispiel auch 50,49 Prozent an der Tageszeitung *Kurier*. Dieser kam vor kurzem in die Schlagzeilen, da auf Druck der *Raiffeisenbank* der Chefredakteur Christoph Kotanko seine Position zugunsten des ehemaligen TV-Journalisten Helmut Brandstätter abgeben musste. Dies ist nicht der erste Fall, in dem sich das Unternehmen in die Medienwelt einmischt. Wie mächtig die *Raiffeisengroup* wirklich ist, hat eine Untersuchung der PR- und Lobbyingagentur *Pleon Publico* ergeben. „Demnach dominiert die Raiffeisen-Organisation ganz klar das Geschehen in der Alpenrepublik. Unter den fünf mächtigsten Managern des Landes befinden sich gleich vier Giebelkreuzer: Der mächtigste Manager Österreichs ist demnach der niederösterreichische Raiffeisen-Generalanwalt Christian Konrad, gefolgt von seinem oberösterreichischen Kollegen, Raiffeisen-Landesbank-Chef Ludwig Scharinger. Platz drei des Rankings (&) belegt RZB-Boss Walter Rothensteiner, Platz fünf Erwin Hameseder, (&) Diese vier Manager aus der schwarzen Reichshälfte dirigieren ein Firmenimperium von hunderten Industrie-, Bank-, Finanz-, Immobilien- und Medienunternehmen und haben so weitreichende Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten.“¹⁸ Diese Manager sind alle ÖVP-nah, man kann sich also vorstellen, wessen Politik sie in den Medien unterstützen.

Wer hat hier das sagen?

Doch das Spiel geht auch andersherum. Die *Kronen-Zeitung* ist aufgrund der enormen Leserschaft eine der, wenn nicht sogar die mächtigste Zeitung Österreichs. Aufgrund ihrer einzigartigen Stellung und dem enormen Einfluss in diesem Land ist sie nicht nur stark genug, sich gegen Angriffe aus der Politik zu wehren - sie ist sogar in der Lage, im Gegenzug die Politik so unter Druck zu

setzen, dass diese dem Willen der Tageszeitung folgen muss. Hans Dichand war sich bis zu seinem Ableben am 17 Juni 2010 seiner Macht sehr bewusst. So hatte er im Jahr 2008 durch eine monatelange Kampagne den Kniefall der SPÖ vor seiner Zeitung erzwungen. Am 27 Juni 2008 gab der damalige Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer dem Druck der *Kronen-Zeitung* nach und schrieb einen Leserbrief an diese, in welchem er bestätigte, dass die Europapartei SPÖ künftig EU-Verträge mit einer Volksabstimmung ratifizieren lassen wolle. Ein weiteres Beispiel für die Macht dieses Mediums ist die erzwungene Distanzierung von der NS-Ideologie der Bundespräsidentenskandidatin Barbara Rosenkranz (FPÖ). Diese geschah wohl weniger aus der tiefen Überzeugung heraus, dass diese Ideologie etwas Verabscheuenswürdiges sei, sondern eher aus der Angst, den wichtigsten Verbündeten im FPÖ-Wahlkampf zu verlieren: die *Kronen-Zeitung*.

Hans Dichand führte seine Zeitung wie eine Partei. Er mischte sich massiv in das Tagesgeschäft der Parteien ein und nutzte seine mediale Macht, um diese zu steuern. Doch hat er sich keine Legitimation durch Wahlen eingeholt, es handelt es sich um eine bedenkliche Verflechtung von Medien und Parteien, die mit demokratischem Gedankengut nicht überein zu stimmen scheint.

Auch die Geschichte der *Krone* ist mit Parteien verbunden. So wäre die Gründung dieser Zeitung ohne Mithilfe der SPÖ wohl nicht möglich gewesen.¹⁹ Und auch so mancher Parteifunktionär war Redakteur bei der *Kronen-Zeitung*. So zum Beispiel Josef Kalina von der SPÖ. Dieser war von 1978 bis 1995 immer politisch für die SPÖ aktiv, zum Beispiel als Bundessekretär der SJ oder als Innenpolitischer Redakteur der *Neuen AZ*, bis er schließlich von 1995 weg zwei Jahre lang Redakteur für die *Kronen-Zeitung* und von 2000 bis 2005 Geschäftsführer der *Mediaprint* Gratiszeitungen war. Danach kehrte er zu seiner Partei zurück.

Hochzeit mit den Zeitungen

Ein weiteres Beispiel für solche Grenzgänger zwischen Medien und Politik ist Stefan Petzner vom BZÖ. Dieser war Mitarbeiter der Styria Media AG (*Kleine Zeitung*), bevor er im Jahre 2004 Pressesprecher von Landeshauptmann Dr. Jörg Haider wurde. Heute ist er Generalsekretär des BZÖ.

Indem die Parteien versuchen personell Einfluss auf die Medien zu nehmen versuchen sie, diese zu manipulieren. Bei einer Analyse der Biographien der Abgeordneten des österreichischen Parlaments habe ich festgestellt, dass fast jeder Zehnte angibt in der Vergangenheit irgendwo in den Medien gearbeitet zu haben. Von 183 Abgeordneten sind das immerhin 17.

Und zwar:

von den Grünen und der ÖVP :	5 Abgeordnete
von der SPÖ	3 Abgeordnete
von BZÖ und FPÖ	2 Abgeordnete

Der hohe Anteil an Grünen Abgeordneten ist darauf zurückzuführen, dass die Mehrheit nicht bei den großen Medien, sondern bei alternativen Medienprojekten tätig war.

Sehen wir uns nun an, bei welchen Medien diese Abgeordneten tätig waren:

Vom *ORF* kommen drei Abgeordnete der ÖVP, zwei Abgeordnete der Grünen und jeweils ein Abgeordneter von SPÖ, BZÖ und FPÖ

Von der Presse kommt jeweils ein Abgeordneter von SPÖ und BZÖ.

Die restlichen Abgeordneten kommen von Parteinahen und sonstigen Medien.

Unter die Kategorie „Sonstige“ fallen Medien wie die *Straßenzeitung Augustin* und ähnliche Projekte, beziehungsweise, wenn die Angaben von dem Abgeordneten nicht präzise genug waren um sie genau zuzuordnen.

Der größte Anteil der Abgeordneten gibt an, eine Vergangenheit beim ORF gehabt zu haben. Ebenfalls interessant ist der Anteil der Politiker, die angeben, in der Presse (also *Krone*, *Standard* und so weiter) tätig gewesen zu sein. Das sind immerhin vier von 17 Abgeordneten.

Doch viel erschreckender als der personelle Einfluss durch Parteien auf die Medien, ist deren Abhängigkeit von den Geldern, die sie über Inseratschaltungen der Parteien erhalten. Mir liegen die Daten der Gewinne von sechs großen Tageszeitungen beziehungsweise Medienunternehmen vor. Und zwar von der *Standard Verlags GesmbH*, der *Salzburger Nachrichten Verlags GesmbH und Co Kg*, der *Tiroler Tageszeitung Schlüsselverlag J.S. Moser GesmbH*, der *Wimmer Medien GesmbH und Co Kg*, der Styria Media Group, Mediaprint Zeitungen - und Zeitschriftenverlag Gesellschaft GesmbH und Co Kg. Zusammen gerechnet geben diese sechs Unternehmen an, im Jahr 2008 ein EGT (EGT=Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, das bedeutet, dass Gewinne, die z.B. durch den Verkauf eines Teils eines Unternehmens erzielt wurden, nicht beinhaltet) von 18.4²⁰ Millionen Euro erwirtschaftet zu haben. Im selben Jahr haben die Parteien und Ministerien 38,875²¹ Millionen Euro in Inserate investiert. Zieht man von den 18.4 Millionen Euro, die die Medienunternehmen erwirtschaftet haben, diese Summe ab, bleibt ein Minus von 20.475.546 Millionen Euro stehen.

Inserate von Parteien und Ministerien	EGT der 6 Medienunternehmen	Gewinn/Verlust
38.875.546	18.400.000	-20.475.546

Zwar sind diese Zahlen nicht ganz exakt, da einige Medien fehlen und die Mediengruppen ihr EGT nicht nur aus dem Verkauf von Zeitungen beziehen, dennoch geben sie einen recht guten Hinweis, wie wichtig die Gelder aus der Politik für die Medien sind - und wie Dr. Peter Pilz mir in einem Interview bestätigte, würden einige Zeitungen in Österreich ohne diese Gelder nicht mehr existieren.

Lösungen?

Zunächst einmal muss man betrachten, wo und wie die Parteien versuchen, Einfluss auf die Medien zu nehmen und weshalb es ihnen in Österreich so gut gelingt. Da wäre erstens das Herausbringen von eigenen Parteizeitungen, zweitens der Versuch, Posten in den Medien mit parteieigenen Kräften zu besetzen und drittens das Kontrollieren der Medien über das Schalten beziehungsweise nicht Schalten von Inseraten. Dr. Peter Pilz schilderte mir die österreichische Medienlandschaft folgendermaßen:

Die meisten österreichischen Medien sind schwach, da die Nachfrage in Österreich zu gering ist. Die Leserzahl ist begrenzt, da Österreich keine internationale Zeitung hat und diese sich daher nur auf den heimischen Markt beschränken. Dadurch, dass es den meisten Zeitungen an einer entsprechend großen Leserschaft fehlt, mangelt es ihnen an der Resistenz, Angriffen von Seiten der Wirtschaft oder der Politik zu widerstehen. So werden sie leicht von den Inseratschaltungen der Parteien und Ministerien abhängig.

Ich habe Dr. Peter Pilz gefragt, wie seiner Meinung nach gegen die Verflechtung von Medien und Politik anzukämpfen ist? Er antwortete mir, dass es kaum Möglichkeiten gäbe, etwas dagegen zu unternehmen, außer Zusammenhänge und Verflechtungen öffentlich zu machen. Kann man beeinflusste oder gar gekaufte Politiker beziehungsweise Medien ausmachen, sollte man versuchen, den Nachweis dafür zu erbringen und öffentlich bekannt machen um so in ihre Wirkung zu schwächen. Vielleicht kann auch dieser Essay einen Teil dazu beitragen.

Außerdem entwickelt sich die österreichische Medienwelt immer mehr in Richtung Internet. Möglicherweise können die online-Medien für mehr Breite und unabhängigere Berichterstattung sorgen. Doch auch die Parteien und damit auch die Ministerien haben diesen Sektor bereits für sich entdeckt. Im Jahr 2008 investierten sie 1.658.261²² Millionen Euro und 2009 839.204²³ Euro für Schaltungen im Internet. Es bleibt also abzuwarten, ob das Internet einen möglichen Ausweg bietet oder nicht. Vorstellbar wäre es, da

es im virtuellen Raum deutlich leichter ist, ein breites Spektrum an Meinungen zu bekommen und die laufenden Kosten nicht so enorm sind wie jene einer herkömmlichen Zeitung.

Durch öffentliches Ansprechen der Problematik und das Entstehen der online-Medien könnte man die ersten beiden Angriffspunkte der Parteien außer Gefecht setzen. Doch wie lässt sich gegen den dritten Punkt ankämpfen? Welche Möglichkeiten gibt es, die Medien unabhängiger von Parteiinseraten zu machen? Dr. Peter Pilz ist der Meinung, dass sich diese Problematik durch ein Anheben der Presseförderung mildern ließe. Das würde wohl nur funktionieren, solange keine Partei eine Absolute Mehrheit erreicht. Es stellt sich sofort die Frage, wer teilt wem welche Mittel zu – also auch hier wieder die Gefahr von Abhängigkeiten.

Die „Grünen“ wollen gegen Regierungsinserate klagen, da sie der Meinung sind, dass diese illegal wären. Dies könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Man kann natürlich auch einfach hoffen, dass Worte, wie sie der oben schon einmal genannte Helmut Brandstätter in einem *Kurier*-Interview äußerte, doch nicht ganz leer sind:

„Wie unabhängig ist eine Zeitung?“

So unabhängig wie wir uns fühlen und in unseren Köpfen sind, in meinem Fall also sehr. Wir machen nicht das, was irgendwelche Interessenvertretungen oder Pressure-Groups wollen, wir machen das, was wir für richtig halten, in Kommunikation mit dem Leser.

Dann kann der *Kurier* auch über den Eigentümer *Raiffeisen* etwas Schlechtes schreiben?

Auch wenn dort etwas passiert, werden wir immer objektiv berichten. Für mich gilt die gleiche Distanz zu allen Unternehmen und Parteien ²⁴

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Quellenverzeichnis

- 1 Saxer, Ulrich: Der Gesellschaftliche Ort der Massenkommunikation; S. 12; Universitäts- Verlag, Wien; 1987.
- 2 Möhring, Rubina: Der Preis der Freiheit; S. 2; in: Der Standard Album; 01.05.2010
- 3 Möhring, Rubina: Der Preis der Freiheit; S. 2; in: Der Standard Album; 01.05.2010
- 4 Am Punkt; Diskussionsrunde; Moderation: Sylvia Staringer. ATV. 10.3.2010. 22:20 Uhr.
- 5 Am Punkt; Diskussionsrunde; Moderation: Sylvia Staringer. ATV. 10.3.2010. 22:20 Uhr.
- 6 Busek, Erhard: E-Mail vom 26.04.2010.
- 7 Ebd.
- 8 Müller, Tobias: Schreiben und Drucken Sie es einfach; S. 3; in: Der Standard. Album 01.05. 2010.
- 9 Fleischhauer, Jan: Unter Linken, von einem der aus Versehen Konservativ wurde.; S. 19; Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg; 2009.
- 10 Müller, Tobias: Schreiben und Drucken Sie es einfach; S. 3; in: Der Standard. Album 01.05. 2010.
- 11 Ebd.
- 12 Saxer, Ulrich: Der Gesellschaftliche Ort der Massenkommunikation; S. 11; Universitäts- Verlag, Wien; 1987.
- 13 Seitz, Karl: An unsere Leser; S. 2; Arbeiter-Zeitung; 05.08.1945.
- 14 Lopatka, Reinhold: Wiener SPÖ finanziert Fischer-Propaganda mit Steuergeldern; http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040423_OT0091/lopatka-wiener-spo-e-finanziert-fischer-propaganda-mit-steuergeldern; (Zugriff: 29.7.2010); 2004.
- 15 Ebd.
- 16 Kofler Fritz: TP Gast ; S. 2; Weiß Grüne Tagespost; 28.3.2010.
- 17 Fidler Harald: Ein täglich alles der Nullerjahre; <http://wolfgangfellner.at/rezensionen-reaktionen/>; (Zugriff: 1.8.2010) 2009.
- 18 Fritz, Günther: Manager: Raiffeisen ist am mächtigsten; <http://www.wirtschaftsblatt.at/home/oesterreich/branchen/380423/index.do>; (Zugriff: 01.08.2010); 2009.
- 19 Scheidl, Hans, Werner: Nachruf Hans Dichand: Ein Herz und eine Krone; http://diepresse.com/home/kultur/medien/574511/index.do?direct=574505&_v1_backlink=/home/kultur/medien/index.do&selChannel=; (Zugriff: 01.08.2010); 2010.
- 20 Zahlen stammen aus dem offiziellen Firmenbuch.
- 21 Zahlen stammen aus einer Analyse der Focus Medienbeobachtung.
- 22 Zahlen stammen aus einer Analyse der Focus Medienbeobachtung.
- 23 Zahlen stammen aus einer Analyse der Focus Medienbeobachtung.
- 24 Bischofsberger, Conny: Eine gute Zeitung muss süchtig machen; S. 8; Kurier; 1.8.2010.

Die Vermessung der Demokratie – ein Befund

Von Raffael Fischer

Es war eine Zeit voller Euphorie, Umbrüchen und Neuanfängen. Die Schlagworte Glasnost und Perestroika geisterten durch die Medien. Man schrieb das Jahr 1989 als die Berliner Mauer fiel und der Kommunismus als besiegt galt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der kommunistischen Regime in Osteuropa schien sich die liberale Demokratie endgültig durchgesetzt zu haben. Gar das „Ende der Geschichte“ wurde verkündet. Heute, gut 20 Jahre später, ist diese Euphorie einer Ernüchterung gewichen. Es leben weiterhin viele Menschen in nicht-demokratischen Staaten.

Wie lässt sich die Demokratisierung der Welt messen? Gibt es objektive Kriterien dafür? Und gibt es gute und weniger gute Demokratien? Jede dieser Fragen wirft eine Vielzahl weiterer Fragen auf. Ein noch eher junger Forschungszweig der Politikwissenschaften widmet sich genau diesen Fragestellungen. Dabei wird versucht, Länder nach ihrer Demokratiequalität zu unterscheiden und zeitliche Entwicklungen nachzuzeichnen. Zwei solcher Demokratierankings werden in diesem Beitrag vorgestellt und deren Ergebnisse diskutiert. Doch zuvor muss erst geklärt werden, was eine Demokratie überhaupt ist.

In Österreich hat 2009 eine Studie zum Wertewandel Aufsehen erregt. Demnach kann sich ein Fünftel der Bevölkerung vorstellen, „einen starken Führer oder Führerin zu haben“¹. Das Vertrauen in die Demokratie sinkt. Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken, können Demokratierankings einen Beitrag leisten.

Den reichen westlichen Nationen wird die absolut höchste Demokratiequalität bescheinigt. Warum sie dennoch nicht die glücklichsten sind, wird zum Abschluss behandelt.

Demokratie ist nicht gleich Demokratie

Rund 6.000 Athener tummeln sich auf dem Hügel Pnyx, dem Ort der Volksversammlung. Wir schreiben das Jahr 462 v. Chr. Ein Mann steht vor der versammelten Masse und versucht sich mittels seines Stimmvolumens Gehör zu verschaffen. Er zählt dieses Jahr zur *Boule*, das ist der *Rat der 500*. Dieser ist zuständig für die Sitzungsvorbereitung der 40 Volksversammlungen des Rates in diesem Jahr. Bestimmt wird er per Losentscheid. Wahlen werden als undemokratisch angesehen, hätten doch diejenigen einen Vorteil, welche größeren Einfluss oder Bekanntheit genießen oder sich durch ihre Leistungen besonders hervorgetan haben. Es soll aber das gewöhnliche Volk regieren und nicht eine Elite oder bestimmte politische Klasse.²

Es handelt sich bei diesem Bild um die Anfänge der Demokratie. Aus heutiger Sicht betrachtet, würde das Athen der Antike nicht das Prädikat Demokratie verliehen bekommen. Dafür reicht allein der Blick auf die Beteiligungsmöglichkeiten. An der Volksversammlung durften nur männliche Bürger über 20 Jahren teilnehmen. Frauen und Sklaven waren vom politischen Prozess zur Gänze ausgeschlossen.

Demokratie scheint uns ein selbstverständlicher Begriff zu sein. Doch wer einmal den Versuch unternimmt die Menschen in seinem Umfeld zu befragen, was sie unter Demokratie verstehen, wird verblüfft sein über die Fülle an verschiedenen Antworten. Freie Wahlen, ein Parlament, Grundrechte, Parteienwettbewerb, Meinungsfreiheit, Gewaltentrennung, Volkssouveränität, gerechte Verteilung, Freiheit, Gleichheit, Kontrolle und Abwahl der Regierung, politische Partizipationsmöglichkeiten.

Das ist nur ein Auszug an Schlagwörtern, die einem dabei begegnen. Je mehr Menschen man befragt, desto größer wird die Vielfalt der Antworten. Auch die einschlägige wissenschaftliche Literatur hilft nicht weiter. Ganze Bücher beschäftigen sich mit dem Thema, eine allgemein gültige Definition von Demokratie zu finden, jedoch ohne großen Erfolg. Seit der Antike hat sich eine Fülle an

verschiedenen Demokratietheorien entwickelt. Demokratie ist kein wert- und ideologiefreier Begriff. Denn in jedem Definitionsversuch schwingt eine ideologische Haltung mit und kann somit in keinem Fall einen universellen Anspruch auf Gültigkeit erlangen.³

Was macht eine Demokratie also aus? Allein sich als Demokratie zu bezeichnen reicht sicher nicht aus, um eine Demokratie zu sein. So würde wohl kaum jemand der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), sowohl heute als auch schon zu Zeiten ihres Bestehens, das Prädikat einer tatsächliche Demokratie verleihen. Selbes gilt für die sich so bezeichnenden „Volksdemokratien“ in Osteuropa und Asien, auch wenn die wörtliche Übersetzung vehement darauf hindeuten würde. Bei einer Volks-Volks-Herrschaft, von Demos = Volk und Kratie = Herrschaft, sollte durch die doppelte Unterstreichung klar sein, von wem die Macht im Land ausgeht. Real gesehen trifft diese Annahme wohl eher weniger zu. Allerdings lassen sich auch ganz andere Interpretationen des Begriffs ableiten. Beispielsweise könnte auch die Herrschaft eines Volkes über ein anderes oder eines (kleinen) Teils des Volkes über den Rest darunter verstanden werden, was wohl der politischen Praxis - leider nicht nur in den meisten Volksdemokratien - am nächsten kommt. Nicht überall wo Demokratie drauf steht, ist auch Demokratie drin. Das bloße Auge reicht wohl nicht aus, um qualitative Unterschiede zwischen Staatsverfassungen aus zu machen.⁴

Wir brauchen also ein System von Kriterien und Indikatoren, um Demokratien näher bestimmen zu können. Demokratierankings gehen genau so vor. Es werden erst Kriterien formuliert, anhand derer sie Staaten nach dem Grad der Erfüllung dieser Kriterien auflisten. Einer der ältesten und weitverbreitetsten Demokratieindizes ist jener von *Freedom House*.

Die Demokratisierung der Welt

Im 6. Stock eines Washingtoner Bürogebäudes sitzt Jennifer L. Windsor, die Direktorin von *Freedom House*. Von dort aus ko-

ordiniert und überwacht sie ihre rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Büros auf der ganzen Welt verteilt ihrer Arbeit nachgehen. *Freedom House* bezeichnet sich selbst als unabhängige Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Freiheit auf der Welt voran zu treiben. Freiheit ist ihrer Meinung nach nur in demokratischen Regierungssystemen möglich.

Freedom House wurde 1941 als gemeinnützige, überparteiliche Organisation mit der Unterstützung des damaligen amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt gegründet. Der Name spielt auf den Hintergrund der Gründung von *Freedom House* an, welcher als Gegenentwurf zum Braunes Haus, der Parteizentrale der NSDAP während des zweiten Weltkriegs, begann. Die amerikanische Bevölkerung sprach sich zu dieser Zeit noch mehrheitlich gegen ein Aktivwerden Amerikas im 2. Weltkrieg aus. Die amerikanische Regierung hatte allerdings längst die Gefahren des totalitären Nazi-Deutschlands erkannt und *Freedom House* sollte dazu beitragen, die amerikanische Bevölkerung von einem Eintritt in den 2. Weltkrieg zu überzeugen. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs galten die Aktivitäten von *Freedom House* der Zurückdrängung des Kommunismus, einer neuen, totalitären Gefahr für die Freiheit.

Seit 1973 veröffentlicht *Freedom House* jährlich einen Bericht zum Stand der Demokratie und Freiheit auf der Welt. Die Freiheit als zentrales Kennzeichen für eine Demokratie zu erheben, steht dabei ganz klar im Zeichen der amerikanischen Tradition. Ein hohes Maß an Freiheit kann somit als ein hohes Maß an Demokratiequalität gedeutet werden. Beurteilt wird diese anhand zweier Skalen, die für die Ausgestaltung liberaler Demokratien als entscheidend angesehen werden. Die erste Skala ist jene der politischen Rechte und mit der zweiten werden die bürgerlichen Freiheiten gemessen. Die Kombination beider Skalen ergibt dann den Freiheitsstatus eines Landes. Die Werte der Skalen reichen jeweils von 1 bis 7, wobei 1 den besten und 7 den schlechtesten Wert markiert. Die Staaten werden dann, anhand ihres erzielten Wertes in drei Kategorien eingeteilt: 1,0 bis 2,5 = „free“ (frei), 3,0 bis 5,0

= „partly free“ (teilweise frei) und 5,5 bis 7,0 = „not free“ (nicht frei).

Freedom House legt ihren Messungen das äußerst enge Konzept der Wahldemokratien (electoral democracy) zugrunde. Eng bedeutet in diesem Zusammenhang minimalistisch, da es nur Mindestanforderungen an eine Demokratie stellt. Dazu gehören:

1. ein Mehrparteiensystem mit Wettbewerb;
2. ein allgemeines Wahlrecht für alle erwachsenen Bürger;
3. regelmäßig durchgeführte Wahlen ohne Wahlbetrug, die repräsentativ die öffentliche Meinung abbilden;
4. sowie die Möglichkeit, die Wähler über die Medien und offene politische Kampagnen anzusprechen.⁵

Zu den Wahldemokratie zählen jedenfalls alle als „frei“ eingestuft und einige der „teilweise freien“ Länder.

Die Daten werden von *Freedom House* unter Anwendung von Fragekatalogen gewonnen, zehn Fragen für die Skala der politischen Rechte und 15 für die der bürgerlichen Freiheiten. Für die Erhebung werden Fachpublikationen durchforstet, Berichte von Nicht-Regierungs-Organisationen herangezogen und Experteninterviews durchgeführt, auf deren Basis Analysten die Fragenkataloge ausarbeiten und Punkte für jedes Kriterium vergeben. Die höchst Noten erhalten regelmäßig die westlichen Länder Europas und Nordamerikas. So erzielte Österreich seit Anbeginn der Veröffentlichung der *Freedom House* Skalen immer die Bestwertung von 1.

In der aktuellsten Ausgabe von 2010, welche sich auf die Daten von 2009 bezieht, wurden 89 Staaten als „frei“ eingestuft, das entspricht 46 Prozent der Weltbevölkerung. Hingegen leben 32 Prozent der Menschen in „teilweise freien“ und 22 Prozent in „nicht freien“ Ländern. Somit leben ungefähr 2,3 Milliarden Menschen in nicht freien beziehungsweise autoritären Ländern. Über die Hälfte davon in China.⁶

Die unten stehende Tabelle zeigt die Entwicklungen der weltweiten Freiheitsrechte in den letzten 30 Jahren. Das schnelle und stetige Fortschreiten der Demokratisierung der Welt seit Ende der 1970er wird dabei deutlich. Wurden 1979 noch 32 Prozent aller Länder als „frei“ eingestuft, so sind es jetzt bereits 46 Prozent.

Demokratieentwicklung der letzten 30 Jahre⁷

Jahr	Freie Staaten		Teilweise freie Staaten		Nicht freie Staaten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1979	51	32	54	33	56	35
1989	61	37	44	26	62	37
1999	85	44	60	31	47	25
2009	89	46	58	30	47	24

Quelle: Freedom House 2010

Samuel P. Huntington, amerikanischer Politologe, zeichnet die Entwicklung der Demokratie in drei Wellenbewegungen nach. Jedoch folgt auf jede Welle eine Gegenwelle die einen Rückschritt für die globale Demokratisierung bedeutet. Er geht dabei von dem Prinzip „zwei Schritte vor und einer zurück“ aus.

1. Welle 1828 – 1926
Gegenwelle 1922 – 1942
2. Welle 1943 – 1962
Gegenwelle 1958 – 1975
3. Welle 1974 –

Die erste Welle der Demokratisierung hat ihre Wurzeln in der französischen und amerikanischen Revolution und schlug weiter auf Europa über. In der Zwischenkriegszeit folgte die erste große Gegenbewegung, die 1922 mit Mussolinis Machtübernahme in Italien begann. Ausschlaggebend für die zweite Welle war das Ende des Zweiten Weltkriegs und wurde vor allem von den Alliierten

vorangetrieben. Viele ehemalige Kolonien erhielten in dieser Zeit ihre Unabhängigkeit. Es folgte die zweite Gegenwelle die viele der eben erst demokratisierten Staaten in autoritäre Regime zurückfallen ließ. Am 25. April 1974, der Tag an dem die portugiesische Diktatur von Antonio Salazar gestürzt wurde, macht Huntington den Beginn der dritte Welle aus. Diese bislang letzte große Welle zeichnete sich besonders durch die Redemokratisierung Lateinamerikas und dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus.⁸

Die Welt ist im letzten Jahr wieder ein Stück „unfreier“ geworden

Doch die Berichte der letzten Jahre mahnen zur Vorsicht. Zum ersten Mal seit *Freedom House* das Ranking veröffentlicht, ist über einen Zeitraum von mehreren Jahren ein Einbruch im stetigen Demokratisierungsprozess zu beobachten. „Die Welt ist im letzten Jahr wieder ein Stück unfreier geworden und autoritäre Regime haben Aufwind bekommen.“ Diesen Schluss zieht der Bericht von 2010. Bei den Erhebungen der letzten vier Jahre, wurde jeweils ein weltweiter Rückgang an Freiheiten gemessen. Vielleicht ein erstes Anzeichen für eine neuerliche Gegenwelle der Demokratisierung? Die Summe der Länder, welche Zugewinne verbuchen konnten, liegt seit 2006 jeweils unter der Zahl jener Länder mit Verlusten an Freiheit. Im Jahr 2009 wurden in 40 Staaten Rückgänge gemessen, hingegen konnten nur 16 Staaten ihr Ergebnis verbessern. Die Anzahl an Wahldemokratien ist von ihrem Höchstwert 2005 mit 123 auf aktuell 116 gefallen. Die größten Rückschläge musste dieses Jahr Schwarzafrika hinnehmen. 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer finden sich die Staaten der ehemaligen Sowjetunion weiterhin am unteren Ende des Rankings. Ebenso wie Russland (seit 2005 wieder) sind die meisten dieser Länder als „unfrei“ eingestuft und können auch keine Zugewinne vorweisen. Einzig die Balkanstaaten konnten 2009 positiv hervorstechen. Der Kosovo wurde von „unfrei“ zu „teilweise frei“ hochgestuft und Montenegro

ro darf sich nun zu dem elitären Kreis der „freien“ Staaten zählen.

In den letzten beiden Jahren mussten laut *Freedom House* auch drei westeuropäische Länder leichte Einbußen in der Demokratiequalität hinnehmen und wurden deshalb von den *Freedom House*-Experten kritisiert. Im Bericht von 2009 wurde Italien für die mediale Machtkonzentration rund um die Person Silvio Berlusconi getadelt. Das zweite Land das Abzüge in der B-Note hinnehmen musste war Griechenland, anlässlich der Unruhen die 2008 in den Straßen Athens für Furore sorgten. In der jüngsten Veröffentlichung trifft es die Schweiz, aufgrund des Beschlusses über das Minarettverbot.⁹ Das *Freedom House* es mit der Freiheit sehr genau nimmt, musste in der Vergangenheit Deutschland feststellen, als es für den Regierungsbeschluss, Nazi-Propaganda im Internet zu verbieten, kritisiert wurden.¹⁰

Doch *Freedom House* teilt nicht nur Kritik aus, sondern muss auch selbst Kritik einstecken. Von wissenschaftlicher Seite werden vorwiegend das zu minimalistische Demokratiekonzept der Wahldemokratien, sowie die mitunter auf subjektiven Beobachtungen und Einschätzungen beruhende Punktevergabe negativ hervorgehoben. Außerdem fehlt es teilweise an einer deutlichen Bestimmung der Begriffe.¹¹

Schwerer wiegen da noch die Vorwürfe, *Freedom House* vertrete lediglich die Interessen der amerikanischen Regierung, von der die Organisation Zweidrittel seiner finanziellen Unterstützungen erhält. Darüber hinaus wird *Freedom House* nachgesagt, der CIA zu zuarbeiten und daher eine gewisse Russlandphobie zu besitzen. Ein Blick auf den Vorstand von *Freedom House* zeigt, dass einige der Mitglieder eine Vergangenheit in der CIA oder in CIA nahen Organisationen vorzuweisen haben. „Russland entwickle sich zu einem faschistischen Staat“, erklärte einst James Woolsey, von 2003 bis 2005 Vorstandsvorsitzender von *Freedom House* und ehemalige CIA Chef, in einem Interview.¹²

Österreicher schätzen ihre Demokratie nicht

Auch in Österreich sind autoritäre Tendenzen feststellbar. Jedoch nicht von Seiten der Regierung, sondern in den Einstellungen der Bürger.

Alarmierend sind die Resultate einer Studie zum Wertewandel in Österreich. Ein Fünftel der Bevölkerung (21 Prozent) kann sich sehr gut oder ziemlich gut vorstellen, „einen starken Führer oder Führerin zu haben, der oder die sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss“. Überhaupt zeigt die Befragung eine Neigung der Österreicher zum Autoritarismus. So stimmen 27 Prozent dem Satz zu: „Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit.“ Diese Wertestudie wird alle neun Jahre durchgeführt und erschien 2009 zum dritten Mal. Der Langzeitvergleich über die 18 Jahre zeigt ein abnehmendes politisches Interesse der Bürger und Bürgerinnen. Das war auch bei der letzten Bundespräsidentenwahl spürbar. Bei einer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent erlangten die Nichtwähler die absolute Mehrheit. In Vorarlberg, dem Bundesland mit der niedrigsten Wahlbeteiligung, warfen gar nur ein Drittel aller Wahlberechtigten einen gültigen Stimmzettel in die Wahlurne. Nur mehr die Hälfte der Bevölkerung ist 2008 mit der Art und Weise zufrieden, „wie die Demokratie in Österreich funktioniert“. Im Vergleich zu 1999, als noch 73 Prozent mit der Demokratie zufrieden waren, ist das ein Rückgang von einem Drittel. Diese Unzufriedenheit geht einher mit einem zunehmendem Misstrauen in öffentliche Institutionen. Österreich ist damit aber kein Sonderfall, stellen die Autoren der Studie klar. Ähnliche Tendenzen lassen sich in fast allen westlich geprägten Demokratien feststellen. Man muss jedoch dazu erwähnen, dass die recht tragische Einschätzung der Demokratie hierzulande vor allem auf die österreichische Realpolitik zurückzuführen ist. Die grundsätzliche Einstellung zur Demokratie ist weiterhin relativ hoch. Der Aussage, wonach die Demokratie „besser als jede andere Regierungsform“ sei, stimmten immerhin 88 Prozent zu.¹³

Ein Ranking um zu provozieren

„Heutzutage gibt es Rankings und Diskussionen über verschiedenste Themen, die weit weniger weitreichend und von geringer allgemeiner Bedeutung sind als unsere Regierungssysteme“, erklärt David Campbell, Mitbegründer des *Democracy Ranking* und Sektionssprecher für den Bereich Demokratieforschung (AGORA) der österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, in einem Interview¹⁴. Da scheint es naheliegend, selbst ein Verfahren zur Demokratiemessung zu entwickeln und zu veröffentlichen. Was herauskam ist das *Democracy Ranking*, eine österreichisch-ungarische Kooperation. Im Gegensatz zu *Freedom House* verfolgt dieses ein viel breiteres Demokratiekonzept. Neben der Beurteilung des politischen Systems werden auch nicht-politische Dimensionen mitberücksichtigt. Das „*Democracy Ranking* bezieht sich explizit auf Demokratiequalität als das entscheidende Merkmal für eine globale Demokratiemessung“¹⁵. Anders als bei *Freedom House* soll nicht die Unterscheidung, ob es sich bei einem Land um eine Demokratie oder Autokratie handelt im Mittelpunkt stehen, sondern die Tiefe und Qualität einer Demokratie untersucht werden. In der Analyse werden demnach auch nur jene Länder berücksichtigt, die von *Freedom House* als „frei“ beziehungsweise „teilweise frei“ eingestuft werden. Länder mit Einwohnerzahlen unter einer Million werden nicht berücksichtigt. Somit ergibt sich für das *Democracy Ranking* 2009 eine Grundgesamtheit von 97 Ländern. Die Werte wurden jeweils für die Doppeljahre 2004-2005 und 2007-2008 berechnet. Aus dem Vergleich dieser beiden Erhebungszeiträume leitet sich das *Democracy Improvement Ranking* 2009 ab. Damit werden die Zugewinne oder Verluste an Demokratiequalität eigens ausgewiesen.

Das Konzept unterscheidet sechs Dimensionen, dabei werden der politischen Dimension fünf nicht-politische Dimensionen gegenübergestellt und wie folgt gewichtet:

Dimensionen und Gewichtung des Democracy Ranking¹⁶

Dimensionen	Gewichtung
Politik	50%
Gender (sozioökonomisch)	10%
Wirtschaft	10%
Wissen	10%
Gesundheit	10%
Umwelt	10%

Quelle: *Democracy Ranking 2009*

Für die fünf nicht-politischen Dimensionen werden Indikatoren wie zum Beispiel das BIP pro Kopf, Partizipationsraten im Bildungssystem, die Lebenserwartung und CO₂-Emissionen herangezogen. Alle Dimensionen werden zu einem Wert zusammengefügt, der im Bereich zwischen 1 (Minimum) und 100 (Maximum) liegt.

Wie so oft bei qualitativen Länder-Vergleichen werden auch im Democracy Ranking für die Jahre 2007-2008 die obersten Plätze von den Skandinavischen Staaten, allen voran Schweden besetzt. Auch Österreich schafft eine respektable Platzierung und liegt auf dem neunten Platz, hat jedoch gegenüber 2004-2005 zwei Plätze verloren. Der Verlust ist aber so gering, dass von einem Rückgang der Demokratiequalität (noch) nicht die Rede sein kann. Campbell nennt selbst zwei Demokratiedefizite Österreichs, die eine bessere Performance beim Ranking behindern. Das ist zum einen ein fehlender Automatismus zum Erhalt der Staatsbürgerschaft. Das heißt in Österreich geborene Ausländer müssen einen Antrag stellen und bekommen nicht, wie beispielsweise in den USA, automatisch die Staatsbürgerschaft verliehen. Das andere Defizit sieht er im Fehlen von politischer Bildung, am besten als Pflichtgegenstand, im Schulsystem.

Ergebnis Top 10 Democracy Ranking¹⁷

	Wert	Rang	Wert	Rang	Gewinn/ Verlust	Gewinn/ Verlust
	2004- 2005	2004- 2005	2007- 2008	2007- 2008	Rang	Wert
Schweden	88,58	1	89,42	1	0	0,84
Norwegen	87,26	2	87,79	2	0	0,54
Dänemark	86,03	3	86,23	3	0	0,20
Finnland	84,47	5	86,15	4	+1	1,68
Niederlande	83,40	6	85,43	5	+1	2,04
Schweiz	85,15	4	85,41	6	-2	0,26
Neuseeland	80,86	8	81,89	7	+1	1,04
Deutschland	80,65	9	80,97	8	+1	0,32
Österreich	81,11	7	80,81	9	-2	-0,30
Belgien	80,03	10	80,63	10	0	0,60

Quelle: *Democracy Ranking 2009*

„Mit der Veröffentlichung eines Rankings will man auch immer ein Stück weit provozieren“, meint Campbell. Und provozieren kann man gut mit den Ergebnissen des Rankings, wenn man brennende Vergleiche anstellt. Nehmen wir zum Beispiel Nigeria als Vergleichsmaßstab, das es mit 23,71 Punkten auf den vorletzten Platz geschafft hat. Nun können sich Herr und Frau Österreicher auf die Schulter klopfen und von sich behaupten, zu annähernd 81 Prozent Demokraten und Demokratinnen zu sein, wohingegen das Vergleichspaar aus Nigeria nur zu 24 Prozent demokratisiert ist. Das es sich hierbei um Vergleiche von „Äpfeln“ mit „Birnen“ handelt sollte offensichtlich sein.

Ein Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Dimensionen gibt uns da schon bessere Aufschlüsse, um die Leistung einzelner Staaten zu beurteilen. Dabei betrachten wir jene zwei Dimensionen, wo kein skandinavisches Land an der Spitze steht. Im Bereich Ge-

sundheit steht die Schweiz an vorderster Front, gefolgt von Japan und Schweden. Österreich liegt hier auf Rang sieben. Bei der Dimension Umwelt zeigt sich ein deutlich anderes Bild. Hier führen Mali und Burkina Faso gemeinsam die Liste an. Österreich liegt auf Platz 40 und die „Umweltsünder“ aus den Vereinigten Staaten kommen über den 88 Platz nicht hinweg.

Mit seinen verschiedenen Dimensionen zeigt das *Democracy Ranking*, dass eine bloße Fokussierung auf die politischen Institutionen längst nicht mehr ausreicht, wenn man die Qualität einer Demokratie messen möchte. Bereiche wie Umwelt und Gesundheit werden mitberücksichtigt und das sicher nicht zu unrecht.

Die meisten Ansätze zur Demokratiemessung, erheben nur die Verfassungswirklichkeit. Jedoch hängt die Lebendigkeit und Tiefe einer Demokratie nicht nur von der politischen Ordnung ihrer Institutionen oder dem Verhältnis zwischen Regierung und Bürgern ab. Viel entscheidender erscheint, inwieweit die demokratische Praxis im zivilgesellschaftlichen Kontext verankert ist und gelebt wird. In privaten Vereinigungen oder der Familie werden die Bürger wesentlich häufiger mit demokratischen Prozessen konfrontiert als mit dem politischen System ihres Landes. Genau jene bürgergesellschaftliche Praxis dient indirekt der Förderung der Widerstandsfähigkeit demokratischer Institutionen und erhöht ihre Lebenserwartung.¹⁸

Die rein qualitativen Ansätze wollen genau diese Perspektive mit einbeziehen. Eine neue Ebene der Demokratiemessung eröffnete David Beetham 1993 mit seinem „Democratic Audit for the UK“ und machte somit Demokratiequalität als Messkonzept international bekannt. Demnach „ist Demokratie nicht etwas, das ein Land nach dem Prinzip „Alles oder nichts“ nur entweder haben oder nicht haben kann.“¹⁹ Ein Fragenkatalog aus 30 offen formulierten Fragen füllt den Werkzeugkasten des Audit. Hier wird davon Abstand genommen, Demokratiequalität anhand eines einzelnen Zahlenwertes auszudrücken. Nicht der Vergleich oder die Einteilung der Welt in verschiedene Abstufungen oder demokra-

tische Spielarten stehen im Vordergrund, sondern die Selbstevaluierung einzelner Länder. Damit soll den kulturellen Unterschieden Rechnung getragen werden, wobei ein Vergleich nicht generell abgelehnt wird. Im Gegenteil kann er dazu dienen, nationale Besonderheiten oder gemeinsame Probleme aufzudecken.²⁰

Demokratierankings zur Leistungsbeurteilung von Politik?

Auf die Frage, ob Demokratieindizes zukünftig verstärkt zur Bewertung der Leistung von Regierungen eingesetzt werden sollten, meint David Campbell, dass dies durchaus eine gute Möglichkeit darstellt. Durch Aufzeigen von Demokratiedefiziten bieten sie die Chance zur Selbstreflexion demokratischer Institutionen. Gefahren und Verbesserungspotentiale können so aufgedeckt und das öffentliche Bewusstsein für Demokratiequalität geschärft werden. Außerdem können sie dazu dienen, bei einem guten Abschneiden das Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen zu stärken.

Jedoch gibt es zu bedenken, dass sich solche Rankings immer auf die Vergangenheit beziehen, im besten Fall auf die Beobachtungen des letzten Jahres. Somit ist eine eindeutige Zurechenbarkeit von gemessenen Veränderungen an einzelne politische Akteure nicht möglich. Eine verbindliche Verknüpfung der Performance von Politikern mit Demokratieindizes, zum Beispiel durch eine leistungsbasierte Entlohnung die sich nach der Platzierung in einem Ranking richtet, hält er deshalb für verfehlt. Außerdem sind seiner Einschätzung nach, Demokratien heute mehr als je zuvor im Fluss. Sie sind dynamische Gebilde die sich ständig weiterentwickeln. Demokratie ist in diesem Sinne ein Prozess der niemals abgeschlossen ist. Rankings und Indizes messen hingegen immer nur die Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Um Qualitätsstandards festzulegen und eine zukünftige Sicherung von Demokratie zu verfolgen, sind rein qualitative Verfahren, wie der Democratic Audit besser geeignet. Die Sektion AGORA der österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft stellt in

dem Buch „Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektive“ ihren eigenen Do-it-yourself-Audit vor. Ein Pilot-Projekt für eine Evaluierung der Demokratiequalität in Österreich wurde zwar in Angriff genommen, konnte bis heute jedoch nicht realisiert werden.

Momentan werden in den meisten Staaten Indikatoren der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wie das Bruttonationalprodukt als die wesentlichsten Leistungskennzahlen herangezogen. Einen anderen Weg beschreitet ein kleines Königreich in dem Gebirge zwischen Indien und Tibet.

Enklave der Glückseligkeit? – Bhutan

Als am 30. Juni 2002 die ganze Welt nach Japan blickt, um das Fußballweltmeisterschaftsfinale zwischen Brasilien und Deutschland zu verfolgen, war zumindest eine Kamera auf ein anderes Fußballspiel gerichtet. „Das andere Finale“, so heißt die Dokumentation über das Freundschaftsspiel der zwei am schlechtesten platzierten Länder in der FIFA-Weltrangliste. Die Nationalmannschaft von Bhutan trat gegen die Mannschaft der karibischen Insel Montserrat an.

Das war eines der letzten Ereignisse mit denen Bhutan international in Erscheinung trat. Denn ansonsten ist das Königreich ein weitgehend isoliertes Land auf der Weltkarte und zählt zu den ärmsten Nationen. Zum Schutz ihrer Kultur und Traditionen versucht die Regierung den ausländischen Einfluss möglichst gering zu halten. Bereits in den 1970er-Jahren hat der damalige König von Bhutan das Lebensglück als politisches Ziel vorgegeben. Als Formel für eine nachhaltige Entwicklung wurde das „Gross National Happiness“, das Bruttonationalglück definiert. Anstatt wie alle anderen Staaten das Wirtschaftswachstum und das Bruttonationalprodukt als treibende Indikatoren heran zu ziehen, geht das Bruttonationalglück von vier Säulen aus:

- 1) Sozioökonomische Entwicklung mit einem Schwerpunkt auf Bildung und Gesundheit
- 2) Bewahrung und Förderung kultureller Werte
- 3) Schutz der Umwelt
- 4) Errichtung von guten Regierungs- und Verwaltungsstrukturen²¹

Die für die Überwachung des Bruttonationalglücks eingesetzte Glückskommission wird von Bhutans Premierminister persönlich geführt. Wie erfolgreich diese Glückskommission arbeitet ist nicht dokumentiert - jedenfalls nicht öffentlich - und ob die Bewahrung kultureller Werte Auswirkungen auf das individuelle Glück hat ist gewiss anzuzweifeln. Dennoch stellt das Bruttonationalglück einen alternativen Ansatz dar, von dem sich andere Nationen eventuell inspirieren lassen könnten.

Die Befassung mit dem Streben nach Glück reichen bis zu den Anfängen der Menschheitsgeschichte zurück. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sogar das Streben nach Glück in ihrer Unabhängigkeitserklärung aufgenommen. Im 18. Jahrhundert „entwickelte Jeremy Bentham das so genannte Greatest Happiness Principle nach dem das größte zu erreichende Gut dasjenige sei, welches das größtmögliche Glück für die größtmögliche Anzahl Menschen zur Folge hat.“²²

Glück und Demokratie

Strand, Sonne, Palmen und leben im Einklang mit der Natur. So könnte das Paradies aussehen. Die Ergebnisse des *Happy Planet Index* (HPI), einem globalen Glücklicheranking der britischen *New Economics Foundation*, verdeutlichen das. Für die Berechnung des HPI wird die durchschnittliche Lebenserwartung mit der Lebenszufriedenheit multipliziert und durch den „ökologischen Fußabdruck“ dividiert. Die Lebenszufriedenheit wird durch direkte Befragung erhoben und beruht somit auf der subjektiven Einschätzung der Befragten. Der ökologische Fußabdruck drückt

den Bedarf an Fläche aus, den ein Individuum benötigt um seinen Lebensstandard aufrecht zu erhalten. Dazu wird die Grünfläche berechnet, die benötigt wird um die CO₂-Emission, die bei der Herstellung der benötigten Produkte entsteht, zu absorbieren.²³

Diese Formel hat zur Folge, dass beim aktuellen HPI-Index von 2009 Costa Rica mit 76,1 Punkten von 100 möglichen den ersten Platz belegt. Gefolgt von der Dominikanischen Republik und Jamaika. Costa Rica kann mit der höchsten Lebenszufriedenheit, einer hohen Lebenserwartung und einem überdurchschnittlich niedrigem ökologischen Fußabdruck glänzen. Unter den Top Ten des HPI findet sich nur ein Land, dass nicht aus Mittel- beziehungsweise Südamerika stammt, und zwar Vietnam. Auffallend ist, dass vor allem Inselstaaten besonders gut abschneiden. Das wird darauf zurück geführt, dass Inselbewohner in besonderem Maße im Einklang mit der Natur Leben. Den ersten Vertreter der reichen westlichen Nationen, finden wir mit den Niederlanden an Position 44. Österreich reiht sich auf Rang 57 ein und die USA finden sich weit abgeschlagen auf Position 114 von 147 wieder. Das bedeutet allerdings nicht, dass Amerikaner oder Österreicher unglücklicher sind als zum Beispiel Jamaikaner. Die Österreicher und ganz besonders die Amerikaner benötigen jedoch viel mehr Ressourcen, um ihr hohes Niveau an Lebenszufriedenheit zu erreichen. Bhutan platziert sich auf Position 17, obwohl die Lebenserwartung und auch die Lebenszufriedenheit geringer sind als in Österreich. Die Österreicher haben aber einen fünfmal höheren Ressourcenverbrauch als die Bevölkerung von Bhutan und liegen deshalb um 40 Plätze dahinter. Inwieweit dieser Unterschied auf das Bruttonationalglück zurückzuführen ist bleibt fraglich. Die letzten zehn Plätze werden allesamt von afrikanischen Staaten besetzt, da diese im weltweiten Vergleich noch immer eine sehr niedrige Lebenserwartung aufweisen und zudem sich selbst als die „Unglücklichsten“ einschätzen.

Vergleicht man die Resultate des HPI mit denen der Demokratieindizes, ergeben sich erhebliche Unterschiede. Dabei ist Costa

Rica in allen Demokratierankings als eines der ersten nicht OECD Länder immer relativ weit oben an zu treffen. Das beruhigt schon mal, da man daraus eventuell schließen kann, dass eine etablierte Demokratie nicht zwangsläufig ein Hindernis für das persönliche Wohlempfinden darstellt. Im Gegenteil ist nämlich eine gegenseitige Bedingtheit von Demokratiequalität und persönlichem Wohlbefinden auszumachen. Zu diesem Schluss kommen Studien, die die Qualität der Regierungsführung als wichtigsten Unterschied im subjektiven Wohlbefinden zwischen Nationen ausmachen.²⁴ Ein hohes Maß an Freiheit und vor allem die Möglichkeit der politischen Mittgestaltung, wirken sich also positiv auf das persönliche Glücksempfinden der Bürger aus. Diesen Befund bestätigt auch die österreichische Wertestudie. Demnach sind Personen, die angaben sich besonders glücklich zu fühlen, auch überdurchschnittlich zufrieden mit der Demokratie in Österreich.²⁵

Fazit

Die demokratischen Verfassungen von Staaten sind nicht in Stein gemeißelt, sondern von einem eingeschränkten Personenkreis niedergeschrieben und von der Mehrheit seiner Unterworfenen als verbindlich angenommen. Tatsächlich lassen sich diese Niederschriften, sofern sich eine kritische Mehrheit findet oder eine gewaltbereite kleinere Gruppe zusammenschließt, auch wieder aufheben. Die Geschichte kennt unzählige Beispiele. Auch vor einem schleichenden Rückbau demokratischer Strukturen sind wir nicht gefeit. Nach der Theorie der wellenförmigen Demokratieentwicklung folgt jedem Aufwärtstrend eine Gegenbewegung. Vielleicht stehen wir gerade am Anfang einer solchen Gegenwelle. So stellt *Freedom House* seit 2007 insgesamt einen Rückgang an Freiheit in der Welt fest. Für die etablierten Demokratien der ersten Welt ist nicht zu befürchten, dass in absehbarer Zeit aus ihnen plötzlich autokratische Regime hervorgehen. Dritte-Welt-Länder beziehungsweise junge Demokratien laufen eher Gefahr in eine autoritäre

Richtung abzurutschen, besonders in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Österreichs Resultate bei internationalen Demokratierankings sind durchwegs positiv. Auch wenn das *Democracy Ranking* 2007-08 für Österreich einen Rückgang der Demokratiequalität gegenüber 2004-05 ausweist. Die niedrige Wahlbeteiligung der letzten Bundespräsidentenwahl und die allgemeine Politikverdrossenheit der Österreicher zeigen dagegen ein alarmierendes Bild. Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ist angeknackst. Eine stärkere Orientierung der Regierung an Demokratierankings könnte diesen Entwicklungen möglicherweise entgegenwirken. Für eine langfristige Qualitätssicherung von Demokratie, sollte von Seiten der Politik eine Selbstevaluierung im Sinne eines Demokratie-Audits in Angriff genommen werden. Durch Aufzeigen von Demokratiedefiziten, bietet ein Audit die Chance zur Selbstreflexion demokratischer Institutionen. Costa Rica, das vermeintlich glücklichste Land der Welt, hat bereits eine Selbstevaluierung der Demokratiequalität eingeführt. Eine starke Verbindung zwischen Lebenszufriedenheit und der Qualität einer Demokratie sind nicht von der Hand zu weisen. Daher sollten Überlegungen angestellt werden, Lebenszufriedenheit bei der Bewertung von Demokratiequalität stärker einzubinden. Denn schließlich streben wir alle nach Glück.

Quellenverzeichnis

- 1 Friesel, Christian/Hamachers-Zuba, Ursula/Polak, Regina (Hrsg.): Die Österreicherinnen - Wertewandel 1990-2008; S. 207-225; Czernin, Wien; 2009.
- 2 Reese-Schäfer, Walter: Antike politische Philosophie - Zur Einführung; S. 25ff; Junius, Hamburg; 1998.
- 3 Beetham, David: Grundprinzipien und Schlüsselindikatoren; S. 19-44; in: Campbell, David/Liebhart, Karin/Martinsen, Renate/Schaller, Christian/Schedler, Andreas: Die Qualität der österreichischen Demokratie; Manzsche, Wien; 1996.
- 4 Schmidt, Manfred: Demokratietheorien - eine Einführung; S. 370; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden; 2008.
- 5 Freedom House: Methodology; http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=363&year=2010; (Zugriff am: 29.07.2010); 2010.
- 6 Puddington, Arch: Freedom in the World 2010 - Erosion of Freedom Intensifies; <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=130&year=2010>; (Zugriff am: 29.07.2010); 2010.
- 7 Freedom House: Freedom in the World 2010: Global Data; http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw10/FIW_2010_Tables_and_Graphs.pdf; (Zugriff am: 28.07.2010); 2010.
- 8 Huntington, Samuel P.: The Third Wave - Democratization in the late Twentieth Century; S. 15 ff; University of Oklahoma Press, Norman; 1991.
- 9 Puddington, Arch: Freedom in the World 2009 - Setbacks and Resilience; <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=130&year=2009>; (Zugriff am: 29.07.2010); 2009. Siehe auch: Puddington, Arch: Freedom in the World 2010 - Erosion of Freedom Intensifies; <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=130&year=2010> (Zugriff am: 29.07.2010); 2010.
- 10 United Nations: NGO committee hears arguments for, against Freedom House; <http://www.un.org/News/Press/docs/2001/ngo432.doc.htm>; (Zugriff am: 29.07.2010); 2001.
- 11 Siehe hierfür Müller, Thomas/Pickel, Susanne: Wie lässt sich Demokratie am besten messen? Zur Konzeptqualität von Demokratie-Indizes; S. 511-539; in: Politische Vierteljahresschrift; (48. Jg.) Heft 3; 2007.
- 12 Woolsey, James: Former CIA Director, Speaks To RFE/RL At Forum; <http://www.rferl.org/content/article/1062001.html>; (Zugriff am: 29.07.2010); 2000. Siehe auch: United Nations: NGO committee hears arguments for, against Freedom House; <http://www.un.org/News/Press/docs/2001/ngo432.doc.htm>; (Zugriff am: 29.07.2010); 2001. Siehe auch: Voltairenet: Freedom House: when freedom is only a pretext; <http://www.voltairenet.org/article30112.html>; (Zugriff am: 29.07.2010).
- 13 Friesel, Christian/Hamachers-Zuba, Ursula/Polak, Regina (Hrsg.): Die Österreicherinnen - Wertewandel 1990-2008; S. 207-225; Czernin, Wien; 2009.
- 14 Campbell, David im Gespräch mit Fischer, Raffael; Gespräch geführt am 30.7.10.
- 15 Campbell, David/Barth, Thorsten: Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich; S. 216; in: SWS-Rundschau; (49. Jg.) Heft 2; Wien; 2009.
- 16 Campbell, David/Pözlbauer, Georg: Das „Democracy Ranking 2009 of the Quality of Democracy“ - Konzept und Kontext, http://www.democracyranking.org/downloads/Democracy_Ranking_Concept_Earlyrelease_German_2009.pdf; (Zugriff am: 30.07.10); 2009.

- 17 Ebd.
- 18 Beetham, David: Grundprinzipien und Schlüsselindikatoren; S. 41; in: Campbell, David/Liebhart, Karin/Martinsen, Renate/Schaller, Christian/Schedler, Andreas: Die Qualität der österreichischen Demokratie; Manzsche, Wien; 1996.
- 19 Ebd. S. 22.
- 20 Pickel, Gert/Pickel, Susanne (Hrsg.): Demokratisierung im internationalen Vergleich - Neue Erkenntnisse und Perspektiven; S. 206; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.
- 21 Grimm, Jordis: Ergebnisse der Glücksforschung als Leitfaden für politisches Handeln?, Discussion Paper Nr. 14, Universität Flensburg Internationales Institut für Management; S. 27; http://www.iim.uni-flensburg.de/cms/upload/discussionpapers/14_Grimm_Gluecksforschung-gesamt_2.pdf; (Zugriff am: 26.07.10) 2006.
- 22 Ebd. S. 1.
- 23 Happy Planet Index Report: S. 11f; <http://www.happyplanetindex.org/public-data/files/happy-planet-index-2-0.pdf>; (Zugriff am: 30.07.10); 2009.
- 24 Grimm, Jordis: Ergebnisse der Glücksforschung als Leitfaden für politisches Handeln?, Discussion Paper Nr. 14, Universität Flensburg Internationales Institut für Management; S. 21; http://www.iim.uni-flensburg.de/cms/upload/discussionpapers/14_Grimm_Gluecksforschung-gesamt_2.pdf (Zugriff am: 26.07.10) 2006.
- 25 Friesel, Christian/Hamachers-Zuba, Ursula/Polak, Regina (Hrsg.): Die Österreicherinnen - Wertewandel 1990-2008; S. 219, 223; Czernin, Wien; 2009.

Internet – Mehr Chance für direkte Demokratie?

Von Klaus Hofmann

Die Formen menschlichen Zusammenlebens waren seit jeher von kommunikativer Interaktion bestimmt. Egal ob in frühzeitlichen Gesellschaften oder in modernen Demokratien, die Vermittlung von Kommunikation und die Bereitstellung von Plattformen für den Meinungs austausch waren immer schon die zentralen Elemente allgemeiner Politisierung. War für die Römer das Forum Romanum zentraler Punkt gesellschafts-politischen Diskurses, waren es im Mittelalter die Märkte und für die Menschen im 20. Jahrhundert Presse und Rundfunk. In den letzten 30 Jahren haben die Möglichkeiten für den politischen Meinungs austausch eine fundamentale Veränderung erfahren: mit dem Aufkommen der quartären Medien¹ wurde dieser Prozess erheblich modernisiert. Neben der allgemeinen Tendenz zu demokratischen Staatsformen ist dabei der Meinungs austausch selbst auch noch einmal demokratisiert worden. Demokratisiert im Hinblick auf schnellere Verfügbarkeit und bessere Transparenz politischer Kommunikation.

Doch warum bedarf es überhaupt derartiger kommunikativer Foren, um den Meinungs austausch demokratisch zu organisieren? Und welche Bedingungen muss ein Forum erfüllen, um im Sinne der Demokratieentwicklung tauglich zu sein?

Dieser Essay widmet sich der zentralen Bedeutung von Medien im politischen Prozess. Dabei soll zunächst der Frage nachgegangen werden, welche Rolle ein Medium bei der Entwicklung hin zur Demokratie einnehmen kann?

In einem ersten Schritt soll die Bedeutung von Kommunikation und vor allem die des Neins, das letztlich dafür verantwortlich war, dass wir uns in Demokratien befinden, erläutert werden. Präziser formuliert soll das Verhältnis der Möglichkeiten der Kommunikation von Herrschenden auf der einen und Beherrschten auf der anderen Seite den Gegenstand bilden. Dabei soll aufgezeigt werden, wie die ersten Herrscher Macht kommuniziert haben und wie sich

die Bevölkerung dazu verhalten hat, respektive im weiteren Verlauf der Entwicklung dann davon emanzipierte.

Es soll ferner ein Vergleich der verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungsstufen anhand ihres wechselseitigen Verhältnisses von medialen Möglichkeiten der Teilnahme am politischen Prozess einerseits und politischer Herrschaft andererseits skizziert werden. Mit anderen Worten soll beiden, den Herrschenden und den Beherrschten ein politisch-kommunikatives Profil in folgenden verschiedenen Gesellschaftstypen erstellt werden:

1. Frühzeitlichen Gesellschaften
2. Hierarchischen Gesellschaften
3. Modernen Gesellschaften

In einem zweiten Teil soll dann darauf aufbauend das politische Potential von Gegenkommunikation erörtert werden und schließlich in die Frage münden, ob das Internet letztlich die ultimative Form eines kommunikativen Forums darstellt? Die Beantwortung dieser Frage wird sich daran zu bemessen haben, in welcher Breite das Internet die Möglichkeiten der politischen Partizipation und des kommunikativen Meinungsaustausches im historischen Vergleich auf sich vereinen kann.

Die Bedeutung des Neins

Die Entstehung der ersten Gesellschaften bis hin zu den modernen Demokratien der Gegenwart war immer schon eng an Kommunikation gebunden. Seit sich die ersten Menschen zu Klein- und Kleinstgruppen zusammengeschlossen haben, also erste gesellschaftliche Strukturen schufen, nahm Kommunikation in dieser Entwicklung eine tragende Rolle ein. Man denke nur an die Gemeinschaften der Jäger und Sammler. Wie nur hätte die Jagd von Erfolg gekrönt sein können, wenn man sich nicht einig über die zu jagende Beute gewesen wäre? Mit der Bildung dieser ersten kleinen Gruppierungen

gen beginnt nun auch eine Entwicklung in der Kommunikation, die an die Probleme der jeweiligen Zeit angepasst ist. Vermutlich reichten damals ein paar Laute in Verbindung mit Körpersprache aus, um die eigene Absicht seinen Mitmenschen mitzuteilen. Mit zunehmenden Bevölkerungszahlen steigt aber dann auch die Komplexität der sozialen Interaktion.² Die ursprünglich schriftlosen Gesellschaften benötigten nun neue Möglichkeiten, oder genauer: neue Foren, um weiterhin jedes Mitglied kommunikativ erreichen zu können. Das erfordert eine Veränderung in der Kommunikation. Dabei bildeten Speicher- und Orientierungsfunktion anfänglich die wesentlichsten Veränderungen.

Da Veränderungen in der Gesellschaft immer im Zusammenhang mit den kommunizierenden Menschen stehen – egal ob auf politischer Ebene oder auf Stammtischebene – und da Kommunikation als „anthropologische Konstante“³ betrachtet werden kann (also als eine typisch menschliche Eigenschaft), ist das Zurückführen von Veränderungen in der Gesellschaft auf Veränderungen in der Kommunikation nicht von der Hand zu weisen. Wie eingangs schemenhaft skizziert, ist die Bedeutung von Sprache bei der Bildung der ersten Gruppierungen ganz wesentlich. Doch weit wichtiger als die Tatsache, dass Menschen immer schon gesprochen haben, ist die Möglichkeit, nein zu sagen. Eine Gabe, die beispielsweise Tiere nicht besitzen. Können doch mit dieser Form der Ablehnung von einem Vorschlag neue Alternativen gefunden werden, die sich letztlich für alle Beteiligten vorteilhafter auswirken. Man kann sich das ungefähr folgendermaßen vorstellen: Paul und Tom sind zwei Freunde. Oft unternehmen sie gemeinsam etwas, gehen ins Kino, fahren gemeinsam auf Urlaub, gehen in die Disco, was eben junge Leute so machen. Doch die Rollen sind nicht ganz gleich verteilt: Paul, immer schon einen halben Kopf größer als Tom und auch etwas kräftiger, fühlt sich seinem Freund überlegen. In den meisten Fällen enden Diskussionen damit, dass Paul seinen Kopf durchsetzt, denn Tom lässt sich immer wieder einschüchtern. Doch irgendwann beginnt Tom regelmäßige Kampfsport zu trainieren und

ins Fitnesscenter geht er obendrein. Und so kommt es, dass Tom nach und nach den vermeintlichen Nachteil der fehlenden Körpergröße mit anderen Mitteln kompensieren kann. Auch Paul merkt, dass sein Freund immer stärker wird. Und mit jedem Trainingstag, den Tom mehr hat, wird er selbstbewusster. Bald schon lässt er sich von Paul nichts mehr sagen. Ganz im Gegenteil sagt er immer öfter nein und so werden die Diskussionen immer gleichberechtigter. Und so passiert es dann auch, dass die beiden Freunde mal das machen, was Tom will, und mal das, was Paul will.

Genau so, wie bei Paul und Tom das Nein die Kommunikation gerechter macht, genau so läuft die Kommunikation in der Politik ab. Wenn ein Machthaber nie mit Ablehnung konfrontiert wird, so wird er denken, dass seine Entscheidungen ohnehin richtig und gut sind. Sobald er aber im beherrschten Volk merkt, dass da manche seiner Entscheidungen angezweifelt werden, sollte er versuchen, etwas zu ändern. Ist er ein dominanter Herrscher, der sein Volk einschüchtern kann, wird er allerdings nichts ändern. Ist das Volk hingegen organisiert und kann eigene Botschaften wirkungsvoll in einem Forum vermitteln, dann wird der Herrscher einen Kompromiss eingehen müssen.

Von Anfang an haben Menschen versucht, nein zu sagen. Doch waren sie nicht immer schon so stark, dass die herrschende Elite auf sie eingegangen wäre. In jeder Epoche hat es andere Möglichkeiten gegeben, Kommunikation auszuüben. Einerseits Kommunikation von den Herrschern an die Beherrschten. Und andererseits die Gegenkommunikation, von den Beherrschten an die Machthaber.

In modernen, demokratischen Gesellschaften stellt dieser Mechanismus ablehnender Kommunikation die zentrale Komponente dar. Hierbei sorgt er im parlamentarischen Betrieb für (gewollte) Konflikte und wird so „zu einer treibenden Kraft zur weiteren Demokratisierung“⁴⁴.

Frühzeitliche Gesellschaftsformen – Der Beginn von Politik

Unsere Geschichte beginnt 9000 v.Chr. in einer Zeit, in der die Menschen beginnen sesshaft zu werden und sich zu kleinen Einheiten von maximal 100-150 Menschen zusammenschließen, um so in einer Gemeinschaft zu leben. Diese Gesellschaften zeichnen sich durch eine besondere Form des zwischenmenschlichen Umgangs aus, also die Form der Kommunikation unter den Menschen. Die einzelnen Einheiten können ihre Konflikte selbst lösen. Sie brauchen also keine Entscheidung eines Außenstehenden. Die Gesellschaft orientiert sich nur an der eigenen Einheit, alles andere – die beobachtbare Umwelt – liegt außerhalb und ist somit zweitrangig. Aufgrund dieser Struktur, die einen Zusammenschluss der einzelnen Einheiten zu einem allgemeinen Gesellschaftsverbund (eine Gesellschaft, so wie wir sie heute kennen) verhindert, fehlt auch eine zentralisierte politische Instanz wie beispielsweise ein Monarch oder ein Präsident. Kommunikationen verlaufen innerhalb der Menschen von einer Einheit, und hier vor allem wieder innerhalb von Verwandtschaftsstrukturen. Konflikte werden kommunikativ durch alle oder einen möglichen Ältestenrat gelöst.⁵ Ein gemeinsames Konfliktlösungsmanagement ist für diese Gesellschaftsform typisch. Ein zentraler Ort, an dem sich alle gemeinsam versammeln ist zugleich das zentrale Forum, um Konflikte besprechen zu können.

Saluk, ein junger Krieger von der Einheit der „hungrigen Wölfe“ trommelt seine Leute zusammen. Der Grund: Bei der Jagd wurde der junge Krieger von Kriegern einer benachbarten Einheit angegriffen und am Arm verletzt. Sofort versammeln sich die „hungrigen Wölfe“ am zentralen Feuerplatz um über diesen Vorfall zu kommunizieren. Die Krieger der benachbarten Einheit sind keine Unbekannten. Öfters schon kam es zu Auseinandersetzungen, öfter aber auch zu einem friedlichen Tauschhandel. Die „hungrigen Wölfe“ diskutieren, jeder bringt seine Erfahrungen mit den anderen Kriegern ein. Bis spät in die Nacht wird diskutiert. Das

Feuer droht längst wieder zu erlöschen und man ist sich immer noch nicht einig geworden, wie man denn jetzt weiter vorgehen soll. Krieg oder Frieden? Da es in dieser Einheit keinen Ältestenrat gibt und somit alle gleichberechtigt sind, kommt man zu keinem Ergebnis. Letzten Endes gehen Saluk und die anderen „hungrigen Wölfe“ ohne Ergebnis schlafen. Ein nicht selten zu beobachtender Zustand beim Finden von Lösungen in der Einheit der „hungrigen Wölfe“.

Einige Kilometer entfernt, in der Einheit der „starken Löwen“, finden sich Krieger zusammen, um ein ähnliches Problem zu diskutieren. Hier jedoch gibt es eine Art Führungskrieger, der allein durch sein Charisma die anderen Krieger beeinflussen kann. Diesmal ist die Entscheidung klar: Krieg! Schnell wird die verfeindete Einheit unterworfen. Und bald darauf noch weitere. So verschmelzen mehrere Einheiten zu einem größeren Ganzen mit schließlich nur einer Führungspersönlichkeit. Schnell merkt dieser Führer, dass bestimmte Umstände Macht bedeuten. Herrschaft entsteht und legitimiert sich folglich aufgrund günstiger Umstände durch Redistribution⁶, Monopol auf Fernhandel und auch durch Religion. Vor allem religiöse Vorstellungen und Überlieferungen bedeuten Macht im weiteren Verlauf.

Zogan, der charismatische Führer der „starken Löwen“ versteht es gut, sich als Vermittler zwischen den Welten in Szene zu setzen. Glaubhaft vermittelt er seinen Kriegern, er sei dazu berufen, die Einheit als alleiniger Herrscher zu führen. Er ist – wenn man so will – die Urform eines modernen Politikers. „Politik“ ist dann die Durchführung von Opferritualen und Ahnenkult, oder mit anderen Worten: Archaischer Aktionismus.

Die Vermittlung von Macht erfolgt über Menschen, die sich nach und nach zu den ersten Medien der Geschichte überhaupt entwickeln.⁷ Da es damals weder Zeitung noch Post, geschweige denn Computer und Handy gab, mussten also andere Formen der Übermittlung von Nachrichten und Botschaften gefunden werden. Es mussten erst Foren erfunden werden, um sich mitteilen zu kön-

nen. Und so war dann nichts nahe liegender, sich als Mensch selbst zum Medium zu machen. Diese Menschen haben dann beispielsweise so getan, als ob ihnen ein höheres Wesen erschienen sei und einen Auftrag erteilt hat, bestimmte Botschaften und auch Vorschriften an die anderen Menschen zu übermitteln. Dieses höhere Wesen könnte nach unserem heutigen Verständnis eine Art Gott gewesen sein. Das kann auch als der Beginn der Religion⁸ gedeutet werden. Gott ist als allmächtiges, übermenschliches Wesen nicht anzweifelbar und seine Botschaften sind das somit auch nicht. Dieser Status überträgt sich in weiterer Folge auch auf Zogan und all die anderen „göttlichen Botschafter“, die sich dann natürlich von den übrigen Menschen abheben und als Hohepriester die göttliche Macht auf sich übertragen. Als kommunikatives Bindeglied zwischen Diesseits und Jenseits vermittelt dann der Hohepriester als Menschmedium zwischen den Welten und rechtfertigt so sein Handeln. Was er sagt, kommt direkt von übergeordneter Stelle und ist somit nicht anzweifelbar.

Derartige Gesellschaften sind anfangs schriftlose Gesellschaften, da die Schrift noch nicht erfunden war. Aus diesem Grunde konnte auch nichts schriftlich festgehalten werden, oder um den heutigen Sprachgebrauch anzuwenden: es konnte nichts gespeichert werden. Papier und Computerchips zum Speichern wichtiger Inhalte waren damals noch nicht bekannt. Aus diesem Grund konnten sich diese Gesellschaften auch nicht wesentlich weiterentwickeln. Kommunikation hing von körperlicher Anwesenheit ab. Man musste also bei den Diskussionen dabei sein, um seine Argumente vorbringen zu können. Eine schriftliche Nachricht kannte man noch nicht. Auch das Tradieren von Gebräuchen konnte nicht schriftlich fixiert werden. Überliefert wird das benötigte Wissen von einer Generation zur nächsten durch mündliches Weitererzählen. Ein sogenanntes kulturelles Gedächtnis⁹ als Grundlage von komplexer werdenden Gesellschaften ist nur in Ansätzen vorhanden, weil eben das mündlich Überlieferte auch wieder vergessen wird und so keine Dauerhaftigkeit erlangt. Erst durch die Erfindung erster Schriftzeichen

und dann der Schrift können Inhalte aufgezeichnet werden und so nächsten Generationen überliefert werden. Erst dadurch werden komplexere Gesellschaftsformen möglich.

Genau wie heute alle wichtigen Regeln, die ein Zusammenleben in unserer modernen Gesellschaft überhaupt erst ermöglichen (zum Beispiel in der Verwaltung niedergeschrieben sind), genau so sind komplexere Gesellschaften erst durch die Speicherung von wichtigen Texten und Regeln möglich geworden.

Mit der Verschriftlichung setzt ein Prozess der Weiterentwicklung von Gesellschaft ein: Herrschaft und vor allem auch die Legitimation der Herrschaft verlässt die religiöse Ebene und wird in weiterer Folge dokumentiert in, wenn man so will: Foren, wie zum Beispiel Gesetzen, Urkunden, Erbfolgeregelungen, Verwaltungen. Anfänglich dient die Schrift nur dem Kult und der Astronomie, später im Zuge der Bildung der Staatswesen wie beispielsweise in China, Mesopotamien oder Ägypten, der Fixierung einer Verwaltung, der Dokumentation von Gesetzen, dem Ruhm der Herrscher zu Lebzeiten und vor allem im Tode durch die Errichtung von Grabstätten (zum Beispiel Pyramiden), die mit Inhalten von und über den Toten versehen wurden.

Die Gesellschaften werden komplexer – Hierarchien entstehen

In der weiteren Entwicklung verfestigen sich die Strukturen der Macht immer mehr und gleichzeitig spaltet sich die Gesellschaft in verschiedene Ebenen auf, es entstehen die ersten Hierarchien. Aus Gott und Religion als Grundlage frühzeitlicher Herrscher tritt der vormoderne Staat hervor, aus den ehemaligen Hohepriestern werden Beamte in den ersten Tempelverwaltungen. Die Schrift wird als neue Strategie der Gesellschaftsteuerung genutzt. Verschriftlichung und Speicherung von Inhalten führt dann zur Ausbildung eben des kulturellen Gedächtnisses. Mit dieser neuen Technik der Speicherung konnten jetzt die wichtigen Inhalte auch in weit ent-

legene Gebiete transportiert werden und natürlich über Jahre konserviert werden. Zazek, dessen Urahn Zogan war, ist mit der neuen Technik des Schreibens gut vertraut und beginnt erste Gesetze niederzuschreiben. Um ihn herum versammelt er die Lese- und Schreibkundigen seiner Zeit. Es ist dies eine kleine gebildete Elite der Gesellschaft. Nur diejenigen, die die neuen Techniken beherrschen, waren in der Lage, sie so anzuwenden, dass damit Macht vermittelt werden konnte. Konnten sie sich doch nun darauf berufen, dass ein Gesetz (welches sicherlich nicht zum Nachteil dieser geistigen Elite geschrieben wurde) da ist, welches man „angreifen“ konnte und welches in einem Archiv oder einer Verwaltung aufbewahrt war. Und als solches musste es natürlich auch gültig sein. Derartige Machtkonstellationen begünstigen einige wenige zu privilegierten Stellungen vor dem Rest der Gesellschaft. Der große Teil bleibt davon ausgeschlossen und partizipiert nicht an den Möglichkeiten der Gesellschaftsteuerung. So auch Wiprecht, der treue Vasall eines angesehenen Fürsten. Als Bediensteter am Hofe hat er zwar einen geregelten Lebensablauf und gewisse Annehmlichkeiten. Chancen auf Meinungsäußerung oder gar politisches Mitspracherecht von Menschen weit unten in der Hierarchie sind aber nicht Teil dieser Gesellschaftsform. Ein Nein Wiprechts hätte vermutlich schweren Kerker nach sich gezogen. Erst kürzlich wurde ein Hufschmied, der gegen die Steuerpolitik des Fürsten aufbeehrte, zu Kerker bei Wasser und Brot verurteilt.

Die Technik der schriftlichen Speicherung funktioniert zu Gunsten des Herrschers, d.h. dass sämtliche Anordnungen des Herrschers angenommen werden müssen, da es noch keine Möglichkeit gibt, in der Form nein zu sagen, dass der Herrscher in seiner Rechtssprechung umdenken hätte müssen, um auch der Stimme der beherrschten Bevölkerung Geltung zu geben. Erst wenn viele Neins von vielen benachteiligten Menschen zusammenkommen und wenn sich diese Neins in einem Medium verstärken, also ein Forum schaffen, erst dann wird auch Wiprecht sich zu widersprechen getrauen und zu seinem Recht kommen.

Beginnende Aufstände und Revolutionen haben noch nicht die Kraft, sich Gehör bei den Herrschern zu verschaffen, da entsprechende Verbreitungsmedien auf Seiten der beherrschten Bevölkerung noch fehlen. Um auf unser Beispiel mit den zwei Freunden Tom und Paul zurückzukommen: Die Beherrschten und Schwachen mussten also zuerst „Kampfsportunterricht“ nehmen, um an Stärke zu gewinnen. Sie mussten sich also erstmals Möglichkeiten schaffen, um sich zu organisieren.

Der Beherrschung durch die Techniken und Mechanismen von Schrift und Medien, Verwaltung und Gerichtsbarkeit fehlt ein entsprechendes Forum (Gegenkommunikation) auf der Seite der beherrschten und unterdrückten Menschen. Erstmalige Ablehnung der Anweisungen der Herrscher erfolgt im Zuge der Erfindung des Buchdrucks. Er ist, wenn man so will, eine Lektion in Sachen Kampfsport. Der Buchdruck verändert die Kommunikation der Beherrschten derart, sodass diese nun die Möglichkeit vorfinden, sich zu organisieren und eine eigene Kommunikation auf die Beine zu stellen, und damit in Opposition zur Obrigkeit zu gehen. Perfektioniert wird dieser oppositionelle Gedanke durch die Entstehung einer regelmäßigen Presse.

Moderne Gesellschaften – Die Kommunikation wird liberaler

Langfristige Änderungen von Machtverhältnissen in der Gesellschaft sind das Ergebnis von Evolution. Dieser Anpassungsprozess ergibt sich aus einer weiteren Steigerung der Vielfältigkeit in der Gesellschaft. So entwickeln sich verschiedene Möglichkeiten an der Macht teilzunehmen. Und dies ist dann nicht mehr nur den „Obere“ vorbehalten. Die Kommunikation beginnt zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten zu „fließen“. Am besten kann man sich das mit Geld vorstellen: Geld ist ja nicht nur Zahlungsmittel, sondern freilich auch Kommunikationsmittel. Bezahle ich eine Ware, dann habe ich als Käufer mit dem Verkäufer

in einer gewissen Art kommuniziert.¹⁰ Und so kommt es, dass mit dem aufkommenden Frühkapitalismus im 13. und 14. Jahrhundert viele Menschen aus den sozialen Unterschichten durch Arbeit und Fleiß zu großem Geldvermögen gekommen sind. So entstanden die reichen Kaufmannsfamilien wie zum Beispiel die Fugger und Welser. Diese Art der Kommunikation verläuft also nicht mehr nur in der Oberschicht, sondern zunehmend in allen Schichten. Ähnlich verhält es sich mit allen anderen in der Gesellschaft ablaufenden Kommunikationen: sie verlaufen zunehmend liberaler und erlauben so immer mehr Möglichkeiten. Im weiteren Verlauf der Entwicklung entsteht dann die Öffentlichkeit, das Publikum, oder mit anderen Worten: ein Forum. Und weil aus diesem niemand ausgeschlossen werden kann, also im Prinzip jeder teilnehmen kann, verwässert sich das starre System der Hierarchien immer mehr zu Gunsten freier Kommunikation.

Als Folge der veränderten Kommunikation verändert sich auch die Gesellschaft: der Herrscher, der Monarch, oder mit anderen Worten: die Politik, verliert ihre dominante, alles bestimmende Rolle. Und so erhält sie letztlich in modernen Gesellschaften „nur“ die Funktion, die Rahmenbedingungen zu schaffen.

In modernen Demokratien wird letztlich ein Mechanismus angewendet, der den Kampf um politische Freiheit von der Obrigkeit lange gekennzeichnet hat: in der Form abweichender Kommunikation¹¹, oder einfach: in der Form des Neins. Dieses Nein, welches ja Alternativen in der Kommunikation hervorruft, wird also in unserer demokratischen Gesellschaft genau dort eingebaut, wo die uns alle betreffenden wichtigen Inhalte besprochen werden: nämlich im Parlament. Dort treffen sich die Politiker als unsere Vertreter, oder eigentlich genauer: als unsere Angestellten, um für unser aller Wohl zu kämpfen – nicht mehr und nicht weniger! Dadurch, dass die beteiligten Politiker hören, welche Bedürfnisse die Menschen haben, was sie bewegt, wo Änderungen von Vorteil wären, also durch das Forum der öffentlichen Meinung am Puls der Menschen liegen, werden wichtige Themen in die politischen Diskussionen

im parlamentarischen Betrieb aufgenommen. Dann wird in den verschiedenen parlamentarischen Sitzungen über diese Themen diskutiert und sie werden schließlich angenommen oder abgelehnt. Wird beispielsweise ein Vorschlag abgelehnt weil er zu ungenau formuliert ist, dann wird erneut diskutiert und es entstehen dann Alternativen oder Verbesserungen zu ursprünglichen Vorschlägen.

Das Potential politischer Gegenkommunikation oder wie Martin Luther zum ersten „Neinsager“ wird

Unter Gegenkommunikation beziehungsweise. Gegenherrschaft versteht man die politische aber auch die kommunikative Organisation der beherrschten Bevölkerung zu einem Forum mit dem Ziel, eigene Ideen und Vorstellungen in die politischen Diskussionen einzubringen. Vereinfacht gesagt werden die eigenen Ideen in einem Medium formuliert und mit Hilfe desselben an die politische Elite adressiert. Beide Seiten verwenden also verschiedene Medien, um Macht auszuüben.

Auf der Seite der Herrschenden sind das neben „klassischen“ Techniken und Mechanismen der Sicherung von Herrschaft wie zum Beispiel Propaganda oder Zensur auch andere herrschaftspolitische Instrumente wie Verwaltungen, Gesetze und Erbfolgeregelungen. Auf der Seite der Beherrschten hingegen ist die Technik des Buchdruckes in Verbindung mit Flugschriften ein erster Versuch, sich aus der politischen Bevormundung medial zu befreien.

Wie viele andere Reformer auch, so wollte Martin Luther Missstände in der Kirche aufzeigen. Aber niemals wollte er eine Kirchenspaltung bewirken. Seine 95 Thesen waren der Versuch, eine Art Vorschlag für Reformen anzubieten. Dass er dabei einen Stein ins Rollen brachte, der nicht mehr aufzuhalten war, oder mit anderen Worten: die Möglichkeiten des Neins aufzeigte, hätte sich niemand erdenken können. So aber ist es der Beginn einer neuen Ära. Die Ära einer Gegenöffentlichkeit, oder die von Neinsagern, die nach und nach in Opposition zur Machtelite gehen. Als „politi-

sche“ Konsequenz entsteht dann in weiterer Folge bekanntlich die bürgerliche Öffentlichkeit mit der sich langsam bildenden machtvollen öffentlichen Meinung als „Gegenpol“ zu den Herrschern. Den Endpunkt dieser Entwicklungen markieren moderne Demokratien mit ihren Verfassungen.

Nachdem sich unterdrückte, von politischer Teilnahme ausgeschlossene Bevölkerungsteile kommunikativ emanzipieren, gewinnt der Informationsfluss von den Beherrschten zu den Herrschenden immer mehr an Bedeutung.¹² Von der kommunikativen Umklammerung herrschaftlicher Bevormundung versuchen sich große Teile der Gesellschaft nach und nach durch die Schaffung einer Sphäre von Freiheit und Privatheit loszulösen, die sich in der Äußerung verschiedener Rechte, genauer in der Erklärung der Menschenrechte als individuelle Abwehrrechte gegen den Staat, manifestieren. Die aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten entstehende städtische Schicht der Bürger formiert sich seit dem 16. Jahrhundert langsam zu einem Publikum oder öffentlichem Forum, das in Kombination mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg mehr und mehr als Gegenpol zum Staat wird. Die sich im Absolutismus bildende bürgerliche Gesellschaft schließt an den Gedanken des freien Informationsflusses an und setzt ein „kommunikativ-politisches Kraftfeld frei, das fortan Gewinnung und Erhaltung von Macht bestimmt: die Öffentliche Meinung.“¹³ Hierbei dienen Medien wie Broschüren, Zeitung und Zeitschrift als Sprachrohr zwischen den Systemen.

Das Potential des Neins in der Kommunikation konnte nun immer wirksamer werden und der Weg für weitere Strukturänderungen zu Gunsten der Beherrschten war geebnet. Neue Rechte und Pflichten werden auf die Bürger übertragen. Die Teilnahme am politischen Prozess gewinnt an Bedeutung und führt schließlich zu modernen Demokratien. In diesen fließen Informationen und Macht gleichberechtigt. Die ursprünglich beherrschte und benachteiligte Bevölkerung hat sich mit entsprechenden Mitteln Stärke verschafft und wird nun als vollwertiger Kommunikationspartner

ernst genommen. So wie sich Tom Respekt bei seinem anfänglich dominanten Freund verschafft hat, so wird die „Öffentliche Meinung“ auf der Seite der Beherrschten zum Mittel, gegen die kommunikative Vermittlung von Macht seitens der Herrschenden, der Politik oder dem Staat, erfolgreich die eigene Meinung zu artikulieren.

Bedeutung des Internets im politisch-kommunikativen Diskurs

Nach all diesen Überlegungen zur Historie gesellschaftsrelevanter Kommunikation, deren evolutiven Funktionsmechanismus von Annahme/Ablehnung und der Bedeutung medialer Gegenkommunikation, ist nun in diesem Zusammenhang das Potential des modernsten Mediums oder Forums unserer Zeit hinsichtlich dessen gesellschaftsrelevanter Fähigkeiten, einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie zu leisten, zu bewerten.

Das Internet, ursprünglich als Vernetzung von Universitäten und Forschungseinrichtungen zur Steigerung knapper Rechenkapazitäten in den USA eingerichtet, hat viele Bereiche des alltäglichen Lebens weitgehend verändert. Vor allem aber erinnern die Auswirkungen des Internets auf die Kommunikation und Informationsübertragung an die Folgewirkungen, die einst der Buchdruck mit sich brachte. Waren es damals die Beschleunigung der und vor allem die Zugänglichkeit zur Kommunikation die eine kommunikative Revolution auslösten, so erweitert das Internet heute die Möglichkeiten der Kommunikation nochmals wesentlich.

Während sich in der Zwischenzeit politische Strukturen durch die vom Buchdruck angeregte Entwicklung zur Massenkommunikation verändert haben, so hat das Internet die Kommunikation an sich noch einmal verändert und demokratisiert: von der Einwegkommunikation der Massenmedien weg, bietet das Internet nun den Medienkonsumenten die Möglichkeit, ihrerseits zu den Medien Kontakt aufzunehmen. Diskussionsforen und Feedback-

Optionen fördern so einen konstruktiven Diskurs. Auch die Entstehung sozialer Netzwerke und die Vernetzung von Gleichgesinnten in und zu Online-Communities mit dem Ziel des kommunikativen Meinungsaustausches sind ein internetspezifisches Charakteristikum der Demokratisierung von Kommunikation.

Wie groß das politische Potential des Internets wirklich ist, verdeutlichen die Entwicklungen im Iran, wo die wechselseitigen Zusammenhänge von Politik, politischer Repression, Zensur, Emanzipationsbestrebungen der Menschen, Delegitimierung der bestehenden politischen Ordnung und der Instrumentalisierung von Gegenöffentlichkeit an die Anfänge des Demokratisierungsprozesses in Europa erinnern. Diese Gegenöffentlichkeit verschafft sich, ähnlich wie es die Presse im 17. und 18. Jahrhundert in Europa vollbrachte, durch ein Medium Gehör: die Internetplattform *www.twitter.com* wird zum weltweiten Sprachrohr unterdrückter und sich vom Herrschaftssystem emanzipierender Menschen. Wie nachhaltig sich diese Gegenöffentlichkeit formiert und institutionalisiert bleibt abzuwarten.

Das Potential des Internets hinsichtlich des politischen Meinungsaustausches erschöpft sich aber keineswegs in der kommunikativen Evolution hin zu demokratischen Verhältnissen (Iran); vielmehr verstärkt das Internet in allen Gesellschaftsformen den kommunikativ-politischen Diskurs. Gemeint ist hier das Potential des Internets, als direktdemokratisches Instrument Eingang in den politischen Prozess zu finden.

Jeder kann heute neue Gedanken in die Öffentlichkeit bringen, ohne an der Ablehnung von Redaktionen zu scheitern oder der Anzeigenabteilung Geld hinlegen zu müssen. Wie aber könnte das Internet bestehende demokratische Institutionen wie Wahlen oder den direkten Volkswillen noch demokratischer machen? Denn das praktizierte demokratische Handeln entspricht noch nicht ganz den Vorstellungen einer idealen Demokratie. Jeder kennt das Problem des Verzerrens des Wählerwillens. Nicht nur, dass die Identifizierung mit den Inhalten einer Partei nicht immer zu 100 Prozent

mit den individuellen Vorstellungen übereinstimmt, sondern auch, dass etwaige Regierungskonstellationen nicht im Sinne des Wählerwillens erfolgen.¹⁴

Darüber hinaus empfinden viele, dass die politische Elite manchmal arrogant und abgehoben daherkommt. So sind viele der Entscheidungen von denen „da oben“ den normalen Bürgern oft nicht nachvollziehbar. Und ganz unverständlich werden uns die „oberen“, wenn wieder einmal auf mysteriöse Weise große Mengen an Geld irgendwo verschwinden. Und noch größeren Zorn bei der Bevölkerung lösen die „oben“ aus, wenn sie so tun, als ob sie nur für sich selbst Politik betreiben würden. Dabei vergessen die oben anscheinend immer wieder, dass sie nur als die Angestellten von denen da unten bestellt sind. Es scheint fast so, als ob sich das an und für sich gute und demokratische Forum einer öffentlichen Meinung und Kontrolle der Machthaber zu Gunsten eben dieser Machthaber verselbstständigt hat. Es muss also wieder einmal, wie schon so oft in der Geschichte, ein neues Forum her, dass Schwächen in einem bestehenden Forum zu Gunsten aller Menschen beseitigt.

Die Lösung könnte mit dem Begriff „Politik in Echtzeit“ beschrieben werden. Dabei könnten mit Hilfe von intelligenten Abstimmungs- und Entscheidungsverfahren eigene politische Eingaben ins Parlament ermöglicht werden. In der Praxis führt dies zu einer Weiterentwicklung des bestehenden parlamentarischen Entscheidungsprozesses. Nicht mehr nur wie bisher alle paar Jahre sondern nunmehr vor jeder Abstimmung im jeweiligen Parlament hat der Bürger direkte Möglichkeiten der Mitbestimmung. Um eine solche Vorstellung von Demokratie umsetzen zu können, bedarf es eines wirklich effizienten Kommunikationssystems, das nicht nur vor den Wahlen zum Einsatz kommt, sondern eine dauerhafte Verbindung zwischen Bürger und höchster Entscheidungsinstanz zur Verfügung stellen kann. Es dürfen nicht nur vergangene politische Leistungen und Wahlversprechen bewertet werden können, vielmehr muss im Vorfeld und in Echtzeit Einfluss auch auf kurz-

fristig bevorstehende Entscheidungen genommen werden können. Mit der Entwicklung des Internets steht nun ein für diese Zwecke geeignetes Medium zur Verfügung, welches diese Anforderungen erfüllen könnte. Auf Grundlage dieser technischen Möglichkeiten kann das Konzept der direkten Demokratie sinnvoll weiterentwickelt und in der Realität umgesetzt werden.¹⁵

Quellenverzeichnis

- 1 Unter quartären Medien versteht man solche Medien, die für den Kommunikationsprozess einen Computer und/oder eine Onlineverbindung benötigen (zum Beispiel Internet).
- 2 Mit der mathematischen Formel $n^2-n/2$ lassen sich solche Beziehungen quantitativ ausdrücken.
- 3 Wilke, Jürgen: Entwicklungsstufen und Determinanten der Kommunikationsgeschichte; S. 410-423; in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 53. Jg; Friedrich Verlag, Seelze; 2002.
- 4 Rapoport, Anatol: Vorwort; S. 14; in: Wimmer, Hannes: Evolution der Politik. Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie; WUV-Universitätsverlag, Wien; 1996.
- 5 Baraldi, Claudio: Glossar zu Niklas Luhmann. Theorie sozialer Systeme; S. 66; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 1999.
- 6 Seiser, Gertraud/Mader, Elke: Theoretische Grundlagen der Ökonomischen Anthropologie; <http://www.lai.at/web/oeku/cp/theogrundlagen/theogrundlagen-275.html>; (Zugriff: 14.05.2010); 2007.
- 7 Faulstich, Werner: Das Medium als Kult; S. 62; Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen; 1997.
- 8 Ebd. S. 68.
- 9 Assmann, Aleida/Assmann, Jan: Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis; S. 114; in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien; Westdeutscher Verlag, Opladen; 1994.
- 10 Faulstich, Werner: Mediengeschichte. Von den Anfängen bis 1700; S. 122; Utb, Göttingen; 2006.
- 11 Rapoport, Anatol: Vorwort; S. 11; in: Wimmer, Hannes: Evolution der Politik. Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie; WUV-Universitätsverlag, Wien; 1996.
- 12 Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit; Suhrkamp, Frankfurt am Main; 1990.
- 13 Schmolke, Michael: Kommunikationsgeschichte; S. 237; in: Burkart Roland/Homberg, Walter: Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung; Braumüller Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien; 2004.
- 14 Als bestes Beispiel lässt sich hier die Nationalratswahl 2000 in Österreich anführen, wo die gebildete Regierung von ÖVP-FPÖ nicht dem Wählerwillen entsprach.
- 15 Vgl. dazu die Anregungen zu Politik in Echtzeit und Möglichkeiten direkter Demokratie auf www.vvvd.de.

Demokratie: Sieger im Wettbewerb der Herrschaftsformen?

Von Christine Kaar

Demokratie. Aktuelles Herrschaftssystem in Österreich, genauso wie im Rest der Welt bis auf Ausnahmen wie beispielsweise China, Kuba oder Nigeria. Teilweise einst hart erkämpft oder von anderen auferlegt, ist es heute meist eine Selbstverständlichkeit für uns geworden, in einem demokratischen System zu leben. Hart erkämpft, wenn man sich an Bilder aus dem Geschichtsunterricht erinnert, wo unzählige unzufriedene BürgerInnen für ihre Rechte auf die Straße gingen. Von anderen auferlegt, wenn man sich an Bilder aus den Nachrichten erinnert, wo 2003 die Hussein-Statue mit Hilfe von amerikanischen Panzern gestürzt worden war. Dennoch, die Freude der irakischen Bevölkerung – zumindest jedenfalls die Ungetrübtheit der Freude – war von den Medien inszeniert. Dass die USA dabei nicht nur Demokratie in den Irak sondern sich vor allem auch den Zugriff auf irakisches Öl sichern und Geld in die USA bringen wollte, weiß man schon längst. Als Effekt bleibt, dass der Irak – rein formal – demokratisiert wurde. Eine rein formale Demokratie, wie es sie auch in anderen Ländern der Erde gibt, ist aber noch längst kein Zeichen für eine wirkliche Herrschaft des Volkes.

Wo die Demokratie heute steht und in welchem Zustand sie ist, hängt also von vielen Faktoren ab. Das genauer zu beleuchten, soll dieser Beitrag versuchen.

Bei einem Streifzug durch die Vergangenheit der Demokratie und verschiedenen Formen der Herrschaft in anderen Ländern unserer Erde soll der Antwort auf die Frage, ob Demokratie immer die beste Lösung ist, näher auf den Grund gegangen werden.

Hat sich Demokratie in Österreich zwar bereits seit längerem gut etabliert, stellt sich dennoch bei immer schrumpfender Wahlbeteiligung die Frage, ob das demokratische System noch funktionstüchtig ist. Sind es wirklich die BürgerInnen, die – wie es in der Demokratie sein sollte – die politischen Entscheidungen treffen, oder

handelt es sich vielleicht nur noch um eine Schein-Demokratie? Oder ist es sogar besser, das Regieren einer Elite zu überlassen, da es dem Volk nicht zumutbar ist, einen Staat am Laufen zu halten?

Es sind spannende Fragen, die sich bei der Betrachtung der Thematik aufwerfen. Die Vorabbemerkung, dass sich nicht für alle Fragen eindeutige Antworten finden werden, soll allerdings nicht die Lust auf das Lesen nehmen. Im Gegenteil, es soll Mut machen, eigene Gedanken dazu zu entwickeln und nicht davor zurückzusehen, selbst politisch aktiv zu werden – was schon mit dem einfachen Schritt beginnt, wählen zu gehen.

Wie kommt es aber nun zu einer Demokratie? Wie hat sich diese in unserer Gesellschaft bis hin zu einer Selbstverständlichkeit entwickelt? Zum besseren Verständnis wollen wir dazu mit einer Zeitreise zu den Anfängen der Demokratie beginnen.

Historische Entwicklung - Antike Zustände

Athen, kurz vor Sonnenaufgang. Auch heute macht sich ein guter Teil der Stadtbevölkerung erneut auf den Weg zur großen Versammlung. Gestern ist man aufgrund des plötzlichen Regengusses nicht mehr zum Ende gekommen. Wieder strömen etwa 6.000 Menschen, Reiche und Arme, Jugendliche und Alte zusammen und lauschen gespannt dem Redner. „Mehr Geld für den Ausbau der Schulen!“, fordert dieser und zerschlägt in seinem gewandten Vortrag die Argumente seines Vorsprechers. Applaus, dann die Abstimmung: Etwa 4.500 Hände (so die grobe Schätzung) gehen nach oben. Das ist eindeutig die Mehrheit und damit ist beschlossen: In Zukunft soll mehr Geld in den Ausbau von Schulen investiert werden.

Eine lächerliche Utopie? Nein: Gelebte Realität vor etwa 2.500 Jahren auf Boden des derzeitigen europäischen Pleitegeiers Griechenland, wo die Vorläufer beziehungsweise Ursprünge der Demokratie zu finden sind.

Der Begriff „Demokratie“ tauchte erstmals im antiken Griechenland in Athen auf und bezeichnete dort eine Verfassungsform,

in der das Volk (griechisch „demos“) die Herrschaft („kratia“) inne hatte.¹ Das politische Geschehen konnte dort von allen Bürgern bestimmt werden. Alle Bürger – das waren arme wie reiche, jeder mit gleichem Stimmrecht – Frauen und Sklaven waren allerdings ausgenommen. Damit gab es vor mehr als 2.000 Jahren ein Maß an Mitbestimmung, wie es nachher nicht mehr erreicht wurde: So wurden beispielsweise alle Gesetze in großen Volksversammlungen beschlossen. Immerhin 6.000 der etwa 35.000 „wahlberechtigten“ Bürger Athens trafen sich beinahe wöchentlich, um politische Entscheidungen zu treffen. Warum es nicht mehr waren, die sich daran beteiligten, ist schnell erklärt: Viele Männer mussten arbeiten und hatten keine Zeit, an den Versammlungen teilzunehmen. Der Großteil der Entscheidungsträger war demnach arbeitslos, bereits im Ruhestand, wohnte in der Nähe des Versammlungsortes oder konnte es sich leisten, einige Tage nicht zu arbeiten – insgesamt aber dennoch ein halbwegs ausgewogenes Verhältnis.

Beamte und andere Amtsinhaber wurden durch Losentscheid bestimmt oder gewählt, ebenso wurden auch Gerichtsverhandlungen von direkt aus dem Volk bestimmten Richtern geführt. Kurz gesagt ging man davon aus, dass jeder Bürger fähig sei, ein Amt zu bekleiden².

Das ist eine Ansicht, die heute nicht mehr geteilt wird. Besonders diese Radikalität, mit der die Bürger im Prozess der Entscheidung und in der Ausübung von Ämtern das politische Geschehen bestimmten, wurde später eher kritisiert, man setzte vermehrt „Eliten“ ein, denen man mehr Entscheidungsbefugnisse zutraute. Ob diese Eliten allerdings wirklich immer fähig sind, die richtigen Entscheidungen zu treffen, sei dahingestellt.

Im historischen Athen wurden in der Volksversammlung durch die Bürger die Gesetze beschlossen (Legislative), durch die gewählten oder gelosten Richter wurde aufgrund dieser Gesetze das Recht gesprochen (Judikative) und Bürger, die ein entsprechendes Amt innehatten, sorgten dafür, dass die Rechtssprüche auch vollzogen wurden (Exekutive).

Revolution! – Die Entstehung der modernen Demokratie

In der Zeit der Französischen Revolution, nach vielen Jahren des Absolutismus, der Monarchien und Adelherrschaften, wurde der Ruf nach politischer Mitbestimmung laut.

Es wurde eine neue Form von Demokratie gefordert, die um vieles gemäßiger sein sollte als die Demokratie im frühen Athen, dafür um repräsentative Elemente reicher. Diese wurde von Kritikern nämlich als gefährlich eingestuft – man fürchtete durch Beeinflussung der Bürger das Risiko einer Tyrannei und hielt nur eine gemäßigte, repräsentative Demokratie für ein einigermaßen stabiles System.

Im Gegensatz dazu sahen allerdings manche Denker der Zeit (so etwa John Stuart Mill oder Alexis de Tocqueville) gerade diesen hohen Grad der Bürgerbeteiligung und den „Zwang“, durch schwungvolle Argumentation und Reden die anderen von etwas überzeugen zu müssen, als unerlässlich. Erst dadurch entstehe die Möglichkeit der Ausbildung einer umfassenden eigenen Urteilskraft, wie sie bei weniger Mitbestimmung nicht möglich sei. Das einzige Gegenargument: Bei diesem Zwang zur politischen Betätigung bliebe die persönliche Freiheit auf der Strecke.³ So alt diese Diskussion um die antike und moderne Demokratie schon sein mag – die Kernpunkte der Auseinandersetzung betreffen uns auch noch heute, wie etwa das Verhältnis von Gleichheit und Freiheit oder von Beteiligung und Ausschluss der BürgerInnen an der Politik.

Nach Jahrhunderten, in denen der Großteil der Bevölkerung von Alleinherrschern regiert wurden, kam das Zeitalter der Aufklärung, in dem die Menschen zu rationalem Benutzen ihres eigenen Verstandes angehalten wurden.

Alles lief auf den „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ hinaus – die von SchülerInnen oftmals heruntergebetete Definition der Aufklärung von Immanuel Kant. Im ökonomischen Bereich wurde nach mehr Eigenverantwortung zur freien wirtschaftlichen Entfaltung gerufen und die Forderung

nach Ent-Privilegierung des Adels und einem Ende der feudalen Strukturen kam auf. Man begann daran zu zweifeln, dass Gott alleine den Herrscher bestimmen konnte, was eine andere Rechtfertigung für politische Machtausübung notwendig machte.⁴

Die antike Demokratie musste angesichts des gewandelten gesellschaftlichen Umfelds an die veränderten Umstände angepasst werden. Anstelle von kleinräumigen politischen Gemeinden waren große Territorialstaaten getreten, in denen ein häufiges Zusammentreten zu Verhandlungen von 6.000 Menschen und mehr rein logistisch undenkbar gewesen wäre.

Die Forderung nach Gewaltentrennung und Beschränkung der Herrschermacht wurden in der westlichen Welt nun auf sehr verschiedenen Wegen verwirklicht.

Die englische Gelassenheit

In England entwickelte sich die Demokratie in kleinen Schritten – bereits ab dem 14. Jahrhundert gab es ein Parlament, aus dem später dann das „House of Commons“ (Unterhaus) hervorging, zu dem auch Nicht-Adelige Zutritt hatten. In der Form einer konstitutionellen Monarchie wurde durch die Gewaltenteilung, die in der Trennung in Ober- und Unterhaus und den König vollzogen wurde, eine Balance politischer Gewalten erreicht. Die Möglichkeit der Bürger, ihre Repräsentanten zu wählen, war ebenfalls ein Schritt in Richtung Demokratie, die sich in England langsam entwickelte.⁵

Frankreich's Sturm zur Demokratie

In Frankreich wurde 1789, einige Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung der USA, dem Absolutismus mit der französischen Revolution ein Ende bereitet. Wenig später wurde die Souveränitätserklärung des Bürgertums und die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte veröffentlicht, worin die wichtigsten Punkte – ähnlich wie in der Unabhängigkeitserklärung – die Freiheit und

Gleichheit der Menschen betreffen. In weiterer Folge sollen diese durch ein demokratisches System, das für die Erhaltung der Freiheiten und des Wohls der Gesellschaft am besten sei, geschützt werden. Die Französische Revolution und ihre Errungenschaften können somit als Grundstein für demokratische Systeme in Europa gesehen werden.⁶

Nachzügler Deutschland / Österreich

In Deutschland und Österreich entwickelte sich die Demokratie erst mehr als 100 Jahre später, im Laufe des 19. Jahrhunderts. Nachdem zur Zeit Napoleons in ganz Europa wieder vermehrt alte monarchische Kräfte die Politik bestimmten, wurde mit der Juli-Revolution in Frankreich 1830 auch in Deutschland zunehmend der Ruf nach politischer Mitbestimmung laut. Das allgemeine Wahlrecht wurde in Deutschland 1871 eingeführt, im europäischen Vergleich sehr früh. Dieses ging aber nicht mit der Einführung von demokratischen Verhältnissen einher, da das Parlament kaum Befugnisse hatte und die Macht weiterhin beim Kaiser lag. Von einer Demokratie kann man in Deutschland erst ab 1919 mit der Einführung der Weimarer Verfassung sprechen.⁷ In Österreich wurde mit der Gründung der Republik Österreich 1918 die Demokratie eingeführt, die Grundlagen dafür wurden dann 1920 in der Bundesverfassung verankert.

Der Stand der Demokratie heute – die „beste Herrschaftsform“?

Heute können etwa 120 Länder der Welt als (mehr oder weniger) „demokratisch“ bezeichnet werden, wobei darunter hauptsächlich die „westlichen“ Staaten zu finden sind, wie in der Abbildung ersichtlich ist.⁸

Parlamentarische Demokratien*, 2008



* Freedom House überprüft mit Hilfe diverser Indikatoren den Freiheitsgrad von Staaten und staatlichen Territorien. Da nicht alle Demokratien sämtliche Freiheits-Kriterien voll erfüllen, sind auch „eingeschränkt freie“ Demokratien aufgeführt.

Quelle: Bundeszentrale für Politische Bildung (Freedom House) 2009, Freedom in the world – Electoral Democracies

Ausformungen von Demokratie gibt es unzählige – während beispielsweise in der Schweiz viele Elemente von direkter Demokratie enthalten sind, sind in den restlichen europäischen Ländern großteils repräsentative Demokratien zu finden, die auf unterschiedlichen Regierungssystemen (präsidentielle oder parlamentarische beziehungsweise Mischformen) beruhen.

Ein Beispiel von direkter Demokratie: Volksabstimmungen

Staat	Zeitraum (von - bis)		Anzahl	Abstimmung pro Jahr
Schweiz	1798	2008	533	2,54
Australien	1898	2002	72	0,69
Irland	1937	2004	31	0,46
Italien	1797	2006	87	0,42
Frankreich	1791	2005	38	0,18
Dänemark	1916	2000	19	0,23
Schweden	1910	2003	7	0,08
Norwegen	1905	1994	6	0,07
Österreich	1945	2006	2	0,03

Quelle: Jurschitz 2008, Braumüller.⁹

Während in der Schweiz beispielsweise in Fragen, ob Cannabis legalisiert oder Minarette verboten werden sollen, die BürgerInnen das Sagen haben, wurde in Österreich eine Volksabstimmung bisher erst in zwei Fällen durchgeführt: 1978 wurde über die friedliche Nutzung von Kernenergie (anlässlich der Frage über die Inbetriebnahme des Kraftwerks in Zwentendorf) abgestimmt, was mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde und 1994 fand zwingend (da es sich um eine Gesamtänderung der Bundesverfassung handelte) eine Abstimmung zum EU-Beitritt statt, den etwa zwei Drittel befürworteten.

„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen“

„...abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“.¹⁰

Winston Churchill, von dem dieses Zitat stammt, findet damit im Großteil der Welt grundsätzlich Zustimmung, ist doch die Demokratie die einzige Herrschaftsform, die der Bevölkerung die Chance gibt, das politische Geschehen selbst mitzubestimmen. Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf dem Prinzip von Gewaltentrennung und auf Rechten beziehungsweise einer Verfassung beruhen, politische Führungseliten sind immer nur auf Zeit an der Macht und können sehr leicht durch andere ersetzt werden, wenn sie nicht nach dem Allgemeinwohl handeln. Auch in Österreich gibt man Churchill weitgehend Recht: Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung hält die Demokratie für die beste Regierungsform.¹¹

„Politik ist nicht mein Ding“ – herrscht Demokratiemüdigkeit?

Kommt man nun noch einmal auf Churchill's Worte von der besten der schlechten Herrschaftsformen zurück, muss man ihm wohl Recht geben. Nur in der Demokratie muss sich die Mehrheit nicht bedingungslos einer kleinen Minderheit beugen, der Einzelne hat Rechte auf Mitbestimmung, genauso wie auf persönliche Freiheit.

Gewaltenteilung und Menschenrechte sind unverzichtbare Elemente der Demokratie, die ein faires Miteinander ermöglichen.

Das System der Demokratie und auch die Repräsentation in einem Parteiensystem findet in der Theorie breite Zustimmung. Betrachtet man die neuesten Entwicklungen, ist dies in der Praxis allerdings nicht mehr so deutlich ersichtlich. Die ständig schrumpfende Wahlbeteiligung lässt sich sicher nicht auf den Faktor „Demokratiemüdigkeit“ alleine zurückführen. So tat etwa bei der letzten Bundespräsidentchaftswahl im April 2010 das Wetter und ein ohnehin feststehendes Endergebnis das seine, dass etwa 50 Prozent der Wahlbevölkerung die zehn Minuten Lebenszeit und die Energie für das Kreuz-Machen anders zu nutzen wussten.

Zeiten, in denen sich Menschen in unseren Breiten mit ihrem Leben für ihre Meinungsfreiheit einsetzen, sind längst passé, genauso wie die Bereitschaft zur beinahe wöchentlichen Partizipation in Volksversammlungen heute nicht mehr denkbar wäre. Ist die Bevölkerung heutzutage überhaupt noch interessiert an politischer Mitbestimmung oder an Politik im Allgemeinen?

Freitag, 08:15

(oder Null-Acht-Fünfzehn, im wahrsten Sinne des Wortes). Nach den Radio-Nachrichten mit dem üblichen Infotainment-Paket, das diesmal Vulkanasche, griechische Geldsorgen und die Scheidung Sandra Bullocks beinhaltet, ein Beitrag, der aufhorchen lässt. Eine Passantin wird befragt, das heutige Thema dreht sich um die anstehende Bundespräsidentchaftswahl.

„Wer könnte jetzt Bundespräsident sein?“ – „Ich weiß es nicht.“ – „Machen wir es einfacher. Wer ist Bundeskanzler? Ich sage Ihnen zwei Möglichkeiten: Josef Pröll oder Werner Faymann.“ – „Da würde ich den ersten sagen, (...), aber mir sagen beide Namen jetzt gar nichts.“¹²

Was als Satire anmutet, ist leider traurige Realität. Dass es sich bei der interviewten Person um eine Jugendreferentin einer Partei

handelt, sei nur ein Detail am Rande, über das man sich selbst seine Meinung bilden kann. Ein trauriges Einzelbeispiel? Das kann man so leider nicht behaupten. Auch andere Personen, die kurz vor den Wahlen zu politischen Themen befragt wurden, meinten zu wissen, dass Schwarzenegger bereits Präsident von Amerika gewesen sei, konnten bei der Frage nach der Abkürzung für „ÖVP“ nur über ihr eigenes Unwissen lachen oder entgegneten der Frage nach dem amtierenden Bundespräsidenten nur trocken mit „Politik ist nicht mein Ding“. ¹³

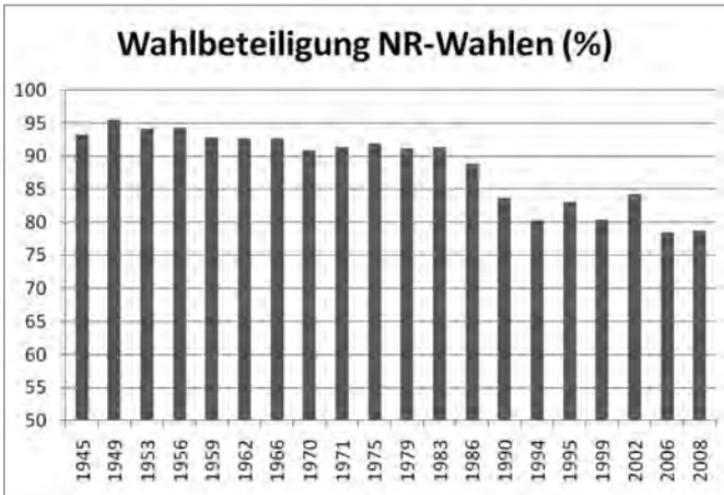
Die österreichische Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Längst vergessen sind Zeiten, in denen freie Wahlen keine Selbstverständlichkeit waren, viel zu weit entfernt sind Länder, in denen auch heute noch erbittert um Mitgestaltung gekämpft wird. Die Mitgliederzahlen der Parteien sind rückläufig, genauso gibt es immer mehr WechselwählerInnen. Die Tendenz zu weniger festen Bindungen und mehr Individualität ist aber keine allein politische Entwicklung, sondern zeigt sich in unserer Gesellschaft auch in vielen anderen Bereichen wie Sportvereinen, der Kirche oder im neuen Trend der „Lebensabschnittspartner“. ¹⁴

100 Prozent Wahlbeteiligung – eine Utopie?

Streng genommen ja, denn da alleine nach Erstellung des WählerInnen-Verzeichnisses etwa 0,2 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung stirbt¹⁵, liegt die theoretisch maximal erreichbare Wahlbeteiligung bei 99,8 Prozent. An solche Zahlen ist allerdings ohnehin weit nicht zu denken und erinnert höchstens an „Wahlen“, bei denen man zwischen einem am Stimmzettel dominanten „Ja“ und einem kleinen und mitunter schwerwiegenden Folgen auf sich tragenden „Nein“ entscheiden konnte (man erinnere sich nur an die wohl „eindeutigste“ Wahl in der Geschichte Österreichs 1938, wo 99,73 Prozent für den Anschluss an Deutschland stimmten).

Heute ist die Wahlbeteiligung durchschnittlich am Sinken: Während bei der Nationalratswahl 2002 noch 84,3 Prozent den Gang

zur Urne für wichtig erachteten, erschienen 2008 nur noch 78,8 Prozent zur Wahl. Noch geringer ist die Wahlbeteiligung bei Landtags- und Gemeinderatswahlen, so lag diese in Wien 2005 bei 60,5 Prozent¹⁶ Die EU-Wahlen sind gar für weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten interessant: 2009 nahmen 46 Prozent der wahlberechtigten ÖsterreicherInnen teil.¹⁷



Quelle: Eigene Darstellung.

Gründe für das Nicht-Wählen gibt es viele: Unzufriedenheit mit den kandidierenden Parteien oder Personen, Protest, kein Interesse an Politik generell oder der Glaube, man habe mit seiner Stimme ohnehin keinen Einfluss.¹⁸ Generell kommt man beim Hinterfragen der Gründe wieder auf den Wandel der Gesellschaft zurück. Politik ist nicht primär dafür verantwortlich die materielle Existenz zu sichern, was eines der wichtigsten Bedürfnisse der Menschen darstellt. Somit sinkt diese in ihrer Bedeutsamkeit für das tägliche Lebensumfeld. Hinzu kommt, dass durch die Berichterstattung in den Medien die BürgerInnen zwar umfassend über das politische Tagesgeschehen aufgeklärt werden, allerdings aber in der Informationsflut auch viele Missstände in der Politik oder Skandale über

einzelne Personen enthalten sind, die die Politik in ein schlechtes Bild rücken. Generell ist die Demokratie, die sich über mehrere Jahrzehnte wieder in Österreich etabliert hat, zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Nachdem es keine Wahlpflicht gibt, ist es das Recht aller BürgerInnen, selbst zu entscheiden, ob man sein Wahlrecht nutzen möchte.¹⁹ Eine geringe Wahlbeteiligung muss aber keinesfalls ein Hinweis auf Unzufriedenheit mit dem System der Demokratie sein, sie könnte im Gegensatz auch bedeuten, dass die vorherrschende Situation grundsätzlich als akzeptabel angesehen wird und es von Seiten der BürgerInnen keines Einschreitens (beziehungsweise keiner Stimmabgabe) bedarf.

Wie demokratisch ist unsere Demokratie?

Die meisten Belange werden in Österreich indirekt über Parteien und deren VertreterInnen bearbeitet. Warum? Eine direkte Entscheidung von einzelnen gesellschaftspolitischen Fragen rein durch die Bevölkerung ist oft nur mit nicht zu unterschätzendem organisatorischem Aufwand und Kosten zu bewältigen. So heißt es. Dennoch darf man nicht vergessen, dass durch Wahlkampf beziehungsweise Verbreitung von Informationen zu den brisanten Themen auch ein positiver Effekt entsteht – bei den BürgerInnen Interesse zu wecken und ihnen mehr Entscheidungsgewalt zu überlassen. Nebenbei ist auch zu überlegen, ob sich in Zeiten, in denen das Internet als Medium immer häufiger genutzt wird, die Kosten für diese Art von Wahlen und die Informationsverbreitung nicht auch geringer gehalten werden könnten.

Momentan ist allerdings noch Tatsache, dass fast alle Entscheidungen von VertreterInnen getroffen werden. Nicht nur bei geringer Wahlbeteiligung stellt sich die Frage, ob diese VertreterInnen genug Legitimation besitzen, um wichtige Fragen, die die gesamte Bevölkerung betreffen, „alleine“ entscheiden können. Das Wahlverhalten richtet sich längst nicht mehr nur nach rein inhaltlichen Fragen. Es spielen sehr viele externe Faktoren (Einzelpersonen,

Populismus, Wahlversprechen, verdrehte Darstellung von Tatsachen, Werbung, Medien, „öffentliche Meinung“) eine große Rolle für die Wahlentscheidung und in Folge auch dafür, wer dann die politischen Entscheidungen treffen oder zumindest nachhaltig beeinflussen wird. Medien schlagen sich auch gerne einmal auf eine politische Seite oder werden sogar von der Politik beherrscht. Davon weiß man in der Alpenrepublik ein Lied zu singen: Nachdem erfolgreich gegen Zwentendorf aktiviert wurde und das verblichene Blau-Orange keine ordentlichen politischen Schlagzeilen mehr liefert, setzte König Hans Dichand eben seinem alten Kumpanen Werner die Krone auf, bevor es auch um ihn still wurde. Nur am Rande sei erwähnt, dass die Kronenzeitung mit etwa drei Millionen LeserInnen unter etwa acht Millionen EinwohnerInnen eine im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohe Reichweite besitzt und ihr damit eine nicht vernachlässigbare Beeinflussung der WählerInnen nachgesagt wird.

! hier war eine Leere Fußnote???

Demokratie oder Parteiendiktatur?

Im politischen System Österreichs finden sich vor allem repräsentative Elemente: VolksvertreterInnen, die direkt oder meist indirekt über die sie aufstellende Parteien vom Volk gewählt worden sind, entscheiden über politische Sachverhalte und sollen dabei bestmöglich den Willen der WählerInnen repräsentieren. Dass sich das nicht immer einfach umsetzen lässt, ist nachvollziehbar. Auch in Österreich sind Elemente direkter Demokratie vorhanden. Zumindest auf dem Papier. So muss nach einem Volksbegehren, das von mehr als 100.000 wahlberechtigten Personen unterschrieben wird, das betreffende Thema im Parlament behandelt werden. Einen Handlungszwang gibt es aber nicht.

Handlungszwang besteht nur nach einer Volksabstimmung, die wie bereits erwähnt, erst in zwei Fällen durchgeführt wurde. Die größte Beteiligung hatte das Volksbegehren 1982 mit etwa 25 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung, die sich gegen den Bau

eines Konferenzentrums aussprach. Das Thema wurde, wie es das Gesetz vorsieht, im Parlament behandelt, das Konferenzzentrum aber dennoch gebaut. Auch nach dem Großteil der anderen Volksbegehren blieben nur Aktenberge und Diskussionen, die am Ende wieder zur Bestätigung des ursprünglichen Zustands führten: Nur selten folgten nach Volksbegehren auch wirklich Taten.²⁰ Was neben den Aktenbergen bleibt, ist Zweifel. Sieht so Demokratie aus?

Eine „gute“ Demokratie hat vielen Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden: Bedingungen wie wirksame Partizipation und gleiches Wahlrecht werden von Anbeginn der Diskussion über Demokratien immer wieder genannt. Gleichsam wichtig ist allerdings ein aufgeklärtes Verständnis der wahlberechtigten Bevölkerung für politische Prozesse, was nicht immer einfach ist. Gerade Elemente direkter Demokratie wie eine Abstimmung des Volkes über eigentlich komplexe Sachverhalte, die (um praktisch durchgeführt werden zu können) allerdings auf eine Ja/Nein-Entscheidung reduziert werden muss, sind mit Vorsicht zu behandeln. Fragen können so formuliert werden, dass sie ein vorher absehbares Ergebnis liefern und dennoch der Schein der Entscheidung durch das Volk gewahrt wird – ein Beispiel unseres Nachbarn Deutschland kann das verdeutlichen. Würde man die Bevölkerung entscheiden lassen, ob sich die Bundeswehr aus Afghanistan zurückziehen sollte, würde dies sehr wahrscheinlich befürwortet werden. Genauso ist allerdings laut Umfragen die Mehrheit der Deutschen dafür, dass Deutschland ein verlässlicher Partner in der Nato bleibt, was allerdings mit dem Rückzug der Truppen aus Afghanistan nur schwer vereinbar ist. Das Beispiel zeigt: Die Fragestellung kann das Ergebnis so beeinflussen, dass jeweils ein gegenteiliger Ausgang zu erwarten ist.²¹

Sind wir für Politik nicht schlau genug?

Zugegeben, eine Frage, die schmerzt. Die schmerzt, weil man die Antwort errahnen kann. „Die anderen“ lassen sich eben gerne von

Wahlwerbung, Gratis-Kugelschreibern und strahlend-blauen Augen blenden. Um es auf eine andere Ebene zu bringen – alleine mit gewandtem Auftreten bei Fernsehdiskussionen oder der positiven Präsenz in den Schlagzeilen der Tageszeitungen kann man bei den WählerInnen Eindruck schinden. In den Medien bekommt die Bevölkerung die „öffentliche Meinung“ präsentiert, die es zwar schlichtweg gar nicht geben kann, aber die gerne auch von einzelnen Personen angenommen wird. Die „Theorie der Schweigespirale“, besagt etwa, dass sich Menschen ungern isolieren und daher im Zweifelsfalle eher der Mehrheitsmeinung folgen.²² Bevor nun allerdings eine Schimpftirade auf den Populismus in der Politik durch die manipulativen Massenmedien folgt, sei auch gesagt, dass gerade erst durch den hohen Grad, mit der politische Informationen über die Medien zur Bevölkerung dringen kann, diese imstande ist, sich selbst ein Bild zu machen. Kurz gesagt eine Demokratie wäre ohne das Vorhandensein von Medien nicht möglich. „Du, der Bruder vom von unserer Nachbarin hat erzählt, seine Partei plant jetzt die Einführung einer Reichensteuer“ – so sollte keine Grundlage aussehen, auf der basierend man Wahlentscheidungen treffen kann. Die Weitergabe und Verbreitung von Information kann also als einer der Ausgangspunkte einer funktionierenden Demokratie gesehen werden.

Problematisch an dieser Annahme, dass die Medien die Basis der Demokratie darstellen ist allerdings, dass die Medien sehr wohl auch die Macht besitzen, um die wahlberechtigte Bevölkerung zu beeinflussen und in eine gewisse Richtung zu lenken. Die Vorstände großer Medienkonzerne gelten in vielerlei Hinsicht als MeinungsmacherInnen – Begebenheiten können von verschiedenen Sichtweisen präsentiert werden, Personen können durch große mediale Aufmerksamkeit gepusht werden oder vorrangig in schlechtem Licht gezeigt werden – all das hat Auswirkung auf die „öffentliche Meinung“.

Ziel: Mehr „echte“ Demokratie

Um nicht zu sehr in eine Schwarzmalerei zu geraten, was nicht alles verbesserungswürdig wäre, wagen wir lieber einen optimistischen Blick in die Zukunft. Mehr echte Demokratie ist sicher möglich, wenn auch Handlungsbedarf besteht, um dies zu verwirklichen. Hier soll nicht nur vorrangig die formale Ebene (Ausmaß der Elemente an direkter Demokratie) betrachtet werden, ist doch auch oder sogar vor allem die Ebene der Bereitschaft der BürgerInnen, Demokratie zu leben („Demokratiegeist“) von großer Bedeutung. Was kann nun getan werden, um diesem wieder neue Energie zu verschaffen?

Lernen wir Demokratie!

Bessere Information würde dazu beitragen, dass sich die Leute mehr an der Politik beteiligen. Bessere Informationen sind aber nicht noch mehr Plakatwände oder Infotainment im Fernsehen, sondern der Bevölkerung einen umfassenden Zugang zu tiefer gehendem Wissen anzubieten. Politische Bildung wurde in den Lehrplan der Schulen zwar bereits aufgenommen, dennoch bleibt oft viel zu wenig Zeit, um neben dem Durchpauken des Stoffes auch politisches Interesse bei den SchülerInnen zu wecken. Neben der geschichtlichen Entwicklung und den Hintergründen die im Unterricht richtigerweise durchgenommen werden, wäre auch die Behandlung aktueller politischer Debatten wichtig. Damit wäre es möglich, sich ein Bild über politische Themen zu machen, das Für und Wider zu diskutieren und zu lernen, sich seine eigene Meinung zu bilden.

„Demokratieschulungen“ sind schon von klein auf sinnvoll – das kann auch unabhängig von konkreten und komplexen politischen Sachverhalten passieren. Es gibt Modelle, Spiele und Methoden, die schon Kindern in der Volksschule oder Unterstufe verdeutlichen, dass es wichtig ist, sich seine eigene Meinung zu bilden. Die Kinder lernen verstehen, dass Probleme nicht durch eine Macht-

person gelöst werden müssen, sondern dass dies auch auf demokratische Art und Weise funktioniert. So gibt es beispielsweise die Möglichkeit, ein SchülerInnenparlament einzurichten, bei dem die SchülerInnen Personen für ihre Vertretung wählen, Anträge vorbringen und gemeinsam über Sachverhalte abstimmen können. Ebenso wurde von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eine Demokratiewerkstatt für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen, in der in Workshops auf interessante Art und Weise Einblick in politische Vorgänge vermittelt wird. Auch hier besteht noch Ausbaubedarf, damit diese Workshops nicht nur von SchülerInnen, sondern auch von Lehrlingen im Rahmen ihrer Ausbildung besucht werden.²³

Die Katze im Sack

Wie oft freuen wir KonsumentInnen uns, den exklusiv aussehenden Wasserkocher, bei dem die Verpackung auch noch „super Qualität“, „lange Lebensdauer“ und „einfachste Handhabung“ verspricht, so günstig erworben zu haben. Schon nach der ersten Inbetriebnahme verfliegt die Euphorie wenn man bemerkt, dass sich der Deckel nur schwer öffnen lässt und auch bald der erste Schalter abgebrochen ist.

Leider haben wir es auch in einer Demokratie nicht einfacher: Im Prinzip „kaufen“ wir bei den Wahlen die Katze im Sack. Der Sack, die Verpackung beziehungsweise die Wahlversprechen der Parteien, verleiten uns, den Inhalt außer Acht zu lassen – doch genau das sollte nicht passieren.

Jeder und jede, die zur Wahl geht, sollte die Partei wählen, die am ehesten seine oder ihre Ansichten vertritt. Im Internet finden sich Orientierungshilfen die helfen sollen, eine passende Wahlscheidung zu treffen.²⁴

Eine andere Möglichkeit wäre es auch, in jene Partei einzutreten, die grundsätzlich die eigenen politischen Ansichten vertritt und diese dann von innen heraus zu verändern, wie es für nötig

gehalten wird. Ganz allgemein soll „Ich kann ja eh nichts machen“ nicht als Ausrede gelten dürfen – sind vielleicht vorerst nur kleine Schritte, aber man KANN etwas unternehmen!

Fazit

Bekräftigen wir zum Schluss noch ein letztes Mal Churchill's Aussage – die Demokratie ist das geringste Übel unter den Herrschaftsformen und dementsprechend die beste, die es gibt. Dennoch ist die Demokratie in ihren unterschiedlichsten Ausformungen, die sie annehmen kann, immer noch verbesserungswürdig. Auch in Österreich existiert das Problem der „Demokratiemüdigkeit“ beziehungsweise des Desinteresses der Bevölkerung an Politik im Allgemeinen. Ohne echtes Interesse und Motivation die Gesellschaftspolitik mitzutragen, kann eine Demokratie allerdings auf Dauer nicht funktionieren, da es so nur eine „Scheindemokratie“ ist – einige wenige Machteliten bestimmen, was passiert, viele andere befassen sich nicht damit und geben dadurch leichtfertig ihre Zustimmung. Der Aufschrei erfolgt erst, wenn es zu spät ist. Dem kann allerdings Abhilfe geschaffen werden: Mehr politische Bildung und Schulung der eigenen Meinungsbildung in den Schulen. Aber auch bei Erwachsenen wäre dies wichtig, um das Interesse wieder zu steigern. Wenn Sanktionen durch das Volk stärker greifen, wären politische EntscheidungsträgerInnen auch gezwungen, Wahlversprechen wirklich umzusetzen und keine utopischen Versprechungen im Vorfeld zu bringen. Der Bevölkerung muss wieder stärker bewusst sein, dass jede Stimme zählt, und diese Stimme nicht achtlos vergeben werden darf: Der Gang zur Wahlkabine ist der erste Schritt dazu. Gleichzeitig sollte man daran denken, seine Meinung bewusst zu bilden und die Möglichkeit die Stimme für seine Interessen zu erheben nicht ausschließen. Es sind eben nicht nur „die anderen“ oder „die da oben“ gefragt, auf die so gerne die Schuld geschoben wird. Denn im Endeffekt sind es wir alle, die unsere eigene Zukunft mitbestimmen.

Quellenverzeichnis

- 1 Vorländer, Hans: Demokratie: Geschichte, Formen, Theorien; S. 14; C.H. Beck, München; 2003.
- 2 Vorländer, Hans: Demokratie– Die beste Herrschaftsform; in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung; Heft 284; München; 2003.
- 3 Vorländer, Hans: Demokratie: Geschichte, Formen, Theorien; S. 16; C.H. Beck, München; 2003.
- 4 Ebd. S. 51ff.
- 5 Ebd. S. 67ff.
- 6 Ebd. S. 71ff.
- 7 Ebd. S. 78ff.
- 8 Vorländer, Hans: Demokratie– Die beste Herrschaftsform; in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung; Heft 284; München; 2003.
- 9 <http://www.mehr-demokratie.at/direkte-demokratie/bundesebene/staatenvergleich.html> (Zugriff: 16.06.2010).
- 10 Winston, Churchill: Rede im House of Commons am 11.11.1947 (im Original: "... democracy is the worst form of government except all those other forms that have been tried from time to time.")
- 11 Plasser, Fritz/Ulram, Peter: Das österreichische Politikverständnis; <http://members.chello.at/zap-forschung/20102506.html>; (Zugriff: 25.04.2010); 2002.
- 12 Ö3, 16.04.2010; http://static2.orf.at/vietnam2/files/oe3/201016/0000f2ad_114781.mp3; (Zugriff: 23.04.2010); 2010.
- 13 Eder, Theresa: Politik ist nicht mein Ding; <http://derstandard.at/1269045793432/derStandardat-Reportage-Politik-ist-nicht-mein-Ding>; (Zugriff: 27.04.2010); 2010.
- 14 Pelinka, Anton/Plasser, Fritz Plasser/Meixner, Wolfgang: Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie? Österreich nach dem Regierungs- und Koalitionswechsel; S. 442; in: Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie; Signum Verlag, Wien; 2000.
- 15 Eigene Berechnung; Zahlen aus Berié, Eva/Kobert, Heide: Der Fischer Weltalmanach 2007; S. 366-370; Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 2006.
- 16 Filzmaier, Peter: Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo; S. 46; in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Der WählerInnenwille; Informationen zur Politischen Bildung Band 27; Innsbruck-Bozen-Wien; 2007.
- 17 Tharoor, Shashi: Indien: Ein Vorbild für Demokratie und Pluralismus; <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article6069723/Indien-Ein-Vorbild-fuer-Demokratie-und-Pluralismus.html>; (Zugriff: 25.05.2010); 2010.
- 18 Filzmaier, Peter: Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo; S. 48; in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Der WählerInnenwille; Informationen zur Politischen Bildung Band 27; Innsbruck-Bozen-Wien; 2007.
- 19 Poier, Klaus: Nichtwählerstudie; S.94-97; Graz; 2004.
- 20 Rehmet, Frank: Volkspetitionen – Praxis und Wirkungen. Das Beispiel der unverbindlichen „Volksbegehren“; S. 2-6.; <https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/md/pdf/diskussionspapiere/du16-volkspetitionen.pdf>; (Zugriff: 30.04.2010); 2003.

- 21 Neukirch, Ralf: Packen, wo es wehtut; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-57457839.html>; (Zugriff: 30.04.2010); 2008.
- 22 Preisig, Florian: Die Rolle der Medien im demokratischen System am Beispiel der Presseförderung; S. 19; Diplomarbeit Universität Linz, Linz; 2006, S. 19.
- 23 Wollner, Sophie: Demokratie lernen; in: Progress; Heft 4 2010; 2010.
- 24 Siehe zum Beispiel: <http://www.wahlkabine.at> (Zugriff: 25.05.2010).

Medienmonopole – Die Macht der Meinungsmaschine

Von Michael Lipinski - Harenberg

Diesen Beitrag widme ich Dr. Maria Meyer, geb. Lipinska.
Für die Kraft und den Ansporn, mit dem Schreiben zu beginnen.
Ich kann mich immer auf Dich verlassen und dein Rat weist mir
stets den richtigen Weg.
Danke.

Armin Wegener* steht fassungslos vor dem Spiegel und fragt sich, wie es jemals dazu kommen konnte. Sein größter Traum war wie eine Seifenblase zerplatzt. Angezogen von der vermeintlichen medialen Vielfalt und bewegt vom Ideal seines Berufswunsches, kam der junge Deutsche nach Wien um Journalist zu werden. Er wollte die Welt nicht verändern, er wollte Sie transparenter machen. Das, was Journalisten eben tun. Sie klären die Bevölkerung über Ereignisse auf, damit sich diese eine Meinung bilden kann. Die Frage was den derzeitigen „Kurier“ Reporter heute noch an seinem Beruf reizt, beantwortet er nur mit einem Achselzucken.

Als der damals 24-jährige Praktikant bei der *Kronen-Zeitung* eine Stelle als Reporter angeboten bekommt, lies er sich nicht lange darum bitten. „Die *Krone* ist die größte Tageszeitung Österreichs. Die Arbeitsbedingungen werden großartig sein, genau wie die Aufstiegsmöglichkeiten!“, dachte er lächelnd. „Die Arbeit hatte mir bis jetzt immer großen Spaß gemacht.“ Jetzt kamen mehr Aufgaben und mehr Eigenverantwortung dazu. Der Arbeitsalltag eines Journalisten ist vielseitig. Von Eventbesuchen über Auslandsreisen zu Pressekonferenzen, über alles muss berichtet werden. Informationen werden eingeholt und Beiträge erstellt. Armin erledigte seine Arbeit stets engagiert und mit großer Freude.

Umso erstaunlicher war jener Tag, als Armin von der Redaktion auf einen zu bearbeitenden Beitrag aufmerksam gemacht wurde. Er sollte über ein Thema berichten, von dem es plötzlich hieß, dass er das so nicht schreiben könne. „Es passt nicht in die Blattlinie“. Aber seit wann passen Tatsachen nicht in das Profil einer Tages-

zeitung? Und seit wann spielen sich Ereignisse nach Plan ab und können deshalb nicht publiziert werden? Armin musste feststellen, dass Vorfälle dieser Art nicht einmalig waren. Öfter wurde bei seinen Beiträgen die Hälfte weggelassen oder Informationen von außen wurden direkt übernommen, ohne sie zu prüfen. Faszungslos über solche Tatsachen und bedrängt von dieser Zensur beschloss er, die Tageszeitung zu wechseln. „Die Arbeit macht weiterhin Spaß, nur ist sie nicht das, was ich erwartet habe.“ Armin wollte künftig weiterhin bei einer großen Tageszeitung arbeiten und fand eine Anstellung beim *Kurier*. Die Hoffnungen waren groß: freie Themenwahl, geringere Kontrollen und keine halben Wahrheiten mehr. Doch auch hier sollten sich die gleichen Szenarien wiederholen. Beim Durchsehen seiner Unterlagen fiel dem Journalisten eines Tages ein Name auf: Hans Dichand. Was macht sein damaliger Chef beim *Kurier*? Armin fand Erstaunliches auf seiner Suche.

Große Krone, tiefe Wurzeln

Schon in jungen Jahren verschrieb sich Hans Dichand dem Journalismus. Er bekam früh das Gespür für die „richtigen“ Themen, für dieses gewisse Etwas, das die Aufmerksamkeit vieler Menschen erregte. Und genau dieser sechste Sinn ebnete seine steile Karriere. Dichand wurde Chefredakteur der Kleinen Zeitung, die heute das zweitgrößte Tagesblatt Österreichs nach der *Kronen-Zeitung* ist. 1954 ernannte man ihn zum Chefredakteur des *Kurier* in Wien, wo er fünf Jahre später die Rechte an der damals eingestellten *Kronen-Zeitung* erwarb.¹ 2010, liebevoll „Kanzelmacher“ oder auch „Kaiser von Österreich“ genannt, verstarb der Chefredakteur und Herausgeber im Alter von 89 Jahren. Doch die *Krone* lebt weiter. Täglich ausgeliefert und fast von halb Österreich gelesen, reißt sich nun eine Hand voll Aktionäre um sie. Es ist bekannt, dass einflussreiche Unternehmen viele Partner haben. Aber wer versteckt sich wirklich im Schatten des Boulevardblattes? Zunächst

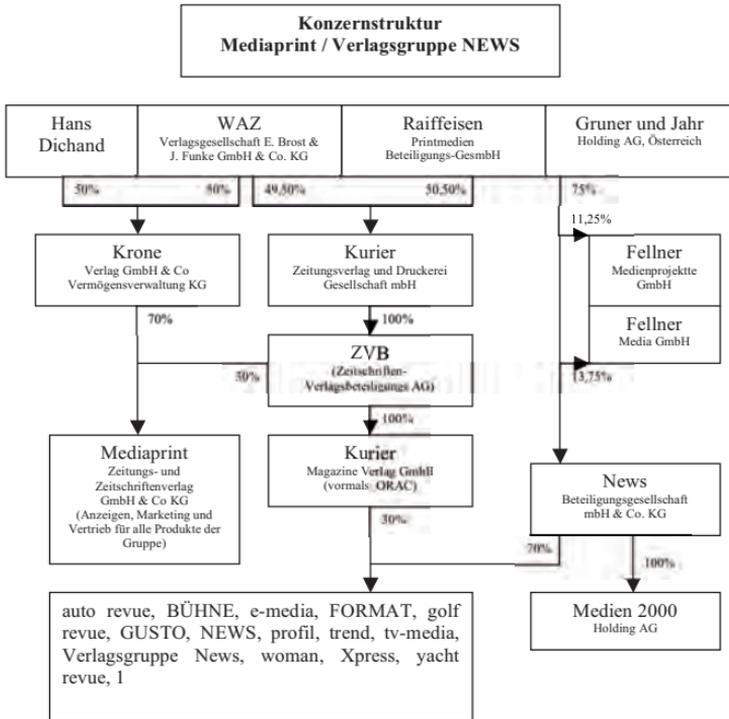
die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*: zu 50 Prozent Anteilseigner an der *Krone* und zu 49,45 Prozent am *Kurier*. „Ein deutscher Medienverlag ist jeweils zur Hälfte Eigentümer von zwei Österreichs größten Tageszeitungen? Wie kann das sein?“, dachte Armin Wegener. 1989 erwarb die WAZ Anteile an der *Krone* und gründete zusammen mit Hans Dichand die *Mediaprint*, welche Anzeigen, Druck, Vertrieb und Verwaltung für die *Krone* und den *Kurier* übernimmt. Wenn die WAZ jedoch „nur“ 49,45 Prozent Anteile hält, wer ist dann der zweite Vertragspartner am *Kurier*? Armin traute seinen Augen nicht. Zweiter Gesellschafter ist kein geringerer, als die *Raiffeisen Bank*. Ein Bankenriese mit mehr als fünf Milliarden Euro Umsatz im Jahr² als Finanzier einer Tageszeitung. Aber warum möchte eine Bank Mitspracherecht an Österreichs Tageszeitungen haben? Das ist erstaunlich und fragwürdig zugleich. „Müssen Journalisten und Redaktionen nicht unabhängig sein, um ihrer Aufgabe als „objektivem Betrachter“ gerecht zu werden? Aber in wie fern ist das hier gegeben und was bewirkt eine Bank, mit einer einflussreichen Zeitung?“

Königliche Elefantenhochzeit

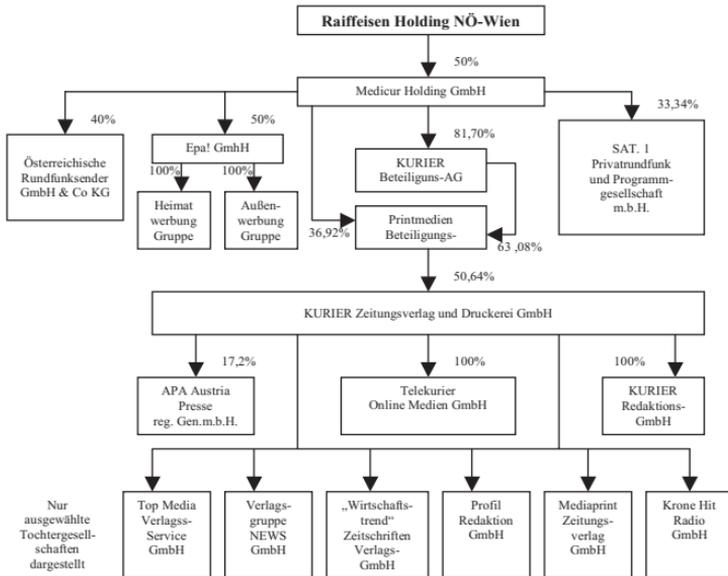
Was wäre ein König ohne Königin? Ein Prinz ohne Prinzessin? – Wieder nur die halbe Wahrheit. Die *Verlagsgruppe-News* ist der drittgrößte Medienkonzern Österreichs, neben Fernsehgigant *ORF* und der *Mediaprint*. *Verlagsgruppe-News* beliefert das kleine Land der Riesen mit 15 Magazinen, die teilweise die eine Million Leser-Grenze pro Journal überschreiten. Erschreckend bei einer Gesamtbevölkerung von circa 8.3 Millionen Menschen. 2001 schloss sich auch die *Verlagsgruppe-News* unter 30-prozentiger Anteilsabgabe der „Kronenkrake“ an.³ Der „Formil-Komplex“ ist eine Mega-Fusion zwischen *Verlagsgruppe* und der *Mediaprint*, wie man sie selten gesehen hat. Die Hochzeit war perfekt, nun musste Nachwuchs her. Für den sorgte Dichands Schwiegertochter, Eva Dichand. Als Nachfolgezeitschrift der 2004 eingestellten *U-Bahn Express*, er-

schien die *Heute* Tageszeitung. Sieben Mal die Woche gratis ausgegeben, etablierte sie sich binnen drei Jahren zur zweitgrößten Tageszeitung in Wien, Nieder- und Oberösterreich.⁴

Die folgenden Grafiken zeigen die Konzernstruktur des „Formil-Komplexes“ und die Konzernstruktur und Anteile der *Raiffeisen-Holding* Niederösterreich-Wien.



Quelle: Wikimedia: Konzernstruktur Mediaprint/Verlagsgruppe NEWS.⁵



Quelle: www.raiffeisen.at: Sat.1 Österreich.⁶

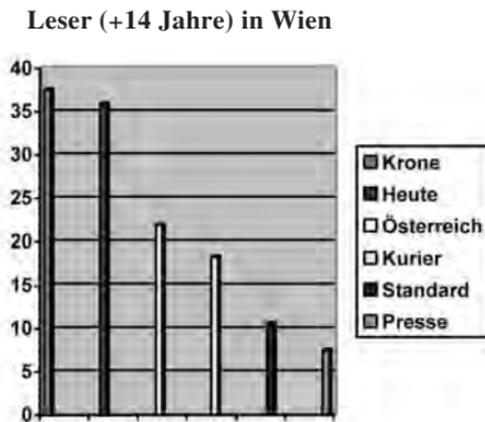
Gefahr großer Medienmaschen

Dichand und Fellner. Unter diesen Namen entstanden Österreichs vier größte Tageszeitungen. Drei stammen aus dem Hause *Media-print*: die *Krone*, der *Kurier* und die *Heute*. Das letzte Boulevardblatt, die *Österreich*, kommt von der *Verlagsgruppe-News*. Durch den Zusammenschluss dieser Tageszeitungen ist in Österreichs Printmedienlandschaft ein Monopol entstanden, wie es in anderen europäischen Ländern niemals zugelassen worden wäre. Mit falschen Vorgaben über Gesellschaftsanteile und Marktbeherrschung entstand ein medialer monopolistischer Komplex, der rechtlich fragwürdig bleibt. Die meisten österreichischen Zeitungen und Magazine hängen undurchsichtig miteinander zusammen, sodass eine mediale Vielfalt nur rein äußerlich gewahrt bleibt.

Doch warum ist Medienkonzentration gerade in Österreich so gefährlich? Hinter den größten Tageszeitungen und Zeitschriften

stehen internationale, milliardenschwere Unternehmen (WAZ, Raiffeisen, Bertelsmann). Sie haben durch die Illustrierten einen breiten Zugang zur Öffentlichkeit und bekommen die Möglichkeit, innerhalb der Bevölkerung zur Meinungsbildung beizutragen. So können Bertelsmann & Co. beispielweise durch gezieltes Berichten oder Schweigen über Themen die Bevölkerung manipulieren, sollten ihre Interessen durch Gesetzte oder andere Konzerne berührt werden. Diese Strategie eignet sich nicht nur um eigene Interessen zu wahren, sondern auch um neue durchzusetzen. Auf diese Art lässt sich die Gesellschaft in die gewünschte Richtung großer Unternehmen lenken.

Welche Reichweite Österreichs Tageszeitungen zum Beispiel in Wien haben, zeigt die folgende Grafik:



Quelle: Eigene Darstellung

Aus monopolistischer Sicht ist es in Österreich deutlich einfacher eine kampagnengesteuerte Medienpolitik zu betreiben als in größeren Ländern, aufgrund des Missverhältnisses von Österreichs Größe zur Medienreichweite marktbeherrschender Herausgeber. Die Folgen sind weitreichend, welche sich beispielsweise auch Politiker während des Wahlkampfes zu Nutze machen. Doch bekannt-

lich ist nichts umsonst: Wie sehr müssen sich Politiker demnach „anpassen“, um mediale Aufmerksamkeit zu bekommen? „Diese Meinungsmaschine zieht mit ihrem Kampagnejournalismus tiefe chauvinistische Furchen durch das Land. Ihre Boulevardmethoden gleichen jenen populistischer Politiker: Sie erhebt das Ressentiment zum Dogma, und im Kanzelton der Unfehlbarkeit predigt sie ein Wir-Gefühl, welches unter Leser-Blatt-Bindung nichts weniger als die Glaubenstreue zu einer Volksreligion verstehen kann.“⁷ „Berluskroni?“

Lasst die Puppen tanzen! – Die Strippenzieher

Wer genau sind die Mächtigen, die Österreichs Fäden ziehen? Zunächst ist es die bereits angesprochene WAZ. Seit der Entstehung 1948 durch Erich Brost und Jakob Funke, ist der Medienverlag eines der erfolgreichsten Neugründungen nach dem zweiten Weltkrieg. Mit einer Reichweite von rund 60 Prozent im Ruhrgebiet, ist die WAZ der größte deutsche Herausgeber regionaler Zeitschriften. Das Angebot reicht von 30 Tageszeitungen, über 189 Publikums- und Fachschriften bis hin zu über 400 Kundenzeitschriften. Die WAZ agiert mit 15 Druckbetrieben europaweit: neben Deutschland und Österreich hauptsächlich auch in Osteuropa und am Balkan. 2007 erwirtschaftete die *Westdeutsche Mediengruppe* mit über 17.000 Mitarbeitern⁸ einen Umsatz von 1.741 Milliarden Euro.⁹ Mittlerweile hält die WAZ Mehrheitsbeteiligungen von elf Radiostationen im Kerngebiet Nordrhein Westfalens und beteiligt sich an weiteren lokalen Sendern.¹⁰ Enger Vertragspartner ist die *Raiffeisen* Bankengruppe. Die 1888 als Darlehenskassenverein gegründete Genossenschaftsbank zählt heute über 900.000 Filialen und 500 Millionen Kunden weltweit. Mit mehr als 60.000 Mitarbeitern in über 100 Ländern¹¹, erzielte die Bankengruppe 2009 einen Umsatz von rund fünf Milliarden Euro. Doch mit zwei großen Partnern ist es noch nicht genug. Bei der Fusion zum „Formil-Komplex“ mit der *Verlagsgruppe-News*, kommen Wolfgang und

Helmuth Fellner ins Spiel. Sie gründeten Anfang der 90er Jahre Österreichs größten Zeitschriftenverlag und trugen somit erheblich zur Vereinigung bei. Hinter der Tochterfirma *Verlagsgruppe-News*, steht jedoch ein weiterer Medienriese: *Gruner+Jahr*. *GuJ* ist ein internationales Medienunternehmen mit rund 500 Print- und Onlinemedien in über 30 Ländern weltweit vertreten. 2003 erzielte *GuJ* einen Umsatz von rund 2.5 Milliarden Euro. Die tiefen Wurzeln der Krone lassen die eigentliche *Kronen-Zeitung* mittlerweile klein aussehen. Doch es wäre naiv zu denken, dass das Mediennetz hier endet. Hinter *Gruner+Jahr* „versteckt“ sich wiederum die *Bertelsmann AG*, die zu 75 Prozent Anteilseigner an *GuJ* ist.¹² Europas größter Medienkonzern expandierte seit 1835 zum viertgrößten der Welt und ist mit mehr als 100.000 Mitarbeitern in über 50 Ländern vertreten. *Bertelsmann* erwirtschaftete in den Geschäftsfeldern Fernsehen und Radio, Buchverlage, Zeitschriften und Zeitungen, Druck und Mediendienstleistungen sowie Buch- und Musikclubs einen Umsatz von ganzen 14.5 Milliarden Euro.¹³ Addiert man die Umsätze der Vertragspartner und die der Mediaprint und der *Verlagsgruppe-News* in Höhe von 463.3 beziehungsweise 142 Millionen Euro hinzu, so stößt man summa summarum auf eine gigantische Summe von über 21 Milliarden Euro, die sich hinter *Krone & Co.* verbirgt. Doch wie entstand der mächtige „Formil-Komplex“? Es war von Anfang an ein Marktkampf zwischen den Magazinen *Format* (*Verlagsgruppe-News*) und *Profil* (*Mediaprint*). Seit Markteinführung 1992 etablierten sich alle Zeitschriften der *Verlagsgruppe-News* bis auf das *Format* (Einführung 1998), das gegen das *Profil* der *Multimedia* nicht ankam. Aber die Marketingkampagnen für das *Profil* waren den *Kurier*-Gesellschafter zu teuer. *WAZ* und *Raiffeisen* stiegen mit 30-prozentiger Beteiligung in die *Verlagsgruppe-News* ein, frei nach dem Motto: „If you can't beat them, join them“.

Mehr schlecht als Recht – Wie „Formil“ entstand

Wie konnte ein derart überdimensionales Gefüge überhaupt entstehen? Es ist Unternehmen nicht verboten eine marktbeherrschende Stellung einzunehmen, lediglich sie zu missbrauchen. Zuständig in solchen Angelegenheiten ist das Kartellgericht Wien. Wirtschaftsminister, Justizminister und die Sozialpartner des Kartellgerichts haben die Möglichkeit, einen Fusionsantrag in wettbewerbs- und wirtschaftspolitischer Hinsicht zu prüfen. Wird ein Rekurs gegen das Zusammenschließen von Unternehmen gestellt, agieren die Sozialpartner (bestehend aus Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer und Landwirtschaftspartner) in Form des Paritätischen Ausschusses und sind verpflichtet, ein Gutachten über die Sachlage darzulegen. Als die Fusionswilligen im Jahr 2000 den Antrag stellten, gab es bis dato kaum derartige Prüfverfahren. Dem Kartellrecht wurde nicht die Bedeutung zugemessen, wie beispielsweise in Deutschland oder den USA. Vor allem galt dies für den Pressebereich. Unter den registrierten und genehmigten Kartellen fand sich bis dahin kein einziges für den Medienbereich wieder.¹⁴

Die Sozialpartner verzichteten auf einen Prüfantrag im „Formil-Verfahren“, nicht zuletzt wegen einer zuvor inoffiziell gegebenen Zusage des damaligen Wirtschaftsministers Martin Bartenstein. Erst im Februar 2001 hatte Justizminister Dieter Böhmdorfer bekannt gegeben, Einspruch gegen den Zusammenschluss einzuleiten. Er „verpasste“ jedoch die Frist für einen Rekurs um eine Woche. Gleichzeitig lag bereits ein 61-seitiges Gutachten vor. Darin sprachen sich für die Fusion Gutachter aus, die zum Teil vom *News-Verlag* bezahlt wurden. Angeführte Argumente lauteten beispielsweise, dass Bartensteins Vorversprechen jeglichen Antrag auf Rekurs verwirkt hätte. Im gleichen Zug drohte die *News-Gruppe* der Regierung mit einer Klage in Höhe von rund 50 Millionen Schilling (rund 3.5 Millionen Euro), wenn sie die Fusion weiterhin hinauszögere. Böhmdorfer verzichtete auf einen Prüfantrag. Fraglich ist, was Böhmdorfers Antrieb dafür war.¹⁵

Die damalige Regierung stand bei der Ratifizierung des Vertrags erheblich unter Druck und die Fusion bleibt weiterhin bedenklich. Die Frage bleibt, womit man als nächstes rechnen muss, wenn marktbeherrschende Unternehmen ihre Interessen auf diese Art und Weise durchbringen?

Aus 60 mach 17

Wie führt man das Kartellgericht hinters Licht, wenn die Tatsachen eine andere Sprache sprechen? Im „Formil-Verfahren“ geschah dies in vier Schritten:

Als erstes bestand für die Konzerne das Problem, dass es *Mediaprint* und *Verlagsgruppe-News* keine ernsthaften Konkurrenten hatten. Was tut man also, wenn die Mitbewerber fehlen? – Man erfindet welche! Der *News-Verlag* nannte als „maßgeblichen Konkurrenten“ eine Magazingruppe des *ORF*, die nicht existierte. Das einzige Magazin das damals dem *ORF* gehörte, war die *ORF-Nachlese*.¹⁶ Es erreichte 2001 eine Reichweite von knapp zehn Prozent und stand somit als möglicher Konkurrent völlig außer Frage. Des Weiteren wurden Medienkonzerne zur Beurteilung der Marktlage hinzugezogen, die falschen Eigentümern zugeordnet wurden. So gab man sie als große Konzerne zu „erkennen“.

Im zweiten Schritt wurden Umsätze verglichen. Da Unternehmen ihre Erlöse ungern preisgeben, wurden von den Fusionswilligen eigenständig Schätzungen vorgenommen: diese sollten dem Kartellgericht „beweisen“, dass die eigenen Umsätze im Vergleich zu anderen Firmen nicht viel größer seien. So schätzte der *News-Verlag* den Umsatz des *Böhm-Verlags* auf 21.8 Millionen Euro im Jahr – Recherchen des Standard errechneten 14.5 Millionen Euro.

Nicht nur fremde Umsätze wurden weitaus größer geschätzt. Um das Marktanteilverhältnis weiter „anzupassen“, wurden eigene Umsätze mit überzogenen Rabatten nochmals kleiner dargestellt. Die Fusionswilligen erwirtschafteten nach eigenen Angaben 215 Millionen Euro Brutto Umsatz im Jahr, Recherchen des *Focus* ka-

men hier wiederum auf einen Umsatz von 354 Millionen Euro – 40 Prozent mehr als nach eigenen Angaben!

Der vierte und letzte Schritt war ebenso clever: deutsche Investoren und weitere ausländische Zeitungen auf dem heimischen Markt, ließen die eigenen Marktanteile nochmals schrumpfen. Der „Overflow“, also der Überlauf aus dem deutschen Werbemarkt, äußere sich zusätzlich auf den inländischen Wettbewerb. Abgesehen davon, dass ohnehin ein Großteil der Magazine dem Mutterkonzern *Gruner+Jahr* gehört, kamen die Fusionswilligen nach eigenen Angaben auf Marktanteile (von *GuJ*, den Fellner - Brüdern und der gesamten *Verlagsgruppe-News*) von 17 Prozent. In Wirklichkeit lagen die Marktanteile bei 60 Prozent.¹⁷

Demokratie heute, Demagogie morgen?

Journalisten bilden die Schlüsselfunktion zur Demokratie, zur Meinungsfreiheit und zur Willensbildung. Sie stellen neben der Legislative, Judikative und Exekutive die vierte Macht dar, welche die Regierung überwacht und über Aktuelles berichtet. Dabei muss eine redaktionelle Unabhängigkeit gewährleistet sein; Redaktionen und Journalisten dürfen nicht im Sinne Dritter arbeiten. Doch in wie weit wird der heutige Journalismus seiner Aufgabe gerecht?

Die Medienkonzentration ist ein großer Einflussfaktor. Um diese zu erfassen, müssen die Arbeitsumstände von Journalisten beachtet werden. In Wien sind circa 2.500 Journalisten in den Tageszeitungen tätig, davon etwa 50 Prozent bei der *Mediaprint* und der *Styria GmbH*. In den letzten zehn Jahren ist eine klare Tendenz zu erkennen: Durch Sparmaßnahmen und Wirtschaftskrisen ist seitens der Unternehmen ein „größerer Rationalisierungsdruck auf jeden Fall“ spürbar. Dieser wirkt sich zunächst auf die Redaktionen aus, doch auch Journalisten sind davon betroffen. Immer mehr Redaktionen werden entlassen oder zusammengelegt und Mitarbeiter gekündigt. Zusätzlich wurde beobachtet, dass Verlage zum Kapazitätsausgleich mehr freie Mitarbeiter als feste einstellen. Rationalisierungsmaßnahmen fordern mehr Arbeit von der einzelnen

Person, die früher auf mehrere Kollegen verteilt wurde. Die Arbeit am PC nimmt zu und wird zunehmend formalisiert. Dadurch ist höhere Produktivität gefordert und gleichzeitig sind höhere Kontrollen vorhanden. Das wirkt sich spürbar auf die Gehälter aus: die Gehaltsuntergrenze liegt zwischen 1.500-1.800 Euro monatlich. Starkolumnisten verdienen hingegen bis zu 10.000 Euro pro Monat. Verringert sich der Wettbewerb am Arbeitsmarkt, so bestimmen die großen Unternehmen die Bedingungen. „Es gibt einen entsprechenden Druck der Unternehmen, der jetzt bereits fühlbar ist.“ Die Tendenz geht zur Konzentration. Schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Gehälter haben eine Ursache: es findet laufend eine „Verminderung der Konkurrenz am Arbeitsmarkt statt“. Leidet die kritische Berichterstattung darunter? Diese Frage kann definitiv mit ja beantwortet werden! „Um kritisch berichten zu können, muss erstens ein hohes Maß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit und zweitens eine entsprechende personelle Ausstattung vorhanden sein.“ Die personelle Ausstattung wird dabei zu einem immer größeren Problem. Durch Rationalisierungsmaßnahmen gibt es einfach „keine Zeit“ mehr, um kritisch zu berichten. Kritik wird „systematisch eingeschränkt“.

Einseitig Berichterstattung ist alles andere, aber nicht die Aufgabe des Journalismus. Durch die Fähigkeit Journalisten zu manipulieren wird entschieden, was die Bevölkerung wissen soll. Werden wirtschaftliche Interessen großer Medienkonzerne berührt, bekommen die Menschen das zu hören, was sie auch hören sollen. Somit haben Medien die Macht von wirklich wichtigen Themen abzulenken und nehmen Einfluss auf die Politik. Das ist wirkungsvoll, doch alles andere als demokratisch.¹⁸

Am Beispiel des „Formil-Komplexes“ wird die Macht großer Medienunternehmen sichtbar. Sie beeinflussen die Bevölkerung und auch die Regierung erheblich. Eine Kettenreaktion von der Unternehmensspitze bis zum Journalisten verhindert Kritik. Dass Zensur nicht die Aufgabe des Journalismus ist, versteht sich von selbst. Auf diese Art und Weise wird Demokratie bereits im Kern

erstickt. Wie soll die Bevölkerung über Themen entscheiden, von denen sie nichts weiß? Eine Volksherrschaft ist so nicht möglich, eine freie Volksherrschaft erst recht nicht.

Was kostet die Freiheit?

Das Problem ist klar: die freie Marktwirtschaft. Der Stärkere gewinnt. Aber beinhaltet der Ausdruck „freie“ Marktwirtschaft nicht auch ein Recht auf freien Wettbewerb? In einem Monopol weiß man Wettbewerb zu verhindern und Konkurrenz zu unterdrücken. Und genau das sind die Ursachen für einseitige Berichterstattung und der Grund für die schlechten Arbeitsbedingungen von Journalisten. Wenn es die freie Marktwirtschaft selbst nicht schafft das Gleichgewicht zu erhalten, muss die Politik gegensteuern. Dazu ist sie ja da! Die Politik muss neuen Zeitungen ermöglichen in den Markt einzutreten und ihnen helfen zu „überleben“. Nur das fördert den Wettbewerb und schafft Transparenz für die Bevölkerung. Erhöhter Wettbewerb wiederum macht die Politik unabhängiger von den Medien. Wie kann das erreicht werden? – Es müssen Fördermittel für neue Medien bereitgestellt werden!

Transparenz muss aber nicht nur in der Wirtschaft geschaffen werden. Auch das Kartellgericht muss durchschaubarer werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Menschen in dieser wichtigen Institution gearbeitet haben, die für ihre Meinung bezahlt wurden. Was nützt ein Gutachten, wenn es manipuliert und einseitig ist?! Gesetze sollten noch mehr verschärft werden, als es nach der „Formil-Fusion“ ohnehin schon geschehen ist. Vor allem mangelt es an Schuldzuweisungen: werden Interessen mit unfairen Mitteln erzwungen, sollten die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Es ist ein weiter Weg bis dorthin. Bevor sich jedoch etwas verändern kann, muss der Bevölkerung das Problem bewusst werden. Jeder einzelne muss bereit sein, sich für seine eigene freie Meinung einzusetzen. Dort beginnt die Lösung!

Quellenverzeichnis

- * fiktiver Name und Geschichte
- 1 Seiler, Christian: Hans Dichand; <http://www.christianseiler.com/der-kaiser-von-osterreich.html>; (Zugriff: 03.06.2010); 2010.
 - 2 Große Frie, Clemens: Bilanz-Presskonferenz der AGRAVIS Raiffeisen AG 2010; http://www.agravis.de/webs/webs_deployment/media/pdf/konzern_2/presse_1/bpk2010/Sprechzettel_Dr_Clemens_Grosse_Frie_Geschaeftsverlauf.pdf; (Zugriff: 03.06.2010); 2010.
 - 3 Fidler, Harald: Im Vorhof der Schlacht; S. 110; Falter Verlag, Wien; 2004.
 - 4 „Heute“ Zeitung vom 24.03.2010, S. 6f; 2010.
 - 5 Wikimedia: Konzernstruktur Mediaprint/Verlagsgruppe NEWS; <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/d/d3/Mediaprint.png>; (Zugriff: 28.06.2010); 2010.
 - 6 www.raiffeisen.at: Sat.1 Österreich; http://www.raiffeisen.at/eBusiness/services/resources/media/1021234568466-438807703494677207_439779494681596902_439780670160459186-313542633548926303-1-11-NA-NA.pdf; (Zugriff: 28.06.2010); 2010.
 - 7 Fidler, Harald: Im Vorhof der Schlacht; S. 18; Falter Verlag, Wien; 2004.
 - 8 WAZ-Mediengruppe: Von Essen nach Europa; http://www.waz-mediengruppe.de/UEberblick.163.0.html?&L=?ziel=_self&L=&link=UEberblick.163.0.html%3F%26L%3D; (Zugriff: 25.04.2010); 2010.
 - 9 WAZ-Mediengruppe: Ökonomische Basisdaten; <http://www.mediadb.eu/datenbanken/deutsche-medienkonzerne/zeitungsgruppe-waz.html>; (Zugriff: 25.04.2010); 2010.
 - 10 WAZ-Mediengruppe: Westfunk hat im Ruhrgebiet die „Radio-Power“; <http://www.waz-mediengruppe.de/Westfunk.31.0.html?&L=>; (Zugriff: 25.04.2010); 2010.
 - 11 Deutscher Raiffeisenverband e.V.: Friedrich Wilhelm Raiffeisen; http://www.raiffeisen.de/drv/friedrichraiffeisen/FW_Raiffeisen.pdf; (Zugriff am 25.04.2010); 2010.
 - 12 Gruner+Jahr Media: Gruner+Jahr weltweit; http://www.gujmedia.de/portfolio/guj_weltweit/; (Zugriff: 25.04.2010); 2010.
 - 13 Bertelsmann AG: Zahlen + Fakten; http://www.bertelsmann.com/bertelsmann_corp/wms41/bm/index.php?ci=7&language=1; (Zugriff am 25.04.2010); 2010.
 - 14 Wittmann, Heinz: Kartellrecht und Medien in Europa; S. 70ff; Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger, Wien; 1991.
 - 15 Fidler, Harald: Im Vorhof der Schlacht; S. 113ff; Falter Verlag, Wien; 2004.
 - 16 ebd. S. 120.
 - 17 ebd. S 121f.
 - 18 Bauer, Franz: im Gespräch mit Lipinski-Harenberg, Michael; Gespräch über: Die Entwicklung der Arbeitsumstände für Journalisten; Gespräch geführt am 06.06.2010.

Demokratiemessung und ihre Hürden

Ein Gespräch unter Freunden

Von Christoph Réne Gusel

Haben sie sich nicht auch schon manchmal gefragt, warum es mindestens genau so viele Auslegungen von Demokratie als Regierungsform gibt, wie demokratische Staaten? Was vereint alle demokratischen Länder? Die gleichen Gesetze? Wohl nicht! Die freie Meinungsäußerung? Noch weniger!

Politiker stützen sich bei ihren Argumentationen gerne auf demokratische Prinzipien und lassen kritische Anfragen an die Demokratie nur allzu oft unbeantwortet. Niemand soll oder gar darf den demokratischen Status des eigenen Landes bestreiten. Aber: Wie demokratisch ist denn eine Demokratie?

Eine Antwort darauf könnte die Demokratiemessung bieten. Die Demokratiemessung erforscht gewisse Fragmente von Demokratie und bringt sie in einen Vergleich mit anderen Ländern ein. Um herauszubekommen, welche Demokratie nun „besser“ ist als eine andere, nimmt sie unglaublich schwierig zu meisternde Hürden in Kauf. Diesen Hürden ist dieser Beitrag gewidmet. In aller Deutlichkeit möchte ich zeigen, dass Demokratiemessung nur durch die Vorspiegelung falscher Tatsachen zu Ergebnissen kommen kann – beispielsweise durch die Behauptung, es gäbe eine allgemein gültige Form einer Demokratie. Zur Sprache kommen auch die verzweifelten Versuche, Multikulturalität oder Sprachenvielfalt in die Messung der Demokratiequalität einfließen zu lassen, ohne an den Grundpfeilern des demokratischen Verständnisses selbst zu graben.

Die Art der Herangehensweise an das Thema ist etwas unkonventionell: Die Argumente bezüglich der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Demokratiemessung werden mit Hilfe eines fiktionalen Dialogs vorgetragen. So nutzt der Artikel eine uralte philosophische Tradition, um ein kunstvoll anmutendes und kom-

pliziertes Unterfangen in eine verständliche Form zu bringen.

Der Artikel versucht aber nicht nur, das Wesen der Demokratie-messung zu de(kon)struieren, er thematisiert abschließend auch einen alternativen Weg. Plädiert wird für die Etablierung einer wissenschaftlichen Demokratie“bewertung“, anstelle der Demokratie“messung“. Denn eine Demokratie“bewertung“ muss nicht wie eine „Messung“, objektive Kriterien erfüllen. Das bringt verschiedene Vorteile, die am Ende des Artikels thematisiert werden.

Zuvor aber zurück zum Dialog: Der in seinem Verständnis über Demokratie erschütterte Kosta Poulanis versucht festzustellen, welche Demokratie besser ist als die, in der er lebt.

Die Vorgeschichte

Es war eine durchzechte Nacht, die Nacht zum dritten Mai 2010. Kosta Poulanis hatte vor wenigen Stunden von seinem Bankberater erfahren, dass er mit einem Schlag fünfundvierzig Tausend Euro verloren hatte. Seine für die Rente gedachten und in Immobilienaktien angelegten Ersparnisse waren nun fast nichts mehr Wert. Dabei hatte Kosta nur den Rat seiner Partei befolgt, die öffentlich empfohlen hatte, Geld nicht nur zu sparen, sondern auch in Aktien und privaten Pensionsfonds zu investieren. Auch der damalige Finanzminister sprach sich offen für diese so genannte zweite und dritte Pensionssäule aus, für die es sogar steuerlich ganz besondere Anreize gegeben hatte. Und nun, während Banken und Großanleger durch Steuergeld gerettet und kleine Leute wie er im Stich gelassen wurden, hatte Kosta Poulanis fast seine gesamten Ersparnisse verloren. Es reichte ihm. Wenn Politiker durch ihre Gesetzgebung eine kleine Minderheit von Bankern und Reichen klar bevorteilten, hatte das alles für Kosta nichts mehr mit Demokratie zu tun. In einer Demokratie, so dachte sich Kosta, sollte die Politik an das Wohl der Mehrheit im Staate denken. Denn die Demokratie orientiere sich doch an der Mehrheit?

Während Kosta all diese Gedanken durch den Kopf gingen, saß er in einer Bar und löschte sich den Frust von der Seele. Gert Knopfli, ein Schweizer Unternehmensberater, setzte sich neben ihn und paffte an einer Zigarre. Kosta kannte ihn schon von früheren Besuchen dieses Lokals. Nach einigen Runden begann Knopfli über Demokratie zu reden.

Bei ihm zu Hause gäbe es direkte Demokratie. Diese sei optimal, da man damit das umsetzen könne, was die Mehrheit der Menschen im Staat tatsächlich wollen. Knopfli fühle sich damit gut bedient, denn es würde ja der Wille des Volkes umgesetzt. Und das ist es doch, was die Demokratie zur Demokratie mache.

Kosta im Gegenzug war bisher immer der Meinung gewesen, dass die Schweizer ja alle keine Ahnung von richtiger Regierungsarbeit hätten, weshalb es besser sei, Repräsentanten und Politiker allein regieren zu lassen. Die würden schon wissen, wie es läuft, gerade wenn die Sache mit dem Regieren kompliziert wird.

So entwickelte sich zwischen Kosta und Knopfli eine angespannte Diskussion über Demokratie. Lange bevor man aber zu einem Ergebnis kam, welche Demokratie tatsächlich die bessere sei, hatte der Chef des Hauses beide Trunkenbolde mit Wohlwollen verabschiedet. Und so kam es, dass Kosta Poulanis um 4:33 Uhr wie ein umgehackter Baum in sein Bett fiel. Sein Körper war nun reglos und fast so tot wie ein Fisch auf dem Trockenen, nicht aber seine Gedanken.

Phase 1: Einschlaftraum

Seine Gedanken ließen Kosta einen Traum träumen – einen phantastischen Traum. Kosta träumte von sicherer Arbeit, von autonomen Universitäten, von reglementierten und fairen Finanzsystemen und von anderen schönen Dingen, die er nicht einmal kannte. Kosta träumte auch von einem vom Land namens ‚Demokratia‘.

In ‚Demokratia‘ war alles schön und friedlich. Die Menschen waren zufrieden und freuten sich über ihr Dasein. In ‚Demokratia‘ liebten alle alle und jeder liebte jeden. Das Land ‚Demokratia‘, so

war sich Kosta im Traum sicher, werde niemals von der Landkarte oder aus Geschichtsbüchern verschwinden.

Auch Menschen traf Kosta im Traum. So traf er einen Bewohner aus ‚Aitarkomed‘, der in einem Gastgarten bei Tisch saß. Dieser Fremdling aus ‚Aitarkomed‘ erzählte Kosta stolz über sein Land. In ‚Aitarkomed‘, so der Fremde, sei alles viel besser. Dort gebe es die beste Demokratie, die man sich nur vorstellen könne, da sich die Regierung überhaupt nicht um Regulierungen bemühe, sondern vollkommene Freiheit für alle Bürger und Bürgerinnen herrsche. Alles würde offen gelegt werden, jeder könne in die Unterlagen der anderen Einsicht nehmen und außer Verbrechen gegen Leib, Leben und Eigentum, dürfe jeder machen, was er nur wolle. In ‚Aitarkomed‘ würden auch die Zeitungen voll sein von unabhängigen Berichten und unabhängigen Pressefotos. In ‚Aitarkomed‘ würde kein Geld im Staatsapparat verschwinden; niemand müsse mit Steuererhöhungen rechnen; alles würde wunderbar funktionieren, da die besten Köpfe im Land regierten. Und noch dazu würden die Menschen in ‚Aitarkomed‘ genau wissen, wer die besten Köpfe im Land seien – das hätten die unbesorgten Bürger schon öfter bei freien Wahlen unter Beweis gestellt. ‚Aitarkomed‘ würde die beste Demokratie sein, die je ein Mensch gesehen hat.

All das, all diese Belobigungen eines anderen Landes, einer anderen Demokratie, machte Kosta im Traum zu schaffen.

Kosta fragte sich, wie das System in ‚Aitarkomed‘ so toll funktionieren konnte? Wurde den Bürgern von ‚Aitarkomed‘ da nicht irgendetwas vorgespielt? Vielleicht von den Medien?

Kosta beschloss, sich Rat zu holen. Er traf einen Wissenschaftler namens Alexis Messner, der sich zufälligerweise ganz in der Nähe von Kostas Traum aufhielt. Messner, so war Kosta überzeugt, war der Richtige für politische und wissenschaftliche Fragen. Messner war ein anerkanntes Allroundtalent und die Politikwissenschaft war sogar sein Hauptgebiet. So beschloss Kosta, Alexis Messner anzusprechen und nach der Wahrheit über die beste Demokratie zu befragen:

„Alexis, welches Land hat die bessere Demokratie? ‚Demokratia‘ oder ‚Aitarkomed‘?“

Messner kam sich etwas überrannt vor. Nachdem er Kosta aber schon lange kannte, und er ihm sympathisch war, wollte er nicht unhöflich sein: „Warum willst du das denn wissen?“, war Messners Antwort.

„Ich habe gerade erfahren, dass die Demokratie in ‚Aitarkomed‘ angeblich viel besser sei als unsere Demokratie in ‚Demokratia‘. Wie könnte ich denn überprüfen, welche Form der Demokratie tatsächlich die bessere ist?“

Messner antwortete: „Das kann ich nun so einfach nicht sagen. Das kommt auf viele Faktoren an. Es kommt beispielsweise darauf an, wie viele und welche Parameter du in die Vermessung mit einbeziehst. Und das, Kosta, die Vermessung der Demokratie, ist eine aufwändige Angelegenheit.“

Kosta war verblüfft, dass Alexis Messner von einer ‚Vermessung‘ sprach:

„Hast du gerade etwas von einer ‚Vermessung‘ gesagt? Lässt sich die Demokratie denn vermessen?“, fragte Kosta.

„Natürlich“, stieß Messner hervor, „um wissen zu können, was besser, größer, länger, dünner oder schmaler ist, musst du messen! Das ist eine uralte naturwissenschaftliche Methode, die mittlerweile auch in geisteswissenschaftlichen Belangen angewandt wird. Nach Ansicht der Wissenschaft kann die Demokratie natürlich vermessen werden. Die Demokratiemessung ist sogar ein anerkannter Zweig der Politikwissenschaft. Es ist gar nicht schwer, das Wesentliche über die Demokratiemessung auf einen Punkt zu bringen: Für eine Messung, benötigst du zunächst einmal immer einen Maßstab. Du brauchst ein für alle Zeiten gültiges Gesetz, nach dem du vorgehen kannst. Dieses Gesetz ist beispielsweise für Längenmessungen das festgelegte und standardisierte Maß – der Ur-Meter, der ungefähr 1790 festgelegt worden ist. Nur durch diesen Standard wird es möglich, Längen exakt zu bestimmen. Und nicht nur das: erst durch diesen Ur-Meter wird es überhaupt

erst möglich, dass meine Messung, mein Messergebnis für andere Menschen, vielleicht auch in anderen Ländern der Erde, etwas aussagt. Sieh mal, auch du kannst dir etwas darunter vorstellen, wenn ich dir sage, dass mein Esstisch einen Meter und achtzig Zentimeter lang ist.“

Kosta hörte zu und sagte: „Wie soll denn das Ganze bei der Demokratie funktionieren? Wo soll ich denn da den Maßstab anlegen? Demokratie ist doch keine Substanz, kein fester Körper. Die Demokratie existiert ja eigentlich nur in Büchern. Selbst wenn Staaten sich als eine Demokratie ausweisen, kommt ihre gesetzliche Grundlage ebenso nur als Text vor. Wie kann ich denn da durch eine Messung zu Aussagen über die Demokratiequalität kommen?“

„Bei der Demokratie“, so Messner, „kannst du natürlich keinen Maßstab anlegen. Aber du kannst eine Definition der Demokratie festlegen und zu Papier bringen. Hast du diese Definition gemacht und ein Bild einer Demokratie entwickelt, kannst du dir eine Demokratie in einem Land ansehen und sie mit dem, was du am Papier definiert hast, vergleichen. Wenn du eine soziale Errungenschaft messen willst, dann kommst du aber nicht um eine ‚Operationalisierung‘ herum.“

Gerade hatte die Erklärung Messners Form angenommen, als dieses für Kosta fremdes Wort ‚Operationalisierung‘ durch den Traum schoss.

„Was kann ich mir denn unter einer Operationalisierung vorstellen? Das klingt ja eher nach einer medizinischen Maßnahme als nach einer Notwendigkeit für eine Messung“, war Kostas Antwort.

„Bei einer Operationalisierung musst du festlegen, woran du eine soziale Errungenschaft wie die Demokratie, erkennen kannst. Eine Demokratie trägt kein Namensschild! Gewisse Staaten weisen sich zwar als Demokratie aus – was das aber im Speziellen heißt, steht wiederum nur in Büchern. Erkennen kannst du eine Demokratie zum Beispiel dadurch, dass es in einem Land freie Wahlen gibt. Kommen Menschen zu einer freien Wahl, kannst du

den Prozentsatz messen, wie viele der Menschen im Staat tatsächlich eine Stimme abgegeben haben. Und wenn deine Definition von Demokratie einzig und allein wäre: ‚die freie Wahl der Regierenden ist Demokratie‘, dann wäre die erste Operationalisierung schon gelungen. Aus dieser Operationalisierung könntest du folgern: je mehr Menschen sich bei einer Wahl beteiligen, desto demokratischer ist das Land.¹

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten einer Operationalisierung der Demokratie: Du kannst beispielsweise zählen, in wie vielen Hierarchiestufen verschiedene staatliche Institutionen gegliedert sind. Oder du kannst zählen, wie viele bewaffnete Raubüberfälle es pro Jahr gibt, oder wie viele Parteien sich pro Jahr umbenennen. Das Ganze, diese gesammelten Daten, kannst du mit anderen Ländern vergleichen und in einem Ranking darstellen.“

„Das klingt ja nicht nach einem übersichtlichen und aussagekräftigem Verfahren“, zeigte sich Kosta enttäuscht. „Das heißt ja, wenn ich Demokratie messen will, muss ich irgendwelche anderen Dinge zählen. Ist das nicht paradox? Was, wenn tausende Menschen an Grippe erkrankt sind oder sich im wohlverdienten Urlaub befinden und deshalb nicht zur Wahl gehen können? Das würde ja das Messergebnis ganz entscheidend beeinflussen – vor allem in so kleinen Staaten wie in ‚Demokratia‘.“

Messner darauf: „Aber ganz genau so funktioniert das leider nun mal in der wissenschaftlichen Messung. Der eigentliche Widerspruch bei der ganzen Sache rund um die Demokratiemessung ja ist die Operationalisierung selbst. Stell dir vor, du müsstest die Demokratie vermessen. Du würdest natürlich einen Satz wie den folgenden heranziehen wollen: Je mehr von ‚soundso‘, desto besser die Demokratie. Dieser Satz macht Sinn, weil er durch seine Kausalität Erkenntnisse produzieren kann. Er ist ein Je-Desto-Satz. Das sind Sätze, um die es in der Wissenschaft geht. Klar? Das ‚soundso‘ wäre etwas, das du definieren müsstest. So zum Beispiel: je mehr ‚Wahlbeteiligung‘, desto besser die Demokratie.

Und nun der Haken an der Geschichte: Die Wahlbeteiligung

allein ist schon die Bedingung dafür, dass es überhaupt eine Demokratie geben kann. Eine Demokratie ist, damit sie als Demokratie bezeichnet werden kann, auf freie Wahlen angewiesen. Ohne Wahlbeteiligung keine Demokratie. Immer noch Klar?

Der Satz: ‚Je mehr Wahlbeteiligung, desto besser die Demokratie‘ sagt ja genau genommen gar nichts aus, da in jeder der zwei Komponenten – ‚Wahlbeteiligung‘ und ‚Demokratie‘ – die ‚Idee‘ von Demokratie enthalten ist. Ich gebe dir ein anderes Beispiel, damit du das besser verstehst: Sieh dir diesen Satz an: Je mehr nass, desto mehr Wasser.

Die Bedingung für die Nässe ist natürlich das Wasser. Aber dieser Satz bestätigt nur das, was du ohnehin schon weißt – nämlich, dass die Nässe vom Wasser abhängt.

Um nun Dinge schlussfolgern zu können, brauchst du zwei unabhängige Komponenten; zum Beispiel: je mehr Regen, desto mehr Wasser². Ob es regnet und wie es regnet, hängt von vielen Faktoren ab, nicht nur vom Wasser – und vor allem, Regen ist eine ganz spezifische Form des Wassers. Bei diesem Satz würdest du sofort weiter fragen können: wo sammelt sich das Wasser, wenn es regnet? Was passiert, wenn die Temperaturen fallen?

Tatsächlich müsste die Demokratiemessung genau den selben Schritt vollziehen: Sie bräuchte Faktoren, die unabhängig von ihrem eigenen Verständnis Aussagen darüber zulassen, ob die Demokratie nun gut oder schlecht ist. Ich denke, das wird noch eine Weile dauern. Aber lassen wir das jetzt. Mit diesen tiefsinnigen Ebenen befasst sich sowieso niemand gerne, weil man nie auf einen grünen Zweig kommt.“

Phase 2: REM-Traum

Kosta befand sich nun in einem fesselnden Dialog mit Messner. Kosta diskutierte über eine Regierungsform, die vermutlich ebenso alt ist wie die Menschheit selbst. Tatsächlich wusste er nicht einmal, woher das Wort ‚Demo-kratie‘ kam und was es genau bedeu-

tete. Kosta war zwar nicht sonderlich gebildet, aber er verstand es, die richtigen Fragen zur richtigen Zeit zu stellen – so auch diese:

„Wenn das, was ich messen will von dem abhängt, wie ich es vorher definiere, dann wird doch jede Messung von Demokratie andere Ergebnisse liefern – oder?“

Und das war ein Einwand, den Messner vermutlich schon oft genug gehört hatte. So blieb ihm nichts anderes übrig, als Kosta weiter mit dem Wesen von Wissenschaft vertraut zu machen: „Wie oder was unter Demokratie genau verstanden wird, bleibt im Prinzip jedem Wissenschaftler selbst überlassen. Manche Politikwissenschaftler beziehen sich auf alte Denker wie Rousseau oder Montaigne, die meistens ein Ideal von Demokratie verfolgt und ausgearbeitet haben. Andere aber versuchen, nur das als Demokratie gelten zu lassen, was gerade in einem Staat, den sie selbst vorab als demokratisch bezeichnen, passiert³. Diese Art von Politikwissenschaftler geht durch die Welt und versucht das, was sie sehen, zu beschreiben. Weißt du Kosta, Wissenschaft ist ein sehr flexibler Gegenstand. Die meisten Wissenschaftler folgen nur eigenen, selbst erstellten Grundsätzen, damit ihnen niemand was anhaben kann. Das wirkliche Problem der Wissenschaftler ist folgendes:

Legt ein Wissenschaftler dar, was eine Demokratie sein soll, begibt er sich auf dünnes Eis – seine Kritiker werden ihn nämlich um eine Begründung fragen, warum er denkt, dass eine Demokratie so aussehen müsse, wie er sie definiert hat. Wenn er aber beschließt, ein Land mit einer Demokratie aufzusuchen, um das Wesen dieser Staatsform in Worte zu fassen, werfen sie ihm eventuell vor, nicht gründlich genug zu sein, weil er Dinge vergessen hat, die vielleicht auch mit einzubeziehen gewesen wären. Kein Wunder, warum jeder nur so tut, als ob er die alleinige Definition von Demokratie gefunden hätte.

Somit entfernt sich die Demokratiemessung durch zwei entscheidende Schritte von ihrer Machbarkeit: zum Einen muss der Politikwissenschaftler selbst lernen, was Demokratie sein könnte und sie auch selbst verstehen. Dabei muss er selbst berücksichti-

gen, dass sein Verständnis von Demokratie immer nur subjektiv ist. Denn: es versteht jeder das, was er verstehen möchte, beziehungsweise verstehen ‚kann‘. Es gibt keine allgemein verbindlichen Regeln, wie etwas verstanden werden muss. So etwas lässt viel Platz für Spielereien, welche im Wissenschaftsbetrieb ‚Interpretation‘ genannt werden.

Zusätzlich kommt folgendes Problem zum Tragen: Wenn das, was eine Demokratie tatsächlich ist, und das, was eine Demokratie sein muss, damit sie messbar ist, nicht gleich ist, wie können dann verschiedene Staaten mit unterschiedlichen Demokratien verglichen werden, wenn schon zwischen ‚Ist-Zustand‘ und ‚Definition‘ einer Demokratie keine Übereinstimmung möglich ist?⁴

„Ja Alexis“, brachte sich Kosta ein, „ein Vergleich benötigt eine gleiche Grundlage, einen Maßstab, wie du selbst sagtest, damit dann gesehen werden kann, was der Unterschied ist. Und wenn die Grundlage schon schwammig und verbogen ist, dann kann sich wahrscheinlich keine gerade Linie daraus ergeben.“

„Du hast Recht Kosta. Ein festgelegtes Kriterium von Demokratie müsste also wirklich in jedem Staat und darüber hinaus noch in jeder Partei, in jeder Gruppierung und schlussendlich auch in jedem Individuum selbst vorkommen, da ja in einer Demokratie jeder Einzelne den Staat repräsentiert.⁵ Ist das nicht der Fall, und kann keine allgemeine Definition von Demokratie gefunden werden, kann im Prinzip auch keine Demokratiemessung erfolgen. Möglich wird sie erst dadurch, dass über Kleinigkeiten hinweggesehen wird. Ebenso gibt es immer noch die Möglichkeit, unmessbare Demokratien in Autokratien oder Regime umzubenennen und sie aus dem Ländervergleich zu eliminieren. Man erspart sich so ein unnötiges Gewitter an kritischen Stimmen.“

Phase 3: NREM-Traum

„Alexis“, so Kosta, „das ist alles gut und schön. Ich habe dich aber ursprünglich gefragt, ob unser ‚Demokratia‘ nun eine bessere oder

schlechtere Demokratie als ‚Aitarkomed‘ hat. Ich denke, wir sind nun schon etwas von dieser Frage abgewichen.“

„Das ist richtig“, gab Messner zu, „aber du weißt ja: um Fragen den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist ein Monologisieren immer gut. Außerdem ist deine Frage wirklich äußerst schwierig zu beantworten.“

Kosta kratzte sich am Kopf und sagte: „Du weißt, mir ist unsere Politik sehr wichtig. Wie steht es um unser kulturelles Erbe? Hat es einen Einfluss auf unsere Demokratie? Du weißt, in ‚Aitarkomed‘ herrschen andere Sitten, die mir nicht unbedingt gefallen. Die Menschen dort sind sehr widersprüchlich. Zum Einen sind gläubig und trotzdem verschwenderisch, zum Anderen erfinden sie die tollsten Dinge und sind vermutlich nicht einmal besonders klug. Ich weiß nicht einmal, ob sich die Leute in ‚Aitarkomed‘ wirklich für ihre Demokratie interessieren.“

Als Messner das hörte, quoll es aus ihm heraus: „Das müssen sie! Demokratie kann sich nur über möglichst große Zahlen gestalten. Stell dir vor, es sind Wahlen und niemand geht hin? Wer entscheidet dann über die zukünftig führende Partei? Niemand. Insofern muss in der Demokratie auch das Interesse für Demokratie vorausgesetzt werden. Ansonsten ist Demokratie nicht lebensfähig. Und die Sache hat einen noch größeren Haken: Wenn du auf Grund niedriger Wahlbeteiligung auf die Idee kämst, Wahlen verpflichtend einzuführen, dann würdest nur unter Zwang eine Mehrheit bekommen können – und das würde wiederum dem Wesen einer Demokratie entgegenstehen, da in einer Demokratie ja die individuelle Freiheit ganz oben steht.“⁶

Kosta kratzte sich wieder am Kopf. Er wurde nachdenklich: „Für die Demokratiemessung müsste das ja heißen, dass auch sie auf große Zahlen angewiesen ist. Aber eine Zahl sagt doch nichts über meinen kulturellen Background oder die Sitten eines Landes aus? Wenn ich wissen möchte, wo es die beste Demokratie gibt, müsste ich doch auch solche Dinge in die Messung mit einbeziehen können?“

„Deinen Einwand kann ich verstehen,“ gab Messner zu. „Sieh mal, die Demokratiemessung kann gar keine kulturellen oder wenn du so willst ‚sittlichen‘ Unterschiede verarbeiten. Einerseits deswegen, weil die Demokratiedefinition als Maßstab ja nur etwas sein kann, was tatsächlich in *jeder* Demokratie vorhanden ist. Würde die Demokratiemessung tatsächlich die kulturellen Unterschiede aufgreifen, dann könnte sie ja keine Vergleiche mehr anstellen, da sie dann ja Äpfel mit Birnen vergleichen würde. Und andererseits, weißt du, dass es auch in unserem Land unterschiedliche Menschen gibt, mit anderen Gewohnheiten, anderen Einstellungen und anderen Bräuchen. Darüber muss eine Demokratiemessung aber notwendig hinwegsehen; denn die möchte ja verschiedene ‚Staaten‘ miteinander vergleichen. Dazu muss sie den jeweiligen Staat als in sich gleich und homogen darstellen. Kulturell-regionale Eigenheiten können da nicht einfließen. Nicht bei der Definition, nicht beim eigenen Land, nicht bei anderen Ländern. Kultur und Vermessung vertragen sich nicht besonders gut.⁷ Obwohl wir doch alle wissen, dass die kulturellen Unterschiede natürlich auf die Art und Weise, wie die Demokratie gelebt wird, äußerst erhebliche Auswirkungen hat. Aber gehen wir noch einmal einen Schritt zurück und versuchen ein gedankliches Beispiel: Was könnte in ‚Demokratia‘ und ‚Aitarkomed‘ hinsichtlich der Demokratie in jedem Land gleich sein?“, fragte Messner, der mit einem Blick auf seine Uhr schon insgeheim auf seinen nächsten Termin hinwies.

„Ich denke“, so Kosta, „in jedem der zwei Staaten gibt es freie Wahlen, eine Parteipolitik, Institutionen wie Schule und so weiter. Würde das schon ausreichen?“

Messner darauf: „Natürlich würde das reichen. Die Frage ist, wie aussagekräftig die Messung dann ist. Zu fragen wäre natürlich auch, wie es um die Institutionen steht. Sind sie demokratisch organisiert, lassen sie demokratische Prozesse zu oder werden sie eventuell durch Unternehmen oder andere Einflussnehmer in ihrem politischen Verhalten gestört? Die Frage ist auch, wie frei Wahlen tatsächlich sind. Es ist ja so, dass auf Grund der heutigen Masse an

Werbematerial in ‚Demokratia‘ nicht mehr davon auszugehen ist, dass Wahlen wirklich frei sind. Wenn du es genau nimmst, werden wir ja alle im höchsten Maße manipuliert. Dafür sorgen schon die Parteien, die Unsummen für Werbekosten ausgeben. Und noch dazu bestimmen nicht mehr die Bürger, welche Ziele die politische Führung anpeilen soll, sondern hochentwickelte Werbegenturen.⁸ Inwieweit das auch für ‚Demokratia‘ zutrifft, kann ich dir allerdings nicht sagen.“

Kostas Motivation sank von Sekunde zu Sekunde. War er bis vor wenigen Minuten noch überzeugter Demokrat und überzeugt vom Regierungssystem in ‚Demokratia‘ gewesen, so machten ihn Messners Aussagen mürbe. Er konnte oder wollte sich nicht eingestehen, dass das alles so schwierig sein musste. Es müsste doch einfachere Mittel geben, die Qualität einer Demokratie zu messen. Kosta verstand noch immer nicht ganz, was es mit den Institutionen auf sich hatte.

„Alexis, kommen wir doch noch mal zurück zu den Institutionen. Wie könnte man denn herausfinden, wie die Institutionen von ‚Aitarkomed‘ organisiert sind?“

„Du gibst dich als Student der Wissenschaften aus und gehst einfach hin und gibst Fragebogen aus – so läuft das zumindest in den Demokratievermessungsbetrieben, die ich kenne.“

Kostas Verwirrung ist ihm jetzt schon anzusehen. Mit solch trivialen Informationen hatte er nicht gerechnet. „Aber bist du dir sicher Alexis, dass alle Menschen auch das ankreuzen, was sie für richtig halten?“

„Davon müssen wir doch ausgehen. Wenn wir solche Kleinigkeiten bis ins letzte Detail hinterfragen, dann kommen wir doch niemals weiter. Wir sind als Wissenschaftler doch auf die Erzeugung von Ergebnissen angewiesen. Das ist unser Job. Liefern wir Ergebnisse, die erwünscht sind, steigen unsere Chancen auf ein nächstes, vielleicht noch lukrativeres Projekt. Bei den Summen, die solche Untersuchungen kosten, wird der Druck auf den einzelnen wissenschaftlichen Mitarbeiter schon hoch. Der Druck, die

Zahlen für den Auftraggeber sprechen zu lassen, ist beinahe unendlich. Stell dir vor Kosta, das ganze Projekt Demokratiemessung ist so unglaublich umfangreich und komplex, da kannst du immer etwas in eine gewünschte Richtung verschieben. Ich denke, dass es für dich aber trotz allem nicht so wichtig sein wird, wo es tatsächlich eine gute Demokratie gibt. Ich denke, dass die Wirtschaftstreibenden das um vieles ernster nehmen müssen. Stell dir vor, Betriebe sind daran interessiert, ihre Produktion in Billiglohnländer zu verlagern. Diese Billiglohnländer müssen natürlich über gewisse Infrastrukturen verfügen: Straßen, eine Exekutive, eine funktionierende Verwaltung und so weiter. Wer würde schon gerne seine teuren Produkte in Ländern fertigen lassen, in denen ein unverschämter Diktator alle Fäden in der Hand hat? Also sind vorwiegend Wirtschaftstreibende interessiert an sicheren und kontrollierten Billiglohnländern. Sie befragen gerade jene Ländervergleiche der Demokratiemessung in Bezug zur jeweiligen Demokratiequalität daraufhin, ob an eine Produktion in diesem oder jenem Land zu denken wäre. Deswegen sind die von Demokratievermessern aufgestellten Rankings auch so wichtig. Sie erlauben auf einem Blick, abschätzen zu können, inwieweit eine ‚Produktion‘ sich dort verwirklichen ließe. Ich denke, Wirtschaftstreibende haben als einzige einen direkten Gewinn aus diesen Rankings.“

Messner stand auf. Er schüttelte seine Beine, als ob er sich zum Laufen aufwärmen wollte. Er hatte jetzt schon genug Zeit mit Kosta verbracht, wollte ihn aber dennoch nicht so ratlos zurücklassen. Deswegen versuchte er, die Sache noch auf einen letzten Punkt zu bringen:

„Kosta, ich möchte nicht, dass wir uns trennen, ohne Dir einen Vorschlag gemacht zu haben, wie wir die ganzen Probleme der Demokratiemessung umgehen könnten.“

„Wie?“, fragte Kosta mit einem unverhofften Lächeln.

„Wir nennen die Sache nicht ‚Demokratiemessung‘, denn eine Messung ist ja, wie du gesehen hast, ohnehin nicht ernsthaft möglich. Wir nennen den Weg, den wir nehmen müssen, einfach

‚Demokratiebewertung‘. Das würde die Ansprüche, die an eine Messung gestellt werden müssen, irrelevant machen. Weißt du, Demokratievermesser müssen widersprüchliche Personen sein. Zum Einen wollen sie naturwissenschaftliche Exaktheit, zum Anderen müssen sie sich mit Texten, kulturellen Gegebenheiten und textlichen Verschönerungen befassen. Sie müssen Handwerker und Künstler in einem sein. Ich denke, beim Unternehmen Demokratie-messung führt der Weg nur über eine Entschärfung der Regeln, indem man die ganze Sache einfach anders konzeptioniert.“

„Wie könnte denn das konkret aussehen und vor allem: was wären die Vorteile?“, fragte Kosta, schon im Wissen, dass sein Gespräch mit Messner bald zu Ende sein wird.

„Zum Einen“, Messner kam noch mal richtig in Schwung, „brauchen bei einer ‚Demokratiebewertung‘ keine falschen Tatsachen vorgespiegelt werden. Denn eine Bewertung ist sowieso nicht objektiv, sondern bleibt immer subjektiv. Bei einer Bewertung ist klar, dass ‚jemand‘ bewertet. Bei einer Messung ist zwar auch klar, dass ‚jemand‘ misst, aber jeder denkt, der Vermesser hat auch einen standardisierten Maßstab auf Abruf.“

Im Gegensatz dazu kann eine Bewertung qualitativ gut oder schlecht ausfallen – beides ist an und für sich brauchbar, solange keine Objektivität beansprucht wird. Eine Bewertung ‚darf‘ auch mit subjektiv festgelegten Kriterien spielen – eine Messung nicht. Eine Bewertung kann jeder selbst, nach seinem individuellen Horizont gestalten. Sicherlich werden qualitativ gute Bewertungen auch mehr oder zumindest relevantere Ergebnisse liefern. Sie müssen einfach nicht zwingend irgendetwas standardisieren und verallgemeinern, was nicht verallgemeinerbar ist. Es ginge im Falle einer ‚Demokratiebewertung‘ viel mehr um begründete Argumentationen und weniger darum, einen Forschungsgegenstand wie die Demokratie, so in ihrer Bedeutung zurechtzulegen, dass sie sich vermessen lässt. Und im Hinblick auf die Vergleichbarkeit, um die es ja hauptsächlich geht, würde bei einer ‚Bewertung‘ ebenso die Subjektivität als wegweisend gelten. Wenn jemand verschiedene

Staaten bewertet, dann kann das ja ebenso aus ‚einer‘ Perspektive erfolgen – aus ‚einer‘ subjektiven Perspektive. Die Vorteile einer Bewertung liegen ganz eindeutig in der Tiefe der Beschreibungen, die solch ein Modell liefern könnte. Dadurch, dass der Fokus nicht so eingengt ist, würden sich auch andere demokratierelevante Faktoren wie ‚Multikulturalität‘ oder der ‚gesellschaftliche Umgang mit demokratischen Regeln‘ einbringen lassen.

So wäre das Hauptaugenmerk bei der ‚Bewertung‘ die Sprachebene, also die Ebene der direkten Kommunikation zwischen Menschen, und das wäre auch von vorne herein augenscheinlich.

Noch etwas fällt mir ein: Wollte jemand eine Demokratie bewerten, ließe sich auch gleich herausstellen, dass es um den ‚Wert‘ einer Demokratie geht. Es ginge darum, herauszufinden, wie viel ‚Wert‘ einer Demokratie in einem Land zu Grunde liegt. Die Reflexion ihrer positiven Bedeutung, die sie zum Beispiel in ‚Demokratia‘ hat, würde somit gleich mittransportiert werden.“

Und nach diesen Ausführungen verabschiedete sich Messner von Kosta.

Phase 4: Wachtraum

Mit leichtem Kopfweh erwachte Kosta aus seinem Traum. Seine Beschwerden hatten weniger mit seinen Erlebnissen in ‚Demokratia‘, als viel mehr mit seinem übermäßigen Alkohohlgenuss vom Vortag zu tun. Kosta schaltete die Kaffeemaschine ein. Noch während das heiße Wasser auf den Filter tropfte, setzte er sich hin und begann, seinen Traum niederzuschreiben. Er hatte nämlich vor, wieder die Bar aufzusuchen und das gestern abrupt abgebrochene Gespräch mit Gert Knopfli fortzusetzen.

Abschließende Gedanken

Die Frage, in welcher Demokratie wir eigentlich leben und wie die Demokratiequalität bewertet werden kann, führt zu immer wieder

zu interessanten und angeregten Diskussionen. Durch das Zwiegespräch zwischen Kosta Poulanis und Alexis Messner wissen wir, dass Demokratie nicht gemessen, sondern bewertet werden muss. Das, was Demokratie tatsächlich auszumachen scheint, ist das reflektierte Verhältnis, in welches sich Menschen gegenüber einer Demokratie zu setzen bereit sind. Und dieses Verhältnis ist nur über Kommunikation zugänglich und ist garantiert nicht objektiv messbar.

Nur durch Kommunikation können Menschen in einem Staat ihre Lage verbessern. Kommunikation kann etwas ‚durchsetzen‘, Gründe argumentieren und darstellen, wie wichtig oder unwichtig gewisse Dinge sind. Nur Kommunikation kann dazu beitragen, etwas (demokratisch) zu verändern. Kommunikation schafft ein Bindeglied zwischen Menschen – sie kann die Einsicht fördern, dass der ‚Demos‘ – das Volk als Ganzes – über einen Staat verfügen kann oder vielleicht sogar ‚muss‘. Diese schwierige Aufgabe kann nur durch Kommunikation, durch das Zusammenleben und Zusammenreden von Menschen, durch Offenheit und Toleranz gemeistert werden, nicht durch das Berufen auf gemessene Daten.

Wenn Demokratie bedeutet, Freiheit zuzulassen, dann sind Demokratiemessungen geradezu an einer Festsetzung ‚einer‘ Vorstellung von Demokratie beteiligt und eröffnen nicht den Blick auf zukünftig mögliche Verbesserungen. Dabei ist augenscheinlich, dass die Demokratie in ihrer Wirkweise erst recht verunstaltet wird, wenn versucht wird, sie auf ‚eine‘ Grundüberzeugung festzunageln. Eine Messung setzt immer etwas fest, scheint sich einer ‚Diskussion‘ der Ergebnisse geradezu zu entziehen und scheint sich schlussendlich, auch der Demokratie selbst zu entziehen.

Quellenverzeichnis

- 1 Diese Aussage ist eigentlich ein paradoxer Zirkelschluss. Im Laufe des Traumes kommt Messner noch darauf zurück; Siehe: Traine, Martin: Messung als empirische Immunität. Kritische Überlegungen zur Methodologie der quantitativen Metrisierung der Demokratie; S.207-218; in: Lauth, Hans-Joachim/Pickel, Gert/Welzel, Christian: Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden; 2000.
- 2 Immanuel Kant: Kritik der reinen Vernunft; S. 49-78; Reclam-Verlag, Stuttgart; 1966.
- 3 Das wäre ein prozessuales Verständnis von Demokratie, welches als ‚modern‘ bezeichnet werden kann.
- 4 Diesen Aspekt träumt Kosta nur als Fußnote: Innerstaatliche Unterschiede kann die Demokratiemessung in ihren Arbeitsvorgang nicht mit einbeziehen. Ansonsten könnte jemand eventuell herausfinden, dass unterschiedliche Ethnien in einem Land verschiedene Ansichten zur Demokratie haben könnten. Die Demokratiemessung muss ein Land, einen Staat, auch ‚ideell‘ als eine homogene Einheit sehen, damit sie die Ländervergleiche überhaupt anstellen kann.
- 5 Jean-Jacques Rousseaus: Gesellschaftsvertrag. Reclam-Verlag, Stuttgart; 1977.
- 6 Jacques Derrida: Schurken. Zwei Essays über die Vernunft. Suhrkamp 2003.
- 7 Lauth, Hans-Joachim: Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich; S.10; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden; 2000.
- 8 Colin Crouch Interview. Der Spiegel (Nr. 32/2008); 2008.

Elite. Macht. Wandel.

Von Lisa-Carina Moser

Schön war es das Leben einmal von einer ganz anderen Seite kennenzulernen. Im Frühjahr 2008 wohnte ich für etwa zwei Wochen aus Arbeitsgründen in einem Kloster und kam für diese Zeit mit einem Buch, einem Tagebuch und einem Radio aus. Schon der Umstand, nur eine halbe Stunde pro Tag das Internet zur Verfügung zu haben und keine Möglichkeit zu telefonieren war eine große Umstellung.

Wenn jetzt ein Blick durch mein Zimmer schweift, dann stapeln sich dort die technischen Geräte, wie es im Kloster nicht vorstellbar gewesen wäre. Mein Zimmer wäre theoretisch ein Ort der Wissensaufnahme; so leicht wie heute war uns der Zugang zu Wissen in der Theorie vor einiger Zeit nicht möglich. In der Theorie.

Wissen die Menschen heute wirklich mehr? Sie saugen sich *Wikipedia*-Artikel ein, sie kommunizieren in Windeseile via E-Mail und können ein Studium in Mindeststudienzeit abschließen. Dabei wird aber ein qualitativer Unterschied unbeachtet gelassen: Wir wissen durch diese Faktoren nicht mehr, wir lernen lediglich schneller Wissen aufzunehmen. Wir speichern dieses Wissen im sogenannten Kurzzeitgedächtnis. Wie viel aber merken wir uns tatsächlich für alle Zeit, wie viel Zeit nehmen wir uns Wissen zu verinnerlichen, zu reflektieren, zu überdenken?

„Unbildung ist nicht gleich Unwissen oder Dummheit. Unbildung bedeutet die Abwesenheit einer normativen Bildungsidee“, erklärt der Wiener Philosoph Konrad Liessman zurecht. In seiner Theorie der Unbildung führt Liessmann die Wissensfabriken als Kritikpunkt an, die den Arbeiter nicht mehr zum Wissenden macht, sondern den Wissenden zum Arbeiter. Im Grunde empört er sich über den heutigen Umgang mit Bildung und das daraus resultierende Bildungssystem.

Tendenzen in Politik und Gesellschaft führen dazu, dass Anreichern von Wissen erschwert wird. Wodurch? Raten Sie mal! Eli-

teuniversitäten schießen wie Pilze aus dem Boden und Proteste gegen Studiengebühren werden belächelt, weil Erneuerungen wie „Eliteunis“ eben nun einmal die Zeichen unserer Zeit sind. Sie werden uns prägen.

Was aber bedeutet dieser Wandel in elitärere Systeme an den Bildungsstätten? Werden wir dadurch einen Wandel innerhalb der Gesellschaft erleben?

Schluss mit Hierarchien?

Europa lebt heute in hohem Maße in einem Überfluss. Wie wahr ist diese Aussage? Ich möchte nicht die armen und ärmsten Familien vergessen, die täglich den Kampf um ein ertragbares Leben führen. Deswegen fällt es mir immer schwer über den Reichtum Europas zu sprechen, wenn bis heute Armut und Ungleichheit existieren, ja die Polarisierung von arm und reich sogar stark zugenommen hat!

Der Marxismus war das erste Modell zur Armutsbekämpfung, das in der Wissenschaft für Diskussionen sorgte. Von einer Utopie zur Ideologie war der sozialistische Gedanke ein Wunderwerk, auch wenn er damals schon KritikerInnen gehabt haben möge. Als Stalin aber mit seiner Elite im Namen des Kommunismus anfang sein Unwesen zu treiben, veränderte er hiermit die Wertevorstellungen vieler. Sie kamen zum Entschluss: Der Kommunismus ist etwas Schlechtes! Na klar, wenn mit Kommunismus nicht mehr die theoretische Ideologie assoziiert wird, sondern eine Schreckenstat nach der anderen, dann versetzt das den Menschen einen negativen Beigeschmack.

Um zu Lösungsansätzen zu gelangen, so scheint es mir, benötigen wir Hierarchien. Ohne sie sind die Menschen nicht fähig, „die Herde“ unter Kontrolle zu halten beziehungsweise bildet sich automatisch ein Alphamännchen innerhalb einer Gruppe heraus. Insofern stellt sich nicht die Frage, ob wir eine Elite brauchen oder nicht, da es sie immer geben wird, vielmehr müssen wir uns die Frage stellen, wie wir mit ihr umgehen. Welche Elite wollen wir und wie können wir sie beeinflussen?

Wir wollen keine Hitlers und Stalins mehr, soviel dürfte wohl klar sein! Und wenn wir uns die Welt heute so ansehen, scheint es tatsächlich keine derartigen Führungspersönlichkeiten zu geben. Das Traurige ist, dass die Menschen damit nun auch wieder nicht zufrieden sind, sich sogar einen starken Mann wünschen. Eine Führungspersönlichkeit ist übrigens immer männlich konnotiert. Oder können Sie sich vorstellen, eine Frau mit durchaus weiblichen Charisma im Führungskomitee ernst zu nehmen? Als Gegenargument können Sie nun einbringen, dass Angela Merkel das perfekte Beispiel dafür ist, dass Frauen in der Elitepolitik es zu etwas bringen können, ich hingegen antworte da nur: „Frauen, die sich verhalten, wie Männer!“

Elitenwechsel durch Massenbewegungen?

Innerhalb der Geschichte ist Karl Marx vor allem dahingehend relevant, weil er sich darauf spezialisierte ein Phänomen zu beleuchten: Machtverhältnisse können nicht vom Individuum aus verändert werden, nur die Masse ist stark genug, um Veränderungen zu erzielen. Vor allem mit Streiks und gemeinsamen Unternehmungen sollten die Prozesse vorangetrieben werden.

Im Unterschied dazu sah die Elite Machtverhältnisse und deren Veränderungen von einer ganz anderen Seite. Nach ihrer Meinung gab es kleinste aber mächtige Minderheiten, die Macht erhalten sollten, damit diese Macht nicht in die Hände anderer Klassen oder Kollektive fällt.

Wir werden uns wohl immer mit zwei gegensätzlichen Meinungen herumschlagen müssen und auch wenn es viele Menschen gibt, die den Marxismus nicht vertreten können, so werden sie vielleicht trotzdem sein Konzept befürworten, gemeinsam für eine gerechtere Welt zu plädieren und nicht als Individuum wie ein Staubkorn im Wind zu verwehen.

Bilder der Vergangenheit verdeutlichen das Offensichtliche: Elitenwechsel sind selten von Massenbewegungen zu trennen. Das

haben uns die Menschenrechtsbewegungen, die Frauenbewegungen und Antikriegsbewegungen gezeigt. Sie sind der Beweis, dass mehrere Menschen gemeinsam elitäre Konstrukte aufbrechen können. Die Einführung des Frauenwahlrechts ließ sich nur nach und nach durchsetzen, da sich viele Menschen zuvor einer gemeinsamen Bewegung angeschlossen haben. Die Mittel zur Durchsetzung für mehr Rechte der Frauen waren unterschiedlich, dennoch war eine gemeinsame Bewegung im Gange. Es kann also nicht immer von der „Ohnmacht der Masse“ die Rede sein, wie sie die Einstellung vorgibt, die interessanterweise aus jener Zeit entspringt, in der sich die Diktaturen und der Faschismus breit machten.²

Die Wahldebatte

„Wozu soll ich wählen gehen?“, hören wir die BürgerInnen sagen, wenn sie sich überhaupt bereit erklären, zur Debatte etwas beizutragen. „Es ändert ja sowieso nichts!“

Glauben Sie mir, wenn ich Ihnen sage, dass dieser seit den 60er Jahren existierende Trend nicht einmal so schlecht, sondern im Gegenteil, sogar sehr gut sein soll? Die Elite erzielt angeblich nur dann Erfolge und die Demokratie sei nur dann stabil, wenn die BürgerInnen in eine Passivität verfallen.³ Aber die richtige Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Wählens wäre doch, dass Wählen eine Wichtigkeit darstelle, um der Elite Einhalt zu gebieten. Gerade dieser Ansatz ist wiederum zu hinterfragen, da Wählen heute nicht unbedingt zu den wichtigsten Faktoren demokratischer Praxis gehören, wenn Politik ja nicht mehr von den Wahlen bestimmt wird, sondern durch informelle Hierarchien und von Wirtschaftsmonopolen, deren Einfluss auf die Politik immer stärker zunimmt.

Wieso aber beschreiten die Menschen den Weg zur Wahlurne tatsächlich nicht mehr? Ein wesentlicher Fakt ist, dass die Menschen meistens politisch werden, wenn sie das Gefühl haben, es sei gerade an der Zeit, Handlungen zu setzen. Eine Studie der Konrad-

Adenauer Stiftung besagt, dass die Gründe für eine niedrige Wahlbeteiligung in der sinkenden Traditionshaltung liegen. Viele WählerInnen probieren langsam auch neue Ideologien aus oder gehen eben auch nicht mehr wählen, wählen oftmals auch „weiß“. Damit kann über kurz oder lang unter Umständen auch ein Elitenwechsel provoziert werden, denn möglicherweise destabilisiert diese Haltung der WählerInnen das politische System. Doch hierbei spalten sich die Meinungen.⁴

Tatort Präsidentschaftswahl Österreich 2010: Ein Volk hat gewählt. Doch viele haben sich entweder ganz geweigert, den Stimmzettel anzukreuzen oder haben ihn in letzter Sekunde ausgefüllt. Wie folgende Geschichte beweist.

Kollege K. spazierte am Wahlsonntag in seiner Gemeinde zur Wahlurne. Auf dem Weg dorthin überlegte er sich noch einmal, wie er diese Wahl nun tatsächlich ausüben sollte. Denn eigentlich war er mit keinem/r der KandidatInnen zufrieden. Zur Wahl standen der SPÖ-Politiker Heinz Fischer, das FPÖ-Mitglied Barbara Rosenkranz und Rudolf Gehring, Kandidat der „Christen“. Anstatt zur Wahl anzutreten oder eine Wahlempfehlung abzugeben, rief die ÖVP offiziell zum weiß wählen auf.

Kollege K. hatte sogar schon ein Konzept entwickelt, wie er seinen Unmut zum Ausdruck bringen wollte. Er wollte folgendes Prozedere durchführen: Bei Heinz Fischer hätte er ein Kreuz gesetzt, wie es bei Wahlen üblich ist, bei Barbara Rosenkranz ein Hakenkreuz und bei Rudolf Gehring ein Christuskreuz. Als er vor dem Stimmzettel stand, entschied er sich plötzlich doch, die Wahl ordnungsgemäß durchzuführen, weil er die Stimme nicht sinnlos verschwenden wollte.

In einem Artikel des Standard wurde veröffentlicht, in wie weit „weiß wählen“ gewertet wird und ob es sinnhaft ist. „Es bringt Protest zum Ausdruck. Trotzdem bezeichnet er es - genauso wie das Nichtwählen - als ‚nicht konstruktiv‘ - eben weil es keinen Einfluss aufs Ergebnis hat.“⁵ Da stellt sich doch einmal die Frage, ob es nicht möglich wäre ein System zu erschaffen, in dem der Protest

des Wählers auch gezählt werden würde? Der „weißen Stimme“ nicht nur symbolisch Ausdruck verliehen werden, sondern sie in irgendeiner Form Konsequenzen davon tragen würde.

Und hätte Kollege K. sein Vorhaben jetzt doch verwirklicht, und wäre seine Geschichte in die Medien gelangt, vielleicht wären manche Menschen seinem Beispiel gefolgt. Wie könnte die Politik mit einer Situation umgehen, wenn sich plötzlich die Mehrheit der WählerInnen gegen das klassische Wahlsystem stellt? Könnte ein Konzept geschaffen werden, indem wir diese Stimmen zählen und auswerten? Die Problematik an sich ist doch, was passieren würde, wenn die große Anzahl an Nicht-WählerInnen plötzlich zu ProtestwählerInnen mutieren würde. Bei einer Mehrheit an weiß gewählten Stimmen könnte tatsächlich eine Neuwahl erzwungen werden, könnten wir verlangen, dass sich neue KandidatInnen aufstellen lassen.

Die Zeit der Revolutionstheorien scheint nun endgültig vorbei zu sein; vertritt man diese Theorie heute noch, so wird man mit Sicherheit in keinsten Weise ernst genommen, sondern links liegen gelassen. Während sich aber Menschen der Medienwelt die Köpfe über die Nichtwählerschaft zerbrechen und durch die Wissenschaft versucht wird, Analysen zu entwerfen, beleuchtet der Politikwissenschaftler Colin Crouch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger von einer ganz anderen Seite. Für ihn hat die Beteiligung in jüngster Zeit beträchtlich an Zahl gewonnen. Seiner Meinung nach besteht die Gefahr, dass „man sich zu sehr auf Parteipolitik und Wahlkämpfe konzentriert, und dabei übersieht, wie sich das kreative Engagement der Menschen immer stärker aus diesen engen Arenen in jene weitere der Bürgerinneninitiativen und NGOs, kurz: der „guten Sache“ verlagert.“⁶

Als Beispiel für eine unabhängige Initiative, versteht sich die Organisation *Attac* als Demokratisierungsbewegung, als soziale Bewegung, die durch Netzwerke versucht Verknüpfungen zum Nutzen der Mehrheit der Menschen herzustellen. Das Stichwort direkte Demokratie ist zwar kein verschriftlichtes Konzept von

Attac, dennoch werden Tendenzen in diese Richtung als positiv erachtet und willkommen geheißen. David Walch, Pressesprecher von *Attac* Österreich, erklärte zu diesem Thema: „In der direkten Demokratie geht es nicht darum, immer brav seinen Stimmzettel abzugeben. Es geht um mehr. Einer Abgabe der Stimme müsste in Wahrheit eine lange Diskussion vorausgehen. Das wäre das zentrale Element der Mitsprache, wofür wiederum Transparenz in der Politik geschaffen werden müsste. Der eigentliche Sinn der direkten Demokratie ist nicht nur die Wahlbeteiligung, sie ist die Möglichkeit der Auseinandersetzung der Menschen mit den Themen, die sie betreffen.“

Eliten in Europa – Einst und heute

Der gemeine Mann unterschied sich immer schon von der Elite. Er besaß meist kaum Grund und Boden, sondern bewirtschaftete lediglich ein Gebiet, das einem Angehörigen der Elite gehörte. Besitz war nicht jedem bestimmt, sondern ein Kennzeichen für Reichtum weniger Auserwählter. Elitär konnte der Mensch aber auch durch andere Merkmale sein. Stand, berufliche Qualifikation oder Besitz waren bedeutend, wenn sich der Mensch im elitären Umfeld bewegen wollte. Er musste nicht zwingend Land besitzen. Ein Adelstitel konnte einem Tore öffnen, die dem Menschen unter normalen Umständen verschlossen blieben, oder aber der Qualifikationsgrad bestimmte das Sein. Gerade das klerikale Umfeld bietet ein gutes Beispiel dafür, dass Bildung elitefördernd war und ist.

Das erste Land in Europa, das die Eliten abzuschaffen versuchte, war Frankreich. Es heißt, dass Frankreich schon seit seiner Revolution von 1789 keine tragende Elite mehr hatte. Die Parole „Liberté, fraternité, égalité“ stand als Wahrzeichen für Parlamentarisierung und Demokratisierung des Landes, ging als solche in die Geschichte ein und wurde zu etwas besonderem für Europa.⁷ Doch ist es nicht gelungen, dadurch die alten Stände und damit die Elite Frankreichs abzusetzen.⁸ Der Symbolgehalt der herrschenden

Bourgeoisie blieb nämlich lange Zeit wirkungshoch und die Gesellschaft nützte sie zu repräsentativen Zwecken. Wenn Sarkozy also heute in den Medien „Wie einstmals der Sonnenkönig“ rezipiert wird, lesen Sie nicht auch Spuren des vergangen repräsentativen Symbolismus heraus?⁹ In Frankreich wurden die Wurzeln für die moderne Demokratie zwar gelegt, man konnte oder wollte aber den repräsentativen Status der Elite nicht aufheben.

Demgegenüber konnten durch die Sozialdemokratie in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts BürgerInnen auch aus den unteren Schichten in die Schichte der Eliten aufsteigen.

Deutschland und Demokratie ist sowieso ein Sonderfall. Wie wir wissen hat Hitler in Deutschland vor 77 Jahren eine Diktatur eingerichtet, die gründlich ihre Spuren hinterließ. Seitdem ist das Verhältnis zur Demokratie einerseits bemüht, andererseits gestört. In deutschen Medien verdrängt man entweder, oder man beschäftigt sich sehr einseitig mit der nationalsozialistischen Vergangenheit anstatt sich mit der Demokratie auseinanderzusetzen.

Skandinavien weist im Übrigen die wenigsten Elitemerkmale bei der Rekrutierung der politischen Klasse auf. Weder der soziale Status noch die elitäre Ausbildung sind ein großer Faktor bei der Auswahl der Führungskräfte.

Das restliche Europa scheint von dem Vorzeigemodell Skandinavien relativ wenig übernommen zu haben und kann des Weiteren gut auf fortschrittliche Demokratisierungsprozesse verzichten. Während in Frankreich und Großbritannien auf sozialen Stand großen Wert gelegt wird, können wir in Deutschland und Österreich erkennen, dass vor allem eine qualifizierte und fächerübergreifende Ausbildung notwendig ist, der soziale Status aber nicht zwingend ein Kriterium bildet.¹⁰

Mit der Entdeckung Amerikas wurden vielfach Illusionen geweckt, Männer und Frauen in Europa projizierten ihre Träume auf die „Neue Welt“, ohne sie jemals zu Gesicht bekommen zu haben. Sowohl das paradiesische Leben als auch die demokratische Freiheit wurden vor allem in der Zeit der Romantik höchst positiv

aufgefasst. War doch die Amerikanische Revolution der eigentliche Vorläufer der Französischen, so fand das Demokratiekonzept nicht überall seine Anhänger. Dennoch entstand der Traum von einer besseren Welt.¹¹

Eine derartige Illusion entflammte mit der Entstehung der Europäischen Union von neuem. Doch kann sich ein System nicht verändern, wenn sein Wesenskern tief verankert in den Köpfen der Menschen erhalten bleibt. Denn letztlich ist auch das System eine Projektion, das nur durch die Taten der Menschen real wird. In Europa haben wir den Versuch eines Neustarts, der nichts desto trotz kein Paradies geschaffen hat. Die Eliten herrschen auch weiterhin, zugegeben, mit demokratischen Einschränkungen. Was aber helfen diese unzureichenden Kontrollmechanismen, wenn das elitäre System nach wie vor nicht umgewälzt werden konnte.

Was ist die politische Elite?

Unter der politischen Elite versteht man Führungsgruppen, die bestimmte Aufgaben der Leitung, Koordination oder Planung haben und dabei unter formalisierter Verantwortlichkeit stehen. Innerhalb der Sozialwissenschaft wird zwischen Macht-, Wert-, und Funktionseleiten unterschieden. Da der politischen Elite im demokratischen System Funktionen zugetragen werden, gehört sie grundsätzlich der letzteren Gruppe an.¹²

Während die Vertreter der sozialistischen Schulen das Augenmerk auf die Erreichung der Demokratie legten, wollten konservative Richtungen die Durchführbarkeit nicht für möglich halten und entwickelten im Zuge dessen eine Strömung, in Italien ihren Ursprung nehmend, die im Bestehen der politischen Klasse eine unumgängliche Notwendigkeit sah. Sie sei eine Minderheitenklasse, es gäbe „zwei Klassen, eine, die herrscht, und eine, die beherrscht wird,“ wobei die herrschende Klasse immer die Zahlenschwächere darstellt.¹³ Während sich im 19. Jahrhundert, man könnte sagen, so etwas wie der rebellische Marxismus herausbildete, stellte er eine

Art Gegenströmung zur politischen Klasse dar. Viel mehr noch: Marxismus war eine Zeit lang „die“ Gegenströmung der politischen Klasse. Nach ihm erheben Eliten ihren Machtanspruch auch nicht aus dem Grunde einer ausgewählten Funktion, sondern aus einem Herrschaftsdrang heraus.¹⁴

Die der politischen Elite zugehörigen Personen müssen nicht zwingend einer Regierung angehören, doch berühren ihre Beschlüsse die Werte einer großen Menschenanzahl.

In den 60ern standen „Parlamente, Ministerpräsidenten, Gerichtshöfe und politische Parteien nicht länger im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, wie noch vor 50 Jahren.“ Es ging um die ‚Politik‘ der Korporation, der Gewerkschaften und selbst der Universitäten, die genau untersucht wurde.¹⁵

Heute lässt sich Übereinstimmung zwischen der politischen und wirtschaftlichen Elite leichter herstellen, als es vor 20 Jahren noch der Fall war. Die politischen Eliten werden immer geschlossener, wobei es Länder gibt, in denen die politische Elite immer sehr geschlossen war, etwa Großbritannien, Frankreich, Spanien und Portugal. In anderen Länder wiederum, gerade in Mitteleuropa, dazu zählen Deutschland, Österreich, die Benelux-Länder und Italien, bildete die politische Elite den Gegenpol zur Wirtschaftselite. Eine Angleichung der wirtschaftlichen Elite an die Politische vollzog sich in fast all diesen Ländern in unterschiedlichem Tempo. Am stärksten hat sich dieser Prozess sicher in Deutschland und in Italien entwickelt.¹⁶

Machtelite - Elitenmacht

Uns wird von Politikerinnen und Politikern, der Medienwelt und anderen Machtinstrumenten in diesen Tagen vorgegaukelt, dass wir mehr demokratische Freiheit hätten, als jemals zuvor. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und dergleichen seien uns noch nie in einem derartigen Ausmaß vergönnt gewesen. Dabei wird leicht von der eigentlichen Problematik im heutigen demokratischen

Prozess abgelenkt: Von der Macht der Wirtschaftseliten!¹⁷

Alle Fortschritte der Achtziger und Neunziger Jahre im Bereich der Transparenz des Regierens befinden sich auf dem Weg, rückgängig gemacht zu werden, mit Ausnahme derjenigen, die für die globale Finanzwirtschaft von Interesse sind.¹⁸

Wie viele mediale Affären auch noch kommen mögen, schon die Letzten, wie beispielsweise die undurchsichtigen Bank-Skandale, verdeutlichen uns, welche Elitenmacht von den Machteliten zu erwarten ist. „Auch der bekennende Landwirt Mensdorff-Pouilly dürfte George Orwells ‚Farm der Tiere‘ bestens kennen: Das animalistische Gebot ‚Alle Tiere sind gleich‘ wird in der Parabel durch die herrschenden Schweine mit dem Zusatz ‚aber manche sind gleicher‘ ausgehebelt.“¹⁹

Viele träumen vom sozialen Aufstieg oder vom „besseren Leben“. In Wahrheit selektiert die Elite ihre Sprößlinge nach ganz irrationalen Gründen, nach dem so genannten Bauchgefühl. Ein Befund besagt, daß die Wirtschaftselite sich aus Abkömmlingen der Wirtschaftselite rekrutiere, daß Arbeiterkinder oder Frauen mit Dokortitel jedoch so gut wie keine Chance haben würden aufzusteigen. Die vom funktionalistischen Mainstream der Eliteforschung vertretene Position, die Rekrutierung der Eliten erfolge vorrangig anhand der individuellen Leistung, hat sich nicht bestätigt.²⁰

Der Soziologe Michael Hartmann beantwortete in diesem Zusammenhang eine interessante Frage, nämlich, ob diese Machtfülle, von der die Elite geprägt ist, Einfluss auf ihre Mentalität habe. Seiner Meinung nach hielten sich diese Menschen, vor allem heutzutage unter den Wirtschaftseliten, für etwas Besonderes. „Es fängt bei den Kindern an, die feststellen, dass ihr Vater anders ist als andere Väter. Die Jugendlichen lernen, mit Macht umzugehen und merken, dass die allgemeinen Regeln für die eigene Familie nur eingeschränkt gelten. Man empfängt keine Anweisungen, man weist an. Eine Haltung prägt sich aus: Es gibt uns, und es gibt die Gesellschaft.“²¹

Ich glaube, dass die Eliteforscher selbst eher konservative Einstellungen hatten und haben, obwohl es gerade wichtig wäre, die

Perspektive der Masse herauszufiltern und zu beschreiben. Deswegen aber stelle ich in diesem Artikel Fallweise eine Aufforderung, die Basis, die Menschen, sollen doch an der Politik partizipieren, während gleichzeitig die Antithese der Wissenschaftler nicht wegzuleugnen ist. Dadurch werden meine Vorstellungen von einem pessimistischen Mantel umhüllt, in die ich meine Sprache und Gedanken eigentlich nicht einkleiden möchte. Es ist wichtig zu betonen, dass ich mich als Historikerin verpflichtet fühle, Eliteforschungsstandpunkte aufzuarbeiten, aber als politischer Mensch möchte ich unterstreichen, dass ich mit vielen Ansichten nicht einer Meinung bin.

Klar ist nicht zu verleugnen, welche große Macht die Elite auszuüben imstande ist, aber vergleichen wir die Geschichte im Wandel der Zeit, so erkennen wir, wie soziale Bewegungen abseits der Politiker und Politikerinnen entstehen können. Heute wird Geld durch Politik und Rhetorik gemacht, aber inhaltliche Politik wird vom Volk injiziert und getragen. Lediglich mancher Schritt der Umsetzung fehlt im Geiste des Volkes, es müssen Räume und Systeme in unserer Elitengesellschaft erschaffen werden, die den Menschen diese Umsetzung ermöglichen. Wir werden weder die Elite stürzen noch die Parteien ersetzen, wir können aber ein Wörtchen mitreden im alltäglichen politischen Geschehen. Und damit größere Taten setzen, als sie manchmal in unser Bewusstsein vordringen.

Partei Alternativen erdenken.

Typisch für die österreichische Parteienpolitik ist das Hoffen auf das Traditionsverhalten der Wählerschaft. Nur was passiert, wenn kein Hoffen auf Wählerstimmern mehr zu erwarten ist, wenn die Wählerinnen selbst dem Überdruß schon nahe und sich nicht mehr anders zu helfen wissen, als zu protestieren? Allerdings: Im Parteiensystem herrscht eine Tendenz zur Kontinuität, trotz austrofaschistischer Herrschaft und der nationalsozialistischen Diktatur

kam es allmählich wieder zu den gleichen Wahlergebnissen, wie zuvor bei den Vorgängerorganisationen.²²

Die Auswahl der relevanten Parteien erfolgt auch in Österreich nach dem Machtprinzip. Wer größer ist und mehr Stimmen erlangt, ist relevanter. Die Bestimmungskriterien sind gegeben, wenn sie entweder fähig sind, eine Regierungskoalition zu bilden oder den Parteienwettbewerb beeinflussen zu können. Somit lässt sich feststellen, dass die SPÖ und ÖVP in Österreich ständig relevant sind, während die restlichen Parteien nur in bestimmten Perioden in die Kategorie der relevanten Parteien passen.²³

Mit der Konstituierung der SPÖ im April 1945 lehnte sie sich stark an ihre Vorgängerpartei SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) an. Auch für sie galt das „Linzer Programm“ als offizielles Parteiprogramm. In ihm waren die ersten Schritte für eine soziale und demokratische Welt in der Theorie gesetzt. Gleichberechtigung, Demokratisierung und Entbürokratisierung waren einige Stichworte.

Die Besinnung auf sozialistische Werte konnte der SPÖ in den meisten ihrer Wahlen keine Siege erbringen. Erst Bruno Kreisky veränderte die Sachlage, ein Grund, warum sein Wahlsieg in die Geschichte eingegangen ist. Und hätte er die Minderheitsregierung nicht gewagt, so wäre der Umbruch vielleicht auch nicht zustande gekommen.

Seit dieser Zeit hält sich das Verhältnis zwischen ÖVP und SPÖ mehr oder weniger die Waage, wobei tendenziell doch festzustellen ist, dass Österreich ein eher konservatives Land ist und in seiner Geschichte zur ehemaligen christlichsozialen Partei tendiert.

Die Umbenennung der ÖVP war im Übrigen auch bewusst gewählt, es galt der Slogan „catch all“!²⁴

Während die SPÖ eine klare fortführende Linie der Vergangenheit verfolgte, musste die ÖVP Altes mit Neuem verbinden. Die neue Seite besagte, dass man sich zu Österreich bekenne, demokratisch-parlamentarisch, sozial-fortschrittlich, wirtschaftlich nicht ausschließlich liberal und keine Bindung an die katholische Kirche befürworte.²⁵

Aus diesem Grund ist die Partei von vielen Gegensätzen geprägt, andererseits spiegelt sie aber auch eine Vielfältigkeit an Personen in ihrer Partei wider.

Auch wenn wir uns darüber unbewusst im Klaren waren: Mit der staatlichen Parteifinanzierung beginnt die Frage nach der Demokratie ins Wanken zu geraten. Denn je nach Wahlerfolg erhalten die Parteien auch unterschiedlich viel Geld für ihre Finanzierung. Für Parteien, die nicht im Nationalrat vertreten sind, ist es dadurch deutlich schwieriger, Erfolg zu erlangen. Das bevorzugte Argument zur Einführung der öffentlichen Parteifinanzierung seit den 60er Jahren ist, dass die Parteien unabhängig sind von ihren (Groß)-Spendern.²⁶

Unabhängigkeit ist ein allzu wertvolles Gut, um es in Kritik zu ziehen, allerdings kreide ich dennoch die Art und Weise der heutigen Parteifinanzierung an, die Eliten weiterhin fördert und kleinen Parteien das Überleben erschwert.

Die Debatte um das Mehrheitswahlrecht:

„Die große Koalition? Sie ist (...) ein Nichtangriffskartell (...) sie fielen einander in die Arme, um sich auszuruhen. Seither gibt es keine zwei Möglichkeiten mehr, sondern bloß noch eine. Das Denken in Alternativen ist weitgehend eingestellt (...) Was in der Welt der Wirtschaft unverzüglich das Kartellamt auf den Plan rufen würde, ist in der Politik Realität: Die zwei wichtigsten Konkurrenten haben Absprachen zur Beendigung des Wettbewerbs getroffen.“²⁷

Das Dilemma der Parteiführung und damit auch der Parteien selbst ist seit längerem ein Thema, welches für Diskussionen sorgt. Unsere Demokratie sehe ich nicht durch innere oder äußere Feinde bedroht,“ konstatiert Gabor Steingart, „sondern durch Erschlaffung der Parteien“. Die Instrumente der Macht werden nicht mehr genutzt als Instrumente zur Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern als Instrumente zur Verbesserung der morgendlichen Preselage.

Wenn die Menschen nicht mehr weiter wissen, greifen sie zur erstmöglichen Alternative. Steingart sieht im Mehrheitswahlrecht eine Lösung. Das damit aber eine Entdemokratisierung stattfinden könnte, wagt sich sie sich in dieser Situation nicht vorzustellen. Die Politikerinnen und Politiker suchen nach beliebigen Möglichkeiten für eine Verbesserung des Parteiensystems und zu meist ist das Mehrheitswahlrecht die erste, die ihnen einfällt.

Es reicht sogar soweit, dass Prof. Welan ein „minderheitenfreundliches Mehrheitswahlrecht“ vorschlägt, das im Grunde ein Mehrheitswahlrecht mit hinzugefügten Kontrollrechten für die Minderheiten darstellen würde. Natürlich stößt dieser Vorschlag auf höchste Kritik. Von einer „demokratiepolitischen Ermordung“ ist seitens des Liberalen Forums die Rede und auch die Grünen bestätigen, dass es durch dieses Konzept zu einer Liquidierung der kleineren Parteien käme.²⁸

Warum wird aber die Diskussion um eine Veränderung der Wahlverhältnisse immer wieder von Neuem entfacht? Was bedeutet überhaupt Mehrheitswahl und wie ist die Verhältniswahl zu verstehen?

Im Unterschied zum Mehrheitswahlrecht ist die Parlamentszusammensetzung bei Verhältniswahlen ein Spiegelbild des Wählerwillens. Auch kleine Parteien kommen in die Volksvertretung. Allerdings existieren so genannte Sperrklauseln, eine Hinderung des Einzugs ins Parlament, wenn eine Minimalanzahl an Stimmen nicht erreicht worden ist. Diese Klausel ist gleichzeitig auch Kritikpunkt am Wahlsystem, da sie kleinen Parteien die Chance an Mitwirkung verhindert.

Andererseits fürchten die Politikerinnen und Politiker einen Verfall der Stabilität im Parlament, wenn es eine zu hohe Zersplitterung der Mandatssitze gäbe. Nur frage ich mich: Ist Stabilität gegeben, wenn andauernd Koalitionskrisen, Parteispaltungen und infolgedessen Neuwahlen gestartet werden müssen? Oder ist es besser, wenn die Koalition kuschelt und dafür auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger überhaupt keine Rücksicht genommen wird?

Doch sei Vorsicht geboten: Am Beispiel Israel lassen sich auf die Risiken einer niedrigen Sperrklausel hinweisen: Viele der Gruppierungen versuchen gar nicht, ein breites gesellschaftliche Spektrum anzusprechen, sondern vertreten dezidiert Partikularinteressen. Das gilt für die religiösen Parteien, die verschiedene Strömungen des Judentums repräsentieren, ebenso wie für die drei Grünbewegungen und die Pensionistenpartei. Im Koalitionspoker vertreten diese Parteien entsprechend vehement ihre Forderungen und machen damit oft eine klare politische Linie unmöglich. Seit mehr als 20 Jahren überstand keine Regierung mehr die volle Legislaturperiode.²⁹

Im Mehrheitswahlrecht stellt sich die Frage um die Kleinstparteien nicht; es zieht nur der Kandidat ins Parlament ein, der die meisten Stimmen in einem Wahlkreis bekommen hat. The winner takes it all, wie es so schön heißt. Im Grunde können zwei Arten von Mehrheitswahlrecht unterschieden werden. Frankreich gibt ein musterhaftes Beispiel für das absolute Mehrheitswahlrecht ab, wo gewählt wird, bis die 50 Prozent-Hürde erreicht worden ist. Notfalls muss eine Stichwahl auslösen. Eine andere Möglichkeit ist das relative Wahlrecht, in dem eine einfache Mehrheit genügt. Auch wenn die traditionelle Koalitionsbildung mühselig und behindernd erscheint, so ist sie doch ein Sicherheitsanker, der in vielen Ländern mit Mehrheitswahlrecht wegfällt. In Frankreich konnte Sarkozy beispielsweise erst nach einer weiteren Stichwahl ein gewinnbringendes Ergebnis erzielen. Und auch Tony Blairs „Labour Party“ schaffte sich im Parlament 55 Prozent der Sitze, obwohl die Wahl nur relativ gewonnen worden war.

Während vor nicht allzu langer Zeit die linken Theoretiker Verfechter des Verhältniswahlrechts waren, da die Sitze nach dem direkten Wahlergebnis verteilt werden und das Verhältniswahlrecht somit als demokratischer gilt, drehen sich die Meinungen wie Blätter im Wind. Die SPÖ setzt sich plötzlich für ein Mehrheitswahlrecht ein, die ÖVP lobt diese Handlung, wo hingegen BZÖ und FPÖ von einem Anschlag auf die Demokratie sprechen. Das ist

natürlich sehr klug mit sozialdemokratischen Floskeln die WählerInnen zu beeinflussen. Irgendwie scheint die Welt tatsächlich verdreht zu sein, kehrt nun Berlusconi auch zum Verhältniswahlrecht zurück, eine Gesetzesänderung, die unter Kritikern zu recht den Vorwurf erhält, er nütze die Gelegenheit, sich für die nächste Wahl Vorteile zu verschaffen. Auch wenn diese Aussagen alle nur ein taktisches Spiel verfolgen, letztlich geht es bei der Diskussion ja nie um Demokratisierung - es ist immer das Gegenteil der Fall - und zu beobachten gilt eine weitere Stärkung der Eliten!

Europa gewählt

Welches Verhältnis hat der einzelne Mensch zu dem Herrschaftssystem, in dem er lebt und mit dessen Entscheidungen er permanent konfrontiert wird? Er wird unterdrückt, beherrscht, vertreten oder beteiligt (...) Die Fremdbestimmung ist für die Menschen dabei zugleich Zumutung und Bedürfnis.³⁰

Je größer ein Projekt, desto schwieriger ist es, Demokratiebedürfnisse zu bewahren. Insofern hätte von vorn herein der Fokus auf diese Problematik gelegt werden müssen. Der Mensch neigt oft dazu, einen Brand zu löschen, der entfacht ist, anstatt Präventivmaßnahmen zu setzen. Eine Verkehrsinsel wird erst gesetzt, wenn zuvor ein Mensch an der gefährlichen Kreuzung gestorben ist, ein Atomkraftwerk wird erst deaktiviert, wenn die Gefahr einer Katastrophe übertroffen ist. Umweltprogramme werden eigentlich noch nicht ernst genommen und der Anstieg des Pensionsantrittsalters ist letztlich auch eine unzufrieden stellende Lösung, da sich die Politikerinnen und Politiker zu spät Gedanken um in der Zukunft eintreffende Probleme gemacht haben. Wir denken nicht voraus, das ist das Problem!

Mit der EU war ein Projekt geschaffen worden, das Wirtschaftszusammenarbeit, Stabilität und Sicherheit bringen sollte. Ein jedes Land sollte profitieren, Friede sollte garantiert sein. Blicken wir heute auf die Anforderungen zurück, so können wir berichten, dass

Europa seit der Europäischen Union zusammengewachsen ist, mit dem Zusammenschluss eine Verlagerung der Probleme stattgefunden hat.

Das Europäische Parlament durchlebte einen Kampf, bis es eine Entscheidungsrelevanz erlangte. Wie auch auf nationaler Ebene ist die Wahlbeteiligung seit der ersten Direktwahl des EP in nahezu allen Ländern kontinuierlich gesunken. Bei der letzten Europawahl 2009 beteiligten sich nur 43 Prozent.

Anhand der letzten Europawahl ist leider kein Wandel zu erkennen. Solange die geringe Wahlbeteiligung nicht ernst genommen wird und die langsame Aufsplitterung auf mehrere Parteien, da sich die Wählerschaft offensichtlich nicht mehr einig darüber ist,

- (a) welche Ideologie vertretbar ist
- (b) wie mit der Traditionshaltung umgegangen werden soll
- (c) wie die Unzufriedenheit am Besten zum Ausdruck gebracht werden soll

Wäre es nicht längst an der Zeit, genau diese Fragen ernst zu nehmen?³¹

Was nun, was tun? – Eine Perspektive

Die Unzufriedenheit steht allen Menschen ins Gesicht geschrieben. Doch Mut zur Veränderung verblasst wie ein Hoffnungsschimmer am Horizont. An dessen Stelle tritt Ratlosigkeit. Ich wage zu behaupten, dass Veränderungen viel einfacher herbeizuführen wären, wenn die Menschen nicht unmittelbar in ihrer Ratlosigkeit kleben blieben. Doch mit dieser ersticken sie den Keim der Erneuerung, den des Kampfes für jegliche Umstrukturierung in Politik und Gesellschaft.

Wir stehen vor großen Schwierigkeiten. Die Problematik des Elitenwechsels ist eigentlich so alt wie Politik selbst, nur werden die Rufe nach Veränderung manchmal lauter und manchmal sind sie gar nicht zu vernehmen. Momentan ist es schwierig einen Konsens

zu finden, ein Chaos von sich nicht einigendem Stimmengewirr versucht Denkansätze zu erbringen. Und viele, so viele Menschen wollen lieber gar nichts verändern, da sie eine Verschlechterung fürchten. Haben diese Menschen denn nicht erkannt, dass die Verschlechterung gerade im Begriff ist sich zu entwickeln? Dass genau darin der Grund für die Überlegungen an Veränderung liegt? Wir dürfen nicht in Resignation landen, aus Angst oder Desinteresse, sondern müssen im Gegenteil zur Tat schreiten. Ein guter Spruch hängt an den Plakatwänden der Wiener Straßen: „Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt.“

Welche Möglichkeiten stehen uns aber für eine Veränderung zur Verfügung? Die Vergangenheit lehrt uns eine wichtige These: Von allen Herrschaftsmodellen war die Demokratie das erste Konzept, das Frieden stiftete und ein Mitbestimmungsrecht möglichst aller Bürgerinnen und Bürger ermöglichte. Mit ihr legten die Herrscher das erste Mal ein wenig Macht in die Hände der Schwächeren. Die Aufrechterhaltung der Demokratie ist eines der wertvollsten Ziele, die wir heute besitzen können!

Ich sehe nicht unbedingt, dass die Demokratie in Europa unmittelbar gefährdet ist, darüber könnten wir in zehn Jahren noch einmal sprechen. Unmittelbar erleben wir einen Demokratieverlust, was für mich zwei voneinander getrennte Themen sind. Eine „Demokratie“ kann nämlich wunderbar weitergeführt werden, obwohl deren Methoden schon lange undemokratisch geworden sind. Und das ist meiner Meinung nach die Gefahr: Die undemokratisch geführte Demokratie durch elitär-bürokratisch gegliederte Strukturen, die schwer zu verändern sind, da sie durch den Demokratieverlust statisch geworden sind.

Gerade älteren Menschen fällt es schwer neue Konzepte anzunehmen, sie schweben in der „guten alten Zeit“. Welche Zeit meinen diese Menschen? Die Nachkriegsjahre, wo es kaum Hab und Gut gegeben hat? Oder die 60er/70er Jahre, die von extremen Widersprüchlichkeiten geprägt sind? Irgendetwas muss es in der Vergangenheit politisch gegeben haben, dass heute verloren gegangen

ist. Es gibt zwar nach wie vor Eliten, aber Führungsqualitäten in der Politik gibt es keine mehr. Wo ist denn ein Sozialminister Ferdinand Hanusch, der nicht nur eine Fülle von Sozialgesetzen zur Verbesserung der österreichischen Gesellschaft vorschlägt, sondern sie auch tatsächlich umsetzt? Oder ein Otto Bauer, der einfach Charisma ausstrahlt, aber nicht gleich auf Grund seiner Aussagen gefürchtet werden muss?

Eine weitere Gefahr, die ich sehe, besteht darin, dass wir zu lange hoffen, die Parteien könnten sich doch noch einmal besinnen und ihre alten Rollen wieder einnehmen, wieder den sozialen Gedanken stärken und wählbar werden. Hoffen ist sehr passiv, ich glaube es ist an der Zeit aktiv zu handeln.

Anstelle zu warten, bis die Parteien wieder die Voraussetzung geistig-repräsentativen Führungspersönlichkeiten mit einer breiten Basis auch unterhalb der Elite erfüllt, die bereit ist für Partizipation und Engagement, wäre ein Vorschlag, zu anderen Mitteln zu greifen. Hierbei wäre viel Eigeninitiative der Menschen gefragt.

Ich würde trotzdem dafür plädieren, die Parteien wieder wählbar zu machen. Das Programm sollte wieder viel mehr in den Vordergrund rücken, wir sollten uns daran erinnern, vor welchen Aufgaben die Menschheit in Zukunft wirklich stehen wird. Umwelt, Menschenrechte und Machtansprüche, das sind meiner Meinung nach die Hauptaufgaben, die an die Politik gestellt werden sollten. Aber hierbei müsste der Pool an Eliten komplett ausgetauscht werden, das Parteiprogramm in Erinnerung gerufen werden und von der politisch-rhetorischen Ebene müsste die Priorität wieder auf eine Handlungsebene gesetzt werden. Und das zu erreichen erscheint mir nur möglich, wenn die Parteienfunktionäre einen Tiefpunkt erfahren und erkennen, dass sie an ihren Strategien etwas ändern müssen. Bis dahin ist es notwendig, Eigeninitiative zu ergreifen und versuchen das System in kleinen Schritten zu kritisieren und zu beeinflussen. Nur dann haben wir eine Alternative!

Quellenverzeichnis

- 1 Liessmann, Konrad Paul: Theorie der Unbildung, die Irrtümer der Wissensgesellschaft; Paul Zsolnay Verlag, Wien; 2006.
- 2 Im Sinne zweier Elitesoziologen, Mosca und Pareto, http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/04_02/HOFMANN_Revisited_and_brandnew.pdf ; (Zugriff: 10.07.2010).
- 3 Bachrach, Peter: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft; S. 50; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main; 1970.
- 4 Bauer, T. Werner: Wenn die Wähler weniger werden - Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung; <http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/wahlbeteiligung.pdf>; (Zugriff: 11.04.2010); 2004.
- 5 Der Standard: Wenn Wähler weiß wählen; <http://derstandard.at/1242317026211/Wenn-Waehler-weiss-waehlen>; (Zugriff: 15.06.2010); 2010.
- 6 Crouch, Colin: Postdemokratie; S. 24; Suhrkamp, Frankfurt am Main; 2008.
- 7 Karády, Viktor (Hrsg.): Elite formation in the other Europe; Zentrum für Historische Sozialforschung Köln, Köln; 2008.
- 8 Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie; S. 353; Kröner Verlag, Stuttgart; 1925.
- 9 Schwarz, Gerold: Ohne die geringsten Skrupel fahren unsere Eliten Europa gegen die Wand; <http://europa-im-blick.de/spip.php?article146>; (Zugriff: 11.05.2010); 2008.
- 10 Hofman, Julia: Eliten und Gesellschaft; http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/04_02/HOFMANN_Revisited_and_brandnew.pdf (Zugriff: 11.05.2010); 2009.
- 11 Diner, Dan: Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland; Eichborn Verlag, Frankfurt am Main; 1993.
- 12 Basagic, Irma: Die politische Elite; http://evakreisky.at/2003-2004/staat-krieg/referat04_2d.pdf; (Zugriff: 15.07.2010).
- 13 Bachrach, Peter: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft; S. 23; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main; 1970.
- 14 Knoll, Joachim H.: Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie. zur politischen Geistesgeschichte der letzten hundert Jahre. Stuttgart: Schwab, 1957.
- 15 Bachrach, Peter: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft; S. 90; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main; 1970.
- 16 Hartmann, Michael: Politische Elite hat sich von Bevölkerung stark entfernt - Interview mit der Standard; <http://derstandard.at/1227102614978>; (Zugriff: 05.05.2010); 2008.
- 17 Crouch, Colin: Postdemokratie; S. 22; Suhrkamp, Frankfurt am Main; 2008.
- 18 Ebd. S.24.
- 19 Martin, Bernhard: Geld, Macht und Eliten - eine unheilige Allianz?; <http://soziologisch.wordpress.com/2010/04/09/geld-macht-und-eliten-eine-unheilige-allianz/>; (Zugriff: 09.07.2010); 2010.
- 20 Creutzig, Felix/Fahr, Philipp: Über die Legitimation der Machtelite; <http://www.user.tu-berlin.de/creutzig/Machtelite.pdf>; (Zugriff: 19.07.2010).
- 21 Hartmann, Michael: „Die Elite gefährdet die Demokratie“ - Interview mit Der Tagesspiegel; <http://www.tagesspiegel.de/kultur/die-elite-gefaehrdet-die-demokratie/1172760.html>; (Zugriff: 15.06.2010); 2008.

- 22 Gerlich, Peter: Grundzüge des politischen Systems Österreichs; S. 20; Österreichischer Bundesverlag, Wien; 1988.
- 23 Dachs, Herbert (Hrsg.): Politik in Österreich; S. 292; Manz Verlag, Wien; 2006.
- 24 Gerlich, Peter: Grundzüge des politischen Systems Österreichs; S. 53; Österreichischer Bundesverlag, Wien; 1988.
- 25 Ebd. S. 56.
- 26 Dachs, Herbert (Hrsg.): Politik in Österreich; S. 281; Manz Verlag, Wien; 2006.
- 27 Ortner, Christian; Steingart, Gabor: Die Machtfrage - Ansichten eines Nichtwählers; <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3948&Alias=wzo&cob=411224>; (Zugriff: 23.05.2010); 2010.
- 28 Pois, Klaus: Minderheitsfreundliches Mehrheitswahlrecht?; <http://sciencev1.orf.at/science/poier/13402>; (Zugriff: 24.07.2010).
- 29 ORF.at: Leichter Vorsprung für Kadima; http://orf.at/090210-34877/?href=http%3A%2F%2Fforf.at%2F090210-34877%2F34723txt_story.html (Zugriff: 22.04.2010).
- 30 Mittag, Jürgen (Hrsg.): Politische Parteien und europäische Integration; S. 146; Klartext-Verlag, Essen; 2006.
- 31 ???

Medienmonopolisierung – Eine Gefahr für die Demokratie?

Von Jakob Schmid

Medien, Macht und Politik! Hört man diese Schlagworte in Europa, verbindet man sie unweigerlich mit dem Namen Silvio Berlusconi. Was hat man nicht alles im letzten Jahrzehnt über den klein gewachsenen Mailänder gehört? Klar, dass er Regierungschef in Italien geworden ist, zuerst das Amt wieder verloren und danach wieder zurückerobert hat. Er wurde und wird geprügelt, in Taten und Worten. Und doch hält er sich an der Macht, steht unerschütterlich im Mittelpunkt des täglichen Lebens in Italien.

Medien, Macht und Politik sind in Italien in seiner Person vereinigt. Sein Werdegang ist der eines Mannes an die Macht. Ob dieses „System Berlusconi“ spezifisch italienisch ist oder ob die Gefahr einer solchen Machtkonzentration auch in anderen Staaten Europas droht, soll anhand einer Betrachtung dieses Werdeganges geklärt werden. Auch die Versuche Berlusconis, die italienische Öffentlichkeit zu beeinflussen, sollen genau begutachtet werden. Mit welchen Maßnahmen hatte er Erfolg, welche gingen daneben?

Die besonderen Umstände, die zur Machtübernahme durch den Großunternehmer geführt haben, werden eingehender behandelt. Allen voran natürlich jene Vorkommnisse Anfang der 90er Jahre, jenes schwere politische Erdbeben, welches die gesamte italienische Öffentlichkeit von Grund auf umkremelte. Wie besonders schließlich diese Umstände waren und welche anderen Beispiele für Medienmonopolisierung es in Europa bereits gegeben hat oder derzeit gibt, ist eine weitere dringende Frage.

Die Gefahr hinter einer Medienmonopolisierung ist keine offensichtliche. Klassische Sündenböcke, auf die man mit dem Finger zeigen kann, sind hier oft nicht sofort auszumachen. Man kann einzelne Medien verteufeln, wenn einem ihr Stil, ihre Inhalte oder ihre Berichterstattung nicht entsprechen, doch worauf es ankommt ist: Wer steckt eigentlich dahinter? Hier tut sich nun ein neues

Problem auf: Diejenigen, die dahinter stecken, haben meist eine ganze Bandbreite an Medien zur Verfügung, um sich selbst aus der Schusslinie zu nehmen. Wie das funktioniert? Dafür gibt es zwei klassische Modelle: Einerseits können durch diese Medien Ereignisse gezielt positiv wie auch negative dargestellt werden. Andererseits, und diese Methode ist nicht minder praktisch, könnte man sich auch einfach dazu entschließen, negative Schlagzeilen über gewisse Ereignisse außen vor zu lassen. Auf diese Weise kann zumindest das eigene Publikum im Sinne der Eigentümer dieser Medien informiert werden. Um zuverlässig und neutral zu erscheinen ist es damit gar nicht notwendig sich die sprichwörtlich weiße Weste anzuziehen, man muss sich nur entsprechend darstellen können.

Silvio Berlusconi ist im Moment wohl der Meister dieser Selbstdarstellung. Seine Situation, einerseits an der Spitze eines Medienimperiums, andererseits an der Spitze der italienischen Politik, ist derzeit einzigartig in Europa. Gottseidank ist sie einzigartig. Und es sei hier aber angemerkt: Noch ist sie einzigartig! Und deshalb soll sie auch dargestellt werden. Als schlechtes Beispiel? Nun ja, zumindest als Beispiel. Auch unter dem „System Berlusconi“ ist in Italien das demokratische Prinzip noch durchaus erkennbar. Doch hat es schon beträchtliche Schwierigkeiten, gegen die Macht des Mailänders zu bestehen. Gefahr für die Demokratie besteht nicht nur durch eine Situation wie in Italien unter Berlusconi. Aber in Italien sind die Gefahren für eine funktionierende Demokratie viel näher, viel realer, viel bedrohlicher.

Die Macht des Moguls

Silvio Berlusconi ist mehr als ein Regierungschef, mehr noch als ein italienischer Ministerpräsident. Silvio Berlusconi hat die Macht, die italienische Öffentlichkeit maßgeblich zu lenken. In seinen Händen laufen die Fäden zusammen, mit denen nicht nur das größte Medienunternehmen des Landes geleitet wird; Nein, in

diesen Händen vereinigt er auch die Macht über dessen schärfsten Konkurrenten. Silvio Berlusconi ist viel mehr als ein Regierungschef. Er ist Medienmogul!

Der mächtige Mann aus Mailand ist für ganz Europa ein spannendes Thema. Seine politische Agenda wird oft kritisiert, sein Streben nach Macht misstrauisch beobachtet. So manche zwiespältige Aussage brachte ihm wohl mehr Medienpräsenz als den meisten anderen europäischen Politikern, sein Privatleben ist auch außerhalb Italiens immer wieder im Gespräch. Doch diese Taktik ist mitverantwortlich für den politischen Erfolg des mittlerweile 73-Jährigen. Ständige Präsenz in den Medien funktioniert! Denn: Wen die Leute sehen, den kennen sie, und wen sie kennen, den wählen sie.

Ganz so einfach präsentiert sich die Rechnung selbstverständlich nicht. Es gehört schon etwas mehr dazu, politisch erfolgreich zu sein. Ein sympathisches Äußeres beispielsweise, ein integeres Auftreten wohl auch. Auch dies kann der rüstige Mitsiebziger, dem man seine Jahre tatsächlich kaum ansieht, vorweisen. Er verstand es seit jeher, sein einnehmendes Auftreten auszuspielen und gilt dadurch als eine der wichtigsten Persönlichkeiten der gegenwärtigen internationalen Politik. Gut, vielleicht ist dieser letzte Satz leicht übertrieben. Doch worauf hingewiesen sein soll, ist, dass kaum ein Spitzenpolitiker solch eine Aufmerksamkeit auf sich zieht wie Silvio Berlusconi. Sein Gesicht ist weithin bekannt. Doch wer kennt das Gesicht auch nur eines seiner Mitarbeiter? Oder wenigstens eines Ministers seines Kabinetts? Wohl nur Wenige.

Was ist das Rezept seines Erfolges? Wie kann ein Mann solch eine Macht auf sich vereinen, so stark dafür kritisiert werden und sich doch weiterhin öffentlich als charmanter Sympathieträger darstellen?

Nun, er tut dies natürlich nicht alleine. Er nützt sein weites Netz an Medien, um seine Ideen, seine Anliegen und auch sich selbst wie gewünscht darzustellen.

Und trotzdem, die Proteste gegen ihn reißen nicht ab, seine Kri-

tiker scheinen nicht zu verstummen. Hat man nicht vor einigen Jahren sogar gehört, er stehe unter Anklage? Was wurde bloß daraus? Wohl dasselbe, was mit den meisten Vorwürfen gegen den Mailänder passiert, verjährt! Fallen gelassen, unter den Tisch gekehrt und Gras darüber gewachsen. Mit dieser Politik hatte Berlusconi Erfolg. Wieso sollte er sie also aufgeben?

Seit 1994 ist Berlusconi ein fester Bestandteil der italienischen Politik. Davor war er Unternehmer, und das ist er auch heute noch. Seit etwa 1980 liegt ein Hauptteil seiner wirtschaftlichen Interessen am italienischen TV-Markt. Der im Besitz seiner Holdingfirma *Fininvest* befindliche Medienkonzern *Mediaset* ringt seit Jahren mit der staatlichen *RAI* um die Führungsposition im italienischen Fernsehen. Beide Sender zusammen erreichen laut der italienischen TV-Marktforschungsagentur *auditel* bereits knapp 90 Prozent der italienischen Fernsehzuschauer. Und nachdem Silvio Berlusconi seit 2008 wieder an der Spitze der Regierung steht, vereint er diese fantastische Reichweite unter seiner Führung. Dieser Umstand zeigt die Brisanz des Themas Medienmonopolisierung - umso deutlicher, wenn man bedenkt, dass sich in Italien 70 Prozent der Bürger via Fernsehen über das politische Geschehen informieren.¹

Wie bereits angedeutet, versteht es der Ministerpräsident, sich in den Medien zu präsentieren. Berlusconi ist ein Selbstdarsteller. Dies wird auch in der Kommunikationswissenschaft als ein Kriterium zur Bezeichnung eines Medienunternehmers als „Medienmogul“ herangezogen. Eine weitere Beschreibung lautet: „Medienmogule sind machtvolle und machtbewusste Akteure, die fast immer auch politisch in Erscheinung treten.“², womit wohl Berlusconi als Musterexemplar dieser Gruppe betrachtet werden kann. Doch lässt sich dieses „System Berlusconi“ nur auf Italien anwenden? Ein kurzer Blick auf die Hintergründe seines Weges an die Macht soll zeigen, ob es sich um ein spezifisch italienisches oder ein universell anwendbares Modell handelt.

Wirtschaftstreibender Berlusconi

Die Anfänge des wirtschaftlichen Erfolges des gebürtigen Mailänders liegen in den späten 1960er Jahren. Damals erlebte gerade Norditalien das größte wirtschaftliche Wachstum seiner Geschichte. In einer komplizierten ökonomischen Situation, insbesondere beim Einsatz einer Vielzahl von Arbeitskräften aus dem armen Süden Italiens, half Berlusconi seine juristische Ausbildung. Durch ständig wachsende Aufträge begünstigt konnte er beginnen, sein Wirtschaftsimperium zu errichten. Das Hauptproblem, mit dem der Jungunternehmer anfangs zu kämpfen hatte, war seine chronische finanzielle Knappheit. Bis zum endgültigen Durchbruch in den 1970er Jahren war er des Öfteren auf finanzielle Hilfe von Carlo Rasini, dem Inhaber der Bank, bei der Berlusconis Vater beschäftigt war, angewiesen. Viel mysteriöser ist die Herkunft einiger seiner weiteren Geldquellen aus jener Zeit. Neben einer rechtlich nicht völlig geklärten Hilfe durch eine Schweizer Investmentbank tauchten bereits damals Gerüchte über eine Finanzierung durch Mafiakapital auf. Dies blieb jedoch unbewiesen und somit Mutmaßung.³

Berlusconi gründete schließlich die Holding *Fininvest SpA* (entspricht einer AG), unter deren Namen er seine zahlreichen Unternehmensbeteiligungen bündelte. Damals war der gesamte TV-Markt in Italien noch beträchtlich kleiner als heute, was die Einrichtung eines Privatfernsehsenders wirtschaftlich höchst unrentabel gemacht hätte. Außerdem war an ein solches Unterfangen auch durch die staatliche Monopolstellung der *RAI* nicht zu denken.

Ende der 70er Jahre wurde das staatliche Monopol aufgehoben und es nahmen einige regionale Privatsender den Fernsehbetrieb auf. 1978 übernahm der damals wirtschaftlich bereits gut situierte Silvio Berlusconi die in der Region Mailand ausstrahlende *Telemilano*. Es war der Startschuss zum größten privaten Medienimperium Italiens. 1980 wurde das Unternehmen *Mediaset* gegründet, die Dachorganisation für Berlusconis Beteiligungen im Medien-

bereich. Im selben Jahr startete unter Leitung der *Mediaset* der Sender *Canale5* in ganz Italien mit verschiedenen regionalen Programmen. Landesweit empfangbare private Fernsehsender waren nach wie vor verboten.

Der Staat als Medienunternehmer

Staatliche Monopole waren im Rundfunksektor sehr lange Zeit üblich. In Österreich beispielsweise wurde dieses erst 2001 offiziell gänzlich aufgebrochen. Um nun den Unterschied zwischen einem solchen staatlichen Monopol und einem Monopol in privater Hand auf dem Mediensektor zu begreifen ist es nötig, sich kurz die Bedeutung dieses Sektors zu vergegenwärtigen:

Beim Medienmarkt geht es nicht alleine um das Angebot eines Produktes. Medien zeigen uns immer ein Abbild der Wirklichkeit. In unserer medial hochvernetzten Welt ist es oft sehr schwierig, sich dies stets im Bewusstsein zu halten. Wenn uns die Infotainment-Gesellschaft über Internet, TV und Radio rund um die Uhr mit Informationen versorgt, bleibt uns meist einfach nicht die Zeit, alles Gehörte und Gesehene auf seinen Wahrheitsgehalt zu hinterfragen. Durch einseitige Berichterstattungen in den Medien werden die Bürger leicht in ihren Ansichten und Denkweisen beeinflusst. Eine Monopolisierung auf dem Medienmarkt ist also deshalb hoch problematisch, weil dadurch ein Unternehmen, ein Unternehmer im Extremfall, eine ungeheure Macht besitzt. Denn über einseitige Berichterstattungen in den Medien können öffentliche Ansichten gelenkt werden.

Der Unterschied zwischen einem staatlichen und einem privaten Monopol ist hierdurch natürlich noch nicht erklärt. In einer funktionierenden Demokratie sollte ein staatliches Medium einen gewissen Auftrag erfüllen. Der wohl wichtigste Teil dieses Auftrages beinhaltet die Berücksichtigung der Meinungsvielfalt. Innerhalb der Diskussion um ein bestimmtes Thema müssen alle beteiligten Seiten die Chance haben, zu Wort zu kommen. Wenn

dies nicht der Fall ist, so beeinflusst das die Meinungsfindung des Publikums. Der Unterschied zwischen einem staatlichen Monopol und einem privaten ist, dass ein staatlicher Sender zwar „dem Staat“, aber hierdurch eben nicht bloß einer Partei gehört. In den *ORF*-Stiftungsrat beispielsweise dürfen neben der Regierung auch die Bundesländer und alle im Parlament vertretenen Parteien Mitglieder entsenden.⁴ Dies garantiert die Vertretung eines breiten Meinungsspektrums und vermindert die Chancen, dass sich einzelne Ansichten übermäßig durchsetzen. Dass dies wiederum bloß für eine funktionierende Demokratie gelten kann, hat uns die Geschichte bereits gelehrt. Als die wichtigsten Beispiele können die Diktaturen in der Sowjetunion und im Dritten Reich genannt werden. In beiden Fällen kontrollierte die Regierung sämtliche Medien des Landes. Die Inhalte waren stets auf die Parteilinie abgestimmt und unangenehme Themen wurden im wahrsten Sinne des Wortes totgeschwiegen. Unter den Nationalsozialisten wurde das Kino zum Kassenschlager, wobei vor jeder Vorführung die aktuelle „Wochenschau“ gezeigt wurde. Der Bedeutung nach so etwas wie die ersten Fernsehnachrichten, war die Wochenschau doch ein pures Propagandamittel. Als „Nachrichten“ wurden natürlich bloß Themen gezeigt, welche ein gutes Licht auf die Regierung und das Land geworfen haben und die wirklichen Geschehnisse wurden entsprechend „umgeschrieben“. In einer funktionierenden Demokratie muss es entsprechende Vorkehrungen dagegen geben, denn Demokratie und die Freiheit der Medien sind untrennbar ineinander verflochten. Das Scheitern einer Demokratie ist daher eine Hauptgefahr für unabhängige Medien, auf der anderen Seite ist natürlich der Verlust dieser Unabhängigkeit der Medien eine Hauptgefahr für das Funktionieren der Demokratie!

In Italien versuchte vor allem die in den 70ern regierende Christliche Partei oftmals, ihren Einfluss auf die staatlichen Fernsehstationen zu vergrößern. Nichts desto Trotz schafften es diese, eine gewisse Autonomie zu erhalten. Das italienische Fernsehen hielt sich während dieser Zeit auf einem guten Qualitätsniveau und

die Repräsentation der Meinungsvielfalt blieb damit erfolgreich.⁵ Welche Entwicklungen dennoch zum Aufbrechen des staatlichen Monopols beim italienischen Fernsehen geführt haben, soll im Folgenden erläutert werden.

„Der Coup“ und die Etablierung des privaten Fernsehens

Im Winter 1980/81 fand in Uruguay ein Fußball Turnier zwischen den Nationalmannschaften der bisherigen Weltmeister statt, auch Italien war mit dabei. Die Euphorie in Italien war groß, denn bislang wurde noch kein ähnliches Turnier ausgetragen. Zusätzlich war fußballerische Nebensaison. Doch der staatliche Sender *RAI* wollte die Spiele nicht live übertragen, was zu massiven Protesten in der Bevölkerung führte. Nachdem auch die Printmedien in diese Proteste mit einstimmten, sah sich die italienische Regierung zum Handeln gezwungen. *RAI* musste ihre Sendesatelliten dem Privatsender *Canale5* überlassen, welcher bis dahin in den verschiedenen Teilen des Landes regionale Sendestationen betrieb. Nun durfte der Sender – wir erinnern uns dass er zur *Mediaset*-Gruppe und damit zu Berlusconi's Imperium gehört, landesweit die Spiele der Nationalmannschaft bei jenem Turnier ausstrahlen. Dies war das erste Mal, dass ein Privatfernsehsender in Italien landesweit ein einheitliches Programm ausstrahlen durfte. Das geglückte Experiment veranlasste den Kanal zum Versuch eines weiteren Schrittes, welcher schließlich das staatliche Monopol sprengen sollte. 1982 begann die Regionalsendergruppe *Canale5*, von allen regionalen Stationen aus dasselbe Programm auszustrahlen, sodass im Prinzip ein landesweiter Sender entstand. In der Folge musste die landesweite Ausstrahlung durch Privatsender zugelassen werden.

Heutzutage sind Neugründungen oder Übernahmen von Fernseh- oder Radiokanälen durch private Betreiber keine Seltenheit mehr. Auch Einstiege von Unternehmern in den Medienbereich finden sich mittlerweile recht häufig. Erinnert sei an den Aufbau eines Medienkonglomerats durch *Red Bull* erst in den letzten Jahren:

Unter der Leitung der *Red Bull Media House GmbH* stehen mittlerweile zwei Fernsehkanäle, wobei *Servus TV* über Antenne, Satellit und Kabel, *Red Bull TV* über Handy empfangbar ist. Weiters wird das Gratis-Magazin *Red Bulletin* herausgegeben. Das *Seitenblicke* Magazin gehört zwar nicht zu *Red Bull Media House*, jedoch steht es im Besitz des Geschäftsführers Dietrich Mateschitz.

Der Wettbewerb auf dem Mediensektor

Die Etablierung von privaten Medienunternehmen hatte ganz entscheidenden Einfluss auf den gesamten Medienmarkt. Insbesondere für die staatlichen Programme bedeutete die neue private Konkurrenz eine Neuorientierung. Die Werbeeinnahmen wurden schlagartig zum zentralen Zankapfel. Während bis vor etwa 20 Jahren die meisten staatlichen TV-Anstalten noch nahezu werbefrei waren, haben sie sich bis heute fast vollständig in den Mechanismus des Wettbewerbes um Werbegelder eingefügt. Auf dem Printsektor, der sich von Haus aus zum Großteil in privater Hand befand, hat sich das Verhältnis von Verkaufserlösen zu Werbeeinnahmen zugunsten der letzteren verschoben. Diese hängen wiederum ganz massiv von den erzielten Publikumsquoten ab. Gerade für staatliche Medienbetriebe ergibt sich nun in der neuen Situation eine Zwickmühle zwischen der Erfüllung des öffentlichen Auftrages einerseits und dem Bestehen auf dem Markt andererseits.

In den letzten Jahren erfuhr die Forderung nach Werbebeschränkungen im Mediensektor europaweit ein Wachstum an Zuspruch. In den Niederlanden beispielsweise beschwerten sich die Zeitungsverlage schon häufiger über den Wettbewerbsnachteil gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dieser vergeblich Werbezwecken unter dem Marktwert, was durch die staatliche Subvention kompensiert würde.⁶ Eine teilweise Loslösung der öffentlichen Medien vom Wettbewerb auf dem Werbemarkt könnte gerade den staatlichen TV-Stationen tatsächlich helfen. Mit einer Koppelung an höhere staatliche Förderungen würden die öffentlichen Sender

vom Quotendruck befreit und könnten sich auf qualitätsvolles Programm und die Einhaltung ihres Auftrages konzentrieren. Ob eine solche Positionierung gegenüber der privatwirtschaftlichen Konkurrenz den öffentlichen Sendern jedoch insgesamt helfen würde, bleibt fraglich. Die staatlichen Rundfunkanstalten jedenfalls laufen klarerweise gegen solche Forderungen Sturm. Die Gefahr hinter einer solchen Werbereduktion wäre natürlich eine zunehmende wirtschaftliche Schwächung der öffentlichen Sender und schließlich ein Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit, was etwaige Erfolge bei der Einhaltung ihrer Aufgaben zunichte machen würde.

Europaweit bislang einzigartig ist das Beispiel des französischen ehemaligen Staatsfernsehsenders *TF1*. Im Jahr 1987 wurde im Rahmen der Öffnung des Marktes für private Betreiber der gesamte Sender an ein Konsortium unter Führung des Baukonzerns *Bouygues* verkauft. Noch heute ist *TF1* Marktführer der französischen Fernsehlandschaft. In öffentlicher Hand verblieben die drei Kanäle *France2*, *3* und *5*.

Zu Beginn des Jahres 2008 schließlich ließ Frankreichs damals frisch inauguriertes Präsident Nicolas Sarkozy Pläne für die Reformierung des staatlichen Fernsehens bekanntgeben. Diese beinhalteten vor allem eine Beschränkung der Werbezeit, welche kurz darauf durchgesetzt wurde, außerdem ernannte der Staatspräsident seither den Chef der Vereinigung öffentlicher Fernsehanstalten selbst.

Dass Sarkozy hiermit im Interesse der privaten Mediengesellschaften gehandelt hat, liegt auf der Hand. Umso interessanter ist in diesem Zusammenhang seine Beziehung zu Martin Bouygues, dem Inhaber des gleichnamigen Baukonzerns, welcher seit 1987 an der Spitze des privatisierten *TF1* steht. Eben dieser Martin Bouygues war Sarkozys Trauzeuge und gilt als enger Freund des Präsidenten.⁷

Wachstum eines Imperiums

Freundschaften zwischen Politikern und Medienunternehmern sind ein weit verbreitetes Phänomen. Auch auf dem Weg Silvio Berlusconi lassen diese sich finden. Der wichtigste zu nennende Name hierbei ist wohl der des Bettino Craxi. Als Mitglied und zeitweise Vorsitzender der Sozialistischen Partei PSI war Craxi von 1983 bis '87 auch italienischer Ministerpräsident. Mit Silvio Berlusconi verband ihn eine enge Freundschaft, auch er war Trauzeuge bei Berlusconis Hochzeit. Seine Regierungsbeteiligung als Vorsitzender der PSI fiel zeitlich nicht ganz zufällig mit dem Aufstieg der *Mediaset* zum zunächst zweitgrößten Medienunternehmen des Landes zusammen. Immer wieder federte Craxi Kritik an der damals rapiden Vergrößerung des Medienimperiums ab. Als 1990 kartellrechtliche Bestimmungen für den Medienmarkt beschlossen wurden, rührten diese die bereits etablierte Macht des Berlusconi-Konzerns nicht an. Zu dieser Zeit war Craxi nicht mehr Ministerpräsident, aber immer noch Generalsekretär der PSI. Die Struktur der italienischen Fernsehlandschaft hatte sich vom Monopol der *RAI* zum so genannten Duopol von *RAI* und *Mediaset* gewandelt.

Bis 1984 hatte Berlusconi seiner *Mediaset* neben dem nun landesweit ausstrahlenden *Canale5* mit *Italia1* und *Rete4* zwei weitere landesweite TV-Sender hinzugefügt. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre startete *Mediaset* den Versuch, auch auf andere europäische Märkte zu expandieren. Konkret wurde in Spanien *telecinco* gegründet, heute einer der führenden privaten TV-Anbieter des Landes. Das Projekt *la cinq* in Frankreich musste 1992 nach sechs Jahren Laufzeit eingestellt werden, im selben Jahr wurde der deutsche Kanal *Tele5* verkauft.

Schnelles Wachstum einzelner Konzerne und häufige Zusammenschlüsse von Unternehmen sind keine speziell dem Medienmarkt eigenen Phänomene. Dennoch gibt es einige Faktoren, welche gerade auf diesem Sektor größere Unternehmen gegenüber Kleineren Begünstigen. Die Kosten-Nutzen-Rechnung geht vor al-

lem im Rundfunk umso besser auf, je mehr Publikum man erreicht und je mehr Einnahmen man daher aus der Werbung beziehen kann. Ein Rundfunkprogramm muss immer nur einmal produziert werden, ganz egal, wie groß das Publikum auch ist. Für Printmedien gilt ähnliches, auch wenn hier neben der tatsächlichen Herstellung vor allem die Transportkosten einzurechnen sind. Der Transport von TV-, Radio- oder Webinhalten ist noch um einiges günstiger. Größere Reichweite bedeutet also im Normalfall mehr Einnahmen bei, wenn überhaupt, nur unbedeutend höheren Produktionskosten. Dies gilt aber nicht nur für einzelne Medien: Wenn mehrere Unternehmen auf die selbe Produktionsmaschinerie zurückgreifen können, so bedeutet dies ebenfalls sinkende Kosten bei steigenden Einnahmen, da unterschiedliche Zielgruppen abgedeckt werden können. Ein ähnliches Konzept verfolgte auch die *Mediaset* bei der dargestellten internationalen Expansion. Wenn zumindest Teile des Programms auf mehreren Sendern ausgestrahlt werden, muss weniger produziert werden, um dieselbe Marktleistung zu erzielen. Daraus resultiert auch auf internationaler Ebene eine Tendenz zur Vergrößerung und Verkettung der Unternehmen.

Internationalisierung des Medienmarktes

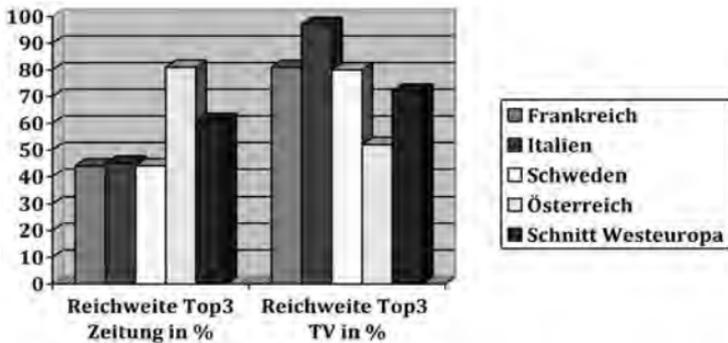
Dass der Markt für Medien heute globalisiert ist, daran besteht wohl kein Zweifel mehr. Das Internet bietet seit mittlerweile 20 Jahren die endgültige Möglichkeit der grenzenlosen Kommunikation und durch Satellitentechnik ist auch die globale Verbreitung von Radio und TV- Programmen möglich.

Und doch gibt es nach wie vor ein entscheidendes Hemmnis für eine solche Internationalisierung des Medienmarktes. Sprach- und Kulturgrenzen erschweren die erfolgreiche internationale Vermarktung von Medieninhalten. Wie bereits geschildert, erschaffen Medien immer ein Abbild der Wirklichkeit. Nun bilden nationale Grenzen und ganz besonders Sprachgrenzen nach wie vor ein Hindernis für die Verbreitung solcher Realitätsbilder. Insbesondere

re tagespolitische Themen sowie oft wirtschaftliche und Chronik-Meldungen sind meist von rein nationalem Ausmaß, sodass hier Inhalte aus anderen Ländern selten auf größeren Erfolg hoffen dürfen. Oft lösen große Unternehmen solche Probleme durch die Einführung lokaler Nachrichtenfenster. Als Beispiele können hier die deutschen Privatsender auf dem österreichischen und Schweizer Rundfunkmarkt genannt werden. Die meisten dieser Sender produzieren in beiden Ländern jeweils extra nationale Nachrichten. Auch die Vermarktung der Werbesequenzen ist bei vielen Fernsehsendern mittlerweile von Land zu Land unabhängig, womit die Wertschöpfung der Werbezeiten optimiert wird.

Die Konzentration von Medienunternehmen auf wenige Konzerne läuft also bereits maßgeblich auf internationaler Ebene ab. Vor allem die Unternehmen aus einwohnermäßig großen Staaten profitieren von dieser Entwicklung. Aufgrund der großen Ausgangsmärkte im Heimatland bringen sie mehr Wachstumspotenzial in den europäischen Wettbewerb mit. In den meisten europäischen Ländern zählt mittlerweile im TV-Markt sowie im Radio- und auch Zeitungsmarkt jeweils mindestens ein ausländisches Unternehmen zu den Top drei. Die einzigen Ausnahmen bilden mit Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien vier der fünf größten Märkte der EU.

In den kleineren Staaten ist auch die Monopolisierung der Medienmärkte am weitesten fortgeschritten. Die Top drei der jeweiligen Branchen zusammen halten hier zur Gänze höhere Reichweiten als in den genannten großen Märkten. Einen Sonderfall bildet auch hier Großbritannien, wo die BBC als Marktleader bei TV 35 Prozent und beim Radio beachtliche 50 Prozent hält.



Quelle: Konzentrationsgrad auf den westeuropäischen Medienmärkten.
Nach: Meier & Trappel 2006⁸

Der Ruf der Politik

„Medienmogule sind machtvolle und machtbewusste Akteure, die fast immer auch politisch in Erscheinung treten.“⁹ Oftmals kann man dies anhand von Unterstützungen seitens bestimmter Medien für bestimmte Politiker beobachten. Oftmals verhält es sich, wie in den beiden Beispielen mit Sarkozy und Bouygues sowie Berlusconi und Craxi, auch umgekehrt. Doch im Jahre 1994 setzte Silvio Berlusconi völlig neue Maßstäbe, als er während der wohl schwersten politischen Krise der italienischen Nachkriegszeit beschloss, selbst in die nationale Politik einzusteigen und die Partei „Forza Italia“ gründete.

Zeitlich fiel die Entscheidung des politischen Einstieges zusammen mit vermehrten Forderungen seitens des Parlamentes nach einer Einschränkung der Position des *Mediaset*-Konzerns auf dem Fernsehmarkt. Nach der Meinung einiger Kommentatoren soll dies kein Zufall gewesen sein, sondern eine Reaktion auf Angriffe solcher Art.

Ohne Zweifel befand sich Italien Anfang der 90er Jahre in einer massiven politischen Umbruchphase. Unter dem Namen „manipulite“ wurde ein Korruptionsskandal zunächst in der Mailänder Politik aufgerollt. Unter der Leitung und führenden Ermittlung des

Staatsanwälte Antonio di Pietro wurden zunächst Politiker der starken Sozialistischen Partei verhaftet, doch die Ermittler stießen auf immer neue, immer größere Korruptionsfälle und innerhalb weniger Wochen war beinahe die gesamte italienische Politik in den Skandal verwickelt. Besonderes Aufsehen erregte hierbei der Fall eines sozialistischen Politikers, welcher sofort seine Verwicklung in mehrere Korruptionsfälle gestand, als zwei Carabinieri vor seiner Tür auftauchten, um eine Geldstrafe wegen eines Verkehrsdeliktes einzutreiben.

In wenigen Monaten führte die Angelegenheit zum Zusammenbruch der größeren Parteien und der gesamten politischen Landschaft Italiens. Doch gehört ja zur Korruption nicht nur die Annahme von Bestechungsgeldern, sondern auch ihre Bezahlung. Auch die Spitzen der Wirtschaft waren bald in den Skandal verwickelt, so auch Silvio Berlusconi. In einigen zu Berlusconis Konzern gehörigen Zeitungen wurde daraufhin di Pietro scharf attackiert. Lediglich der Chefredakteur von *Il Giornale*, Indro Montanelli, weigerte sich, an dieser Hetzkampagne teilzunehmen. Fallen gelassen wurden die Ermittlungen gegen Berlusconi erst nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident. In den letzten zehn Jahren kam es öfters zu rechtlichen Streitfällen, aus denen sich Berlusconi immer herauswinden konnte. Insbesondere wegen der marktbeherrschenden Stellung seines Medienkonzerns wurde oft geklagt. Es kam jedoch nie zu gerichtlichen Konsequenzen, da unter anderem das Mediengesetz kurzerhand geändert wurde. Dies natürlich unter der Regierungsperiode Berlusconis. Am heftigsten kritisiert wurde die ebenfalls unter Berlusconi erlassene Immunität für Regierungsmitglieder. Hintergrund war ein laufendes Korruptionsverfahren gegen den Ministerpräsidenten. Zwar wurde diese Immunität zwei Jahre später wieder aufgehoben, doch das laufende Korruptionsverfahren gegen Berlusconi war bereits verjährt.

Für seinen Einstieg in die Politik benutzte Berlusconi das angesprochene unsichere politische Klima 1994. Insbesondere durch das beinahe Verschwinden der beiden bisherigen Großparteien, der

Sozialisten und Christdemokraten, entstand eine Lücke im politischen Spektrum Italiens. Taktisch klug positionierte Berlusconi seine „Forza Italia“ in der politischen Mitte, genau zwischen jenen beiden bisher maßgebenden Parteien, deren große Menge an Wählern nun kaum weitere Alternativen hatte. Prompt gewann die erst zwei Monate alte Forza Italia die Parlamentswahlen und schloss eine Koalitionsregierung mit den rechts stehenden Parteien. Seit-her gilt der Medienunternehmer als das Oberhaupt des politischen Mitte-Rechts-Blockes in Italien. Nachdem die erste Regierungsperiode nur etwas mehr als ein Jahr gehalten hatte, kristallisierte sich schnell ein neuer Machtweikampf zwischen diesem und dem linken Block in der italienischen politischen Landschaft heraus.¹⁰

Besondere Umstände oder besondere Maßnahmen?

Eine politische Krise zu Beginn der 90er Jahre, ein totaler Umbruch der politischen Verhältnisse im Land - Das klingt als seien es ganz besondere Umstände, welche einen Medienmogul an die Spitze der nationalen Politik gespült haben. Dabei handelt es sich nicht einmal um eine zeitgenössisch einzigartige Entwicklung. Der Beginn der 90er war in ganz Ost- und Teilen Mitteleuropas von politischer Unsicherheit gekennzeichnet. Noch dazu nach dem Sturz eines Systems, in welchem die Medienlandschaft bereits vollständig monopolisiert war. Doch was hat sich in diesen Ländern auf dem Medienmarkt getan? Die Monopole wurden aufgebrochen, die Eigenständigkeit jedoch verloren. Der Medienmarkt in den osteuropäischen Ländern wird heute maßgeblich mitbestimmt von Investoren aus den westeuropäischen Ländern. Ganz groß vertreten ist beispielsweise der deutsche *Springer* Verlag mit Beteiligungen in Tschechien, Ungarn und vor allem Polen, wo mittlerweile seine marktbeherrschende Stellung kritisiert wird.¹¹ Auf den Zeitungsmärkten Kroatiens und Sloweniens hat die österreichische *Styria Medien AG* die Vorreiterrolle eingenommen.

Die einst gefeierte Öffnung der ehemaligen staatlichen Me-

dienmärkte wird mittlerweile teils heftig kritisiert. Durch die komplizierte wirtschaftliche Lage wären die Medien erst recht in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit getrieben worden und hätten ihre Macht als öffentliches Kontrollorgan verloren.¹²

Als die Medien zur Wahlmaschinerie umfunktioniert wurden

2001 stand in Italien eine Parlamentswahl bevor. Das regierende linke Lager wurde von Francesco Rutelli in die Entscheidung geführt. Zu jener Zeit bekleidete Berlusconi wohl schärfster Widersacher Romano Prodi gerade das Amt des Präsidenten der europäischen Kommission.

Sein plus an Charisma setzte Berlusconi ebenso ein wie die von ihm kontrollierten Medien. In den zwei Monaten vor der Wahl wurde in den Nachrichtensendungen der *Mediaset*-Gruppe 49 Prozent der Zeit für politische Debatten Berlusconis Mitte-Rechts-Bündnis zugestanden, während auf das Bündnis Rutellis, immerhin die Regierungskoalition, bloß 27 Prozent entfielen. Im gleichen Zeitraum teilten sich die beiden Bündnisse die Nachrichtenzeit bei der *RAI* mit jeweils etwas mehr als 30 Prozent weitgehend gleich auf.

Der resultierende Wahlerfolg des Berlusconi-Bündnisses ging in weiterer Folge auf seine Beliebtheit bei Hausfrauen zurück. 44,8 Prozent dieser Gruppe wählte laut Nachwahlbefragungen Berlusconi Partei. Hierzu sei angemerkt, dass Rete4, ein Sender der *Mediaset*, als besonders beliebt bei Hausfrauen gilt. Gerade bei Rete4 war auch die Präsenz Berlusconis in den Nachrichten mit 59 Prozent der Zeit am höchsten.¹³

Auf die Folgen der Wiedererlangung der Macht im Staat durch Berlusconi wurde eingangs bereits hingewiesen. Durch die Möglichkeit zur Kontrolle der staatlichen Medien unterlag ihm praktisch der gesamte Fernsehmarkt Italiens. Die einzige landesweite Konkurrenz der staatlichen *RAI* war und ist die ohnedies von ihm kontrollierte *Mediaset*-Gruppe.

Nichts desto trotz verlor Berlusconi's Bündnis die Wahlen 2006. Vorhergegangene Hetzkampagnen gegen Romano Prodi im TV hatten nur geringen Erfolg gezeigt. Die starke öffentliche Kritik an Berlusconi's Politik war zu groß. Vor allem das italienische Engagement im Irakkrieg stieß auf heftige Proteste in der Bevölkerung. Außerdem wurde es für den Ministerpräsidenten zunehmend schwerer, seinen Einfluss auf die staatliche Fernsehstation *RAI* geltend zu machen, nachdem diese wiederholt über versuchte Einflussnahme seitens der Regierung klagte. Somit konnte innerhalb der *RAI* diese Protestbewegung ungehindert Stimmung gegen Berlusconi machen.

Doch bereits zwei Jahre später, bei den Neuwahlen 2008, schaffte der mittlerweile 71-jährige Mogul abermals den Sprung an die Staatsspitze. Unter anderem deshalb, weil er aufkeimende Diskussionen über seinen enormen Einfluss im Fernsehen mit der Behauptung konterte, die linken Parteien stünden in Wahrheit hinter 70 Prozent der Medien im Land. Diese Behauptung lag zwar fern jeder Realität und auch Berlusconi hatte keine Beweise vorzubringen, doch zeigten in diesem Fall die Schmutzkübelkampagnen seiner Medien Erfolg. Unreflektiert wurden die Angriffe des Moguls abgedruckt und weiterverbreitet. In vielen Zeitungen, vor allem natürlich den von Berlusconi abhängigen, wurde einfach nur der sympathische und erfolgreiche Vorzeigeopa als idealer Regierungschef präsentiert. Der Machtmensch, der Italien wie seinen Privathaushalt regiert, wurde gekonnt in den Hintergrund gekehrt. Mit dem makellosen Stil und dem interessanten Privatleben zeigte sich mit Berlusconi eine richtige Pop Ikone als Spitzenkandidat, und schließlich erneut als Ministerpräsident.

Seit 2008 steht also wieder ein Mann hinter der gesamten TV-Landschaft Italiens. Unerschütterlich wie eh und je trotz er jeder Kritik an seiner Position. Vielleicht lenkt Berlusconi nicht die gesamte italienische Öffentlichkeit, doch aus den Medien Europas und ganz besonders Italiens wird er noch lange Zeit nicht wegzudenken sein.

Silvio Berlusconi ist mehr als ein Regierungschef: Er ist Medienmogul!

Ansätze zur Konzentrationskontrolle auf dem Medienmarkt

Eine wirkungsvolle Bekämpfung der zunehmenden Konzentration auf dem Medienmarkt ist oft schwer durchzusetzen. Besonders in Ländern, in welchen Medien stark mit der Politik verknüpft sind, stoßen Forderungen nach mehr Kontrolle auf wenig Gehör. Die Medienunternehmen wollen natürlich nichts von Wettbewerbsbeschränkungen wissen und üben Druck auf die Politik aus, wodurch das Thema kaum an die Öffentlichkeit gelangen kann.

In vielen westeuropäischen Staaten hingegen bestehen bereits Einrichtungen, welche die Pluralität auf dem Markt beaufsichtigen. In Skandinavien, Spanien, Frankreich und dem deutschsprachigen Raum gibt es beispielsweise die Presseförderung. Sie hat unter anderem die Aufgabe, kleine, marktschwache, doch als wichtig für die Meinungsvielfalt eingestufte Unternehmen zu fördern. Nach welchen Kriterien eine solche Einstufung erfolgen soll, ist allerdings wieder eine problematische Frage.

EU-weite Regelungen für nationale Medienmärkte wurden bisher aus mehreren Gründen abgelehnt. Gegen entsprechende Ansätze legen sich vor allem Frankreich und Großbritannien quer. In diesen Ländern bestehen Kontrollsysteme, welche abgeschwächt werden müssten, um auf einen europaweit gleichen Standard gesetzt zu werden.¹⁴

Ein möglicher Lösungsansatz findet sich im deutschen Modell des Presserates, welcher bisher sehr gut funktioniert. Das Konzept sieht die freiwillige Einhaltung eines Ehrenkodex durch die Zeitungen und Zeitschriften vor. Bei Verstößen gegen diesen Kodex erfolgt eine Rüge durch den Presserat. Diese Rüge muss daraufhin in der jeweiligen Zeitschrift oder Zeitung auf bestimmte Weise veröffentlicht werden. Hierdurch wird ein Eingreifen staatlicherseits in das Pressegeschehen verhindert, trotzdem können Medienunternehmen an gewisse Spielregeln gebunden werden. Eine große Schwäche dieses Systems wird jedoch deutlich, wenn einzelne Betreiber einfach aus Presseräten austreten oder aber von Anfang

an nicht mit machen. So etwa in Österreich, wo die *Kronen* Zeitung dem 1961 gegründeten Presserat, der übrigens seit 2002 nicht mehr besteht, nicht beitrug und sich folglich auch nicht an dessen Bestimmungen gebunden fühlte. In solchen Fällen zeigt sich ein Presserat als machtlos. Desweiteren ist ein solches Konzept auf internationaler Ebene wohl nur schwer realisierbar.

Die Vorteile eines solchen Kodex jedoch liegen auf der Hand. Wenn man Medien auf diesem Wege verpflichten könnte, mehrere Meinungen zu einem Thema zu präsentieren, würde dies die Demokratiequalität steigern. Wenn man auf diese Weise einseitigen Berichterstattungen oder Fehlinformierungen durch ungesicherte Quellen vorbeugen könnte, würde dies viele demokratische Gefahrenzonen ausräumen. Das Ziel müsste sein, eine Manipulation der Informationen und Inhalte zu verhindern. Mit einem Presserat könnte dies medienintern geschehen, was wohl einer Zensur durch den Staat oder eigene staatliche Einrichtungen vorzuziehen wäre.

Um wirksam arbeiten zu können, würden solche Presseräte wohl eine Art Druckmittel benötigen. Ein Bonus-Malus-System als unmittelbaren Ansporn für die Mediengesellschaften, sich diesen Räten anzuschließen und ihre Regeln zu respektieren. Sinnvoll wäre vielleicht eine Koppelung der Presseförderung an solche Organisationen. Presseförderung sollte nur erhalten, wer sich an die Presseregeln hält. Bei groben Verstößen sollte die Förderung gekürzt werden können. Durchaus wären in diesem Zusammenhang grundsätzlich hohe Förderbeträge angebracht, um einen tatsächlichen wirtschaftlichen Vorteil mit dem Beitritt zum Presserat zu verknüpfen. Im Moment dienen solche Fördermittel meist der Abdeckung von Versand- oder Übertragungskosten. Stärkere direkte Subventionierungen der journalistischen Arbeit wären wohl förderlich. Damit würde die Förderung nicht allein beim Unternehmen hängen bleiben um dessen Ertragslage zu verbessern. Die Medien würden angespornt, den Journalismus auf eigene Faust wieder stärker zu beanspruchen. Ein aktuell sehr starker Kritikpunkt an der Berichterstattung in den Medien ist auch, dass die meisten In-

formationen nicht mehr selbst erarbeitet, sondern einfach 1:1 von Presseagenturen übernommen werden. Zuschüsse für selbständige und vor allem unabhängige journalistische Arbeit wären hilfreich. Die Medienunternehmen könnten mehr auf unabhängigen Journalismus bauen und wären weniger abhängig von Sponsoren und Werbung. Die Gefahr der manipulierten Berichterstattung würde zumindest abgeschwächt werden.

Auf europäischer Ebene würde sich ein solches Presserat-Projekt wohl recht kompliziert gestalten. Sinnvoll wäre eventuell die internationale Koordination der einzelnen Nationalen Räte in einer Art Dachverband. Besonders entscheidende Probleme, natürlich auch internationale Fragen, könnten dann per internationalem Konsens entschieden werden. Gegenwärtig arbeitet das *Medienhaus Wien* mit mehreren medienwissenschaftlichen Instituten aus zwölf verschiedenen europäischen Ländern zusammen an dem Projekt *MediaAct*. Unter diesem Titel werden verschiedene Modelle der Medienselbstregulierung in Europa untersucht. Als Ergebnis sollen unter anderem Möglichkeiten einer solchen Selbstregulierung auf europäischer Ebene erarbeitet werden. Auch die Verbesserung der Konzentrationskontrolle und die Verhinderung von Monopolstellungen ist ein Ziel der Untersuchungen.¹⁵ Das Projekt läuft planmäßig bis 2013, erste Ergebnisse könnten aber bereits im Herbst 2010 vorliegen.

Das Thema Monopolisierung und Konzentration auf dem Medienmarkt ist gerade in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensituation ein ganz Entscheidendes. Europa muss beginnen, sich über die Sicherung der Unabhängigkeit der Medien auch in wirtschaftlicher Hinsicht Gedanken zu machen. Mit der Pressefreiheit ist ein wesentlicher Baustein der Demokratie, ein gesellschaftliches Grundrecht, ja, sogar das Funktionieren unserer Demokratie in Gefahr!

Quellenverzeichnis

- 1 Luverá, Bruno: Die Zeit des Interessenskonflikts; S. 161; in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.) Internationale Medienenquete. Medienkonzentration und Kontrollmechanismen in Europa: Rechtstatsachen – Rechtsinstrumente – Rechtsberufe; Schriftenreihe des Bundesministeriums für Justiz 116; Wien; 2004.
- 2 Kleinsteuber, Hans/Thomaß, Barbara: Medienökonomie, Medienkonzerne und Konzentrationskontrolle; S. 129; in: Altmeyen, Klaus-Dieter/Karmasin, Matthias: Medien und Ökonomie Band 2. Problemfelder der Medienökonomie; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden; 2004.
- 3 Ginsborg, Paul: Silvio Berlusconi. Television, Power and Patrimony; S. 22; Wagenbach, London; 2004.
- 4 Steinmaurer, Thomas: Konzentriert und Verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick; S. 54; StudienVerlag, Innsbruck; 2002.
- 5 Luverá: Zeit; S. 151; in: Altmeyen, Klaus-Dieter/Karmasin, Matthias: Medien und Ökonomie Band 2. Problemfelder der Medienökonomie; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden; 2004.
- 6 NRC Handelsblad: Verstorende omroep; <http://weblogs.nrc.nl/commentaar/2009/10/02/verstorende-omroep/>; (Zugriff am: 28.08.10); 2009.
- 7 20 minuten online: Sarkozy bemächtigt sich der Medien; <http://www.20min.ch/news/ausland/story/Sarkozy-ermaechtigt-sich-der-Medien-23672112>; (Zugriff am: 28.08.10); 2008.
- 8 Meier, Werner/Trappel, Josef : Die transnationale Vermachtung durch Medienkonzerne als Voraussetzung für europäische Öffentlichkeit?; S. 268; in: Langenbacher, Wolfgang/Latzer, Michael: Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive; Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden; 2006.
- 9 Ginsborg, Paul: Silvio Berlusconi. Television, Power and Patrimony; S. 22; Wagenbach, London; 2004.
- 10 Luverá: Zeit; S. 152ff; in: Altmeyen, Klaus-Dieter/Karmasin, Matthias: Medien und Ökonomie Band 2. Problemfelder der Medienökonomie; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden; 2004.
- 11 Zabór prasowy: Grozba zmonopolizowania polskiego rynku opinii przez niemieckie pras jest coraz bardziej realna; <http://www.wprost.pl/ar/?O=89265>; (Zugriff am: 28.08.10); 2006.
- 12 Eurotopics: Bulgarische Medien nicht objektiv; http://www.eurotopics.net/de/archiv/archiv_results/archiv_article/ARTICLE59121-Bulgarische-Medien-nicht-objektiv; (Zugriff am: 28.08.10); 2009.
- 13 Luverá: Zeit; S. 162; in: Altmeyen, Klaus-Dieter/Karmasin, Matthias: Medien und Ökonomie Band 2. Problemfelder der Medienökonomie; Westdeutscher Verlag, Wiesbaden; 2004.
- 14 Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich: Fortschreitende Medienkonzentration im Zeichen der Konvergenz. Bericht der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) über die Entwicklung der Konzentration und über Maßnahmen zur Sicherung der Meinungsvielfalt im privaten Rundfunk; Schriftenreihe der Landesmedienanstalten Nr.17; VISTAS, Berlin; 2000.
- 15 Mediaact: Summary; <http://www.mediaact.eu/project.html>; (Zugriff am: 28.08.10); 2010.

„I want You for Lobbying“

Von Armin Hübner

Lobbyismus - als das Beeinflussen der Entscheidungsträger von bestimmten Interessensgruppen - gab es schon im alten Rom. Mittlerweile ist Brüssel eines der großen Spielfelder des modernen Lobbyings. Doch in Europa wird über Lobby-Tätigkeiten ganz anders gedacht als im Entstehungsland des modernen Lobbyings, den USA. Wird in Amerika Lobbying als demokratiefördernd betrachtet, so wird Lobbying in Österreich eher mit Verbrechern und zwielichtigen Personen assoziiert. Sieht man sich die Situation in der EU genauer an, drängt sich die Frage auf, welches Bild von Lobbyisten denn das „richtigere“ sei. Die Europäische Union führt zwei verschiedene Register, die überhaupt nicht miteinander abgestimmt sind. Weiterhin unterliegt die Registrierung von Lobbyisten der Freiwilligkeit. Der Anreiz sich in eines der beiden einzutragen ist verschwindend gering, zumal man sich lästigen Fragen zu finanziellen Möglichkeiten und Klientenstand aussetzen muss. Die Sanktionen der Kommission bezüglich Falschaussagen und sonstigen Übertretungen der Spielregeln des Registers erscheinen fast lächerlich. Das Problem, dass Unternehmen wesentlich bessere finanzielle Möglichkeiten haben, als die meisten anderen Interessensgruppen, geht jedoch eindeutig aus den Aufzeichnungen der Kommission hervor. Hier muss gegengesteuert werden, sonst droht ein „Europa der Konzerne“. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, dass die Kontrolle dieser Prozesse unerlässlich ist, so auch der Prozess der Gesetzgebung und zu diesem gehört nun mal die Lobby der Interessensgruppen dazu. Wenn gewährleistet werden soll, dass jeder Bürger eine Stimme hat und nicht jeder Euro, müssen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Lobbying, was ist das eigentlich?

Lobbying ist das professionelle Unterstützen von privaten und öf-

fentlichen Interessen bei Gesetzgebern und Entscheidungsträgern. Das Ziel ist es Regierende und andere wichtigen Personen des politischen Lebens zu beeinflussen. Es will also, dass Politiker, seien es Abgeordnete des Parlaments, Regierungschefs, Minister oder auch Bürgermeister, Entscheidungen so treffen, dass der Nutzen der vertretenen Gruppen maximiert wird. Der Begriff Lobbying kommt von dem lateinischen Wort „lobia“, das so viel bedeutet wie Halle oder Lobby. Gemeint waren damit die Hallen des römischen Senats, in denen der Austausch des politischen Prozesses stattfand. So ging es also um die Beeinflussung des politischen Entscheidungsprozesses.¹

Das moderne Lobbying entstand - so wird es erzählt - in den Vereinigten Staaten während der Präsidentschaft von Ulysses S. Grant von 1869 bis 1877. Diesem war es durch seine Frau nicht gestattet im Weißen Haus zu rauchen. Deswegen ging er dieser Sucht in der nahegelegenen Lobby des Willard Hotels nach. Nachdem er dort oft gesichtet wurde, wurde dieser Ort Schauplatz der Entstehung des modernen Lobbyings. Seitdem nahm Lobbying als politischer Faktor stets zu. In den Vereinigten Staaten wuchs dieser Faktor sogar so schnell, dass sich bereits Präsident Wilson 1913 darüber beschwerte, dass es kaum noch möglich war nicht zumindest einem Lobbyisten auf die Füße zu treten.²

Der US-Amerikanische Volkssport erreicht Europa

In Washington hält sich schon länger der Gedanke „wer keine Lobby hat, fliegt durch!“ und so wurde Lobbying in der politischen Welt der USA fast schon zum Volkssport. In Europa brauchte es noch etwas länger. So bekamen Konzerne aus Übersee, wie Microsoft, eine Strafe der europäischen Wettbewerbsbehörde auferlegt, am eigenen Leib zu spüren, dass sie Entscheidungen der EU nicht mehr ignorieren und nicht einfach über Brüssel „drüberfahren“ können. Ein weiterer Grund, warum europäische Konzerne im Vergleich zu Konzernen aus Übersee minder vertreten sind (nur

etwa 9 Prozent aus Großbritannien und Frankreich, und gar nur 7 Prozent aus Deutschland, dem Land das sich selbst Exportweltmeister nennt/ im Vergleich dazu 37 Prozent aus den USA.³⁾ ist, dass diese Konzerne historisch von anderen Institutionen vertreten wurden. So wie dies auch in Österreich der Fall ist. Auch wenn mittlerweile große österreichische Unternehmen wie *Henkel* eigene Vertreter in Brüssel haben, wird die österreichische Wirtschaft vor allem durch die Wirtschaftskammer und auch die Industriellenvereinigung vertreten. Erst später, als einige große Firmen nicht mehr gemeinsam mit ihren größten Konkurrenten vertreten werden wollten, begannen diese eigene Büros in Brüssel zu errichten. Das heißt also, jene Konzerne die genügend Kapazitäten haben um ein eigenes Büro in Brüssel zu errichten, werden in manchen Belangen doppelt oder gar dreifach vertreten. Zählt man die Regionen in denen sie tätig sind dazu, gar vierfach oder fünffach.

In einem Greenpaper stellte die Kommission Lobbying als legitimen Teil des demokratischen Systems dar. Weiterhin wird erwähnt, dass es keinen Unterschied macht, ob das Lobbying von Individuen, Firmen, Konzernen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder auch Firmen, die andere Think-Tanks vertreten, betrieben wird.⁴

Die Kommission ist der Meinung, dass Lobbying wichtig sein kann, wenn es darum geht wichtige Probleme auf den Tisch beziehungsweise in die Ohren der Politiker zu bringen. Zusätzlich wird indirekt darauf eingegangen, dass darauf geachtet werden soll, von wem diese Lobbyisten finanziert werden. Die Kommission stellt klar, dass es für die allgemeine Öffentlichkeit klar sein muss, woher die Informationen kommen.

Das Lobbying in der EU hatte seine Basis in der Informationsgewinnung und nicht unbedingt in der Beeinflussung. Erst später begann man einen Schritt weiter zu gehen und entdeckte die Möglichkeiten, den Gesetzgebungsprozess aktiv und effektiv zu beeinflussen. Mit den nachfolgenden Erweiterungen der EU und der damit verbundenen Einflusssteigerung von Brüssel, entwickel-

te sich auch das Lobbying weiter. Immer mehr Stakeholder (Interessensgruppen) wollten ihre Interessen vertreten wissen. Gerade durch die vergrößerte Reichweite der kulturellen und politischen Traditionen sowie des Spektrums der Interessen, welche mit den Erweiterungen einhergingen, wuchs der Sektor des Lobbyings enorm in der letzten Dekade.⁵

Der Grund für das Bekenntnis der EU zum Lobbyismus als legitimes und notwendiges Mittel ist jedoch, dass alle wirtschaftlichen Aktivitäten der Unternehmenswelt durch die Politik beeinflusst sind. Das heißt, dass die Gesetze von Morgen die Basis der derzeitigen weltweiten Wirtschaftsstrategien sind. Die Politiker können daher nicht regieren, ohne Bedacht auf die Interessen der Industrien und anderen Interessensgruppen zu nehmen. Es ist nur, so sieht es die EU, allzu logisch, dass sich Entscheidungsträger immer öfter an Vertreter von Industrie, Konzernen, NGOs und dergleichen wenden, um Wissen über bestimmte Zusammenhänge, rechtliche Belange oder technische Begebenheiten einzuholen. Das erlaubt es Stakeholdern konstruktives Input bereit zu stellen, um die Entscheidungen der Politiker in ihrem Sinne zu beeinflussen.⁶

Ein falsches Bild von Lobbyismus?

„Lobbying? Die Demokratie fördernd?“

Befragt man Personen auf der Strasse, was ihnen spontan zu Lobbying einfällt, erhält man ganz andere Formulierungen als jene des Greenpapers der EU. Dieses Greenpaper zeichnet ein durchwegs positives Bild von Lobbyismus und geht sogar so weit, Lobbying als demokratiefördernd einzustufen, indem es Lobbyismus als legitimen Teil des demokratischen Systems bezeichnet.⁷ Viele Bürger beantworteten die Frage jedoch fast ausschließlich negativ. Auf die konkrete Frage, ob Lobbying etwas Positives sei, antworteten alle mit nein oder eher nein. Sehr häufig fiel der Name Mensdorf-Pouilly, fast ebenso oft wurde das Wort „korrupt“ in den Mund genommen. Neben den eher sachlichen Antworten wie „das

sind Interessensvertreter“ oder „durch persönliche Kontakte, unkonventionelle Marketingstrategien oder persönliche Netzwerke an „Fans“ zu gelangen“, werden vor allem auch negativ behaftete Phrasen und Stichwörter genannt wie etwa „Macht der Konzerne“, „unfaire Unternehmer und Politiker“, „Notjobs für Expolitiker“. Allgemein fällt auf, dass die Menschen relativ gut informiert sind. Auch wenn einige der Meinung sind, dass es ohne Lobbying wahrscheinlich nicht geht, sind die meisten über die Frage, ob Lobbyismus die Demokratie fördere fast überrascht. „Lobbying? Die Demokratie fördernd?“, diese Idee scheint fast unvereinbar mit jenen Emotionen zu sein, die bei dem Schlagwort Lobbying hervorgerufen werden. Man denke wohl an reiche „Bonzen“, welche sich mit korrupten Politikern zum Essen treffen und sich ausmachen wie sie die Welt manipulieren können, um ihre Geldgier zu stillen. Was aber auch auffällt ist, dass sobald ein bekannter Interessensvertreter genannt wird, der den Menschen bekannt ist, wie etwa Gewerkschaften, Arbeiter- oder Wirtschaftskammer, so sind die Befragten nicht besonders negativ eingestellt. Diese Art des Interessensvertretens, wie etwa in Form der Sozialpartnerschaft, wird durchaus als positiv gesehen. Der Austausch von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite sowie die Interaktion mit der Politik sind also auch etwas Bekanntes und daher nichts Abzulehnendes.

Lobbyismus hat in Europa nicht jene Tradition wie in den USA, so könnte man argumentieren. Aber reicht dieses Argument aus, um zu erklären, dass die vermeintlich öffentliche Meinung, jene der EU und anderen öffentlichen Institutionen, soweit auseinander gehen?

Der Grund warum Lobbyismus in Österreich und in Europa einen derart schlechten Ruf genießt, liegt wohl an der mangelnden Transparenz. Wer durchschaut schon den EU Gesetzgebungsapparat? Und dann kommen da auch noch Lobbyisten dazu. Das scheint niemanden so ganz geheuer zu sein. Noch dazu, wenn es immer wieder Skandale in die Medien schaffen. Man erinnert sich zu Recht eher an negative Schlagzeilen, wie etwa Mensdorf-Pouilly,

die Eurofighter oder die Gerüchte um den ehemaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser. Allgemein könnte man jedoch die Aussagen der Befragten so deuten, dass sie den hohen Politikern und den Lobbyisten in Brüssel nicht ganz trauen. Zu oft kamen zweifelhafte Geschichten und Gerüchte ans Tageslicht. Den Entscheidungsträgern, Firmenbossen und ähnlich „hohen Tieren“ wird wohl eher die Korruption vorgeworfen, als eine Tugendhaftigkeit eingestanden.

Mitarbeiter des Europäischen Parlaments antworten gar ver harmlosend auf diverse Fragen zu Lobbyismus in deren Institutionen. Meist wird erklärt, dass diese eben akkreditiert sind und somit Zugang zum Parlament haben.

Nichtsdestotrotz, scheint die Bevölkerung nur bedingt die Meinung der EU zu teilen, was das Potential an demokratischer Verbesserung des Lobbyismus betrifft. Hier stellt sich die Frage, ob dies nicht an der unterschiedlichen Auffassung des Begriffs „Lobbying“ liegt. Denn tatsächlich scheint in der Bevölkerung immer noch das Bild des „zweifelhaften Treffens zweier oder mehrer Personen“ vorherrschend zu sein und nicht das „auf Fakten aufmerksam machen durch Experten“.

Wie schnell eine Meinung durch die Art der Frage beeinflusst werden kann, zeigte vor allem das Beispiel der großen österreichischen Interessensvertreter (und somit auch Lobbyisten) Arbeiterkammer und Wirtschaftskammer, die als positiv beurteilt werden. Man muss also sehr aufpassen, wie man die Meinung der Bevölkerung zum Thema Lobbyismus interpretiert.

Die Ritter gegen das ausufernde Lobbying in der EU Ulrich Müller von *LobbyControl* und Christian Humborg von der Anti-Korruptionsorganisation *Transparency International (TI)* sehen dies ähnlich.

„Gegen die Vertretung eigener Interessen ist überhaupt nichts einzuwenden. Aber die Frage ist, mit welchen Mitteln dies geschieht und wie transparent dies abläuft“, so Humborg.⁸

Beide sind der Meinung, dass es gegen die Interessensvertretung

per se keine Einwände gibt. Jedoch sollte dies vor der öffentlichen Kulisse geschehen und nicht zur strippenziehenden Parallelgesellschaft ausufern.⁹

Können dank Lobbyisten, Waffen besonders umweltfreundlich sein?

„Im Zuge des Uno-Klimaberichts (..) versuchen unzählige Firmen verstärkt, sich und ihre Produkte als klima- und umweltfreundlich zu verkaufen“, so Müller. Doch wenn weder die Produkte noch die Politik der Unternehmen mit diesen Zielen vereinbar sind, kommt die neue Kunst des Marketings auf und niemand spielt dies besser als die Lobbyisten. Besonders auffallend sind der Flugzeughersteller Airbus, der sein neues Großraumflugzeug als besonders „grün“ bewirbt, die englische Rüstungsfirma, die ihre Waffen als „umweltfreundlich“ anpreist, der Ölkonzern Exxon Mobile, der vorgibt, seine Treibhausgase zu verringern und die Deutsche Atomlobby wegen ihrer Kampagne „Der ungeliebte Klimaschützer“.¹⁰

Im Zuge der Ausarbeitung dieses Beitrages, habe ich oft mit Freunden über das Problem Lobbying in Brüssel diskutiert. Einige von ihnen haben sogar ein Praktikum bei Lobbyisten absolviert. Auf die Frage, wie sie es empfunden haben, für Lobbyisten zu arbeiten, erwiderten sie stets wie unglaublich viele kleine Anwaltskanzleien, Vertretungen diverser Konzerne und Regionen und ähnliche in der Gegend der EU-Institutionen angesiedelt sind. Selbst die kleinsten Regionen leisten sich ständige Vertreter und ein großzügiges Büro.

Wer also seine Interessen in Brüssel auf höchster Ebene vertreten will, muss sich im Klaren sein, dass er nur ein Fisch im Karpfenteich ist. Schätzungen zufolge versuchen mindestens 3.000 Interessensgruppen mit 15.000 bis 20.000 Mitarbeitern auf den Gesetzgebungsprozess in der EU Einfluss zu nehmen. Wie zu erwarten, sind vor allem große Konzerne stark vertreten. Die „Global Players“, wie große internationale Konzerne genannt

werden, haben mittlerweile alle repräsentative Büros in Brüssel. Derzeit sind es zirka 250 Büros dieser Art.¹¹ Von *McDonalds* bis *DaimlerChrysler* sind alle in der EU Hauptstadt vertreten. Diese Konzerne bearbeiten die Politiker nicht nur mit „Meinungen“, sondern beliefern sie auch mit Informationen. Jedoch wird *DaimlerChrysler* wohl kaum eine Studie vorlegen, in der zu lesen ist, dass PS starke Autos einen erhöhten Anteil am Klimawandel haben. Oft ist die Einflussnahme von Konzernen daher ebenso groß wie subtil.

Wo bleiben die Transparenzbestrebungen?

Es gibt sowohl von der Kommission als auch von dem Parlament geführte Register zu Lobbying. David Boyd, einer der ehemaligen Mitarbeiter des irischen Abgeordneten und Vizepräsidenten des europäischen Parlaments Jim Higgins, der in seiner Funktion als Quästor (diese sind Abgeordnete, welche neben den herkömmlichen Aufgaben eines Parlamentariers für interne Regelungen des Parlament verantwortlich sind) auch für die Führung der Lobbyisten-Liste zuständig ist, beantwortete die Frage, ob er mir diese Register doch genauer erklären könnte, folgendermaßen: Zunächst stellte er zu meiner Überraschung klar, dass es kein einheitliches Register in der EU gibt. So führt die Kommission und das Parlament jeweils ein eigenes Register.¹² Allerdings gibt es Bemühungen diese beiden separaten Register zu vereinen. Hierfür gibt es auch eine eigene Arbeitsgruppe, die bereits einen Vorschlag hierzu vorgelegt hat.¹³

Außerdem bestätigte David Boyd meine Annahme, dass der Rat bisher keinerlei Anstrengungen in Richtung mehr Transparenz, was die Register und somit die Gestaltung des gerechten Lobbyings betrifft, unternommen hat. Die ändern zwei Institutionen (Kommission und Parlament) jedoch wollen ihre Zusammenarbeit bei diesem Thema - wie es scheint - sogar vertiefen, was durchweg positiv zu werten ist.

Grundsätzlich ist es keine Pflicht in einem der beiden Register geführt zu sein. Man kann durchaus Lobby-Tätigkeiten ausführen ohne der Kommission oder dem Parlament offiziell bekannt zu sein. Zumal ja auch der Anreiz nur bedingt ist. Durch eine Aufnahme in die Liste der registrierten Lobbyisten im Parlament, erhält man lediglich die Erlaubnis in die Hallen des Parlaments (nicht jedoch in die Sitzungssäle oder Ausschüsse) vorzudringen. Dort hat man dann Zugang zu Entscheidungsträgern. Dies ist allerdings kein besonderer Vorteil, da man auch als Besucher registriert werden könnte und genau dieselben Rechte hätte. Der unabhängige österreichische Abgeordnete Hans-Peter Martin stellte am 18.11.2009 eine parlamentarische Anfrage an die Kommission. In dieser fragte er nach den Vorhaben der Kommission bezüglich der Rahmenbedingungen in denen sich Lobbying in Zukunft abspielen soll.¹⁴ Die Kommission antwortete, dass die Einführung des Registers durchaus einen positiven Effekt hatte. Nämlich dass sich die Bürger ein Bild von der Komplexität der Interessen machen könnten, welche in Brüssel vertreten werden. Oder anders ausgedrückt, dass Politiker nicht fern ab von den Interessen der Bevölkerung entscheiden. Zusätzlich wird besonders die verbesserte Transparenz und die steigende Registrierungsquote gelobt. Die Aufteilung der Registrierung ist allerdings auch laut Kommission nicht wünschenswert.¹⁵

Zusammensetzung der 2014 eingetragenen Interessenvertreter (Stand: 5. 10. 2009)

Professionelle Berater/Anwaltskanzleien, die in der EU-Lobbyarbeit tätig sind	112
Anwaltskanzleien	9
Beratungsunternehmen für öffentliche Angelegenheiten	61
unabhängige Berater für öffentliche Angelegenheiten	29
Organisationen ähnlicher Art	13
Unternehmenslobbyisten und Wirtschaftsverbände	1129
Unternehmen	276

Wirtschaftsverbände	654
Gewerkschaften	56
Organisationen ähnlicher Art	143
NGO/Denkfabriken	559
Nichtregierungsorganisationen und deren Verbände	434
Denkfabriken („think-tanks“)	51
Organisationen ähnlicher Art	74
Andere Organisationen	214
akademische Organisationen und ihre Verbände	45
Vertreter von Religionen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften	8
Regierungsverbände	37
Organisationen ähnlicher Art	124

Quelle: KOM(2009) 612, Anhang I

Hier muss jedoch erwähnt werden, dass NGOs natürlich auch wirtschaftliche Interessen vertreten können.

Warum sollten sich Lobbyisten registrieren?

Die Chemieindustrie hat lediglich 50.000 Euro zu Lobbying Zwecken zur Verfügung - oder sind es doch 37,9 Millionen Euro?

Ein Fall des Sommers 2009 bestätigt die Berechtigung dieser Frage. Der Verband der Europäischen Chemieindustrie *Cefic* machte bei der Registrierung grobe Falschaussagen bezüglich des Betrages der ihnen zum Lobbying zur Verfügung stand.

Cefic, welche die Interessen von *Akzo Nobel*, *Repsol*, *OMV* und dem Rest der europäischen Chemieindustrie vertritt, gab an „bloß“ 50.000 Euro zur Verfügung zu haben, und das bei 170 Mitarbeitern. Tatsächlich sind es unglaubliche 37,9 Millionen. Euro. Dafür wurden sie für acht Wochen aus dem Register geworfen. Ob dies *Cefic* wirklich gestört hat, ist zu bezweifeln. Denn es macht eben keinen großen Unterschied, ob man registriert ist oder nicht. Im

Gegenteil, es könnte sogar eher als lästig bezeichnet werden.

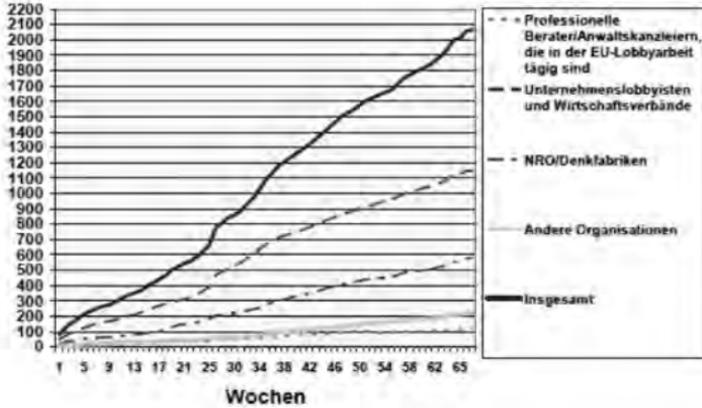
Ein weiteres Beispiel ist, dass eingetragene Wirtschaftsverbände wie die *European Banking Federation* oder der *Bundesverband deutscher Banken* ein Budget zwischen 450.000 und 1 Millionen Euro haben.¹⁶ Die ganz großen wie der *European Roundtable of Industrialists (ERT)* oder der CIAA, der Lobby-Dachverband von Nahrungsmittelherstellern, sind erst gar nicht eingetragen. So scheint es wohl eher unglaublich, dass eine NGO mit dem Namen *Eurogroup for Animals* ein doppelt so hohes Budget hat, wie die britischen Ölmultis *Shell* und *BP*. Die Hilfsorganisation *European Council on Refugee and Exiles* gab sogar dreimal so hohe Ausgaben an wie die Energiekonzerne *GDF* aus Frankreich oder *Enel* aus Italien.¹⁷

Es ist also ungemein schwierig die tatsächlichen finanziellen Strukturen heraus zu finden. Klar scheint jedoch, dass die angegebenen Zahlen ein unrealistisches Bild abgeben und die Wahrheit wohl etwas verfehlen. Nach Hochrechnungen sollte das Budget von Lobbyisten mit rein wirtschaftlichen Interessen allerdings in etwa das zehnfache von anderen entsprechen.

Warum also registrieren? Es ist freiwillig, die dadurch entstehenden Vorteile sind vernachlässigbar und man bleibt unentdeckt wenn man sich nicht registriert. Man bedenke, dass man sonst den gesamten Klientenstand sowie die finanziellen Möglichkeiten offenlegen müsste. So weiß man etwa, dass die Lobby-Agentur *Burson-Marsteller* 2007 durch die Vertretung ihrer illustren Kunden (dazu zählen unter anderem *Microsoft*, *Danone* und *Mars*) 6,96 Millionen Euro verdiente. Dies weiß man allerdings nur, weil sie freiwillig im Register steht.¹⁸ Außer der Möglichkeit, dass sich der Ruf von *Cefic* eventuell etwas verschlechtert hat, bereitete diese Aktion der Chemieindustrie nur wenige Kopfschmerzen.

Ingesamt nimmt die Zahl der Registrierten Lobbyisten zwar zu (siehe Grafik), nichtsdestotrotz kann die Zahl beziehungsweise der Anteil der Registrierten im Vergleich zu den nicht registrierten Lobbyisten nicht als Erfolg an sich verbucht werden.

Zunahme der registrierten Lobbyisten



Quelle: KOM(2009) 612, Anhang II

Laut den Ergebnissen einer Untersuchung von *ALTER-EU*, einem prodemokratischen Dachverband von Brüsseler NGOs, Bürgerrechtsorganisationen, Akademikern und Think-Tanks zufolge sind es etwa 77.2 Prozent¹⁹ der Lobbying- und Beratungsfirmen die sich nicht registrieren lassen. Insgesamt sind nur 112 der 286 Beratungsunternehmen eingetragen. Das heißt, 174 dieser Lobbyisten sind der Kommission offiziell nicht bekannt. Es scheint, passend zu dem beschriebenen Gewerbe, als könne man die Fakten nicht richtig fassen. Doch all die vorhandenen Daten und die von Politikern beschriebenen Rahmenbedingungen zeigen letztlich ein klares Bild, nämlich das die Konzerne sowohl zahlenmäßig als auch in ihren finanziellen Möglichkeiten mit Abstand den größten Anteil des Gewerbes des Lobbyings ausmachen. Noch dazu scheinen die Vertreter dieser Konzerne ihre echten Zahlen und Budgets nicht gerne offen zu legen. Es ist ganz eindeutig davon auszugehen, dass *Cefic* nicht der einzige Interessensvertreter ist, der nur einen Bruchteil seiner zur Verfügung stehenden Gelder angibt.

Aus der Sicht eines Lobbyisten

An der Rue du Trône bewundert ein junger Mann namens Joachim, der nicht weniger als fünf Sprachen fließend spricht, die Decke eines Jugendstilcafés. Er ist beeindruckt von der schönen Architektur dieses Ecklokals. Während seines Auslandsemesters in Brüssel ist ihm dieser schöne Teil Brüssels gar nicht aufgefallen, sein Budget hätte für diese Gegenden einfach nicht gereicht. Er ist stolz auf seinen Aufstieg. Heute trifft er sich mit einem Kollegen, einen großen Fisch. Dieser arbeitet seit Jahren in Brüssel, als Vertreter der *Deutschen Bank*. Nachdem Joachim als Vertreter einer kleinen Privat Bank in Brüssel tätig ist, hat er es noch schwer an VIPs der Gesetzgebungselite heranzukommen. Dies ist jedoch ungemein wichtig, wenn man nicht auf der Strecke bleiben will. Schließlich kommen schätzungsweise 80 Prozent aller unternehmensrelevanten Gesetze aus Europas Hauptstadt und werden in Paris, Madrid, Rom, Berlin oder Wien nur noch umgesetzt. Bei einem gemütlichen Lunch werden Informationen ausgetauscht und Argumente gegen eine neue Richtlinie zur Bankenabgabe entwickelt. Man pflegt diese Kontakte. Joachim kann dem Spitzenlobbyisten die Ideen und Informationen einfach weitergeben, so haben beide was davon. Da dieser auf „Du und Du“ mit der Deutschen Delegation ist und auch der deutschen Kanzlerin Angela Merkel nicht unbekannt ist, ist es für Joachim eine einzigartige Chance, um mit wenig Aufwand viel zu erreichen. Am Nachbartisch wird Englisch gesprochen mit britischem, französischem und deutschem Akzent. Es geht um dasselbe Thema, die Tischnachbarn setzen sich kurzerhand zusammen und entwickeln einen gemeinsamen Schlachtplan. Argumente der Gegenseite hört man in diesem Lokal nicht, wie denn auch, die Gegenseite besteht aus unterfinanzierten Organisationen die auf Freiwillige angewiesen sind.²⁰

So warnt Daniel Guéguen, langjähriger Lobbyist und Gründer der Agentur *Clan Public Affairs*. Es ist außerdem ungemein einfach, sich als Lobbyist in Brüssel niederzulassen und es sei nicht immer klar ersichtlich, wem die EU-Kommission Gehör schenke

und wem nicht. „Das Lobbying richtet sich gezielt nicht an den normalen Bürger, sondern an die Meinungsbilder“, sagt Müller von LobbyControl. So sei es kein Wunder, dass der Ölkonzern Exxon Mobil – der den Worst EU Lobby Award im vergangenen Jahr gewonnen hat – vor allem im Brüsseler Flughafen werbe. „Hier kommen alle Entscheidungsträger an und werden so direkt angesprochen.“ Die deutsche Autolobby habe außerdem gezielt in Berlin gearbeitet, mit Erfolg: Auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hält zu strenge CO2-Richtlinien für untragbar. „Ein wesentlicher Unterschied zwischen Brüssel und Berlin ist die unterschiedliche Medienlandschaft“, kritisiert TI-Experte Humborg. „Die Medien können in Brüssel ihre Rolle als sogenannter Watchdog oder Aufpasser kaum wahrnehmen, da es keine breite europäische Öffentlichkeit gibt.“²¹

Strategisch ist die EU und ihre Institutionen ein besonders attraktiver Ort um Lobbying zu betreiben, nicht nur wegen ihrer Wichtigkeit, sondern auch wegen ihrer schlechten Ausstattung. Die wichtigste Institution eines Lobbyisten wird wohl die Europäische Kommission sein, nicht zuletzt wegen dessen Doppelfunktion als Administrative und als Teil der Legislative. Die Kommission entwirft zunächst Gesetze, die dann dem Parlament vorgeschlagen werden und gilt somit als Teil der Legislative.²² Zusätzlich ist die Kommission der exekutive Arm der EU. Damit ist sie auch für das Verteilen ihrer Gelder verantwortlich. Ein besonderer Grund, warum die Kommission ein interessantes „Plätzchen“ für einen Lobbyisten ist, ist die Tatsache, dass sie nicht gerade großzügig mit Ressourcen ausgestattet ist. Ihr gesamtes Budget ist in etwa so groß, wie jenes der belgischen Bundesregierung. Die Größe der administrativen Belegschaft entspricht in etwa 2 Prozent jener der amerikanischen Regierung.²³ Dieser Umstand zwingt die Kommission Lobbyisten zu konsolidieren und ist auf die Annahme von Unterstützungen angewiesen. Sie ist also stark abhängig von den Informationen der Lobbyisten, was sie wiederum besonders verwundbar macht. Zusätzlich drängt sich hier die Frage auf, ob die

Abhängigkeit der Kommission nicht auch der Grund sei, warum echte Transparenzbestrebungen nur langsam vorangetrieben werden. Der Verdacht, dass die Lobbyisten auf Grund ihrer wichtigen Position auch Druck auf die Kommission ausüben können, liegt nahe.

Ähnlich ist es aber auch im Parlament. Man überlege doch, wie viel ein gewissenhafter Abgeordneter wissen müsste, um jede Entscheidung so zu treffen, dass er sagen kann, alle Aspekte betrachtet zu haben. Auch die Abgeordneten werden Informationen von Lobbyisten einholen, um ihrer Entscheidung auf eine breitere Basis zu stellen.

Etwa die Hälfte der Gesetze eines EU-Landes werden in Brüssel erlassen. In manchen Bereichen wie etwa der Umwelt sind es sogar deutlich mehr als die Hälfte. Dadurch sind die Institutionen der EU als Schauplatz professionellen Lobbyings enorm angesagt.

Besonders wichtig für einen Lobbyisten ist auch die Gestaltung des Budgets, die Königsdisziplin. Hier gilt es als besonders wichtig, Einfluss zu nehmen.

Das Europa der Konzerne?

Nicht selten wird gerade in Österreich die Phrase „Europa der Konzerne“ in den Mund genommen. Diesem Ausspruch bedienen sich Österreicher aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten, von Vorarlberg bis zum Burgenland. Doch auch in anderen EU-Staaten ist die Stimmung nicht anders. Von Portugal bis Estland, von Irland bis Griechenland ist die EU nicht gerade als sehr sozial bekannt. Woran liegt das? Die Gründe dafür sind wahrscheinlich vielschichtig, einer dieser Gründe ist jedoch sicherlich die Tatsache, dass Konzerne eine wesentlich effektivere Lobby haben, als die meisten anderen Interessensgruppen. Das führt automatisch dazu, dass Gesetze einerseits so gemacht werden, dass Konzerne davon profitieren (oder zumindest nicht darunter leiden, wie bei manchen Umweltgesetzen) und andererseits Gesetze so ausgelegt

werden, dass die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne überbewertet oder für zu wichtig genommen werden. Das ist ein Problem, das den Bürgern offensichtlich nicht verborgen bleibt.

Welche Lobbyisten werden die ersten sein, die ihre Informationen bereitstellen und welche werden es sein, die durch ihr großzügiges Budget bei jeder Entscheidung ihre Meinung einfließen lassen? Es werden wohl die Unternehmenslobbyisten und Wirtschaftsverbände sein.

Es müssen neue Rahmenbedingungen her, das steht fest. Das einerseits Lobbying als demokratiefördernd betrachtet wird, um dann so aus den Rudern zu laufen, ist einer alten europäischen „Demokratie“ nicht würdig. Die Transparenzbestrebungen der Kommission gehen vielleicht in die richtige Richtung, sind jedoch viel zu zaghaft. Die Kommission plant ein einheitliches Lobbyisten-Register für Kommission und Parlament, das dann aber wieder nicht verpflichtend sein wird. Außerdem beinhaltet dieses Register nicht den Europäischen Rat, der wiederum auch eine große Rolle für Lobbyisten spielt.

Eigentlich sollte es vielmehr heißen, es müssen generell Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Tatsache, dass ein Beratungsunternehmen falsche Angaben über die eigene finanzielle Ausgestaltung macht, daraufhin aus einem der beiden Register ausgeschlossen wird, sich dadurch aber nichts für die Beratungsfirma ändert, grenzt fast schon an Anarchie. Die Kommission lässt das Ganze aussehen, als würden sie einen Testlauf in Sachen Lobbyismus durchführen, man müsse das Register zwar ab und zu überprüfen und Lehren daraus ziehen, beeinflussen sollte man es jedoch nicht. Die verschiedenen Mitteilungen der Kommission diesbezüglich lassen zumindest kein anderes Bild zu.

Fragwürdig ist natürlich auch das Verhältnis Aufgabenbereich und Kapazität der Europäischen Kommission. So lange die Kommission derart auf Lobbyisten angewiesen ist, werden Lobbyisten auch genügend Macht haben, um darauf zu drängen, dass es kein verpflichtendes Verzeichnis geben wird.

Verbesserungsvorschläge

Die Antwort auf die Frage der Verbesserungsvorschläge ist verglichen mit der Komplexität der Probleme relativ einfach. Es muss Transparenz geschaffen werden. Solch ein wichtiger, riesiger Gesetzgebungsapparat, der in das Leben derart vieler Menschen Einfluss nimmt, darf einfach nicht regelfrei bleiben.

Der Grund für das Einführen der Register war, dass man Transparenz schaffen wollte, nicht zuletzt auch aufgrund der Erfahrungen mit der Finanzkrise. Doch wie so oft nahmen auch hier die Interessen bestimmter Gruppen überhand und gestalteten diese Rahmenbedingungen doch etwas locker. Will man das Thema der Demokratieförderung seriös angehen, muss langfristig ein Register für alle verpflichtend sein. Jede Art von Lobbying in Brüssel muss erfasst werden und jeder Lobbyist muss seine Klienten und sein Budget offen legen. In den USA ist dies seit Jahren der Fall. Will man sich dort auf politischer Ebene für die Interessen einer oder mehrerer Gruppen einsetzen, so muss man dafür registriert sein. Dies scheint auch langfristig für die EU die einzige Möglichkeit zu sein, vorausgesetzt man hat aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt. Hier soll nicht nur auf die Finanzkrise verwiesen werden, sondern auch darauf, dass über 60 Prozent der Lobbyisten nicht registriert sind und diejenigen, die registriert sind, wohl offensichtlich nicht korrekte Angaben machen. Um solche Fälle zu verhindern, muss also ein einziges ordentlich geführtes Register geschaffen werden. Die Kommission, in ihrer Rolle als Exekutivmacht, übernimmt die Aufgabe dieses Register zu führen, die darin angeführten Lobbyisten zu überprüfen, sie zu sanktionieren, wenn sie gegen Auflagen verstoßen (in den USA gibt es bereits hohe Geldstrafen für Falschaussagen) und sicher zu stellen, dass sich nur registrierte Lobbyisten auf dem Markt befinden. Nicht Registrierten muss man entweder das Lobbying untersagen oder sie zu einer Registrierung mit den damit verbundenen Aussagen über finanzielle Mittel, Klienten und ähnlichem verpflichten. Ohne eine echte Sanktionierung wird es nicht möglich sein Lob-

byisten dazu zu bringen, wahre Aussagen zu machen und sich zu registrieren. Hier erscheinen Geldstrafen als das einzig Richtige. Der Ausschluss aus dem Register wie bisher schmerzt bei den bisherigen Rahmenbedingungen keinem. Bei einem verpflichtenden Register hingegen, ist der Rausschmiss mit einem Arbeitsverbot gleich zu setzen und daher als Straffe nur bei groben Täuschungen oder illegalem Handeln – zum Beispiel wie Bestechungsversuche - einzusetzen.

Weiterhin ist in Zeiten wie diesen wohl jedem klar, dass die Welt nicht immer ganz gerecht ist. Und nur weil bestimmte Gruppen mehr Kapital haben, sollten diese nicht automatisch mehr Mitbestimmungsrecht haben. Doch genau dies ist derzeit der Fall. Sowohl die Finanzkrise als auch der Trend der globalen Entwicklung beweisen dies. Wenn man sich die Grafik der Registrierungen genauer ansieht, erkennt man hier eine Tendenz. Klar ist, dass Lobbyisten einen enormen Anteil am politischen Entscheidungsprozess haben. Wenn nun eine bestimmte Gruppe überproportional stark vertreten ist, zeugt dies von ihren besseren finanziellen Möglichkeiten, denn Lobbying kostet Geld. Doch man sollte berücksichtigen, dass jeder Mensch und nicht jeder Euro eine Stimme haben sollte. Es muss gesichert werden, dass alle Seiten im selben Ausmaß gehört werden. Dieser Punkt kann nur erreicht werden, wenn es tatsächlich ein verpflichtendes Register gibt. Es müsste zusätzlich sichergestellt werden, dass alle Interessensgruppen jeden Entscheidungsträger mit Informationen versorgen kann. Eine Möglichkeit könnte sein, dass zum Beispiel beim Vorliegen eines bestimmten Gesetzesänderungsentwurfs die jeweils andere Seite gehört werden muss beziehungsweise einen darauf gerichteten Entwurf vorlegen darf. Wichtig dabei sind natürlich Fristen, denn sonst könnte ja jede Interessensgruppe ständig neue Befunde vorlegen, um das Gesetz zu blockieren.

Wie dies genau aussehen kann hängt ganz von der rechtlichen Auslegung diverser Gesetzgebungsprozesse ab. Ein Beispiel wäre, wenn bei einem Gesetz zur Reduzierung von Treibhausgasen in

großen Fabriken, einerseits Konzerne, welche große Fabriken besitzen, und andererseits Gruppen mit Umweltinteressen und Anrainern als Stakeholder gelten. Zu welchen Gesetzen bestimmte Gruppen gehört werden müssen, kann bei der Registrierung erfasst werden. Zusätzlich kann man aus besonderen Gründen als Stakeholder zum Entscheidungsprozess zugelassen werden. Dies sollte aber eher die Ausnahme bleiben.

Es ist natürlich auch notwendig die Kommission mit den entsprechenden Mitteln zu versorgen, um nicht auf Lobbyisten angewiesen zu sein. Schlanke „Staatsapparate“ sind zwar wünschenswert, sollten aber nicht mit dem Preis der Abhängigkeit bezahlt werden, in unserem Fall mit der Abhängigkeit von Lobbyisten.

Nichtsdestotrotz gibt es keine Patentlösung. Allerdings ist viel getan, wenn man den ausufernden Lobbyismus in Brüssel der Kontrolle unterwirft. Dies kann auf jeden Fall als Anstoß zur Förderung der Demokratie gesehen werden.

Quellenverzeichnis

- 1 Geiger, Andreas: EU lobbying handbook; S. 13; Helios Media; Berlin 2006.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd. S.19.
- 4 EU: Green Paper on European Transparency Initiative; S.5; http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/doc/com2006_0194_4_en.pdf (Zugriff: 12.04.2010); 2006.
- 5 Geiger, Andreas: EU lobbying handbook; S. 13; Helios Media; Berlin 2006.
- 6 Ebd. S. 15.
- 7 EU: Green Paper on European Transparency Initiative, 5. http://ec.europa.eu/commission_barroso/kallas/doc/com2006_0194_4_en.pdf (12.04.2010); 2006.
- 8 Amann, Susanne: Die schlimmsten Strippenzieher der EU. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,511286,00.html> (09.03.2010); 2007.
- 9 Ebd..
- 10 Ebd.
- 11 Geiger, Andreas: EU lobbying handbook; S 19; Helios Media; Berlin 2006.
- 12 Boyd, David im Gespräch mit Hübner, Armin; Gespräch über: EU Lobbying and its Discontents; Gespräch geführt am: 15.04.2010.
- 13 EU: HIGH-LEVEL WORKING GROUP ON A COMMON REGISTER AND CODE OF CONDUCT FOR LOBBYISTS. Joint statement regarding the progress achieved to date. Brüssel 2008.
- 14 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Antwort auf Parlamentarische Anfrage. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2009-5929+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (12.04.2010); 2010.
- 15 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: KOM(2009) 612 endgültig. Brüssel. 2009
- 16 Die Presse Online: Transparenz und Lobbyismus. <http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/496840/index.do?from=simarchiv> (29.07.2010); 2009.
- 17 Die Presse Online: EU: Brüsseler Lobbyisten außer Kontrolle http://diepresse.com/home/politik/eu/561287/index.do?_v1_backlink=/home/inde (29.07.2010); 2010.
- 18 Die Presse Online: EU: Brüsseler Lobbyisten außer Kontrolle http://diepresse.com/home/politik/eu/561287/index.do?_v1_backlink=/home/inde (29.07.2010); 2010.
- 19 ALTER-EU: The Commission's Lobby Register One Year On: Success or Failure?. http://ec.europa.eu/transparency/eti/docs/review_process/090604_alter_eu.pdf (14.04.2010); 2009.
- 20 Erfundene Geschichte, erstellt nach wahren Szenarien welche durch Mitarbeitern einer Agentur (Lobbyisten) an mich herangetragen wurden.
- 21 Amann, Susanne: Die schlimmsten Strippenzieher der EU. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,511286,00.html> (09.03.2010); 2007.
- 22 European Community Law: Art. 249 EC
- 23 Geiger, Andreas: EU lobbying handbook; S 36; Helios Media; Berlin 2006.

Parteienfinanzierung à la Europa

Von Alexander Sander

Zusätzlich zu den nationalen Parteiförderungen, fließen aus dem EU-Budget rund 77 Millionen Euro jährlich direkt oder indirekt an die europäischen Parteien. Medienberichte über Korruption und Steuergeldverschwendung im Zusammenhang mit Parteifinanzierung gehören erschreckenderweise zwar zum politischen Tagesgeschäft in den Nationalstaaten, von der Europäischen Union hört man jedoch diesbezüglich kaum etwas. Gibt die Stille um Europa daher Anlass zur Sorglosigkeit? Nein, im Gegenteil: Seit Beginn der europäischen Parteienfinanzierung im Jahr 2003 hat sich der Förderbetrag verdreifacht. Zusätzlich fließen seit 2008 Millionen an Steuergeldern an parteinahe europäische Stiftungen. Es kommt zu einer starken Wettbewerbsverzerrung zwischen kleinen und großen Parteien. Hohe Intransparenz regiert das System, denn Fördergelderhöhungen müssen nicht im Amtsblatt veröffentlicht werden. Auch das Ziel, durch die Parteienfinanzierung europaweite Diskussionen und Debatten zu fördern, wurde bis dato verfehlt. Bei den europäischen Parteien handelt es sich weiter um „staatsferne“ Vereine, die undurchsichtige Entscheidungen fällen und selten im Licht der Öffentlichkeit stehen. Nationale Themen dominieren nationale EU-Wahlkämpfe. Dabei sinkt die Wahlbeteiligung stetig - im Jahr 2009 europaweit auf gefährliche 43 Prozent. Jedoch nur ein transparentes und faires Fördersystem kann das „Elitenprojekt“ Europäische Union zu einem bürgernahen und demokratischen System wandeln.

Viele offene Taschen

Rund 280 nationale Parteien, darunter auch Gruppierungen aus nicht EU-Staaten, schließen sich auf europäischer Ebene zu insgesamt zehn europäischen Parteien zusammen. Diese Bündnisse fungieren als eine Art Dachorganisation der nationalen Parteien und

arbeiten im Europäischen Parlament als Fraktion. Die größte Europapartei, die *Europäische Volkspartei* (EVP), umfasst insgesamt 73 nationale Mitgliederparteien - darunter auch die Österreichische Volkspartei (ÖVP). Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) verfügt hingegen nur über 32 Mitglieder, und damit deutlich weniger als die Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei - kurz ELDR, der sich 56 Parteien angeschlossen haben.

Lediglich vier Kriterien müssen erfüllt werden, um an die Fördertöpfe zu gelangen: Erstens, die Partei muss Rechtspersönlichkeit in einem EU-Staat besitzen. Zweitens muss sie mindestens in einem Viertel der Mitgliedsstaaten Abgeordnete in das EU-Parlament, in das National- oder in ein Regionalparlament entsenden. Die Ausnahme: In einem Viertel der Mitgliedstaaten wurden mindestens drei Prozent der Stimmen bei der Europawahl erreicht, dann fließen die Fördergelder trotzdem. Drittens müssen die Zielsetzungen der zu fördernden Partei die Grundsätze der EU anerkennen. Und zu guter Letzt muss die Partei die Absicht haben, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen zu wollen. Diese Regelungen erscheinen zunächst sinnvoll und nachvollziehbar. Bei genauerer Betrachtungsweise entpuppt sich das Modell allerdings als äußerst ungerecht.

Verdreifachung der EU-Parteienförderung seit 2003

Seit 2003 existiert die Förderung für europäische Parteien. Im Rahmen der damals anstehenden EU-Wahlen 2004 einigten sich die Parteifunktionäre darauf, sich künftig auf Kosten der Steuerzahler finanzieren zu lassen. Das, obwohl die Fraktionen im EU-Parlament bereits jährlich mit rund 50 Millionen Euro subventioniert werden.¹

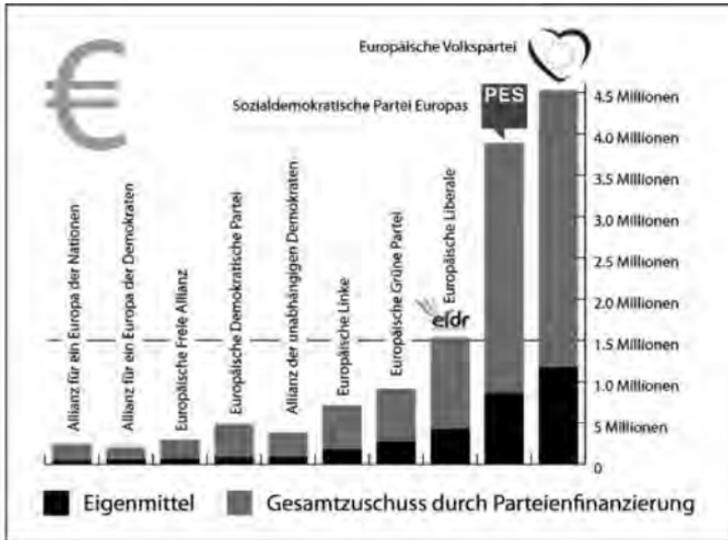
2003 einigte man sich zunächst auf 4,7 Millionen Euro Parteienförderung. Im Jahr darauf kam es jedoch bereits beinahe zu einer Verdoppelung des Budgets auf 8,5 Millionen Euro. Mittlerweile, im Jahr 2010, ist die Förderung mit über 14 Millionen Euro fast dreimal so hoch wie zu Beginn 2003.²

Diese Explosion erklärt sich unter anderem daraus, dass die Parteimitglieder im EU-Parlament und im Rat für das EU-Budget verantwortlich sind, de facto für die Erhöhung der Fördergelder ihrer eigenen Parteien stimmen. Auch fallen die Parteiförderungen in den EU-Parlamentshaushalt. Durch ein *Gentlemen`s-Agreement* zwischen EU-Parlament und Rat wird das Budget des jeweiligen Anderen aber nicht angetastet. Der Rat stimmt somit immer für den Parlamentshaushalt und stellt sich nicht gegen die absurden Parteiförderungen.

Daher ist auch in Zukunft damit zu rechnen, dass die Zuwendungen für die Parteien weiter steigen werden. Zahlen um die 100 Millionen Euro machen schon die Runde. Der EU-Abgeordnete Jo Leinen, der sich in der Öffentlichkeit gern zur Demokratisierung der EU äußert, soll unter anderem im stillen Stübchen mit seinem Kollegen Richard Corbett entsprechende Pläne geschmiedet haben.³

Doch während in den Nationalstaaten meistens eine Debatte über die Erhöhungen entflammt und zumindest der Versuch einer Rechtfertigung unternommen wird, bedienen sich die großen Parteien in Europa weitgehend ohne das Wissen der Bürgerinnen und Bürger an deren Portemonnaie.

Besonders bedenklich ist diese Entwicklung mit Blick auf den Eigenanteil. Dieser steht der öffentlichen Zuwendung gegenüber.⁴ Der EU-Parteienzuschuss darf dabei 85 Prozent nicht überschreiten. Beim Haushaltsplan 2008 haben drei Parteien die vollen 85 Prozent ausgeschöpft, die niedrigste Förderung lag bei 70 Prozent. Im Schnitt wurden den Parteien 80 Prozent von den maximal 85 Prozent zur Verfügung stehenden Geldern ausbezahlt.



Quelle: Bert Staes 2010, S. 23; Grafik: eigene Grafik - Verwendung der Mittel 2009

114 Prozent mehr Steuergeld für parteinahe Stiftungen in zwei Jahren

Nur wenige Jahre nach der Einigung über die EU-Parteienfinanzierung, beschloss man zusätzlich die Finanzierung parteinaher Stiftungen auf europäischer Ebene. Diese wurden 2008 mittels eines EU-Pilotprojekts ins Leben gerufen und werden seitdem aus dem EU-Haushalt finanziell unterstützt. Mittlerweile existieren zehn parteinahe Stiftungen, gleichviel wie europäische Parteien. Sie fungieren als eine Art Think-Tank für die zugehörige Partei.

Im EU-Haushalt 2010 wurden 9,1 Millionen Euro Stiftungsfördergeld veranschlagt. Innerhalb von nur zwei Jahren stieg der Förderbetrag aus Steuergeldern um 114 Prozent. Wie bei der EU-Parteiförderung werden den Stiftungen auch Zuschüsse von bis zu 85 Prozent ihres Gesamtbudgets gewährt. Auch hier werden diese Mittel nahezu vollständig ausgeschöpft.

Dabei kann man diesen Betrag durchaus zur allgemeinen Parteienfinanzierung hinzuaddieren, immerhin handelt es sich um parteinahe Stiftungen, die vor allem die Interessen und Meinungen der eigenen Partei vertreten beziehungsweise diese beeinflussen. Man kann also von einer „versteckten“ Finanzierung der europäischen Parteien sprechen. Es stellt sich daher auch die Frage, warum die Stiftungen überhaupt finanziert werden sollten?

In kaum einem europäischen Staat werden politischen Stiftungen derartig umfassend und direkt vom Steuerzahler finanziert, sondern größtenteils von den Parteien selbst beziehungsweise von privaten Sponsoren. Die Begründung der EU für ein derartiges Finanzierungsmodell ist ähnlich gelagert wie bei der Parteienfinanzierung: Man erhofft sich einen Zugewinn an Demokratie.⁵

Bekommen haben die Steuerzahler jedoch ein unkontrolliertes und intransparentes Stiftungs-Finanzierungssystem - völlig ungeeignet für eine offene und bürgernahe Demokratie. So erhalten Stiftungen laut Vorgabe die angeforderten Mittel nur, wenn sie ein konkretes Arbeitsprogramm für das zu finanzierende Jahr vorlegen können. Das Think-Tanks auf kurzfristig eintretende politische Ereignisse spontan reagieren können ist sinnvoll. Die Praxis, Veranstaltungen spontan abzusagen, zu verändern oder komplett neu anzusetzen, ist daher nachvollziehbar. Allerdings wurden die Änderungen in den Abschlussberichten nicht oder nur unzureichend begründet und dennoch wurden den Stiftungen die vollständigen Mittel zur Verfügung gestellt.⁶ Hier muss eine unabhängige Kontrollinstanz installiert werden, die die Berichte genau prüft und mögliche Fehlritte strikt sanktioniert.

Die Kleinen klein halten

Die „Viertel-Staaten-Lösung“, also dass mindestens drei Prozent der Stimmen in einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten erreicht werden müssen, um an die EU-Parteiförderung zu gelangen, schwächt kleine, finanzschwache Bürgerparteien und stärkt die etablierten

Großparteien. Darunter leidet die Diskussionskultur und der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit.

Unter anderem hatte sich Österreich im Rat gegen diese „Viertel-Staaten-Lösung“ ausgesprochen, musste sich aber der seit dem Nizza-Vertrag ermöglichten Mehrheitsentscheidung beugen. Die Fürsprecher der 2003 durchgesetzten Lösung begründeten das Auswahlkriterium damit, dass sich die italienische Lega Nord, die damals noch existierende Hamburger Partei Rechtsstaatliche Offensive (auch als Schill-Partei bekannt) und die FPÖ zusammenschließen und somit EU-Gelder beziehen könnten.

So richtig die politischen Einwände gegen eine derartige Finanzierung rechts-populistischer Parteien auch sein mögen, rechtlich sind sie nicht haltbar.⁷ Solange eine Partei nicht verboten ist, weil sie gegen das rechtsstaatliche, demokratische System agieren will, muss sie gleichbehandelt werden. Und gerade bei rechts-populistischen bis faschistoiden Parteien ist es sicher nicht allein die staatliche Parteienfinanzierung, die dazu führt, dass derartige Organisationen immer wieder Wahlerfolge feiern.

Auswirkungen auf das Erlangen von EU-Parteifördergeldern hat auch die Tatsache, dass das Prinzip „Ein Mensch - eine Stimme“ in der EU außer Kraft gesetzt ist. Denn in den verschiedenen Staaten ist eine verschiedene Anzahl von abgegebenen Stimmen nötig, um die in der „Viertel-Staaten-Lösung“ vorgegebenen drei Prozent an Wählerstimmen erreichen zu können. In kleineren, bevölkerungsarmen Mitgliedstaaten erreicht man dies im Vergleich zu einem großen, bevölkerungsreichen Mitgliedstaat recht einfach. Diese ungleiche Gewichtung von Stimmen führt jedoch dazu, dass Parteien, die Gelder von der EU bekommen möchten, ihren Wahlkampf asymmetrisch ausrichten. Das bedeutet, Ziel der Wahlkampagnen sind eher kleine, bevölkerungsarme Staaten, während die großen, bevölkerungsstarken Länder eher selten Ziel von Wahlkämpfen sind, da hier deutlich mehr finanzielle Ressourcen benötigt werden, um die entsprechende Anzahl der Stimmen zu erreichen.⁸

Auch die zweite Chance, nämlich durch Wahlerfolge in nationa-

len beziehungsweise regionalen Parlamenten in einem Viertel der Mitgliedstaaten an die EU-Finanztöpfe zu gelangen, ist für Bürgerparteien äußerst gering. Unerklärlich ist auch der Zusammenhang zwischen der Europawahl und vorangegangenen Wahlerfolgen in nationalen beziehungsweise regionalen Parlamenten. Auf regionaler Ebene spielen europäische Themen fast nie eine Rolle, bei nationalen Wahlen nehmen diese höchstens eine untergeordnete Position ein. Daraus die Fähigkeit einer Partei abzuleiten, auch europäische Themen beeinflussen zu wollen beziehungsweise zu können, erscheint höchst zweifelhaft.

Die „Viertel-Staaten-Lösung“ kommt vor allem den größeren Parteien zugute. Doch gerade Bürgerparteien können abseits des Mainstreams politische Forderungen stellen, die den Diskussionsprozess fördern könnten. Diese Möglichkeit wird durch die ungleiche Verteilung der Gelder verhindert. Die Entwicklung einer demokratischen Kultur, die von Diskussionen und Debatten um die „richtige“ Lösung lebt, wird daher bereits im Keim erstickt.

Am Ziel vorbei

Hintergrundgedanke der EU-Parteienfinanzierung war und ist es, das Demokratiedefizit zu verringern und die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit zu forcieren. Die Idee ist, dass europäische Parteien den Diskussionsprozess und Debatten über europäische Themen anstoßen können. Auf dem Papier klingen diese Ideen sehr ansprechend und durchaus sinnvoll. Die Realität sieht allerdings, wie so oft bei derartigen EU-Projekten, völlig anders aus. Es ist die Abkehr von einem offenen, bürgernahen Projekt Europa, wovon viele Bürgerinnen und Bürger träumen.

Denn selten werden EU-Themen von den europäischen Parteien auf die Agenda gesetzt. Vielmehr ist es die gängige Praxis der Nationalstaaten, den „Umweg Europa“ bei unpopulären Entscheidungen zu wählen und anschließend die EU für unbeliebte Gesetzesänderungen verantwortlich zu machen. Oftmals werden auch

sogenannte „Paketlösungen“ vereinbart, bei denen ein Mitgliedstaat sein Vetorecht aufgibt, um in einem völlig anderen Politikfeld seine Vorstellungen durchsetzen zu können.

Auch eine europäische Öffentlichkeit existiert bis dato nicht. Die Europawahlen werden dominiert von nationalen Wahlkampfthemen. Europäische Themen werden permanent in den Hintergrund gedrängt. Europaweite Fernsehdebatten finden nicht statt. Und trotz der zunehmenden Erhöhung der EU-Parteifinanzierung, sinkt die Wahlbeteiligung stetig.

Während im Jahr 1999 noch knapp 50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, wurden nach der ersten Europawahl nach Einführung der Parteienfinanzierung nur noch gut 45 Prozent der Wahlberechtigten zum Urnengang motiviert. Bei der letzten EU-Parlamentswahl 2009 lag die Beteiligung bei gefährlichen 43 Prozent - trotz der Verdopplung der Parteienfinanzierung. Der Versuch, durch finanzielle Mittel eine künftige Funktionserfüllung durch die Parteien, nämlich das Erreichen einer höheren Wahlbeteiligung, herbeizuführen, ist bisher kläglich gescheitert.

Vor diesem Hintergrund scheint es kaum gerechtfertigt, dass den Parteien weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine derartig katastrophale Wahlbeteiligung, die weit unter 50 Prozent liegt, rechtfertigt in keiner Weise die immensen Ausgaben für die Parteien - sie führt sie ad absurdum, sodass man in diesem Fall durchaus von Verschwendung von Steuermitteln sprechen kann.

Die europäischen Parteien treten auch kaum bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf, sondern nur ihre Tochterparteien in den Nationalstaaten. Den Bündnissen kann man daher keine Bürgernähe attestieren. Die Tochterparteien hingegen schaffen es nicht, dieses Defizit zu kompensieren, da sie mit nationalen Problemen beschäftigt sind und nur selten die Problematiken des politischen Tagesgeschäfts Europa thematisieren und diskutieren.

Insbesondere der Umstand, dass kleine, bürgernahe Parteien überhaupt keine Förderung zugesprochen bekommen, obwohl sie, wenn sie nur zur Wahl des Europäischen Parlaments antreten, viel

eher das Augenmerk auf europäische und weniger auf nationale Themen lenken und dadurch einen Diskussionsprozess in Gang bringen könnten, erscheint vor diesem Hintergrund ungerecht und undemokratisch.

Ohne eine überfällige Korrektur der Parteienfinanzierung, bei der sämtliche Parteien gleich und fair behandelt werden, wird sich an der kaum vorhandenen Diskussionskultur in der EU und dem damit verbundenen Demokratiedefizit wohl kaum etwas ändern können. Das Projekt „Mehr Demokratie durch Parteienfinanzierung“, so lässt sich unschwer konstatieren, ist bisher auf der ganzen Linie gescheitert.

Die nötige Reform

Weder eine staatliche noch eine privat gestützte Erhaltung der Parteien kann man ausschließlich befürworten, da beide Systeme Probleme mit sich bringen. Auf der einen Seite stehen ausufernde staatliche Mittel, die zu Lasten des Steuerzahlers gehen und auf der anderen Seite muss sich Politik dem Vorwurf der Anfälligkeit von Korruption aussetzen. Allerdings verwischen die Grenzen bei beiden Systemen, da es kein rein staatliches und kein rein privates System der Parteienfinanzierung bei den hier vorgestellten Modellen gibt.

Nimmt man die Empfehlung des Europarates⁹ als Grundlage der Kritik an der EU-Parteienfinanzierung wird man feststellen, dass noch immenser Handlungsbedarf besteht. Zwar sind die europäischen Parteien bisher nicht durch etwaige Skandale, wie sie in den Mitgliedstaaten leider üblich geworden sind, in das Licht der Öffentlichkeit getreten, allerdings besteht Handlungsbedarf sowohl im Bereich der Transparenz als auch im Bereich der Kontrolle.

Wie bereits erwähnt, ist das Parlament für den Haushalt zuständig und befindet auch somit darüber, wie viele Mittel für die Parteienfinanzierung zur Verfügung stehen. Besonders kritisch ist dieses Vorgehen dadurch, dass diese Summe im riesigen Haushalt

untergehen zu droht und somit Veränderungen für die Bürgerinnen und Bürger kaum sichtbar sein dürften. Dieser Umstand wird noch dadurch verschärft, dass eventuelle Erhöhungen nicht im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und man in diesem Falle von einem durchaus intransparenten staatlichen Parteienfinanzierungsmodell sprechen kann.

Damit einher geht das Problem der Kontrolle. Das Parlament kann sich kaum selber kontrollieren, sodass die Gefahr besteht, dass die Zuwendungen immer weiter in astronomische Höhen steigen können - man erinnere sich an die zuvor genannten 100 Millionen Euro. Hier könnte die Festschreibung von Obergrenzen durch bestimmte Verordnungen Abhilfe schaffen. So könnte beispielsweise eine Obergrenze für Wahlkampfausgaben und den Parteiapparat die Explosion von Kosten und damit den nötigen Unterstützungen eindämmen. Aber auch eine Festschreibung einer maximalen Höhe der Förderung, die der Staat zur Verfügung stellt, könnte die Kosten für die Steuerzahler begrenzen.

Auf der anderen Seite müssen private Unterstützungen komplett offen gelegt werden. Auch hier muss eine Obergrenze festgelegt werden, die maximal durch eine Person beziehungsweise ein Unternehmen gespendet werden darf. Positiv zu erwähnen ist, dass Spenden an die Partei, die 500 Euro überschreiten, veröffentlicht werden müssen. Allerdings ist auch ausdrücklich eine Stückelung von Spenden erlaubt, was diese Regelung nur auf den ersten Blick positiv erscheinen lässt und sie über diese Hintertür ad absurdum führt.¹⁰

Denn damit wird Intransparenz regelrecht unterstützt und gefördert. Im Falle eines Regelverstoßes sind keine ernstzunehmenden Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen. Die Partei muss zwar den irregulär erhaltenen Betrag zurück erstatten, bleibt aber sonst straffrei.

Weiterhin ist vorgesehen, dass mindestens 15 Prozent der Einnahmen von Parteien auf europäischer Ebene Eigenanteil sein sollen. Hierbei handelt es sich meist um Zuwendungen aus den

Tochterparteien der Nationalstaaten beziehungsweise Zuwendungen der Abgeordneten. Da diese wiederum auch staatlich finanziert werden, ist kaum von einer direkten Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für eine bestimmte Partei zu sprechen.

Eine unabhängige Kontrollinstanz muss installiert, wirksame Sanktionsmechanismen müssen erschlossen und im Sinne der Transparenz, Veränderungen des Budgets für die Bündnisse europäischer Parteien für die Bürgerinnen und Bürger, veröffentlicht werden - und zwar nicht nur in dem für den Laien völlig unübersichtlichen Haushaltsplan der EU. Diese Finanzierungen müssen im Detail, also wer bekommt wie viel, mindestens im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und sollten auf der Homepage des Europäischen Parlaments beziehungsweise den geförderten Parteien leicht zu finden sein, sodass sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild von der Finanzierungspraxis machen können.

Nur durch Transparenz ist es möglich, die Parteien und ihre Stiftungen zu kontrollieren und gegebenenfalls zu intervenieren. Im Bereich der illegalen Spenden an Parteien müssen deutlichere Sanktionsmechanismen erschlossen werden, um eine derartige Praxis künftig weitgehend unterbinden zu können. Um illegale Spenden aufzudecken zu können, müssen unabhängige und wirksame Kontrollinstanzen installiert werden, die die Parteien umfassend kontrollieren können.

Sollten keine Veränderungen an den bestehenden Systemen vorgenommen werden, wird sich die Politik wohl weiter von den Bürgerinnen und Bürger entfernen - das Ergebnis: eine Entpolitisierung der Gesellschaft. Ein System, bei denen die Öffentlichkeit immer weniger an Debatten und Diskursen teilnimmt, läuft Gefahr sich zu entdemokratisieren. Das aktuelle System der Parteienfinanzierung stellt daher eine Gefahr für die Demokratie dar und bedarf dringend einer Revision.

Transparenz und Meinungsvielfalt sind die Grundpfeiler der Demokratie. Das System der Parteienfinanzierung muss daher auf völlige Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet

werden und die Meinungsvielfalt unterstützen. Nur so kann die Partizipation der Gesellschaft an der Gestaltung des demokratischen Systems und an politischen Entscheidungen sicher gestellt werden. Es reicht also nicht immer mehr Geld in die Parteiapparate zu pumpen, sei es in die Parteien selbst oder ihre Ableger in Form von Stiftungen, sondern es muss zunächst dafür gesorgt werden, dass für die Bürgerinnen und Bürger ein nachvollziehbares, transparentes und faires System installiert wird. Nur ein derartiges System hat die Chance, die Demokratisierung in der EU auch tatsächlich voranzutreiben.

Quellenverzeichnis

- 1 Amtsblatt der Europäischen Union; Kapitel 40; Verwaltungsausgaben und Ausgaben im Zusammenhang mit den politischen Tätigkeiten und Informationstätigkeiten der Fraktionen und der fraktionslosen Mitglieder, Brüssel; 2010.
- 2 Gesamthaushaltplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2010; Haushaltlinie 4 0 2 Europäisches Parlament.
- 3 von Arnim, Hans Herbert/Schurig Martin: Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung; S. 48; Recht: Forschung und Wissenschaft Bd. 4; LIT Verlag, Münster; 2004.
- 4 von Arnim, Hans Herbert: Die neue EU-Parteienfinanzierung; S. 249; in: Neue Juristische Wochenschrift; Ausgabe 5/2005; C.H. Beck, Frankfurt am Main; 2005.
- 5 Mittag, Jürgen: Europäische Parteien im Wandel; S. 25; in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 23-24/2009; Bonn; 2009.
- 6 Staes, Bert: Bericht betreffend die Entlastung zur Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2008, Einzelplan I Europäisches Parlament; S. 25f; 26.03.2010; 2010.
- 7 von Arnim, Hans Herbert: Die neue EU-Parteienfinanzierung; S. 251; in: Neue Juristische Wochenschrift; Ausgabe 5/2005; C.H. Beck, Frankfurt am Main; 2005.
- 8 von Arnim, Hans Herbert/Schurig Martin: Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung; S. 41; Recht: Forschung und Wissenschaft Bd. 4; LIT Verlag, Münster; 2004.
- 9 Europarat: Recommendation Rec(2003)4; 2003.
- 10 von Arnim, Hans Herbert/Schurig Martin: Die EU-Verordnung über die Parteienfinanzierung; S. 94; Recht: Forschung und Wissenschaft Bd. 4; LIT Verlag, Münster; 2004.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
CDM	Clean Development Mechanism (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung)
CEFIC	European Chemical Industry Council
Coreper	Comité des représentants permanents, entspricht dem AStV
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ELDR	Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVP	Europäische Volkspartei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GRECO	Group of States against corruption (Staatengruppe gegen Korruption)
GuJ	Gruner+Jahr
GV	gentechnisch verändert
HPI	Happy Planet Index
IIASA	Internationales Institut für angewandte Systemanalyse
IV	Industriellenvereinigung
MEP	Member of the European Parliament (Mitglied des Europäischen Parlaments)
NGO	Non-Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PES	Party of European Socialists
RZB	Raiffeisen Zentralbank Österreich
SAL	Sonderausschuss Landwirtschaft

SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
TI	Transparency International
UNIDO	United Nations Industrial Development Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
ZVB	Zeitschriften-Verlagsbeteiligungs AG

Das Autorenverzeichnis



Veronika GRUBER B. Ph.

Titel: Wenn Meerjungfrauen böse werden.

Geb. 1986; abgeschlossenes Studium der Publizistik, derzeit Magisterstudium der Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Internationale Politik, internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung und politische Theorien und Kulturstudien.

Im Zuge meiner Bakkalaureatsarbeit in *Public Relations* entwickelte sich mein großes Interesse für die Problemfelder des Lobbyismus. Daher habe ich gerne die Herausforderung angenommen einen kritischen Beitrag über EU-Lobbyismus zu verfassen.



Thomas TRAPPL

Titel: Leidet die EU an einem Demokratiedefizit?

Geb. 1987; Studium der Politikwissenschaft.

Ausschlaggebend für die Teilnahme war das Bestreben, die Hintergründe für das gesellschaftlich empfundene Demokratiedefizit auszumachen. Der Beitrag soll Aufklärungsarbeit und Hintergrundwissen vermitteln und dem Leser einige demokratiepolitische Probleme der Europäische Union und des europäischen Politiksystems näher bringen.



Mag. Dr. Stefan BROCZA M.B.L.-HSG

Titel: Neue Machtbegrenzung für die Bürokratie.

Geb. 1967; Studium der Rechtswissenschaften, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft in Wien. Postgraduate-Abschlüsse aus „Internationale Studien“ in Wien sowie aus „Europäischen und Internationalen Wirtschaftsrecht“ in St. Gallen. Studienaufenthalt an der *Harvard Law School*. Ab den frühen 1990er Jahren intensive berufliche Beschäftigung mit EU-Fragen und Internationalen Angelegenheiten (zuerst EU-Koordinierung Innenministerium; ab 1996 im Generalsekretariat des Rates der EU in Brüssel). Strategische Politikberatung; Public Affairs und Lobbying. Langjährige Lehrtätigkeit, aktuell an den Universitäten Wien und Salzburg. Journalistische und publizistische Tätigkeiten.



Dr. Günther HOPPENBERGER

Titel: Die vierte Eigenschaft des Geldes.

Geb. 1944; Chemiker und Exportkaufmann, Lehrer. Im Osteuropageschäft für multinationale Chemiekonzerne tätig, konzessionierter Gastwirt, Logotherapeut und Mediator.

Das besondere Interesse an „Verstärkung psychischer Leiden durch die Ökonomie“ führte zur intensiven Beschäftigung mit dem Geldwesen.



Paula WATZL

Titel: Sie nehmen unser Geld und schweigen.

Geb. 1991; Studium der Kunstgeschichte und Englisch.

Mein Ziel einer Journalistenkarriere erweckte mein Interesse für unterschiedliche Themenbereiche. Über Dinge zu schreiben, die eigentlich jede/r Österreicher/in wissen sollte, die uns alle betreffen und über die doch nur ein Bruchteil Bescheid weiß, reizt mich am Journalismus. Ich hoffe, dass wir mit diesem Buch nicht nur Fakten zusammenfassen, sondern auch etwas politisches Interesse geweckt haben, denn schließlich ist jeder von uns ein Teil dieser Demokratie.



MMag. Markus FRITZER

Titel: Ziegelsteinpolitik - Internet als Fundament für mehr Demokratie?

Geb. 1983; Studium der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Seit 2009 Doktoratsstudium der Politikwissenschaft im Bereich Politische Bildung.

Das Buchprojekt „Demokratie in Gefahr?“ kann durch die Beschäftigung mit aktuellen demokratiepolitischen Problemfeldern einen wertvollen Beitrag zur Förderung des Interesses und des Verständnisses für politische Prozesse leisten. Dies begünstigt eine kritische und reflektierte Betrachtung von Politik und trägt auf diese Weise zur Stärkung der Demokratie bei. Die Teilnahme am Buchprojekt bot mir somit eine hervorragende Möglichkeit zur sinnvollen politischen Partizipation.



Mag. Johannes WEBHOFER,

Titel: Ziegelsteinpolitik - Internet als Fundament für mehr Demokratie?

Geb. 1981; Studium der Politikwissenschaft und Romanistik an der Universität Wien, derzeit Doktoratsstudium am Institut für Politikwissenschaft. Schwerpunkt: Internet- und Demokratieforschung. Projekte: www.meinparlament.at,

www.powerofpolitics.com.

Die Teilnahme am Projekt „Demokratie in Gefahr“ basiert unter anderem auf dem Gedanken, Menschen für Politik zu sensibilisieren und damit gleichzeitig politische Beteiligung zu forcieren. „Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“ [Heinz Galinski]



Thomas PALFINGER

Titel: Reiseführer durch das Land der Medien.

Geb. 1988; Studium der Politikwissenschaften und Philosophie. Mit der Teilnahme am Buchprojekt habe ich die Möglichkeit meine Unzufriedenheit über einige gesellschaftliche Funktionsweisen auszudrücken. Die von mir analysierten Probleme kann ich so für ein breites Publikum

zugänglich machen und damit ein verstärktes Bewusstsein schaffen.



Raffael FISCHER

Titel: Die Vermessung der Demokratie – ein Befund.

Geb. 1983; Studium der Wirtschaftswissenschaften – Studienfach Sozioökonomie.

Niemand ist eine Insel, wir alle sind Teil eines Ganzen. Die Politik nimmt eine entscheidende Funktion bei der Gestaltung und Entwicklung unserer Welt ein. Wissen um und Verständnis für politische Prozesse sind wichtig, will man die Welt ein Stückweit mitgestalten. Durch dieses Projekt hat sich für mich die fantastische Möglichkeit eröffnet, mich intensiv mit dem Thema Demokratie auseinanderzusetzen. Ich möchte jenem Teil angehören, der aktiv an der Zukunft mitbaut und hoffe auch den einen oder anderen Leser dazu zu bewegen.



Mag. Klaus HOFMANN

Titel: Internet – Mehr Chance für direkte Demokratie?

Geb. 1978; Studium der Publizistik und Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Medien und Gesellschaft. Interesse an der Schaffung einer „echten“ demokratischen Plattform. Arbeitet als freier Autor und Fitnesstrainer. Internetprojekt: www.behoitsda.at.

Manches läuft in unserer scheinbar demokratischen, freien Gesellschaft falsch. So sind viele der Entscheidungen von denen „oben“ für den Bürger oft nicht nachvollziehbar. Und ganz unverstündlich werden uns die „oben“, wenn wieder einmal auf mysteriöse Weise große Mengen an Geld irgendwo verschwinden. Dabei vergessen die „oben“ anscheinend immer wieder, dass sie nur von denen „unten“ angestellt sind.



Christine KAAR

Titel: Demokratie: Sieger im Wettbewerb der Herrschaftsformen?

Geb. 1986; Studium der Sozialwirtschaft und Soziologie.

Nach der Teilnahme an einigen mehr oder weniger spannenden Projekten von Tellerwaschen bis Werbetexten freue ich mich sehr über die Chance, bei diesem wirklich interessanten Projekt mitmachen zu können. Politik und Demokratie sind essenzielle Teile unserer Gesellschaft, mit denen es sich zu beschäftigen lohnt. „Lohnt sich das wirklich?“, denken wohl viele, und genau deshalb sehe ich meinen Artikel auch als Möglichkeit, einen Teil meiner Begeisterung an andere weiterzugeben. Sollten sich nach dem Lesen mehr Fragen aufwerfen als beantwortet wurden, so ist das als Absicht der Autorin zu verstehen. Anregung: Weiterdenken!



Michael Lipinski- HARENBERG

Titel: Medienmonopole – Die Macht der Meinungsmaschine.

Geb. 1988; Studium der Publizistik an der Universität Wien. Durch die Teilnahme am Buchprojekt möchte ich den Menschen zeigen, wie gefährlich Medienkonzentration sein kann. Mediale Komplexe sind oft nur auf den zweiten Blick erkennbar und dennoch haben sie sehr großen und weitreichenden Einfluss. Wir alle sind den Folgen ausgesetzt: auch das eigene „Nicht-Wissen“ trägt erheblich dazu bei.



Christoph Rene GUSEL

Titel: Demokratiemessung und ihre Hürden.

Geb. 1977; Studium der Bildungswissenschaft mit theoretischem Schwerpunkt.

Mit der Projektteilnahme hatte ich die Möglichkeit, die offenen Fragen dieses Forschungsgebietes so aufzuarbeiten, dass tatsächlich gefragt werden kann, ob die Absicht, eine

Demokratie „messen“ zu wollen, nicht gerade das behindert, was gemessen werden soll – „Demokratie“ als Ort des fairen menschlichen Zusammenlebens.



Lisa Carina MOSER

Titel: Elite. Macht. Wandel.

Geb. 1986; Studium der Geschichtswissenschaften an der Universität Wien.

Da ich mich schon seit meines Lebens für Literatur und Politik interessiere, fiel mir das Buchprojekt sofort auf. Sowohl die Auseinandersetzung mit der Europäischen Union

als auch die Weltpolitik an sich sind wichtige Themen, die wir immer betrachten sollten.

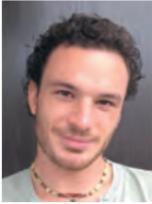


Jakob SCHMID

Titel: Medienmonopolisierung – Eine Gefahr für die Demokratie?

Geb. 1988; Studium der Geschichte und Rechtswissenschaften. Meinem großen Interesse für Politik sowie gesellschaftliche Entwicklungen komme ich gerne aus einer eher beobachtenden Position nach. Kombiniert mit einer starken

literarischen Neigung und einem Hang zur Ausführlichkeit, suche ich natürlich immer wieder die Rolle des Analytikers. In der Hoffnung, diese treffen zu können, lag der für mich wohl größte Anreiz zur Teilnahme an diesem Buchprojekt.



Armin HÜBNER B.Sc

Titel: „I want You for Lobbying“

Geb. 1985; abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, derzeit Masterstudiengang in „*International Relations*“.

Durch meinen ungeheueren Drang die Zusammenhänge dieser Welt - unserer Welt - zu verstehen, wurde ich immer öfter an die unfairen und ungerechten „Fehler im System“ erinnert. Das Privileg, den Lesern dieses Buches einen dieser „Systemfehler“ nahezubringen, war meine Motivation zur Teilnahme am Buchprojekt.



Dipl. pol. Alexander SANDER

Titel: Parteienfinanzierung à la EU.

Geb. 1983; abgeschlossenes Studium der Politikwissenschaft an der *Philipps-Universität Marburg* mit den Schwerpunkten Europäische Union, Politik der Inneren Sicherheit sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Gründe für die Buchprojektteilnahme: Öffentlichkeit für europäische Themen schaffen sowie Anregungen zur Diskussion liefern.